

und nicht selten Menschen guten Willens, jedoch Menschen, die sich der Propaganda des Feindes beugen, richten an die Adresse der Parteimitglieder zahlreiche Anschuldigungen und Vorbehalte, die oftmals unbegründet sind. Die Mitglieder der Partei haben kein leichtes Leben. Der Parteiführung sind die schweren Bedingungen bekannt, unter denen die Mitglieder der PVAP arbeiten müssen. Achtung und Anerkennung wecken all jene PVAP-Mitglieder, die sich mutig den Attacken widersetzen und sich geradeheraus, offen für die Verteidigung der Linie der Partei und des Sozialismus engagieren. Nicht alle Parteimitglieder treten so auf. Im Zusammenhang damit ist die Selbstbestimmung eines jeden Mitgliedes der PVAP die zur Zeit wichtigste Frage.

Eine jede Parteigrundorganisation sollte sich auf der geschlossenen Parteiversammlung die Frage beantworten, wodurch sich ihre Mitglieder in der Praxis, im täglichen Leben von den Parteilosen unterscheiden. Wie sie sich denen entgegenstellen, die unseren sozialistischen Staat und seine Wirtschaftspolitik, sowie die Partei attackieren, unsere Bündnisse angreifen und die moralisch, ja oftmals auch physisch jene Parteimitglieder und Parteilose erpressen, welche den Mut haben, den Organisatoren ungerechtfertigter Streiks, darunter solchen, die bewußt eine Hetze gegen ehrliche Menschen organisieren, "Nein" zu sagen; wie sie gegen Gerüchte und Verleumdungen und gegen Flugblätter kämpfen, die die Volksmacht und die Ideen des Sozialismus diffamieren. Es ist verständlich, daß die Partei nicht nur Wortdeklarationen benötigt. Erforderlich ist eine aktive Verhaltensweise ihrer Mitglieder gegenüber allen Erscheinungen, die den Zustand einer hohen Spannung im Land aufrechterhalten, die sich der Verständigung entgegenstellen und die hinauszögern, daß Polen auf den Weg der Stabilisierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse gelangt.

Bis zum heutigen Tag nimmt ein Teil der Parteiorganisationen noch nicht den politischen Kampf gegen die Gegner des Sozialismus auf und beschränkt sich hauptsächlich darauf, das zu

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 901

5. Ausfertigung = 4 Blatt

U
19/1

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 1/80 v. 18.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 901 5.Ausf. Blatt 2

Die Anfang Juli ausgelösten (LUBLIN) und sich inzwischen auf mehrere Städte Mittel- und Nordpolens (WARSCHAU, LODZ, WROCLAW, GDANSK) ausgedehnten Arbeitsniederlegungen in wichtigen Produktionsstätten und Dienstleistungseinrichtungen haben eine gespannte, komplizierte innenpolitische Lage in der VR Polen bewirkt.

Auf Grund dessen haben der Generalsekretär der PVAP, Genosse Gierek, der Minister für Nationale Verteidigung und der Minister des Innern ihren Urlaub abgebrochen und sind am 15.08.1980 nach WARSCHAU zurückgekehrt. Das Politbüro des ZK der PVAP berät auf einer Sondersitzung die Lage.

Durch die Zunahme des Umfangs der Arbeitsniederlegungen und ihrer wachsenden antisozialistischen, staatsfeindlichen Orientierung verschärft sich die innenpolitische Lage. Nach den Arbeitsverweigerungen durch die Arbeiter der städtischen Müllabfuhr und von drei Autobus-Depots in WARSCHAU (06.08. - 13.08.1980) legten am 14.08.1980 die Taxifahrer WARSCHAU's und die Werftarbeiter der Lenin-Werft in GDANSK (17 000 Beschäftigte) die Arbeit nieder. Ihnen folgten am 15.08.1980 weitere Werften, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe der Hafenstadt sowie Betriebe in LODZ und WROCLAW. Weitere derartige Handlungen sind angekündigt, so durch die Busfahrer WARSCHAU's für den 18.08.1980. Die Ausdehnung von Arbeitsniederlegungen auf die Bergwerke im Süden des Landes ist nicht auszuschließen.

Die mit diesen Aktivitäten verbundenen Störungen in der Produktion, der Versorgung und im Verkehrswesen erhöhte die Unruhe unter der Bevölkerung. Es werden Hamsterkäufe getätigt. In WROCLAW kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften sowie zu zeitweiligen Verhaftungen. Die eingetretenen Produktionsverluste sollen bereits die Höhe des von der BRD bereitgestellten Kredits von 1,2 Mrd. DM erreicht haben.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 901 5. Ausf. Blatt 3

Anlage und bisheriger Verlauf der Arbeitsniederlegungen lassen auf eine gut vorbereitete und organisierte, längerfristig angelegte Aktion der konterrevolutionären Kräfte, die auch aus Kreisen der Kirche kommen, in der VR Polen schließen. Die Aktion zielt darauf ab, durch ständigen Wechsel der Orte und Industriezweige bzw. Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen einen permanenten Zustand der Unruhe und Unsicherheit im Lande herbeizuführen. Unter Ausnutzung der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Versorgungslage soll so die Basis für einen Erfolg der Konterrevolution geschaffen werden.

Die eindeutig auf die Beseitigung der sozialistischen Ordnung in Polen gerichteten Aktivitäten, die von starkem Antisowjetismus und Nationalismus begleitet sind, finden in folgendem ihren Ausdruck:

1. Organisator und Führer der zunächst als "Tarif- und Lohnerhöhungskämpfe" ausgegebenen, jetzt offen antisozialistische politische Forderungen stellenden Arbeitsniederlegungen soll das sogenannte "Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOS/KOR) sein, das ein "nichtkommunistisches, nicht-sowjetisches und pluralistisches Polen" fordert.¹⁾ Dieses Komitee soll in zwei wichtigen Großbetrieben, im URSUS-Traktorenwerk bei WARSCHAU und in der Lenin-Werft in GDANSK, feste Positionen haben.
2. Das sogenannte "Streikkomitee" der Lenin-Werft in GDANSK forderte Verhandlungen mit Ministerpräsident Babiuch u.a. über
 - . die "Freilassung aller politischen Häftlinge";
 - . die "Auflösung des Zentralen Gewerkschaftsrates" und die "Bildung freier Gewerkschaften";

1) Zur Lenkung und Koordinierung seiner Handlungen soll es, nach westlichen Angaben, Untergrundpublikationen (illegale Zeitung "Robotnik" mit einer Auflage von 40 000 Stück), Flugblätter und Verbindungsleute einsetzen. Außerdem soll auch eine illegale politische Partei, die "Konföderation des unabhängigen Polens" (KPN), existieren.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 901 5.Ausf. Blatt 4

- . die "Errichtung eines Denkmals" für getötete Konterrevolutionäre von 1970 sowie
- . die Wiedereinstellung subversiver Elemente.

3. In WARSCHAU fand ein "Gedenkgottesdienst" mit anschließenden antisowjetischen Demonstrationen in mehreren Städten, davon in WARSCHAU selbst mit ca. 5 000 Teilnehmern, anlässlich des "60. Jahrestages des polnischen Sieges über die Sowjetunion im August 1920" statt, d.h. die polnische militärische Intervention gegen Sowjetrußland wurde "gefeiert".

Insgesamt scheinen die konterrevolutionären Handlungen in der VR Polen noch nicht ihren Gipfelpunkt erreicht zu haben. Mit weiteren, die innenpolitische Lage verschärfenden Angriffen gegen die sozialistische Ordnung, gegen die Partei- und Staatsführung der VR Polen und vor allem gegen die Einheit von Partei und Arbeiterklasse ist zu rechnen.

Maßnahmen der polnischen Führung zur Eindämmung der Gefahr und zur Überwindung des ernststen inneren Zustandes wurden nicht bekannt. Die bisherigen offiziellen Erklärungen, u.a. die Rede des Gen. Babuch, werden als Appelle zur Beruhigung der Lage eingeschätzt.

Nach offiziellen Bonner Angaben wird seitens der BRD nicht ausgeschlossen, daß der für den 19. und 20.08.1980 geplante BRD-Besuch des Genossen Gierek wegen der Lage in der VR Polen von polnischer Seite abgesagt wird.

Vertrauliche Verschlusssache ²⁹
7

000007

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 902

5. Ausfertigung = 6 Blatt

J 19/8

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 2/80 v. 19.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 902 5 .Ausf.,Blatt 2

Die innenpolitische Lage in der VR Polen ist weiter sehr angespannt und kompliziert. Durch Ausweitung der Arbeitsniederlegungen von GDANSK auf GDYNIA, SOPOT und SZCZECIN sowie durch sichtbare Zunahme der antisozialistischen politischen Aktivitäten in den genannten Hafenstädten haben sich diese zum Zentrum der konterrevolutionären Handlungen entwickelt.

Nach westlichen Angaben sollen an den Arbeitsniederlegungen im Küstenbezirk der VRP 80 000 bis 90 000 Werktätige von annähernd 30 Betrieben (Werften, Industrie-, Nahrungsmittel- und Verkehrsbetriebe sowie eine Erdölraffinerie bei GDANSK) beteiligt sein. Alle Nachrichtenverbindungen mit GDANSK sind unterbrochen. Der Hafenbetrieb ist stillgelegt. Die Bevölkerung soll "Sympathie mit den Streikenden" bekunden. Die Hamsterkäufe werden fortgesetzt. Der konterrevolutionäre Charakter der Arbeitsniederlegungen, deren antisozialistische Stoßrichtung und Zielsetzung, prägen sich weiter aus.

Am 16.08.1980 soll die Führung des "Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR) unter Leitung von Jacek Kuron in GDANSK eingetroffen sein und die Koordinierung der staatsfeindlichen Handlungen übernommen haben. Sie sollen die Gewerkschaften für aufgelöst erklärt und mit den Wahlen "freier Gewerkschaften" begonnen haben. Sie erklärten die Absicht, direkt die Führung der "Streiks" zu übernehmen und bis zum 22.08.1980 in wichtigen Zentren des Landes einen "Generalstreik" zu organisieren. Damit leiten die konterrevolutionären Kräfte eine neue Phase ihrer Angriffe auf die sozialistische Ordnung in der VRP ein.¹⁾ Sie soll offensichtlich gegen Ende dieser Woche ihren Höhepunkt erreichen, landesweiten Umfang und Massencharakter einnehmen. Vorbereitungen dafür werden schon getroffen. In allen Betrieben mit Arbeitsniederlegungen wurden "Streikkomitees", die

1) Westliche Medien stellen die derzeitige Lage in der VRP mit den Ereignissen von 1956 gleich. Die "Reizschwelle" sei aber noch nicht erreicht worden.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 902 5 .Ausf.,Blatt 3

von antisozialistischen Elementen geführt werden, gebildet.¹⁾

Sogenannte Ordnungsdienste, die als eine Art "Arbeitermiliz" bezeichnet werden, entstehen. Sie können als Grundzellen möglicher konterrevolutionärer bewaffneter Kräfte angesehen werden, zumal der obengenannte KOR-Führer den "bewaffneten Widerstand" als vorausgeplant eingesteht. Partei- und Staatsorganen wird der Zugang zu den Betrieben verweigert, während die katholischen Pfarrer Gottesdienste darin abhalten können.

Die politischen, gegen die Grundfesten der sozialistischen Ordnung gerichteten Forderungen werden massiver in den Vordergrund gerückt und ständig erweitert. So veröffentlichte der "gemeinsame Streikausschuß" in GDANSK 16 politische Forderungen, die über die bisher gestellten hinausgehen. U.a. enthalten sie:

- "Recht auf Streik und Sicherheit für alle Streikenden";
- "Freiheit des Wortes und Aufhebung der Zensur";
- "Gewerkschaftsfreiheit und Aufhebung der Einmischung des Staates in die Gewerkschaftsarbeit";
- "Aufhebung der Vorrechte der Miliz, der Sicherheitsorgane und des Parteiapparates";
- "Öffnen der Massenmedien für die Kirche".

Die konterrevolutionären Führer propagieren bereits ihr Endziel:

- Veränderung der Staatsführung, Rücktritt der Genossen Gierek und Babiuch;
- Beseitigung der sozialistischen Staatsordnung und Ausschalten der PVAP als führende Kraft;
- Wirtschaftsreform in Richtung "Freier Marktwirtschaft";

1) So soll der "Vorsitzende des Streikkomitees" der Lenin-Werft in GDANSK der Konterrevolutionär und Mitglied des "Gründungskomitees freier Gewerkschaften", Lech Waleca, sein. Diese illegale Organisation sei am 1. Mai 1978 gegründet worden und soll in mehreren Gebieten Polens existieren.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 902 5 .Ausf.,Blatt 4

- "Schaffung einer freien Demokratie und Gewährung einer demokratischen Opposition".

Auch seitens der Kirche wird Kritik an der Politik der Staatsführung geübt. Erst jetzt wurde bekannt, daß sich das kirchliche Oberhaupt Polens, Kardinal Wyszynski, am 15.08.1980 vor 150 000 Menschen in CZESTOCHOWA in einem Gedenkgottesdienst anlässlich des "60. Jahrestages des polnischen Sieges im August 1920" auf Seiten "der Bevölkerung" gestellt haben soll.

Von der polnischen Partei- und Staatsführung wurde die Gefährlichkeit der derzeitigen innenpolitischen Lage erkannt. Jedoch ist das bisherige Vorgehen gegen die antisozialistischen Kräfte als sehr zurückhaltend einzuschätzen. Über den allgemeinen Inhalt der Rede des Genossen Babiuch herrsche Enttäuschung und Unzufriedenheit. Mittlere Parteikader kritisieren die fehlende Information und Orientierung für die Parteimitglieder sowie den Mangel einheitlicher Maßnahmen zur Mobilisierung der Partei. Die Armeeführung habe die Durchsetzung einer strengeren Disziplin und Ordnung sowie höhere Anstrengungen in der Gefechtsausbildung gefordert. Trotz der komplizierten Lage seien weiterhin Einheiten zur Bergung der Ernte bzw. zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Einsatz.

Die Regierung hat eine Sonderkommission unter Leitung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Bikar zu Verhandlungen nach GDANSK gesandt. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Der Generalsekretär der PVAP, Genosse Gierak, hat seinen für den 19./20.08.1980 geplanten BRD-Besuch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Das Politbüro der PVAP soll beschlossen haben, einen Krisenstab unter Leitung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Pyka zur Beobachtung der Verhandlungen mit den "Streikkomitees" nach GDANSK zu schicken. Es sei auch geplant, den für November vorgesehenen nationalen Gewerkschaftskongreß vorzuverlegen.

Insgesamt ist einzuschätzen, daß die konterrevolutionären Kräfte in der VR Polen dabei sind, eine breite Front der Opposition gegen den sozialistischen Staat und seine Führung zu organisieren. Die Erfahrungen bisheriger konterrevolutionärer Ereignisse offenbar nutzend, gehen sie zielgerichtet und diszipliniert vor, zunächst jede Situation meidend, die ein Eingreifen der Sicherheitskräfte provozieren könnte. Das spricht für eine gründliche Vorbereitung. In den nächsten Tagen ist mit einer Verschärfung der innenpolitischen Lage in der VR Polen zu rechnen.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 902 5. Ausf. Blatt 6

Anhang

Hauptinhalt der Fernsehrede des Genossen Gierek vom 18. August 1980 nach Angaben westlicher Massenmedien:

- Durch Streiks werden das normale Leben gestört und die Produktion des Landes desorganisiert.
- In Wirtschaft und Verwaltung wurden Fehler gemacht. Außerdem haben die Beschlüsse des Parteitages der PVAP und die nachfolgenden personellen Veränderungen zur Lösung der anstehenden Probleme nicht ausgereicht.
- Alle Beteiligten werden zur Verständigung aufgerufen, um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden. Lösungen sollen durch gemeinsame Bemühungen gefunden werden.
- Es kann nicht die Erfüllung aller erhobenen Forderungen versprochen werden, da dafür keine Deckung vorhanden ist.
- Vor Versuchen verantwortungsloser Personen wie auch anarchistischer und antisozialistischer Gruppen, Unruhe zu stiften, wird gewarnt. Es wird keine Tätigkeit toleriert werden, die die politische und gesellschaftspolitische Ordnung in Polen stören will. In dieser grundsätzlichen Frage kann niemand mit Zugeständnissen, Kompromissen oder Schwankungen rechnen.
- Die Schaffung einer Regierungskommission zur Kontrolle der Preise wurde angekündigt.
- Als erste Maßnahmen wurden angekündigt: Beibehaltung der Fleischpreise bis Herbst 1981 und Zahlung eines erhöhten Kindergeldes ab Anfang 1981. Lohnerhöhungen, die für einige Gruppen von Arbeitern ab 01. Juli 1980 wirksam wurden, sollen schrittweise und zeitlich verteilt auch alle anderen Arbeitenden erhalten.

Desweiteren verwies Genosse Gierek auf eine bevorstehende Tagung des Zentralkomitees der PVAP, auf der die gegenwärtige Lage erörtert werden wird.

Vertrauliche Verschlusssache

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 903

5. Ausfertigung = 4 Blatt

Information

über

die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 3/80 v. 20.08.1980

Nationale Volksarmee

Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlussache!

A 484 903 5 .Ausf., Blatt 2

In der VR Polen ist der Küstenbezirk mit den Städten GDANSK, GDYNIA, SOPOT und SZCZECIN nach wie vor das Zentrum der Arbeitsniederlegungen und der antisozialistischen, konterrevolutionären Aktivitäten. Zugleich verdichten sich die Anzeichen für eine weitere Verschärfung der Lage.

Die führenden antisozialistischen Kräfte bereiten die Ausdehnung der Arbeitsniederlegungen auf andere Industriezentren des Landes und den für den 22.08.1980 angekündigten "Generalstreik" vor.

Die nach GDANSK geschickte Regierungskommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Ergebnisse wurden noch nicht bekannt.

Inzwischen haben sich die Arbeitsniederlegungen im Küstenbezirk auf weitere 9 Betriebe ausgedehnt (z.T. sogenannte "Solidaritätsstreiks").

Nach westlichen Angaben¹⁾ ruhe die Arbeit gegenwärtig in 75 Betrieben der Küstenstädte bzw. in rund 150 Betrieben des gesamten Küstenbezirks. Mehr als 100 000 Werktätige hätten die Arbeit niedergelegt. Auch in LODZ und in WROCLAW ruhe die Arbeit in einigen Betrieben. Am 16. und 17.08.1980 kam es zu ersten Arbeitsniederlegungen im Raum KATOWICE, die am 18.08.1980 wieder aufgehoben wurden. In der Hütte "Warszawa" sind Flugblätter, die zum "Generalstreik" aufrufen, aufgetaucht.

Die Nachrichtenverbindungen nach GDANSK sind weiter unterbrochen. In der Stadt ruht der öffentliche Verkehr. Der Hafenbetrieb ist (auch in GDYNIA) stillgelegt. Zunehmend wachsen die Versorgungsschwierigkeiten (Lebensmittel, Treibstoffe). Es werden Hamsterkäufe bei Brot und Kartoffeln getätigt, die den Normalverbrauch bis zum Fünffachen übertreffen.

Die konterrevolutionären Kräfte nutzen die Lage zur Festigung ihrer Position in den Betrieben und zum Ausbau ihrer Organisationen. Das seit dem 17.08.1980 existierende "überbetriebliche Streikkomitee" in GDANSK, in dem je 2 Vertreter von 21 Betrieben der Stadt tätig sind, hat ein 13köpfiges "Präsidium" gebildet. Im Raum KATOWICE sollen erste "Streikkomitees" formiert worden sein.

1) In der Berichterstattung der westlichen Massenmedien wird die gut organisierte Tätigkeit der konterrevolutionären Kräfte zur Herbeiführung grundlegender politischer Veränderungen hervorgehoben.

Eine gemeinsame Reaktion der konterrevolutionären Kräfte auf die Rede des Genossen Gierek wurde noch nicht bekannt. Das Mitglied der illegalen Organisation KOR, Kuron, äußerte, Gierek habe die Forderungen der antisozialistischen Kräfte völlig mißverstanden. Insgesamt ist einzuschätzen, daß es in den nächsten 2 bis 4 Tagen im Zusammenhang mit dem geplanten "Generalstreik" der Reaktion zu einer weiteren, möglicherweise extremen Zuspitzung der Lage in der VR Polen kommen kann.¹⁾

Führende Genossen der Polnischen Volksarmee äußerten die Auffassungen, daß man bestrebt sei, die "Streiks" zu lokalisieren. Mit einer längeren Periode der Arbeitsniederlegungen müsse aber gerechnet werden. Die antisozialistischen Elemente wären zwar zu beachten, sie hätten aber keine systemgefährdende Wirkung. Ökonomische Zugeständnisse seien unumgänglich. Jedoch würden politische Forderungen nicht erfüllt werden. Wesentlich für den Umstand, daß sich die Arbeitsniederlegungen so ausbreiten konnten, seien die schwachen Parteiorganisationen in den Betrieben und ihre mangelnde Kampfposition.

Es wird eingeschätzt, daß die Rede des Genossen Gierek, in der weitere Schlußfolgerungen und personelle Veränderungen in der Partei- und Staatsführung angekündigt wurden, der gegenwärtigen Situation entspricht. Sie gäbe eine Einschätzung der ernststen Wirtschaftssituation des Landes, zeige Wege zur Überwindung der Disproportionen und hinsichtlich der Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Von seiner klaren Haltung zur Lageentwicklung, von der Entlarvung ihrer politischen Organisatoren und vom bekundeten Willen, kein Abweichen von der Generallinie der Partei zuzulassen, die Partei und Gewerkschaften zum geschlossenen Handeln zu führen, wird eine mobilisierende Wirkung auf die Partei erwartet.

1) In westlichen Medien wird in diesem Zusammenhang bereits über Truppenbewegungen in der VR Polen spekuliert.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 903 5.Ausf., Blatt 4

Bezüglich der Reaktionen in den Bruderländern auf die Ereignisse in der VRP berichteten die Militärattachés der DDR folgendes:

1. aus der CSSR:

Die Massenmedien nahmen bis zum 18.08.1980 keine Notiz von der Lage in der VRP. Das MfAA und das MfNV der CSSR üben in der Meinungsäußerung Zurückhaltung, weil nicht genügend Kenntnisse darüber vorlägen. Es wird eingeschätzt, daß in der CSSR der Situation in der VRP, vor allem ihren politischen Gehalt, nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Botschafter der VRP in der CSSR hat am 18.08.1980 planmäßig seinen Urlaub angetreten.

2. aus der VR Ungarn:

Die ungarischen Massenmedien informieren seit Mitte Juli fast täglich über die Vorgänge in der VRP, wobei sie sich aber ausschließlich auf Angaben der polnischen Nachrichtenagentur berufen und sich jeder eigenen Kommentierung enthalten.

Inoffiziell wird die Sorge über die Situation in der VRP sichtbar. Es besteht die Auffassung, daß eine solche Entwicklung in der VRU nicht möglich wäre.

Vertreter der Vereinigten Ungarischen Arbeiterpartei und des MfAA gehen davon aus, daß die Lage in der VR Polen in den nächsten Wochen sich noch komplizierter gestalten wird, wenn die konterrevolutionären Kräfte nicht isoliert werden. Allgemeine Zustimmung haben die Reden der Genossen Gierek und Babiuch gefunden.

3. aus der SRR:

Die Rede des Genossen Babiuch wurde am 17.08.1980 ausführlich, aber kommentarlos veröffentlicht. Ein Mitarbeiter des Generalstabes äußerte, daß sich Polen selbst schade. Man hoffe nicht, daß "noch von außen eingegriffen wird".

Es wird eingeschätzt, daß sich die Sendezeit des Senders "Freies Europa" in rumänisch erhöht hat und ausführlich über die Lage in der VR Polen berichtet wird.

Vertrauliche VerschlusssacheVertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 904

5. Ausfertigung = 3 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 4/80 v. 21.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlussache!

A 484 904 5. Ausf., Blatt 2

Die Lage im Küstenbezirk der VR Polen hat sich weiter zugespitzt, sie hat den Charakter eines lokalen "Generalstreiks" angenommen. Die "Streiks" dehnen sich auf weitere wichtige Industriezentren Mittel- und Südpolens aus und sollen - wie von den konterrevolutionären Kräften angekündigt - am 22.08.1980 in einen landesweiten "Generalstreik" münden, der zu einem "schwarzen Freitag" für die VRP gestaltet werden soll.

In GDANSK, GDYNIA und SOPOT wurde in 50 weiteren Betrieben die Arbeit niedergelegt. Auch in SZCZECIN haben sich die Arbeitsniederlegungen auf alle Werften, den Hafen und andere Betriebe (einschließlich des Straßen- und Eisenbahnverkehrs) ausgedehnt und damit ein größeres Ausmaß erreicht. Weitere 5 Städte im Küstenbezirk (SWINOUJSZIE, KOLOBRZEG, ELBLAG, STARGARD, SLUPSK) wurden in die "Streiks" einbezogen, so daß - nach westlichen Angaben - rund 250 Betriebe mit 300 000 Werktätigen nicht arbeiten. Alle diese Betriebe hätten sich dem "überbetrieblichen Streikkomitee" in GDANSK unterstellt.

Die Arbeitsniederlegungen in WROCLAW und LODZ halten an. In Betrieben in WARSCHAU, BYDGOSZCZ, KRAKOW, POZNAN, KATOWICE, TORUN und LUBLIN wurden solche angekündigt.

Zur Begegnung der gefährlichen innenpolitischen Lageentwicklung wurden folgende Maßnahmen der Partei- und Staatsführung der VRP bekannt: ¹⁾

In den Zentren der Arbeitsniederlegungen, vor allem in GDANSK, werden die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen aktiviert, um zur Überwindung des bestehenden Zustandes beizutragen (Plenartagung des Wojwodschaftskomitees GDANSK der PVAP am 18.08.1980). Die in GDANSK weilende Regierungskommission unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Pyka führt die Verhandlungen mit den "Streikkomitees" der einzelnen Betriebe fort. Verhandlungen mit dem von den konterrevolutionären Kräften beherrschten "überbetrieblichen Streikkomitee" in GDANSK werden abgelehnt.

- 1) Nach westlichen Angaben habe sie dazu nur eine Alternative: entweder den direkten Spitzendialog mit den konterrevolutionären Kräften oder den Einsatz der Staatsmacht.

Im Raum GDANSK werden Milizeinheiten konzentriert. Sie sind für den Schutz wichtiger staatlicher Objekte vorgesehen und werden grundsätzlich von Betrieben mit Arbeitsniederlegungen ferngehalten.¹⁾

Die Rede des Genossen Gierek vom 18.08.1980 wurde von großen Teilen der Bevölkerung gut aufgenommen. Zugleich nimmt aber die Beunruhigung der Bevölkerung über die Gesamtlage in der VRP zu. Die negativen Auswirkungen der Arbeitsniederlegungen werden von der Bevölkerungsmehrzahl richtig gesehen, aber zugleich erkennt sie die ökonomischen Forderungen der "Streikenden" als berechtigt an.

Westliche Massenmedien melden, daß die Sicherheitskräfte gegen einzelne konterrevolutionäre Elemente vorgehen. So sei der Chefredakteur der illegalen staatsfeindlichen Zeitung "Robotnik", Lytinski, verhaftet worden. Auch eine geplante Sitzung des illegalen konterrevolutionären Organs KOR in WARSCHAU hätten die Sicherheitskräfte verhindert.

Die westlichen Massenmedien intensivieren z.Z. die Verbreitung von Lügenmeldungen über die Vorgänge in der VR Polen. Am 20.08.1980 wurde z.B. gemeldet, daß nach einem angeblich in Westberlin aufgefangenen Funkspruch "sowjetische Truppen in den Arbeitskonflikt" eingegriffen hätten.

Insgesamt ist in den nächsten Tagen mit einer die Lage im ganzen Lande verschärfenden Entwicklung zu rechnen. Die Regierung der VR Polen soll erklärt haben, daß sie die Situation unter Kontrolle habe und sie mit eigenen Kräften lösen kann.

Die UdSSR will der VR Polen kurzfristig wirtschaftliche Hilfe gewähren und Nahrungsmittel (Zucker, Öl, Fleisch) liefern.

Weitere Erkenntnisse über Reaktionen in den Bruderländern auf die Ereignisse in der VR Polen liegen nicht vor.

Die DDR-Botschaft in WARSCHAU hat die volle personelle Arbeitsbereitschaft hergestellt (Urlaubsrückbeorderung) und wurde durch Mitarbeiter des MfAA verstärkt.

1) NATO-Kreise äußerten die Ansicht, daß die Staatsmacht der VRP in der Lage sei, die innere Krise "ohne äußere Hilfe" zu überwinden. Laut NATO-Hauptquartier seien außergewöhnliche Truppenbewegungen in der VR Polen nicht festzustellen.

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 905

5 .Ausfertigung = 3 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 5/80 v. 22.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Die innenpolitische Lage in der VR Polen ist weiterhin angespannt und kompliziert.

In GDANSK, GDYNIA und SOPOT besteht eine geschlossene "Streikfront", die annähernd 260 Betriebe umfassen soll. Auch in SZCZECIN ist die Lage ernst. In weiteren Betrieben der Stadt (insgesamt jetzt etwa 35 - 40) haben die Belegschaften die Arbeit niedergelegt. Desweiteren haben sich die Arbeitsniederlegungen in ELBLAG, KOLOBRZEG und in USTKA ausgeweitet. Die Versorgungsschwierigkeiten im Küstenbezirk nehmen zu.

Das unter Führung der illegalen staatsfeindlichen Organisation KOR stehende "überbetriebliche Streikkomitee" in GDANSK hat seine Positionen in den stillgelegten Betrieben gefestigt. Die Aufrufe dieses Komitees, am 22.08.1980 in den Industriezentren Polens den "Generalstreik" durchzuführen, halten weiter an. Das Komitee ist bemüht, ein "gesamtpolnisches Streikkomitee" zu bilden und hat zu dessen Organisierung Vertreter in andere Industriezentren entsandt.

Die von Betriebsbelegschaften in den Städten LODZ, BYDGOSZCZ, POZNAN, KRAKOW, TARNOW und WARSCHAU angedrohten Arbeitsniederlegungen konnten durch die Einflußnahme der Betriebsleitungen bisher verhindert werden. Ein erneuter "Streik" der Verkehrsbetriebe in WARSCHAU am 22.08.1980 ist nicht ausgeschlossen.

Die Anstrengungen zur Aktivierung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie der Staatsorgane für die Überwindung der entstandenen Lage werden, mit Schwerpunkt GDANSK und SZCZECIN, fortgesetzt.¹⁾

Weitergeführt werden die Verhandlungen mit "Streikkomitees" in diesen Städten. Der Leiter der Regierungskommission in GDANSK, Genosse Pyka, wurde von dieser Funktion entbunden und durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Genosse Jagelski, ersetzt. Sicherheitskräfte der Miliz und Einheiten der Polnischen Volksarmee werden auf den Schutz wichtiger staatlicher Objekte vorbereitet.

1) Plenartagung des Wojewodschaftskomitees der PVAP SZCZECIN, Sitzung des Zentralrates der polnischen Gewerkschaft, Einsatz einer Regierungskommission unter Leitung von Barcikowski in SZCZECIN.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 905 5 .Ausf.,Blatt 3

Stäbe und ausgewählte Truppenteile der polnischen Streitkräfte sind gedeckt in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt worden. Rekognisierungsgruppen des Generalstabes wurden in Richtung Küste in Marsch gesetzt.

Die Sicherheitsorgane gehen strenger gegen die konterrevolutionären Kräfte des KOR vor und haben in den letzten zwei Tagen zeitweilige Verhaftungen (17 Personen, darunter der KOR-Führer Kuron) vorgenommen. Westlichen Angaben zufolge werden auch verstärkt Personalkontrollen durchgeführt.

Mit weiteren Aktivitäten der Partei- und Staatsführung der VRP, insbesondere im Hinblick der Begegnung des für heute angekündigten "Generalstreiks", ist zu rechnen.

Westliche Medien heben die verstärkte Sendetätigkeit ihrer Hetzsender ("Deutsche Welle", BBC, "Voice of America") im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen hervor. Gleichzeitig spekulieren sie nach wie vor auf einen möglichen Einsatz sowjetischer Truppen in der VRP. So berichtet die BRD-Zeitung "Rheinische Post" vom 20.08.1980 unter Berufung auf geheimdienstliche Quellen, daß seitens der UdSSR im Rahmen der Vorbereitung des Manövers der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages "Waffenbrüderschaft 80" Maßnahmen dazu getroffen würden. Indizien dafür seien:

- die Herstellung der Alarmbereitschaft von 4 sowjetischen Divisionen in der VR Polen;
- das Beziehen anderer Bereitstellungsräume durch die 2. Gardearmee in der DDR (näher an die polnische Grenze) als ursprünglich vorgesehen;
- Veränderungen in der Planung der rückwärtigen Sicherstellung des Manövers;
- die Stationierung starker sowjetischer Verbände an der sowjetisch-polnischen Grenze.

Neue Erkenntnisse über Reaktionen in den Bruderländern auf die Ereignisse in der VR Polen liegen nicht vor.

106 2

Vertrauliche Verschlussache 000023

Vertrauliche Verschlussache!

VVS-Nr.: A 484 906

5. Ausfertigung = 5 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 6/80 v. 23.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 906 5 .Ausf.,Blatt 2

Bei weiterhin komplizierter Lage vor allem im Küstenbezirk der VR Polen und neuer Arbeitsniederlegungen in einzelnen Betrieben anderer Städte haben die antisozialistischen Kräfte das Ziel, den 22.08.1980 zu einem "schwarzen Freitag" zu gestalten, nicht erreicht. Ein landesweiter "Generalstreik" fand nicht statt. Damit scheint die Lage in der VRP - ohne daß die zur Verfügung stehenden Informationen diese Einschätzung mit Bestimmtheit zulassen, ihre kritischste Phase überschritten zu haben, wobei die Kompliziertheit weiter anhalten wird. Die Verhinderung des mit dem "Generalstreik" geplanten Anschlages auf die sozialistische Ordnung Volkspolens konnte offensichtlich erreicht werden durch:

- die Maßnahmen der Partei und Regierung zur Eindämmung und Lokalisierung der "Streikzentren" und durch die verhängte Nachrichten- und Informationssperre für diese,
- erste Erfolge der Verhandlungen der eingesetzten Regierungskommissionen mit den "Streikkomitees" der einzelnen Betriebe, wodurch der Spielraum des "überbetrieblichen Streikkomitees" in GDANSK eingeengt werden konnte,
- die bedeutend wachsenden Versorgungsschwierigkeiten in den "bestreikten" Gebieten, die von den polnischen Massenmedien zunehmend zum Anlaß genommen werden, die politisch-ideologische Arbeit zu verstärken, um den Massen die Auswirkungen der "Streiks" auf die Lebenslage der Bevölkerung sichtbar zu machen, sowie
- dadurch, daß die Sicherheitskräfte offenbar den konspirativ organisierten KOR-Führungsapparat in WARSCHAU¹⁾, zumindest dessen Hauptelemente, unter Kontrolle haben.

Die Lage ist vor allem in den Räumen der Städte GDANSK, GDYNIA, SOPOT, SZCZECIN, SWINOUJSCIE und ELBLAG, in denen rund 300 Betriebe "bestreikt" werden sollen, nach wie vor ernst.

1) Nach westlichen Angaben soll er annähernd 100 Personen umfassen

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 906 5 .Ausf., Blatt 3

In den erstgenannten drei Städten sind auch rund 50 Prozent der Geschäfte geschlossen. Die Versorgungslage im gesamten Küstengebiet spitzt sich weiter zu.

Bei Angehörigen der Polnischen Volksarmee, die sich in Kasernen im Küstenraum befinden, soll es zu Erscheinungen der Sympathie und der Solidarität mit den "Streikenden" (Brotdiebstahl für Streikende) gekommen sein.

Zu neuen Arbeitsniederlegungen soll es am 21.08.1980 in zwei wichtigen Abteilungen der Lenin-Hütte in KRAKOW sowie in zwei Kupferbergwerken in der Wojewodschaft LEGNICA gekommen sein. Durch zunehmende Hamsterkäufe besteht Mangel an Brot, Zucker und Benzin in WARSCHAU. In anderen Städten der VRP, in denen "Streiks" angedroht waren, sollen positive Verhandlungsergebnisse erreicht worden sein.¹⁾

Die antisozialistischen Kräfte versuchen, ihre Aktivitäten zu verstärken. Das "überbetriebliche Streikkomitee" in GDANSK, das auf 300 Personen erweitert wurde, stellt zunehmend den Rücktritt des Genossen Gierk und der polnischen Regierung ins Zentrum ihrer politischen Forderungen und verlangt weiterhin "freie Gewerkschaften". Es hat die staatlichen und Parteifunktionäre aus den Betrieben verdrängt und nimmt alle Funktionen, einschließlich der Lebensmittelverteilung, wahr. Es führt Flugblattaktionen antisowjetischen Charakters durch. Seine Handlungen sollen von Schweden aus unterstützt werden (Heranführung von Vervielfältigungsgerät und Nachrichtenmitteln über den Seeweg). Die Führer des Komitees kritisieren die für sie zu passive Haltung der polnischen Kirche.

Westlichen Angaben zufolge soll die illegale staatsfeindliche Organisation KOR einen "Hilfsappell" an den Westen gerichtet haben, in dem gefordert wird, Einfluß auf die polnische Regierung dahingehend auszuüben, daß in Volkspolen "politische Reformen" durchgeführt werden.

1) Nach westlichen Massenmedien hätten auch in den Küstenstädten GDANSK, SZCZECIN und ELBLAG einzelne Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen.

Die westlichen Staaten werden aufgefordert, die Exporte in die VRP nicht zu blockieren und verstärkt Darlehen und Kredite zu gewähren.

Erstmals seien 66 prominente polnische Wissenschaftler mit einem öffentlichen Appell an die Regierung herangetreten, in dem - entsprechend der Linie des KOR - die Forderung erhoben wird, die Regierungskommission in GDANSK soll mit dem "überbetrieblichen Streikkomitee" verhandeln.

Seitens der Partei- und Staatsführung der VRP werden die Anstrengungen zur schrittweisen Überwindung der derzeitigen Situation intensiviert. Ausgehend von der Rede des Genossen Gierak wird die ganze Partei mobilisiert mit dem Ziel, ihre politisch-ideologische Arbeit unter den Massen zu verstärken, die negativen Auswirkungen der Arbeitsniederlegungen sichtbar zu machen und die antisozialistischen Kräfte zu entlarven.

Bestimmte Stäbe und ausgewählte Truppenteile der polnischen Streitkräfte befinden sich weiterhin in erhöhter Gefechtsbereitschaft.

Vom Militärattaché der DDR in der Sozialistischen Republik Rumänien wird gemeldet:

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der VR Polen stellten in der SRR akkreditierte Militärattachés von NATO-Staaten (USA, BRD, Türkei) folgende, auf das Manöver der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages "Waffenbrüderschaft 80" bezogene Fragen:

- Wird das auf dem Territorium der DDR geplante Manöver eventuell in Polen und früher stattfinden?
- Wenn es nötig sein sollte, daß die sozialistischen Staaten Polen helfen, würde dann die Sowjetunion die anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages dazu vorher fragen?
- Gibt es Anzeichen für eine kollektive Wirtschaftshilfe für Polen?
- Werden die Staaten des Warschauer Vertrages wieder so handeln wie gegenüber der CSSR 1968?

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 906 5 .Ausf., Blatt 5

In Gesprächen äußerten diese Militärattachés, daß sie für eine rasche innerpolnische Lösung sind. Sie deuteten an, daß die NATO ihre Herbstmanöver möglicherweise früher als geplant beginnen könnten.

Die Einschätzung der Lage bei den Stäben und Truppen der NATO-Kommandos Zentraleuropa und Ostseeausgänge läßt mit Stand vom 22.08.1980, 18.00 Uhr, keine Handlungen erkennen, die als Maßnahmen für eine Vorverlegung von Übungen der Herbstübungsserie 1980 zu charakterisieren wären. Die Übungsvorbereitungen bewegen sich in der uns bekannten Übungsplanung.

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 907

5. Ausfertigung = 9 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 7/80 vom 25.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 907 5.Ausf. Blatt 2

Die Partei- und die Staatsführung der VR Polen haben am 24.08. 1980 tiefgründig die politische und ökonomische Lage im Lande beraten, daraus Schlußfolgerungen zur Überwindung der ernsten Situation gezogen und personelle Veränderungen im Führungsapparat der Partei und des Staates vorgenommen. Der Generalsekretär der PVAP, Genosse Gierek, informierte darüber in einer Ansprache im polnischen Fernsehen am Abend des 24.08.1980, die auch vom Fernsehen der DDR ausgestrahlt wurde.

In WARSCHAU fand eine Plenartagung des ZK der PVAP statt. Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, Genosse Stanislaw Kania, referierte über die aktuelle wirtschaftspolitische Situation in Polen. Genosse Gierek legte die sozial-ökonomischen und politischen Hauptprobleme des Landes dar und zeichnete die Hauptaufgaben der Partei auf den genannten Gebieten auf. Das Zentralkomitee faßte Beschlüsse zu organisatorischen Fragen und beschloß folgende Kaderveränderungen:

Es wurden abberufen:

- a) als Mitglieder des Politbüros: Edward Babiuch¹⁾, Jerzy Lukaszewicz²⁾, Jan Szydlak³⁾ und Tadeusz Wrzyszczyk⁴⁾;
- b) als Kandidaten des Politbüros: Tadeusz Pyka und Zdzislaw Zandarowski;
- c) als Sekretäre des Zentralkomitees: Jerzy Lukaszewicz, Jozef Pinkowski und Zdzislaw Zandarowski.

Neu berufen wurden (Kurzbiographien siehe Anhang):

- a) als Mitglieder des Politbüros: Stefan Olszowski (bisher **Bot-**schafter der VRP in der DDR) und Jozef Pinkowski (bisher **Sek-**retär des ZK);

1) bisher Vorsitzender des Ministerrats

2) bisher verantwortlich im Politbüro für Propaganda

3) bisher Vorsitzender der Gewerkschaft

4) bisher Vorsitzender der staatlichen Plankommission.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 907 5. Ausf. Blatt 3

- b) als Kandidaten des Politbüros: Jandrzej Zabinski (bisher Sekretär des ZK) und Jerzy Waszczuk;
- c) als Sekretäre des Zentralkomitees: Stefan Olszowski und Emil Wojtaszek (bisher Außenminister).

In das Zentralkomitee kooptiert wurde Tadeusz Grabski. Da Edward Babiuch es ablehnte, weiter als Vorsitzender des Ministerrates tätig zu sein, wurde bis zur Sjem-Tagung Jozef Pinkowski mit dieser Funktion beauftragt.

Auf einer Sitzung des Staatsrates der VR Polen wurden folgende Kaderveränderungen beschlossen:

Auf Bitte von Edward Babiuch wurde dieser von der Funktion des Vorsitzenden des Ministerrates abberufen. Bis zur Entscheidung durch den Sjem wurde Jozef Pinkowski in die Regierung berufen und die Funktion des Vorsitzenden des Ministerrates übertragen.

Weiterhin wurden abberufen:

- als Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates Tadeusz Pyka und Tadeusz Wrzyszczyk;
- als Minister für Auswärtige Angelegenheiten Emil Wojtaszek;
- als Minister und Mitglied des Ministerrates Eugeniusz Grochal.

Berufen wurden:

- zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates Tadeusz Grabski;
- zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzenden der Plankommission Henryk Kisiel;
- zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates bei gleichzeitiger Abberufung als Minister für Maschinenbau Aleksander Kopec;

- zum Minister für Auswärtige Angelegenheiten Jozef Czyrek;
- zum Minister für Finanzen Marian Krzak;
- zum Minister für Maschinenbau Henryk Gawronski;
- zum Minister und Mitglied des Ministerrates Jerzy Gawrysiak.

Darüber hinaus wurden am 24.08.1980 vom Vorsitzenden des Ministerrates folgende personelle Entscheidungen getroffen:

- als Vorsitzender des Komitees für Radio und Fernsehen wurde Maciej Szczepanski abberufen, dafür Jozef Barecki berufen;
- als Vorsitzender der staatlichen Preiskommission wurde Eugeniusz Grochal abberufen, dafür Jerzy Gawrysiak berufen;
- als Vorsitzender des Hauptamtes für Statistik wurde Stanislaw Kuzinski abberufen, dafür Professor Wieslaw Sadowski berufen.

Erste Reaktionen des Westens auf die Rede des Genossen Gierek sowie auf die Maßnahmen der Partei- und Staatsführung der VRP vom 24.08.1980 beinhalten mit Stand vom 25.08.1980, 03.00 Uhr, folgendes:

In der Mehrzahl der ersten Stellungnahmen der westlichen Medien werden kommentarlos die personellen Veränderungen wiedergegeben und Auszüge aus der Rede des Genossen Gierek gebracht. Besonders betont werden aus dieser Rede:

- die Ankündigung von Gewerkschaftsneuwahlen, bei denen Mitglieder der "Streikkomitees" kandidieren könnten,
- eine umfassende Wirtschaftsreform und
- der Hinweis, daß keine Forderungen erfüllt werden, **die an den Grundfesten des sozialistischen Staates rütteln.**

Die von der polnischen Führung vorgenommenen Kaderveränderungen im Partei- und Staatsapparat werden als einschneidende und tiefgreifende Reaktion auf die innenpolitische Krise im Lande charakterisiert. Damit habe der "liberale Flügel" in der Partei einen

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 907 5. Ausf. Blatt 5

Sieg errungen.

Verwunderung wird darüber geäußert, daß bei diesen umfangreichen personellen Maßnahmen Genosse Gierak seine Funktion als "Partei-
chef" behalten hat.

Vom "überbetrieblichen Streikkomitee" in GDANSK wird berichtet, daß es die Maßnahmen der Partei- und Staatsführung als "Sieg der Arbeiter" betrachtet. Es kündigte jedoch an, daß die "Streiks" bis zur vollen Erfüllung seiner Forderungen weitergeführt würden.

Vertrauliche Verschlussache!

A 484 907 5. Ausf. Blatt 6

Die Lage im Küstenbezirk der VR Polen war am Wochenende unverändert ernst, besonders in den Städten GDANSK, GDYNIA, SOPOT und ELBLAG. In SZCZECIN und in SWINOUJSCIE haben sich die Arbeitsniederlegungen auf 60 Betriebe ausgedehnt, die sich einem 120 Mitglieder starken "zentralen Streikkomitee" unterstellt haben. Dieses richtete an den Vorsitzenden der zuständigen Regierungskommission, Genossen **Barcikowski**, eine Erklärung, in der Kompromißbereitschaft angedeutet wird (Unterbrechung der "Streiks" bei Erfüllung der Forderungen).¹⁾ Die Zahl der Betriebe mit Arbeitsniederlegungen im Küstenbezirk ist, nach westlichen Angaben, auf annähernd 400 angewachsen.

In den anderen Landesteilen der VR Polen, einschließlich der Hauptstadt WARSCHAU, ist die Lage relativ normal und ruhig. In einigen Betrieben in KRAKOW erfolgten am Wochenende kurze "Warnstreiks". In zwei Abteilungen der Lenin-Hütte soll die Arbeitsniederlegung anhalten.

Die antisozialistischen Kräfte richten ihre Hauptanstrengungen nach wie vor darauf, die Arbeitsniederlegungen zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen auszunutzen. Versuche der illegalen staatsfeindlichen Organisation KOR, mit dem Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Wyszynski, Kontakte aufzunehmen, scheiterten. Seitens des Erzbischofs von GDANSK seien die Arbeiter aufgerufen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Partei und Regierung sind weiterhin bemüht, die Arbeitsniederlegungen einzudämmen und die noch einheitliche "Streikfront" im Küstenbezirk zu brechen. Die drei Regierungskommissionen in

1) In den westlichen Medien wird stärker auf die Möglichkeit hingewiesen, daß im Ergebnis von Verhandlungen die "Streiks" beendet werden könnten. Erstmals geben sie zu, daß die Arbeitsniederlegungen im Küstenbezirk der VR Polen durch betriebsfremde, illegalen antisozialistischen Organisationen angehörende politische Kräfte organisiert wurden und in die Länge gezogen werden. So soll es in der Lenin-Werft in GDANSK bereits am 5. "Streiktag" Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme gegeben haben, was aber durch das "überbetriebliche Streikkomitee" verhindert wurde.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 907 5. Ausf. Blatt 7

GDANSK, SZCZECIN und ELBLAG setzten die Verhandlungen fort, wobei sie sich bis zum 23.08.1980 auf einzelne Betriebe und Handwerkszweige konzentrierten. Erreichte Teilergebnisse wurden aber nicht wirksam, weil die Belegschaften aus "Solidarität" weiter die Arbeitsaufnahme verweigern.

Nach westlichen Angaben haben die Regierungskommissionen in GDANSK und SZCZECIN am Abend des 23.08.1980 begonnen, Gespräche mit den "überbetrieblichen" bzw. "zentralen Streikkomitees" aufzunehmen. Resultate sollen noch nicht erreicht worden sein. Der Leiter der GDANSK'er Regierungskommission, Genosse Jagielski, habe am 24.08.1980 in Warschau vor dem ZK der PVAP berichtet.

Die Sicherheitsorgane der VR Polen sollen weitere Verhaftungen von Mitgliedern illegaler konterrevolutionärer Organisationen vornehmen.¹⁾

In allen Grundorganisationen der PVAP in der polnischen Armee wurden Mitgliederversammlungen durchgeführt. Sie dienten der Erklärung der innenpolitischen Lage, der Entlarvung der antisozialistischen Kräfte, der Aktivierung der Parteimitglieder sowie ihrer Orientierung auf die Verbesserung des Standes der Gefechtsausbildung, der Disziplin und Ordnung.

Die polnischen Massenmedien rücken die Forderung von Arbeitern nach Rückkehr zum normalen Arbeitsrhythmus in den Mittelpunkt ihrer massenpolitischen Arbeit. Relativ breit behandeln sie Anfragen und Kritiken.

Vom Militärattaché der DDR in der CSSR wird gemeldet:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei hat am 21.08.1980 an alle Bezirks- und Kreisleitungen sowie an zentrale Institutionen der Partei ein Rundschreiben über die

1) So seien der Leiter des "Antikommunistischen Bundes für ein unabhängiges Polen", Leszek Moszulski, und 3 weitere KOR-Mitglieder festgenommen worden. Allein in WARSCHAU befänden sich 24 KOR-Mitglieder in Haft.

Lage in der VR Polen zur Anleitung der Arbeit in den Grundorganisationen gesandt. Darin wird die Aufgabe gestellt, die Situation der VRP zu erläutern sowie die Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung und polnischer Touristen in der CSSR zur Lage in Polen zu erfassen. In diesem Dokument soll - ohne Erläuterungen zu geben - geäußert worden sein, daß seitens der Partei- und Staatsführung der VR Polen Vorbehalte gegenüber der CSSR existierten.

Die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei haben sich am 22.08. 1980 mit dem Rundschreiben beschäftigt und Weisungen für die Grundorganisationen erlassen.

Die Parteigruppen und Grundorganisationen der tschechoslowakischen Volksarmee führen in der kommenden Woche zu dieser Problematik Versammlungen durch.

ANHANG

Kurzbiographie der in die Parteiführung neuberufenen Kader

Stefan Olszowski

Mitglied ZK, bis 1977 mitverantwortlich für die Wirtschaftspolitik; Er kritisierte Gen. Gierek persönlich und prinzipiell und forderte Änderung Wirtschaftspolitik, langjähriger und fähiger Parteiarbeiter, genießt bei Parteimitgliedern hohes Ansehen.

Jozef Pinkowski

Arbeiter, Ökonom, 1952 - 1956 Offizier der polnischen Armee, Abt.-Ltr. im Ministerium, 1958 Wojewodschaftsverwaltung, 1971 1. stellv. Vors. Plankommission, 1971 Mitglied ZK, 1974 Sekretär ZK, 1980 Kandidat Politbüro, unterstützte besonders Wirtschaftspolitik E. Giereks, Beauftragung mit Funktion Vors. Ministerrat löbt allgemeine Verwunderung aus, da in allen bisherigen Funktionen wenig profiliert.

Jerzy Waszczuk

Arbeiter, Gesellschaftswissenschaftler, 1960 Prop.-Sekretär im Stadtbezirk Warschau Mitte, 1968 Mitarbeiter ZK, 1974 Leiter Kanzlei Sekretariat ZK, 1975 Mitglied ZK, 1980 Sekretär ZK, bis Februar 1980 persönlicher Mitarbeiter E. Giereks, jetzt Sekretär für Propaganda, stärkt Position E. Giereks im Sekretariat.

96 36
72.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 907 5. Ausf. Blatt 9

Andrzej Zabinski

Gesellschaftswissenschaftler, Partei seit 1956, 1960 Mitarbeiter Wojewodschaftskomitee, 1962 Jugendfunktionär, 1967 Vors. Soz. Jugendverband, 1971 Mitarbeiter ZK, 1973 1. Sekretär PVAP Wojewodschaft, 1980 Sekretär ZK, wird als sehr fähiger Funktionär eingeschätzt, sehr guter Landwirtschaftspolitiker, Vertreter der soz. Landwirtschaft, Internationalist.

Emil Wojtaszek

1950 aus Emigration in Frankreich zurückgekehrt, Jugendfunktionär, 1966 Mitarbeiter Abt. Internationale Verbindungen im ZK, Stellv. Außenminister, 1972 Botschafter in Frankreich, 1976 Außenminister, 1975 Kandidat ZK, 1976 Mitglied ZK, 1980 Kandidat PB, fähiger Politiker und Parteifunktionär, unterstützt vorbehaltlos Meinung E. Giereks und stärkt seine Position.

Bezüglich zusätzlicher Aufgaben des Gen. Kania ist bemerkenswert, das er als Mitglied PB und Sekretär ZK für Sicherheit, bewaffnete Kräfte und Kirchenfragen jetzt zusätzlich für Organisationsfragen der Partei verantwortlich ist (größte Konzentration von Funktionen in einer Hand).

000026 108 37 31 30

Vertrauliche Verschlusssache

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 908

5. Ausfertigung = 2 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 8/80 v. 26.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 908 5.Ausf., Blatt 2

Die innenpolitische Lage in der VR Polen ist weiterhin angespannt und kompliziert. Die Arbeitsniederlegungen besonders in den Städten GDANSK, GDYNIA, SOPOT, ELBLAG sowie in SZCZECIN und in SWINOUJSCIE werden nach wie vor fortgeführt.

Nach westlichen Angaben soll es am Wochenende auch in TORUN und in einem petrolchemischen Werk in PLONSK bei WARSCHAU zu Arbeitsniederlegungen gekommen sein.

Im SLUPSKER-Gebiet konnte durch energisches Vorgehen gegen Streikversuche (sofortige Entlassung der Wortführer) eine stabile Lage gesichert werden.

Die Streiks in KROSNO, KRAKOW und RZESZOW (südöstlicher Teil des Landes) sind nicht mit politischen Forderungen verbunden.

Die antisozialistischen Kräfte diffamieren die Plenartagung des ZK der PVAP und die beschlossenen Maßnahmen und konzentrieren sich auf die Durchsetzung ihrer konterrevolutionären Forderung nach "freien Gewerkschaften". Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen einer Regierungskommission mit dem "überbetrieblichen Streikkomitee" in GDANSK soll bevorstehen.

In WARSCHAU hat sich die Versorgungslage normalisiert. Der Brief des ZK der PVAP an die Parteiorganisationen, der auf Parteiversammlungen verlesen und diskutiert wird, trägt zur Mobilisierung der Parteimitglieder bei. So wurden in Betrieben aus Parteimitgliedern bestehende Agitations- und Einsatzgruppen geschaffen.

Trotz der begonnenen Auseinandersetzungen über die infolge der Arbeitsniederlegungen entstandene komplizierte ökonomische und innenpolitische Lage verschlechtert sich in der Bevölkerung die Stimmung. In vielen Landesteilen kam es zu "Solidaritätssammlungen" für Streikende, zu Massenaustritten aus der Gewerkschaft und zu Forderungen nach Bestrafung der "Schuldigen".

Unter Parteimitgliedern herrscht unter anderem Besorgnis über z.B. in den USA angekündigte Boykotte polnischer Schiffe und über andere "Solidaritätsbekundungen" im westlichen Ausland für die Streikenden.

Vertrauliche VerschlusssacheVertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 909

5. Ausfertigung = 4 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 9/80 v. 27.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Die Lage im Küstenbezirk der VR Polen ist unverändert angespannt. In den "Streikzentren" zeichnet sich noch kein Ende der Arbeitsniederlegungen ab. Das "überbetriebliche Streikkomitee" in GDANSK sieht in den Vorschlägen des Genossen Gierek und in den Kaderveränderungen in der Partei- und Staatsführung keine Lösung. Es hat die Fortsetzung der "Streiks" bis zur Erfüllung aller seiner Forderungen, besonders der nach Bildung "Freier Gewerkschaften", beschlossen.

Bei Teilen der Arbeiter ist es zur Streikmüdigkeit gekommen. Das "überbetriebliche Streikkomitee" in SZCZECIN will daher die Betriebe schichtweise besetzt halten.

Die Regierungskommissionen setzten die Verhandlungen auf der Grundlage des 4. Plenums des ZK der PVAP (24.08.1980) fort.¹⁾ Bisher wurden noch keine Ergebnisse erreicht.

In den anderen Landesteilen der VR Polen ist die Lage relativ ruhig. Die Arbeiter zweier Abteilungen der Lenin-Hütte in KATOWICE haben nach Erfüllung von Gehaltsforderungen die Arbeit wieder aufgenommen. In WARSCHAU fand am 25.08.1980 eine Flugblattaktion statt, mit der die politischen Forderungen des "überbetrieblichen Streikkomitees" in GDANSK verbreitet wurden.

Das 4. Plenum und die damit verbundenen Maßnahmen haben eine breite, aber unterschiedliche Resonanz in der polnischen Bevölkerung gefunden. Die Masse der Menschen verhält sich noch skeptisch und wartet auf konkrete Schritte der Regierung. Allgemein wird der Standpunkt vertreten, daß die Kaderveränderungen keine Problemlösung darstellen.

Am 26.08.1980 wurde der Zentralrat der Gewerkschaften der VRP einberufen. Im Mittelpunkt seiner Beratungen steht die gegenwärtige Situation im Lande und ein neues Gewerkschaftsgesetz.

Die polnische Armee beging planmäßig und unter Beteiligung der Öffentlichkeit am 23.08.1980 den Tag der Luftstreitkräfte.

1) Nach westlichen Angaben stünden diese unter Leitung des neuen Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Pinkowski.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 909 5. Ausf., Blatt 3

Am 24.08.1980 wurden die Ernennungen in den Fähnrichschulen durchgeführt. Die Politische Hauptverwaltung bildete eine größere Arbeitsgruppe, deren Aufgabe die Erarbeitung täglicher Informationen für Kommandeure und Leitungskader sowie von Agitationsmaterial für die politische Arbeit mit den Soldaten besteht.

Zuverlässig wurde bekannt, daß antisozialistische Kräfte in Schweden bei der Organisation antipolnischer Aktionen von außerhalb eine besondere Rolle spielen. Sie unterstützen auch das illegale, staatsfeindliche Organ KOR in der VRP politisch und ökonomisch.

Reaktionen des Westens auf das 4. Plenum des ZK der PVAP mit Stand vom 26.08.1980, 18.00 Uhr:

Das 4. Plenum, die Rede des Genossen Gierek und die Kaderveränderungen in der Partei- und Staatsführung standen im Mittelpunkt der Berichterstattung der westlichen Medien. Es wird folgende Grundlinie sichtbar:

Die PVAP habe dem Druck von unten nachgeben müssen und sei vor den Arbeitern zurückgewichen. Die von den Streikenden und den mit ihnen verbundenen Oppositionellen hervorragend gestaltete und diszipliniert angewandte Strategie hätte es der Partei schwer gemacht, die Streiks als "Konterrevolution" abzutun und gewaltsam gegen sie vorzugehen. Der Wechsel in der Führung bedeute eine Stärkung des Reformflügels in der Partei, in dem jetzt das Politbüromitglied Olszowski eine Vorrangstellung einnehme (wird als möglicher Nachfolger Giereks genannt). Jetzt sei die PVAP gezwungen, zu handeln. Versprechungen ohne schnelle Realisierung könnten zu einer noch gefährlicheren Lage führen, als sie jetzt schon besteht. Die freie Wahl der Gewerkschaftsführer würde in kurzer Zeit zur Bildung einer Opposition in der Gewerkschaft führen, was weitere Konsequenzen für die Führung in Hinsicht der "Demokratisierung Polens" hätte. Gerade darum würde die GDANSKER Streikleitung die Streiks bis zur vollen Erfüllung der politischen Forderungen weiterführen. "Freie Gewerkschaften" könnten ein weiterer Schritt des "polnischen Weges zum Sozialismus" mit Auswirkungen auf die anderen sozialistischen Staaten sein. In diesem Sinne sei die "polnische Frage eine gesamteuropäische" geworden.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 909 5.Ausf.,Blatt 4

Das sogenannte Europa-Parlament der EG beabsichtigt mit Blickrichtung auf das KSZE-Treffen in MADRID, Mitte September 1980 eine "Debatte über die Menschenrechte in Polen" zu führen und dazu eine Erklärung herauszugeben.

000043-174

Vertrauliche Verschlusssache

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 910

5. Ausfertigung = 4 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 10/80 v. 28.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Seit dem 26.08.1980 spitzt sich die innenpolitische Lage in der VR Polen erneut zu. Die Arbeitsniederlegungen, die in den letzten Tagen fast ausschließlich auf den Küstenbezirk beschränkt blieben, dehnen sich wieder auf andere Landesteile Polens aus. An der Küste haben sie auf KOSZALIN (Verkehrsbetriebe) übergegriffen. In Mittel- und Südpolen wurden aus den Städten WROCLAW (Industrie- und Verkehrsbetriebe), LODZ (Verkehrsbetriebe), RZECZOW und OLSZTYN neue Arbeitsniederlegungen bekannt. Die Solidarität mit den "Streikenden" soll im ganzen Land weiterhin stark ausgeprägt sein. Es kommt zur Bildung sogenannter "Solidaritätskomitees" in Betrieben.

Es ist offensichtlich, daß die Aufhebung der Nachrichten- und Informationssperre für GDANSK es den antisozialistischen Führungskräften der "Streikbewegung" ermöglicht, bereits vorbereitete Aktionen zur weiteren Zuspitzung der Lage und zur Verstärkung des Drucks auf Partei und Regierung durchzuführen.

Die Regierungskommissionen setzten die Verhandlungen fort, bisher jedoch ohne konkrete Resultate. Ihre den "Streikkomitees" unterbreiteten Vorschläge werden von diesen als unzureichend abgelehnt. Das "überbetriebliche Streikkomitee" in GDANSK rückt immer stärker "von der Partei unabhängige Freie Gewerkschaften für ganz Polen" in den Mittelpunkt ihrer politischen Forderungen, die zur Bedingung für die Arbeitsaufnahme festgelegt worden waren. Damit wird die antisozialistische Orientierung der "Streikbewegung" noch stärker sichtbar. Nach westlichen **Angaben** wird bereits wieder mit dem "Generalstreik" gedroht, wenn **der** **Grundforderung** nach "Freien Gewerkschaften" nicht nachgekommen wird.

Seit dem 24.08.1980 soll das "überbetriebliche Streikkomitee" von acht intellektuellen Experten "beraten" werden, die der staatsfeindlichen Organisation "Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KOR) nahestehen.¹⁾ Das unterstreicht, daß sich das GDANSKER "Streikkomitee" immer mehr zum antisozialistischen, oppositionellen Zentrum in Polen profiliert.

Am 26.08.1980 fand in Warschau eine Sondersitzung des Zentralrates der Gewerkschaften der VRP statt. Der bisherige Vorsitzende, Szydlak, hat seinen Rücktritt erklärt. Als Nachfolger wurde der Vorsitzende der Gewerkschaften Hüttenindustrie, Jankowski, gewählt. Obwohl betont wurde, daß die Linie und die Prinzipien des VI. Parteitages der PVAP wieder herzustellen seien sowie Rolle und Platz der Gewerkschaften gestärkt werden müßten, wurde ein neues Gewerkschaftsgesetz mit ausgeprägt politischem Kompromißcharakter beraten (Gewährung des Streikrechts).

Gleichfalls am 26.08.1980 fand in WARSCHAU eine Beratung der Vorsitzenden und Sekretäre der Wojewodschaftsinstanzen der Demokratischen Partei Polens über die politische und sozialökonomische Lage im Lande statt. Es kam zum Ausdruck, daß diese Partei mit der PVAP, mit der Vereinten Bauernpartei und mit Parteilosen die Probleme Polens in Ruhe, mit Disziplin und ohne Arbeitsniederlegungen lösen will.

Der Primas der polnischen Kirche, Kardinal Wyszynski, appellierte am 26.08. in CZESTECHOWA an das Verantwortungsbewußtsein der Polen in der gegenwärtigen Lage. Arbeitsniederlegungen würden der nationalen Wirtschaft und dem Leben der Nation Schaden zufügen.

1) Es soll sich um folgende Personen handeln:

- Mazowiecki, Chefredakteur der kath. Zeitschrift "Wiez",
- Wielowiejski, Ltr. des Klubs der kath. Intelligenz WARSCHAU,
- Cywinski, ehem. Chefredakteur der kath. Zeitschrift "Zuak",
- Geremek, Historiker, Mitglied der Akademie der Wissenschaften,
- Staniszki, Soziologin,
- Kuczynski, Wirtschaftler und Publizist,
- Kubicki, Dozent, Arbeitsrechtler und
- Kowalik, Wirtschaftswissenschaftler.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 910 5.Ausf., Blatt 4

Insgesamt muß damit gerechnet werden, daß sich in den nächsten Tagen die sehr ernste Situation in der VR Polen erneut zuspitzt. Eine von der Partei und Regierung angestrebte gewaltlose Lösung des Konflikts scheint offensichtlich nur noch möglich durch weitere substanzielle politische Zugeständnisse bzw. durch die Einbeziehung der Kirche, die dadurch aber selbst gewinnen würde.

Reaktionen des Westens auf das 4. Plenum des ZK der PVAP mit Stand vom 27.08.1980, 18.00 Uhr:

Der Haupttenor der westlichen Berichterstattung über die Lage in Polen wird durch zunehmenden Antisowjetismus geprägt. Bei der Lage in Polen ginge es nicht mehr nur um den Sozialismus in diesem Lande, sondern um die "sowjetische Machtstellung in ganz Europa". Daraus wird geschlußfolgert, daß die UdSSR über Nacht zum "massiven Eingreifen in Polen" übergehen könnte. Von der BRD-Führung wird verlangt, daß sie den "polnischen Streikenden" den Rücken stärkt, ohne jedoch dazu beizutragen, daß die "Gefahr eines schlimmen Rückschlages von der Hand der Warschauer Führung oder gar direkt der Sowjetunion" wächst. BRD-Außenminister Genscher, BRD-Verteidigungsminister Apel und der USA-Außenminister Muskie verstiegen sich sogar zu "offiziellen Warnungen" an die UdSSR, nicht gewaltsam in Polen einzugreifen.

Offensichtlich soll mit Blickrichtung auf die KSZE-Konferenz in MADRID Polen zum Anlaß genommen werden, um der wüsten anti-sowjetischen Kampagne neue Auftriebe zu geben.

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 911

5. Ausfertigung = 5 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 11/80 v. 29.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

In der VR Polen dehnen sich die Arbeitsniederlegungen weiter aus. Am 28.08.1980 waren davon u.a. die Städte GDANSK, GDYNIA, SOPOT, SZCZECIN, SLUPSK, KOSZALIN, OLSZTYN, ELBLAG, WROCLAW, LODZ, KRAKOW, RZECZOW, POZNAN, TARNOW, LUBLIN betroffen.

Kurz- und Warnstreiks finden, verbunden mit Flugblattaktionen, in vielen Betrieben des Landes statt. In den URSUS-Traktorenwerken in WARSCHAU kam es zu Diskussionen und zeitweiligen Arbeitsniederlegungen. Auch in WROCLAW konstituierte sich ein "zentrales Streikkomitee". Ein Ende dieser Entwicklung, die bereits jetzt generalstreikähnlichen Charakter hat, zeichnet sich nicht ab.

Die Ausweitung der Streikwelle und vor allem die Lahmlegung des öffentlichen Verkehrs zielt offensichtlich auf die Herbeiführung einer chaotischen Versorgungslage in ganz Volkspolen ab, mit der die innenpolitische Situation eine solche Zuspitzung erfährt, die die Partei und Regierung zu weitgehenden politischen Konzessionen gegenüber den konterrevolutionären Kräften zwingt.

Die Anstrengungen der polnischen Führung zur Überwindung der immer schwieriger werdenden Lage hatten bisher keinen Erfolg. Das betrifft besonders die Verhandlungen der Regierungskommissionen mit den "überbetrieblichen bzw. zentralen Streikkomitees", die sich bis jetzt als wirkungslos erwiesen und keinen Einfluß auf die Ausweitung der Handlungsfreiheit der konterrevolutionären Kräfte hatten. Auch von den Parteiorganisationen in den bestreikten Industriezentren ginge keine Wirkung aus. Ebenso hätten die Beschlüsse des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften sowie die Rede des Kardinals Wyszynski keine spürbare Resonanz bei den Arbeitern gefunden. Die Rede des Kardinals hätte im Gegenteil Befremden und Unverständnis bei den "Streikkomitees" gefunden.

Auch innerhalb des Eposkopats hätte sie zu Differenzen geführt.¹⁾

1) Der Rede Wyszynski gingen Kontakte zwischen der Kirchenführung und der Partei- bzw. Staatsführung voraus.

Die "Streikkomitees" beharren immer nachdrücklicher auf politische Veränderungen antisozialistischer Prägung in der VR Polen. Unverändert halten sie an den Forderungen nach gesetzlicher Verankerung des Streikrechts in der Verfassung und nach "Freien Gewerkschaften" fest.¹⁾

Nach westlichen Angaben soll die Zensurbehörde der VRP der katholischen Wochenzeitschrift "Tygodnik Powszechny" verboten haben, den Inhalt des Briefes des Papstes Johannes Paul II. zu verbreiten. Auch der Leitartikel des Blattes zu den Ereignissen im Lande und ein Brief von 250 Intellektuellen seien von der Zensur beschlagnahmt worden.

Es liegen gegenwärtig keine Angaben darüber vor, ob und welche Maßnahmen die Partei- und Staatsführung zum Einsatz der Machtmittel des Staates ergreifen wird, um die immer bedrohlicher werdende innenpolitische Lage abzuwenden, die antisozialistischen Kräfte auszuschalten und die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Mit einer weiteren Zuspitzung der Lage in der VR Polen ist zu rechnen.

Zur Lage in der Polnischen Armee wurde bekannt:

Die Mehrzahl der Truppenteile und Einheiten befinden sich in der normalen Gefechtsausbildung oder im Produktionseinsatz.

Die im Küstenbezirk stationierten Truppenteile sind in Alarmbereitschaft und werden zur Sicherung wichtiger staatlicher Einrichtungen vorbereitet.

1) Die Regierungskommission in GDANSK habe die Erfüllung folgender Forderungen zugesagt: automatische Erhöhung der Gehälter analog der Preiserhöhungen, Einstellung des Verkaufs von Landesprodukten für Devisen, Auswahl der Leitungskader nach Qualifikation und nicht nach Parteizugehörigkeit, Angleichung aller Renten an neue Renten, Verbesserung des Gesundheitswesens und der Arzneimittellversorgung, Verkürzung der Wartezeiten auf Wohnung, Öffnung der Massenmedien für alle Glaubensrichtungen, Veröffentlichung der Forderungen der "Streikkomitees", volle Information über aktuelle Situation im Lande, Bezahlung der Streikenden für die Streikzeit.

Anlage

Inhalt eines Flugblattes der Flugblattaktion vom 25.08.1980
in WARSCHAU:

"Um was streiken die Arbeiter an der Küste

- um von Partei- und Staatsapparat unabhängige Gewerkschaften;
- um das Streikrecht;
- um die Freiheit des Wortes und Abschaffung der Zensur;
- um den Zugang zu den Massenmedien für die Kirchen aller Glaubensrichtungen;
- um die Freilassung der politischen Häftlinge;
- um öffentliche Information über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation des Landes;
- um die Garantie der Lohnerhöhung in dem Maße wie die Preise steigen;
- um Abschaffung der kommerziellen Preise und um den Verkauf von Waren für Devisen;
- um die Auswahl von Leuten in Leitungsfunktionen nach ihrer Qualifizierung und nicht nach der Parteizugehörigkeit;
- um den dreijährigen bezahlten Urlaub für junge Mütter zwecks Erziehung des Kindes."

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 912

5. Ausfertigung = 4 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 12/80 v. 30.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Die Lage in der VR Polen ist unverändert ernst und spitzt sich weiter zu. Fast alle Möglichkeiten der Partei und Regierung, den Konflikt durch Verhandlungen mit der "Streikführung" und durch Kompromisse zu lösen (Kaderveränderungen, Reform der Gewerkschaften, Einschalten der Kirche und weitere Zusagen), sind nahezu ausgeschöpft. Objektiv wächst für die polnische Führung die Notwendigkeit, schnell neue Schritte zur Beseitigung des Konflikts und der Gefahren für die sozialistische Ordnung in Volkspolen zu ergreifen.¹⁾

Der Leiter des "überbetrieblichen Streikkomitees" in GDANSK, der Konterrevolutionär Walesa, hat laut westlichen Angaben am 28.08.1980 deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die polnische Reaktion in den nächsten Tagen einen weiteren Schlag zu führen beabsichtigt. Er richtete faktisch an die Regierung das Ultimatum: entweder Erfüllung aller politischen Forderungen (besonders der nach "Freien Gewerkschaften"), oder es erfolgt in den nächsten 3 bis 4 Tagen (etwa am 01.09.1980) der "Generalstreik". Einige westliche Medien schätzen ein, daß die antisozialistischen Kräfte der Streikführung mit ihrer "zermürbenden Verhandlungstaktik" das "Äußerste an Unabhängigkeit künftiger polnischer Gewerkschaften" anstreben. Damit wachse in WARSCHAU die Furcht, daß die staatsfeindlichen Kräfte die Schwelle, die noch Übereinkommen mit der Regierung zuläßt, überschreiten, wodurch der Wirtschaft Polens chaotische Zustände drohen und die Gefahr öffentlicher Unruhen zunimmt.

Immer offener ergreift auch die polnische Kirche Partei für die antisozialistischen Kräfte und unterstützt deren politischen Ziele. So wird im Kommuniqué des polnischen Episkopats vom 28.08.1980 betont, daß der innere Frieden in Polen nur wieder hergestellt werden könnte durch die Gewährung solcher Rechte wie des Rechts auf volle bürgerliche und religiöse Freiheit, des Rechts auf privaten Besitz, auf private Verfügung über den Boden und der Förderung der privaten Bauernwirtschaften, des

1) Selbst in den westlichen Medien wird hervorgehoben, daß der polnischen Führung zur Lösung des Konflikts nur noch das Mittel des Drucks und des Zwanges übrig bliebe.

Rechts auf die Freiheit der Bürger, sich zu vereinen, selbständige Arbeitervertretungen und Selbstverwaltungen zu schaffen, des Rechts der freien Gründung von Gewerkschaften usw.

Nach Ansicht der katholischen Kirche brauche Polen eine wirkliche, "moralische und gesellschaftliche Erneuerung".

Im Zusammenhang mit den polnischen Ereignissen aktivieren auch antisozialistische Elemente in der CSSR und in der VR Ungarn ihre Tätigkeit. Nach westlichen Angaben habe die "Charta 77" in der CSSR Solidarität mit den Streikenden in Polen bekundet. Von ungarischen Sicherheitskräften sei die Einreise von 5 ungarischen Oppositionellen in die VR Polen verhindert worden.

Außerdem sei eine Delegation der drei großen italienischen Gewerkschaften in Polen eingetroffen, um die Solidarität mit den Streikenden zu bekunden.

Die polnische Regierung soll die USA um die Erhöhung der Kredite für 1980 um 120 Millionen Dollar auf 670 Millionen Dollar ersucht haben.

In den Streikzentren ganz Polens ist die Lage unverändert angespannt geblieben. In GDANSK fand am 29.08.1980 eine Demonstration statt. Lehrkörper und Studenten der Technischen Universität GDANSK fordern einen "selbständigen Studentenbund".

In WROCLAW hat sich ein weiteres Streikzentrum herausgebildet (zunehmende Betriebsbesetzung und Solidaritätsstreiks). Das "zentrale Streikkomitee" WROCLAW fordert eine ständige Verbindung mit dem Streikführungszentrum in GDANSK. Massierte Streikandrohungen und die Schaffung weiterer Streikzentren werden auch aus POZNAN und KRAKOW gemeldet.

In WARSCHAU ist die Lage ruhig, aber gespannt.

Die polnische Presse veröffentlichte einen Beschluß des Ministerrates über zusätzliche Fleischimporte, das Einfrieren der Fleischpreise bis zum Herbst 1981, die Wiedereinführung der Zuckerrationierung und über die Erhöhung der Kohlelieferungen für Betriebe und die Bevölkerung um 900 000 Tonnen.

In der Polnischen Armee werden die Versammlungen der Partei und des Jugendverbandes über das 4. Plenum der PVAP fortgeführt, über das es viele Unklarheiten bei den Armeeangehörigen gibt. Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere stellen immer wieder die Frage nach der Lösung des Konflikts.

Insgesamt ist einzuschätzen, daß von den antisozialistischen Kräften Provokationen zur Zuspitzung der Situation und zur Herausforderung des Einsatzes bewaffneter Kräfte Polens nicht auszuschließen sind. Sicherheitskräfte der VR Polen sind auf die Abwehr solcher Handlungen vorbereitet.

Ein neues Plenum des ZK der PVAP wird im Verlaufe des 29./30.08. erwartet.

12/56
Vertrauliche Verschlusssache

000056

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 912

M. Ausfertigung = 2 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 12-1/80 v. 31.08.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Die bis zum Morgen des 30.08.1980 äußerst angespannte Lage in der VR Polen hat sich mit der Herbeiführung einer Übereinkunft zwischen der Regierungsdelegation und der "überbetrieblichen Streikleitung" in GDANSK und SZCZECIN im Laufe des Vormittags etwas entschärft. Die Übereinkunft soll unter anderem die Zulassung "freier Gewerkschaften" mit sozialistischem Charakter in Übereinstimmung mit der Verfassung der VR Polen enthalten. Die Streikkomitees sollen in "Arbeiterkomitees" umgebildet werden und die Möglichkeit zur Ausrufung von Wahlen für die Gewerkschaftsorgane haben.

Danach soll im SZCZECINer Hafen und auch in anderen Betrieben der Stadt die Arbeit wieder aufgenommen worden sein. In den Werften und auch in den bisherigen Streikbetrieben soll die Arbeit am Montagmorgen wieder beginnen.

Am Nachmittag des 30.08.1980 soll sich eine Sitzung des ZK der PVAP mit dieser Kompromißlösung befassen. Nach evtl. Zustimmung des ZK soll dann die formelle Unterzeichnung der Übereinkunft erfolgen.

Mit dieser Lageentwicklung zeichnet sich - wenn auch sehr langwierig - die Möglichkeit ab, die Situation in der VR Polen zu normalisieren. Dieser Prozeß wird infolge der durch die anti-sozialistischen Kräfte errungenen Positionen sehr kompliziert und widerspruchsvoll verlaufen und mit harten Auseinandersetzungen verbunden sein.

Ergänzend wurde bekannt, daß die Übereinkunft nach Zustimmung durch das ZK der PVAP auf dem V.Plenum am 30.08. in den Vormittagsstunden des 31.08.1980 unterzeichnet werden soll.

122 58
000058

Vertrauliche Verschlusssache

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 913

6. Ausfertigung = 2 Blatt

Information

über

die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 13/80 v. 01.09.1980

Nationale Volksarmee

Hauptstab/ Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 913 6 .Ausf. Blatt 2

Nach dem am 30.08.1980 stattgefundenen 5. Plenum des ZK der PVAP zeichnet sich eine schrittweise Normalisierung der Lage in der VR Polen ab.¹⁾

Der Abschluß von Übereinkünften mit den Streikkomitees in GDANSK und SZCZECIN hat bewirkt, daß für den 01.09.1980 im Küstenbezirk und danach im ganzen Lande die Wiederaufnahme der Arbeit zugesichert wurde.

In SZCZECIN haben am 31.08.1980 die Belegschaften wichtiger Betriebe und des Überseehafens die Arbeit wieder aufgenommen. Ab 01.09.1980 ist die Ingangsetzung der Produktion in allen Betrieben der Stadt vorgesehen. Das Streikkomitee in SZCZECIN beabsichtigt, als "Kontrollorgan" für die Erfüllung der von der polnischen Regierung zugesicherten Maßnahmen weiter zu arbeiten.²⁾

Das GDANSKER Streikkomitee will alle Streikenden im Lande aufrufen, die Streiks zu beenden. Damit würden zunächst die Voraussetzungen gegeben, die Wirtschaft der VR Polen wieder in Gang zu setzen und die ökonomische Lage im Lande langsam zu stabilisieren.

In den westlichen Massenmedien wird die jetzige Lage in der VR Polen in Erwartung einer weiteren Stärkung der antisozialistischen Kräfte als Beginn einer "neuen gesellschaftlichen Entwicklung" charakterisiert. Kritiken richten sie gegen die in den Vereinbarungen zwischen der Regierung und den Streikkomitees ausdrücklich genannte führende Rolle der PVAP.

Am 29.08.1980 gab der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing bekannt, daß er seinen seit längerem geplanten offiziellen Besuch in WARSCHAU in der zweiten Septemberhälfte d.J. anzutreten beabsichtige.

1) Es berichteten die Vorsitzenden der Regierungskommissionen GDANSK und SZCZECIN über den Stand der Verhandlungen. Genosse Kania referierte über die Lage im Lande.
2) Voraussichtlich werden alle existierenden Streikkomitees zu Führungsorganen der "freien Gewerkschaften" umfunktio- niert.

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 914

6. Ausfertigung = 7 Blatt

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 14/80 v. 02.09.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Mit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierungskommission und dem Streikkomitee in GDANSK am 31.08.1980 hat in der VR Polen auf ökonomischem Gebiet der Normalisierungsprozeß eingesetzt. In den Streikzentren der Küste sowie in POZNAN und WROCLAW wurde am 01.09.1980 in den bestreikten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Aus anderen Landesteilen liegen dazu noch keine bestätigenden Angaben vor.

In der polnischen Bevölkerung wird Zufriedenheit über dieses Abkommen in GDANSK geäußert und erwartet, daß es landesweit zur Anwendung kommt, da sonst diejenigen Arbeiter, die nicht am Streik beteiligt waren, benachteiligt würden.

Zur Einschätzung der entstandenen Gesamtlage in der VR Polen:

Die unnachgiebige Haltung der Streikkomitees zur Frage der Bildung "Freier Gewerkschaften", das Entstehen eines neuen Streikzentrums in WROCLAW, die Anfänge der Schaffung von Streikzentren in LODZ, KRAKOW, POZNAN, BYDGOSZCZ u.a. Städten sowie Streiks in Betrieben von 45 Wojewodschaften schufen in den letzten Augusttagen eine generalstreikähnliche Situation. Diese wurde durch akuten Mangel an Rohstoffen, Zulieferungen, Energie u.a. noch verschärft. Den Streikenden wurde von der Masse der Bevölkerung Sympathie und Unterstützung entgegengebracht. Die Streiklage und die damit zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten schufen eine Atmosphäre der Unsicherheit, Angst und Resignation. Die gesamte Mißstimmung richtete sich gegen die "Verantwortlichen" in der Partei- und Staatsführung sowie gegen ihre Politik der letzten zehn Jahre.

Diese kritische Situation war zunehmend von konterrevolutionären, reformistischen Kräften zur Erreichung ihrer Ziele genutzt worden. Mittels demagogischer Losungen versuchten sie, die Lage weiter zu verschärfen und zuzuspitzen. Es gelang ihnen bis heute, die Masse der Bevölkerung im wesentlichen über ihre tatsächliche konterrevolutionäre Zielsetzung zu täuschen.

Die von den antisozialistischen Kräften geführte Streikbewegung barg die akute Gefahr in sich, zur offenen Konterrevolution im Maßstab des ganzen Landes hinüberzuwachen.

Die Partei- und Staatsführung mußte immer größere Zugeständnisse im Interesse der Lagestabilisierung machen, die jedoch geringe Wirkung zeigten und bei der Bevölkerung im wesentlichen ohne Eindruck waren. Durch die vorgenommene Umbildung war die Regierung geschwächt worden.

Die PVAP war in ihrer Gesamtheit offensichtlich politisch-ideologisch und organisatorisch nicht auf diese politischen Auseinandersetzungen vorbereitet.

Die Gewerkschaftsführung war nicht in der Lage, in die Lösung des Konflikts einzugreifen. Sie hatte den Einfluß auf die Masse der Werktätigen verloren.

In dieser Situation gab es für die Partei- und Staatsführung nur noch zwei Möglichkeiten, entweder durch weitgehende Kompromisse, die auch zur Schaffung legaler Positionen für die Konterrevolution führen, den Streik zu beenden, oder den Ausnahmezustand auszurufen. Letztere Maßnahme hätte offenbar noch weitergehende negative Folgen auch im internationalen Maßstab gehabt, da es wahrscheinlich zu einer direkten Konfrontation der Kräfte gekommen wäre.

Die Führung der polnischen Sicherheitsorgane, der Miliz und der Polnischen Armee waren ständig genau über die Streiklage informiert, kannten die Kräfteverteilung in den Streikkomitees und die Stimmung unter den Massen. Sie bereiteten ihre Kräfte auf einen möglichen Einsatz gegen die Streikenden vor und sicherten sich gegen evtl. einzelne unzuverlässige Gruppen.

Es wird einer langen Zeit bedürfen, die Kampfkraft der PVAP zu entwickeln, die staatliche Führungstätigkeit zu stärken, die Innenpolitik wieder zu konsolidieren sowie die Verluste und Disproportionen in der Volkswirtschaft zu beseitigen. Sehr kompliziert wird der weitere Kampf gegen die jetzt über Masseneinfluß verfügenden konterrevolutionären und reformistischen Kräfte werden, deren Unterstützung durch die äußere Konterrevolution zunehmen wird.

ANHANG

Protokollauszug

Sitzung Regierungskommission Jagielski/zwischenbetriebliches Streikkomitee in der Leninwerft vom 30.08.80 von 10.15-11.15 Uhr über die Forderungen der Streikenden Nr. 1 und 2

Zum Hauptpunkt 1 - Gewerkschaften:

- Bisherige Gewerkschaften VRP haben Hoffnungen Werktätiger nicht erfüllt. Deshalb Schaffung neuer unabhängiger selbstverwaltender Gewerkschaften als authentischer Vertreter der Klasse der Werktätigen. Das Verbleiben von Mitgliedern in den alten Gewerkschaften wird nicht in Frage gestellt.
- Die neuen unabhängigen selbstverwaltenden Gewerkschaften werden die Verfassung der Volksrepublik Polen achten, sie werden keine politische Partei darstellen, sie erkennen an die führende Rolle der Partei, die sozialistischen Eigentumsverhältnisse als Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung, sie stellen das internationale Bündnis nicht in Frage, streben nach Sicherung einer wirksamen Kontrolle durch die Werktätigen und vertreten deren Meinung und verteidigen ihre Interessen.
Die Regierung der VRP garantiert die volle Achtung der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der neuen Gewerkschaften sowohl hinsichtlich Org.-Struktur als auch Tätigkeit auf allen Ebenen. Die Regierung sichert neuen Gewerkschaften die volle Möglichkeit der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen, zur Realisierung der materiellen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse.
- Sie garantiert, daß die neuen Gewerkschaften nicht diskriminiert werden. Die Schaffung und Tätigkeit der neuen unabhängigen Gewerkschaften entsprechen den ILO-Konventionen. Es sind Änderungen mehrerer Gesetze erforderlich, was eben daraus resultiert, daß es mehrere Gewerkschaften gibt.

Die Regierung verpflichtet sich zu Rechtsinitiativen, besonders zu einem Gesetz über die Gewerkschaften, über die Arbeiterselbstverwaltung und zu einem neuen Arbeitsgesetz.

- Die Streikkomitees haben die Möglichkeit, sich in Betriebsorganisationen der Vertretung der Werktätigen umzubilden, wie z.B. Arbeiterkomitees, Komitees der Werktätigen, Arbeiterräte, Komitees der neuen unabhängigen selbstverwaltenden Gewerkschaften. Das zwischenbetriebliche MKS als Gründungskomitee dieser neuen Gewerkschaften hat die freie Wahl der Form einer einzigen oder einer Vereinigung der Gewerkschaften an der Küste.

Die Gründungskomitees werden arbeiten bis zu den statutsmäßig vorgesehenen Wahlen der Gewerkschaften.

Die Regierung verpflichtet sich zur Schaffung von Bedingungen zur Registrierung dieser neuen Gewerkschaften außerhalb der Registrierung im Rahmen des Zentralrates der Gewerkschaften.

- Die neuen Gewerkschaften haben reale Möglichkeit der öffentlichen Beurteilung der wichtigsten Beschlüsse, die die Lebensbedingungen der Werktätigen betreffen, der Aufteilung des Nationaleinkommens in Akkumulation und Konsumtion, der Aufteilung der gesellschaftlichen Fonds (Gesundheitswesen, Volksbildung, Kultur), der Prinzipien der Entlohnung, der Lohnpolitik, vor allem hinsichtlich der automatischen Korrektur der Löhne unter den Bedingungen der Inflation, der langfristigen Jahrespläne, der Investitionsrichtung und der Preisänderung.

Die Regierung verpflichtet sich zur Schaffung der Bedingungen zur Erfüllung dieser Forderungen.

- Das MKS beruft ein Arbeitszentrum für gesellschaftliche und berufliche Angelegenheiten. Die Aufgabe versteht dieses Zentrum in der objektiven Analyse der Lage der Werktätigen, der Lebensbedingungen der Werktätigen, der Interessen der Werktätigen; auch Expertisen auf dem Gebiet der Löhne und Preise und Vorschläge über die Formen der Kompensationen. Die Ergebnisse der Arbeit sollen veröffentlicht werden, und dieses Zentrum soll eigene Vorlagsmöglichkeiten haben.

- Die Regierung garantiert die Einhaltung des Artikels 1.1 des Gesetzes über die Gewerkschaften von 1949, das den Arbeitern und Werkstätigen das Recht auf freiwilligen gewerkschaftlichen Zusammenschluß garantiert.

Die neuen selbstverwaltenden Gewerkschaften gehen nicht ein in die durch den CRZZ vertretenen Gewerkschaftsvereinigungen. Es wird erwartet, daß das neue Gesetz dieses aufrechterhält. Das MKS und die anderen Streikkomitees arbeiten an diesem neuen Gesetz mit.

Jagielski erklärte dann: "Wir nähern uns dem Ende der schwierigen Verhandlungen. Besonders der Punkt 1 war der Eckstein unserer Übereinkunft." - Dank an Arbeitsgruppen.

Besonders unterstrichen wurde,

1. daß Übereinkunft erzielt wurde über Achtung der Verfassung, Anerkennung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse als Grundlage der Gesellschaft, die führende Rolle der Partei und die Achtung der internationalen Bündnisse und
2. daß Übereinkunft erzielt wurde über die demokratische Vertretung der Interessen der Werkstätigen, die dafür notwendige Schaffung der Bedingungen (Statut, Gründungskomitee, Registrierungsmöglichkeiten).

Hauptpunkt 2 - Streikrecht:

Jagielski folgendes ausgeführt: Streikrecht wird im neuen Gesetz garantiert. Die Anwendung des Artikels 52, 64 und 65 des Arbeitsgesetzbuches ist nicht möglich.

Bis das Gesetz in Kraft tritt, garantiert die Regierung die persönliche Sicherheit und den Arbeitsplatz für die Streikenden und die sie Unterstützenden. Jag. fragte, ob das Wort "Unterstützende" aus Text gestrichen werden könnte. Vorsitzender Waleca lehnte es ab, sagte aber, Juristen können sich über Formulierung noch einigen.

Jagielski stimmte aus Zeitgründen zu.

Streit um vollen Namen der neuen Gewerkschaften; einigten sich auf

"unabhängige selbstverwaltende Gewerkschaft".

Dann wurden paraphiert Punkte 1 und 2.

Jagielski formulierte Vorschlag für gemeinsames Kommuniqué, das gegen 19.00 Uhr in der Werrt unterzeichnet werden soll.

Vertreter MKS äußerte Bitte, daß keine Verhaftungen mehr vorgenommen und die Verhafteten frei gelassen werden.

Das KOR wäre die eine Sache, aber der Streik wäre eigene Sache der Werktätigen.

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 915

000067

6. Ausfertigung = 3 Blatt

Information

über

die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 15/80 vom 06.11.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlussache!

A 484 915 b.Ausf. Blatt 2

Nach einer Information des Militärattachés der NVA in WARSCHAU deuten alle Anzeichen darauf hin, daß sich die Entwicklung in der VR Polen nach dem Treffen von Ministerpräsident Pirkowski mit dem Gewerkschaftsführer Walesa am 31.10.1980 einem neuen Kulminationspunkt nähert, an dem die Machtfrage in der VR Polen offen und konkret gestellt werden könnte. Die konterrevolutionäre Führungsgruppe der Gewerkschaft "Solidarität" übt auf die Partei- und Staatsführung mit ihren unrealen politischen und ökonomischen Forderungen immer stärkeren Druck aus und droht, in Abhängigkeit von der Entscheidung des Obersten Gerichts der VR Polen zum Statut der neuen Gewerkschaft ab 12.11.1980 neue Streikaktionen durchzuführen, die in GDANSK und WARSCHAU beginnend nacheinander auf das gesamte Land ausgedehnt werden sollen.

Im Lande wird die Lage insgesamt immer komplizierter. Die Produktivität in der Industrie ist weiterhin niedrig. Die erheblichen Versorgungsschwierigkeiten besonders bei den Grundnahrungsmitteln nehmen weiter zu.

Es häufen sich anarchistische Ausschreitungen (u.a. Brandanschlag auf das Büro der Fluggesellschaft "Aeroflot" in WARSCHAU, Plünderung eines Lebensmittelgeschäftes in RZESZOW durch die Bevölkerung, Häufung von Sabotageakten in Betrieben).

Der Partei ist es bisher nicht gelungen, wirksame Schritte gegen diese Entwicklung durchzusetzen. Es kam zu weiteren Rücktritten und Ablösungen von Ersten Sekretären von Wojewodschaftskomitees. Der Erste Sekretär der PVAF, Kania, erklärte nach offiziellen Meldungen am 05.11.1980 vor Parteimitgliedern in KRAKOW, man werde "diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich den Bedingungen der Erneuerung anzupassen und die Erneuerung zu verwirklichen" aus ihren Funktionen entfernen.

Zur Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung, die - nach Kania - "jetzt eine Tatsache" sei, beziehe die Partei eine positive Haltung.

Die neue Gewerkschaftsbewegung, die durch ihre Registrierung legalen Charakter und somit juristische Rechte erlangt hat, umfaßt gegenwärtig 16 "unabhängige selbstverwaltende Gewerkschaften" (darunter die Gewerkschaft der Zivilbeschäftigten der Armee und die des fliegenden und Bodenpersonals der Fluggesellschaft LOT). In ihr beginnt sich jedoch ein Differenzierungsprozeß zwischen einem Teil der Mitgliedschaft, den Leitungen und Funktionären auf der einen sowie dem militanten Flügel und den antisozialistischen Elementen auf der anderen Seite abzuzeichnen. Auch Teile der Bevölkerung sind der Spannungen und Streiks überdrüssig und sehen allmählich die Notwendigkeit einer Beruhigung und Normalisierung der Lage ein.

In der Presse und im Fernsehen der VR Polen erscheinen immer häufiger Appelle und Kommentare, die auf die schwierige wirtschaftliche Situation, die Notwendigkeit einer geregelten Arbeit und die Schädlichkeit von Streiks für die Entwicklung des Landes hinweisen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Partei- und Staatsführung zur Zerschlagung der angedrohten Streiks ab 12.11.1980 gegen den militanten Flügel der Gewerkschaft "Solidarität" und andere antisozialistische Elemente eine entschlossene Aktion unter Einsatz von Kräften der Miliz durchführt. Dabei ist damit zu rechnen, daß auch die Polnische Armee zu Sicherungsaufgaben, wie Schutz von wichtigen staatlichen und militärischen Objekten und anderen Einrichtungen, eingesetzt wird.

Offensichtlich im Zusammenhang mit dieser möglichen Aktion wurden am 31.10.1980 alle Wojewodschaftskommandanten der Miliz und die Chefs des Sicherheitsdienstes nach WARSCHAU befohlen. Am darauffolgenden Wochenende (01./02.11.1980) wurden Beauftragte des Ministeriums des Innern in die Wojewodschaften entsandt. Durch Offiziere der Polnischen Armee wird immer häufiger die Meinung vertreten, "daß bald Ordnung geschaffen würde", "daß bis zum Jahresende einiges geklärt sein wird" und daß "die Polnische Armee nicht abseits stehen kann".

Geheime VerschlusssacheGeheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 916

6. Ausfertigung = 6 Bl.

Information
über
die Lageentwicklung in der VR Polen

Nr. 16/80 vom 17.11.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Geheime Verschlusssache!

A 484 916 6 .Ausf.Bl. 2

Durch die im Zusammenhang mit der Registrierung der Gewerkschaft "Solidarität" (NSZZ "Solidarność") vom Obersten Gericht der VR Polen getroffene Kompromißentscheidung wurde eine sich erneut herausbildende Machtprobe zwischen der Partei- und Staatsführung einerseits und der genannten Gewerkschaft andererseits auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Beide Seiten waren auf eine solche Machtprobe vorbereitet:

Die Regierung hatte für den Streikfall folgende Maßnahmen geplant:

- Besetzung der wichtigsten Betriebe und Institutionen (staatliche Gebäude, Telegrafämter, Post, Eisenbahn) durch Kräfte der Miliz und der Polnischen Armee;
- Einberufung eines Teils der Jugendlichen zum Wehrdienst;
- Dienstverpflichtung der Arbeiter in den Schwerpunktbetrieben.

Nach zuverlässigen Informationen des Militärattachés der NVA in WARSCHAU wird durch die polnischen Sicherheitsorgane gegenwärtig eine Aktion vorbereitet, die vorsieht, nach dem Abklingen der Emotionen in der Bevölkerung und bei Vertiefung des Differenzierungsprozesses in der Gewerkschaft "Solidarität" in nächster Zeit eine größere Anzahl (ca. 1 000 bis 1 500) Konterrevolutionäre festzunehmen.

Die Führung der Gewerkschaft "Solidarität" hatte sich auf die Durchführung eines sogenannten "Okkupationsstreiks" (Zielstellung und Charakter siehe Anlage 1) vorbereitet, der praktisch auf die Machtübernahme in den Betrieben durch die Gewerkschaft orientierte.

Das bereits tiefe Eindringen der antisozialistischen Ideologie und das Unverständnis für die schwierige Wirtschaftslage bei Teilen der polnischen Bevölkerung zeigten die Durchführung solcher Okkupationsstreiks an Hochschulen in GDANSK und SZSZECIN durch radikale Studenten und von Streiks in mehreren Betrieben des Landes (u.a. der Postarbeiter in POZNAN, Teile der Mitarbeiter des Gesundheitswesens in GDANSK) vor Abschluß des genannten Kompromisses.

Geheime Verschlusssache!

A 484 916 6 .Ausf.Bl. 3

Die Führung der katholischen Kirche Polens stellt sich immer deutlicher an die Seite der Gewerkschaft "Solidarität". Am 11.11.1980 wurden anlässlich des "Unabhängigkeitstages Polens" in den Kirchen des Landes durch reaktionäre Kräfte organisierte Messen abgehalten, die von verstärkter antisowjetischer Hetze getragen waren. In WARSCHAU demonstrierten anschließend ca. 10 000 Menschen zum Grabmal des Unbekannten Soldaten und legten Kränze für "politische Gefangene und aus politischen Gründen Ermordete" nieder. Die Demonstration war durch einen hohen Grad der Organisiertheit, eine hohe Beteiligung, eine sehr große Disziplin und durch die Absicherung von sogenannten Ordnungskräften der Gewerkschaft "Solidarität" charakterisiert. Den Sicherheitskräften wurde kein Anlaß zum Eingreifen gegeben.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß sich nach dem Abschluß des Kompromisses in der Frage der Registrierung der Gewerkschaft "Solidarität" die Lage in der VR Polen etwas entspannt hat. Die Regierung ist jedoch gezwungen, diese Gewerkschaft als Partner zu akzeptieren und mit ihr zusammenzuarbeiten.

Geheime Verschlusssache!

A 484 916 6 .Ausf.Bl. 4

Anlage 1

Zielstellungen, Charakter und Maßnahmen der Gewerkschaft
"Solidarität" zur Durchführung eines "Okkupationsstreiks"

1. Die Verkündung des Okkupationsstreiks entbindet die Direktion von der Macht im Betrieb.
Leitung und Verantwortung übernimmt der Vorstand von NSZZ "Solidarność".
2. Die Belegschaft verbleibt während des gesamten Streiks auf dem Betriebsgelände.
Betreten und Verlassen des Betriebsgeländes erfolgt mit Einverständnis des ZKZ. (Betriebsgewerkschaftskomitee, Betriebsgründungskomitee?).
Passierscheine zum Verlassen des Betriebsgeländes werden erteilt an:
 - a) Kranke - auf der Grundlage einer ärztlichen Bescheinigung;
 - b) Frauen, die Kinder zu betreuen haben;
 - c) in Schicksalsfällen, die von der Brigade (von der Arbeitsstätte) akzeptiert werden.
3. Es müssen Lebensmittel, heiße Getränke und entsprechend bequeme Schlafmöglichkeiten gesichert werden. Die Arbeiter sollen 2 Decken mitbringen.
4. Der Ordnungsdienst bewacht den Betrieb Tag und Nacht, insbesondere Tor und Zaun. Die Patrouillen müssen Seh- und Sprachkontakt haben. Die inneren Patrouillen bewachen Ordnung, Sicherheit, Brandschutz und das gesamte Gut des Betriebes. Teilnahme an den Patrouillen ist Pflicht aller Arbeiter, einschließlich des Direktors.
5. Es gilt das absolute Alkoholverbot.

Geheime Verschlusssache!

A 484 916 6 .Ausf.Bl. 5

6. Gehorsam verweigernde KZ (Betriebskomitees?) kann NSZZ "Solidarność" zum Verlassen des Betriebes zwingen (einschließlich den Direktor).
7. Beschäftigten des Gesundheitsdienstes, den Tierärzten, der Feuerwehr und dem technischen Bereitschaftsdienst wird eine Unterbrechung der Arbeit nicht erlaubt.
8. Infolge des Streiks darf die Lieferung von Wasser, Gas, Elektroenergie und Milch sowie der Zentralheizungen nicht eingeschränkt werden. Es muß ein Minimum der Versorgung mit Brot und grundlegenden Nahrungsgütern gesichert werden. Ausgewählte Milchbars können arbeiten.
9. Betriebe und Installationen, deren Ausschaltung Schäden bzw. die Unmöglichkeit einer sofortigen Inbetriebnahme nach dem Streik verursachen würde, unterbrechen ihre Arbeit nicht bzw. schalten auf Leerlauf. Entscheidungen in dieser Frage fällen die MKZ in Übereinstimmung mit der Meinung von Fachleuten.
10. Der städtische Verkehr sichert die Zufahrt der Streikenden zum Betrieb und ihren Abtransport nach Beendigung des Streiks.
11. Die MKZ können allen Arbeitern Arbeitsempfehlungen geben, wenn sie dies aus humanitären bzw. gesellschaftlichen Gründen als notwendig erachten.
12. In den unter Punkt 6-10 genannten Fällen legen die Arbeitenden Armbinden an, an den Arbeitsplätzen wird eine Fahne des Roten Kreuzes bzw. die Nationalfahne angebracht.

Es wird an die PKW-Besitzer appelliert, sich in den MKZ als Dienste für den Bedarf der Krankenhäuser, Ambulanzen und Rettungsdienste zu melden.

Landesverständigungskommission
NSZZ "Solidarność"

000075

Geheime Verschlusssache!

A 484 916 6 .Ausf.Bl. 6

Anlage 2

Hauptaussagen der Rede des Vorsitzenden des Ministerrates,
Gen. Pinkowski, auf einer Parteiaktivtagung in Lodz am
11.11.1980 zur Wirtschaftslage in der VR Polen

Genosse Pinkowski bezeichnete die Wirtschaftssituation der VR Polen als sehr schwierig und kompliziert. Im 3. Quartal 1980 und Oktober betragen die Planrückstände in der Produktion bereits mehr als 80 Mrd. Zloty. Die Planrückstände in der Produktion für den Binnenmarkt umfaßten mehr als 20 Mrd. Zloty. Die Produktion von Rohstoffen und Materialien für die Versorgung der Industrie hat ein Defizit von mehr als 30 Mrd. Zloty erreicht. Es gibt ein Plandefizit von ca. 8 Mio t Kohle, 1 Mio t Zement, 417 000 t Walzerzeugnisse, ca. 70 000 t Kupfer.

Genosse Pinkowski unterstrich, daß angesichts der schwierigen Wirtschaftslage alle Versuche, weitere Streiks und Arbeitsunterbrechungen zu organisieren, höchst unverantwortlich sind. Er bezeichnete die Lage in der Landwirtschaft als schlecht und die Ergebnisse der Kartoffelernte als geradezu katastrophal. Um die Versorgung mit den Grundnahrungsmitteln zu sichern, habe die Regierung den Import von Getreide und von Futter auf ca. 10 Mio t im Wirtschaftsjahr 1980/81 erhöht und dabei neue Kredite aufgenommen. Sie bereite die vorübergehende Einführung des Kartensystems für die Versorgung mit Fleisch und tierischen Fetten vor. Die Arbeit daran sei bereits weit fortgeschritten. Demnächst werden Konsultationen darüber stattfinden. Genosse Pinkowski stellte fest, daß der Import von Lebensmitteln erhöht, während der Export verringert wird. Insgesamt wird sich im Ergebnis der in diesem Bereich des Außenhandels getroffenen Entscheidungen der Saldo des Austausches gegenüber dem Plan um ca. 2,2 Mrd. Devisenzloty verschlechtern.

Der Wert des Imports von Agrarprodukten und Lebensmitteln wird in diesem Jahr den Wert ihres Exports um 4,4 Mrd. Devisenzloty, d.h. um 1,4 Mrd. Dollar übersteigen.

VVS-Nr.: A 484 917

6. Ausfertigung = 6 Blatt

R.
Stf.

Information

über

die Lage in der VR Polen

Nr. 17/80 vom 22.11.1980

Ergeb.
Forts.
Fol.
Zehr.
Erg.

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

1. Der Militärattaché der NVA in Warschau meldet folgende Einschätzung zur Haltung der Polnischen Armee zu den Ereignissen in der VR Polen:

Die Haltung der Polnischen Armee (PA) zu den innenpolitischen Ereignissen in der VRP hat sich bisher in drei Stappen entwickelt.

In der ersten Etappe bis Ende August 1980 (Unterzeichnung der Vereinbarungen von Gdańsk) wurde die Entwicklung der Streikbewegung von der PA unterschätzt. Bis auf die Garnisonen in den Streikzentren hatten die Ereignisse kaum Einfluß auf die PA. Es wurden zwar Truppenteile in den Streikzentren alarmiert (z.B. Szczecin 21.08.), das System der Diensthabenden verstärkt und für ausgewählte Truppenteile eine gedeckte Form der erhöhten Gefechtsbereitschaft ausgelöst, aber insgesamt wurde die PA auch beim Anwachsen der Streikbewegung bewußt aus den innenpolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten.

In den durchgeführten Versammlungen wurde über die Lage informiert und vor allem auf hohe Ausbildungsergebnisse und vorbildliche Disziplin orientiert. Die Armeepresse nahm kaum Stellung zu den Ereignissen.

Durch die Masse der Berufssoldaten, Offiziere und Generale wurde der konterrevolutionäre Charakter der Streiks nicht erkannt und wegen fehlender Orientierung die politische Arbeit auch nicht auf dessen Entlarvung ausgerichtet. Bei den Wehrpflichtigen fanden die streikenden Arbeiter mehr und mehr Sympathie und ein Großteil ihrer Forderungen wurde als berechtigt angesehen.

In der zweiten Etappe vom Anfang September bis zum 1. Teil des 6. ZK-Plenums der PVAP (05.10.1980) wurde durch die Führung und die Generale der PA der sozialismusgefährdende Charakter der Streikbewegung mehr und mehr erkannt, aber ihr konterrevolutionäres Wesen nach wie vor unterschätzt.

In der Armeepresse gab es erste Kommentare, in denen die Verantwortung der PA für die Erhaltung des Sozialismus in der VRP anklang.

Ein Teil der Offiziere empfanden die Streiks als berechtigten Arbeiterprotest, der durch objektive Erscheinungen bedingt sei. Der andere Teil stand noch unter dem Eindruck der "Erfolgspropaganda" und tat Fakten über die Fehler der Partei- und Staatsführung als "Gerüchte" und "Feindpropaganda" ab.

Die Masse der Unteroffiziere und Soldaten betrachtete die abgeschlossenen Vereinbarungen zwischen den Regierungskommissionen und den Streikkomitees als Erfolg der Arbeiter und hegten Sympathie für die "neuen" Gewerkschaften als "wahre" Vertreter der Interessen der Arbeiter, ohne deren feindlichen Charakter zu erkennen bzw. erkennen zu können. Das war dadurch begründet, daß auf Grund fehlender Orientierung, die politische Arbeit zur Entlarvung der konterrevolutionären Tendenzen in der Gewerkschaft nicht entwickelt wurde und auch die Masse der Offiziere selbst nicht in der Lage waren, diese Entwicklung marxistisch-leninistisch einzuschätzen und ihren Unterstellten zu erklären.

In der dritten Etappe (nach dem 6. Plenum) entstand in der Führung der PA ein klareres Feindbild und die Gefährlichkeit der konterrevolutionären Kräfte wurde konkreter eingeschätzt. Diese Einschätzung spiegelte sich auch in den Diskussionen der Generale wider, die sich nach wie vor optimistisch zur Erhaltung der sozialistischen Macht äußern.

Die Masse der Offiziere wurde erst durch das 6. Plenum offen mit den Fehlern der Parteiführung konfrontiert. Erst danach begannen ernsthafte Diskussionen im Offizierskorps, indem einer gewissen Enttäuschung über die bisherige Politik der Parteiführung Ausdruck gegeben wurde. Das Feindbild des inneren Feindes ist jedoch noch nicht völlig klar.

Ein Großteil der Offiziere hat die Ereignisse noch nicht ideologisch bewältigt, ist dadurch unsicher in der Argumentation und im Auftreten und wendet sich in den Diskussionen vor allem Fragen der sozialen Bedingungen in der Armee, Wohnung, Bekleidung, Rente usw. zu.

Bei den Soldaten und Unteroffizieren zeigt sich immer breitere und offenere Sympathie für die Walesa-Gewerkschaft. Die endgültige Registrierung wurde als Erfolg dieser Gewerkschaft betrachtet. Besonders seit den Neueinberufungen im Oktober mehren sich die Meinungen: "Wir rühren keine Hand gegen 'Solidarność'." Derzeitig sind die Soldaten seitens des Gegners einer großen ideologischen Diversion in Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der Dezemberereignisse in Gdansk ausgesetzt, die diese Meinung noch verstärkt.

Die Parteiorganisationen in der PA sind nach dem 6. Plenum in die Offensive gegangen und haben die Fehlerdiskussion weitgehend zurückgedrängt. Die Diskussionen sind nach vorn auf die Lösung der Aufgaben, besonders der Gefechtsausbildung, gerichtet. Es fehlt jedoch noch die ideologische Auseinandersetzung mit dem inneren Klassenfeind.

Die Armeepresse unterstützt in der letzten Zeit diesen noch zu führenden Prozeß der ideologischen Auseinandersetzung durch Artikel, die besonders die Rolle und die Ziele der konterrevolutionären Gruppen in Polen entlarven.

Insgesamt muß eingeschätzt werden, daß auf Grund der jahrelangen nur auf den siegreichen Traditionen und den Erfolgen bei der Gestaltung des Sozialismus aufbauenden, überbetonten patriotischen Erziehung und ideologischen Arbeit in der PA, die Masse der Armeeingehörigen (Soldaten, Unteroffiziere, aber auch Offiziere) nicht in der Lage ist, die Gefährlichkeit der konterrevolutionären Gruppen und ihres Wirkens in den "neuen" Gewerkschaften zu erkennen und die ideologische Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen zu führen. Hier

bedarf es eines längere Zeit erfordernden Prozesses, der in Ansätzen begonnen wurde, um die Klassenkampfverhältnisse in der VRP eindeutig zu klären und allen bewußt zu machen.

Aus diesem gegenwärtigen Bewußtseinsstand ergibt sich, daß der Einsatz von Truppenteilen der PA im Innern des Landes sehr fraglich ist. Bei einem erforderlichen Einsatz, auch zu reinen Schutzmaßnahmen, wird nur auf spezielle ausgewählte Einheiten und Truppenteile, z.B. für Warschau die OHS der LSK in Deblin, 1. MSD "Tadeusz Kościuszko", hier besonders MSR-1 "Praga", zurückgegriffen werden können.

Beim Schutz der VRP gegen äußere Feinde gibt es bei der PA ein klares Feindbild. Jedoch dürfte auf Grund der Ereignisse in der VRP die moralische Festigkeit und Standhaftigkeit der Soldaten der PA bei der Erfüllung ihrer internationalistischen Pflichten im Warschauer Vertrag auf Territorien anderer Länder nicht mehr so hoch sein wie früher.

So wurden z.B. die Ausführungen E. Honeckers zur Lage in Polen sowie die Maßnahmen der DDR im Reiseverkehr zwischen der VRP und der DDR auch in breiten Kreisen der PA mit Bedauern, Skepsis und teilweise Unverständnis aufgenommen und beeinflussten das DDR-Bild negativ.

2. Der Militärattaché der NVA in Stockholm meldet über eine Information des dortigen polnischen Militärattachés zur Einschätzung der Lage in der VR Polen durch das polnische Verteidigungsministerium:

Nach dem Beschluß vom Obersten Gericht am 10.11.1980 sei **relative** Ruhe im Lande eingetreten. Die oppositionellen **Kräfte** setzten jedoch eine breite Arbeit unter den **Massen** fort und hätten z.Z. größere Resonanz unter den **Massen** als die PVAP.

In der PVAP setze sich die Erkenntnis durch, daß es sich bei den oppositionellen Kräften um eine schleichende Konterrevolution handele. Die Parteiorganisationen seien so geschwächt, daß kein offensives Auftreten zu erwarten ist.

Weitere Zugeständnisse an die konterrevolutionären Kräfte würden nicht gemacht. Käme es zu einer Konfrontation, würden die Machtmittel des Staates eingesetzt.

In der Parteiführung gäbe es Differenzen zu taktischen Fragen. Ein Teil trete für die Durchführung eines außerordentlichen Parteitages zur Beschlußfassung über ein neues Programm noch im Dezember ein. Diese Gruppe werde z.T. von den Parteiorganisationen in Gdańsk und Radom unterstützt, von denen Forderungen nach schneller Lösung der Probleme und nach der Durchführung weiterer personeller Veränderungen erhoben werden. Eine Gruppe um den 1. Sekretär des ZK der PVAP, Genossen Kania - unterstützt auch vom Verteidigungsminister - trete für eine bessere Vorbereitung des Parteitages und seine Durchführung erst im März/April 1981 ein.

Bisher gäbe es insgesamt 50 Parteiaustritte junger Offiziere. Bis zum Oktober sei es gelungen, die neuen Gewerkschaften von den Kasernen fernzuhalten. Mit den letzten Einberufungen seien jedoch bereits erste Mitglieder dieser Gewerkschaften in die Kasernen gelangt. In der Armee sei eine verstärkte ideologische Arbeit organisiert.

Bisher gäbe es keine personellen Veränderungen in der Armee. Die Ablösung des Chefs der Politischen Hauptverwaltung im Juni habe nichts mit den jetzigen Ereignissen zu tun gehabt. Der Chef des Generalstabes habe auf einer Tagung eindeutig unterstrichen, daß die VR Polen nur als sozialistischer Staat und als fester Bestandteil des Warschauer Vertrages fortbestehen könne. Die internationalistische Hilfe der UdSSR und der DDR sei von ihm gewürdigt worden.

Der Militärattaché der NVA schätzt ein, daß der Militärattaché der VR Polen in Stockholm diese Information nicht im Auftrage seines Verteidigungsministeriums, sondern auf persönliche Initiative hin gegeben hat.

Information
über
die Lage in der VR Polen

Nr. 18/80 vom 26.11.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Die Gesamtlage in der VRP hat sich auch nach dem 6. Plenum nicht verbessert. Es gibt weder eine sichtbare klare Konzeption für die politisch-ideologische Arbeit in der Partei und mit den Massen noch eine neue Wirtschaftsstrategie. Das Vertrauensverhältnis innerhalb der Partei ist noch nicht wieder hergestellt. Es häufen sich Vorwürfe von Mitgliedern und Funktionären gegenüber dem ZK, z.B. des 1. Sekretärs des Parteikomitees der Wojewodschaft Gdańsk, Genossen Fiszbach. Nach wie vor fehlt das von vielen Mitgliedern und Funktionären erwartete konkrete Aktionsprogramm der Partei. Es häufen sich die Stimmen die sagen: "Von diesem PB und ZK haben wir wenig zu erwarten, es ist nicht in der Lage, die Aufgaben zu lösen."

Die Grundorganisationen der PVAP sind nach wie vor passiv, Teile der Mitglieder sind durch die Erfolge der neuen Gewerkschaft beeindruckt und beeinflusst, andere lehnen die Kompromisse der Partei mit dieser Organisation als "Politik der Umarmung" ab.

Der Einfluß der Partei in den Massenmedien ist weiter zurückgegangen. Im Rundfunk und Fernsehen sowie in fast allen Zeitungen, einschließlich der Parteipresse, werden die Erfolge von "Solidarność" immer breiter popularisiert.

In der Masse der Bevölkerung besteht gegenüber der Partei eine tiefe Ablehnung. Ursachen dafür sind u.a. der latent verbreitete Antikommunismus, der ständig geschürte Antisowjetismus und die sich wiederholenden ernsthaften Fehler in der Führung der Partei.

Auch in der Regierung hält die Konzeptionslosigkeit, Lähmung und Resignation an. Das Warten auf weitere Änderungen und das Bestreben zu "Demokratisieren" schafft eine pessimistische und unsichere Atmosphäre.

Die Wahl des parteilosen Mitgliedes des ZNAK (einflußreiche katholische Organisation in der VRP), Jerzy Osdowski, als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates auf der Sejm-Tagung am 21.11.1980 ist Ausdruck der obigen Feststellung

und der sichtbare Preis für ausgehandelte Zugeständnisse von seiten der Kirche.

Bemühungen einzelner Ministerien und Wirtschaftsorgane, z.B. Produktionsprozesse zu ordnen, dringen nicht bis an die Basis, werden nicht wirksam und scheitern an dem sich ausbreitenden Partikularismus der Wojewodschaften, Kombinate und Betriebe.

Die Sicherheitsorgane der VRP können als eine zuverlässige Stütze der Staatsmacht angesehen werden. Die Einheiten der Miliz müssen wie die Polnische Armee entsprechend ihren Einsatzaufgaben, besonders bei Konfrontation im großen Ausmaß, differenziert eingeschätzt werden.

Die gesellschaftlichen Organisationen sind für politische Auseinandersetzungen nicht gefestigt und zum größten Teil Sympathisanten von "Solidarność".

Die Bevölkerung der VRP ist von einer tiefen Resignation ergriffen, sie hofft auf eine generelle Änderung und Stabilisierung und ist bereit, entschlossen auftretenden "Führern" zu folgen. Führende Genossen der PVAP charakterisieren die Lage in der Bevölkerung mit den Worten: "Unser Volk läuft Amok", es herrscht ein "bedrohlicher Zerfall des gesellschaftspolitischen Bewußtseins" und ein "drohender Mangel an Verantwortung".

Die antisozialistischen und konterrevolutionären Kräfte organisieren sich immer stärker. Nach der Bestätigung der Registrierung der Gewerkschaft "Solidarność", hat diese weiter an Ansehen gewonnen, führt ordentliche Wahlen ihrer Führungsgremien durch und organisiert sich landesweit. Im Sog und Schutz dieser gerichtlich registrierten und gesetzlich geschützten Gewerkschaft gewinnen die konterrevolutionären Elemente immer mehr Einfluß. Die in "Solidarność" vereinigten über 7 Millionen Arbeiter und ihre Sympathien in allen Schichten des polnischen Volkes, die in dieser Bewegung einen möglichen Ausweg sehen, gewährleisten ihnen außerdem eine breite Unterstützung durch die Massen.

Entgegen der Erklärung vieler Staats- und Parteifunktionäre und der Absprache zwischen dem 1. Sekretär des ZK der PVAP, Genossen Kania, und Walesa, daß ein weiterer Streik illegal ist, wurden neue Streiks organisiert.

Der Einfluß der antisozialistischen Kräfte in den Massenmedien wächst ständig und die Herausgabe einer eigenen legalen Zeitung ist nur noch eine Frage der Zeit.

Die bekannten konterrevolutionären Führer traten nach einer Phase der Zurückhaltung wieder öffentlich auf und konnten mit demagogischen Losungen Staat und Funktionäre diskriminieren. Auf einer öffentlichen Versammlung am 18.11.1980 in Szczecin äußerte z.B. Kuron auf eine Frage nach seiner antisozialistischen Tätigkeit: "Antisozialistisch haben die gehandelt, die Polen in diese Krise geführt haben und zum Teil heute noch regieren."

Unter Berücksichtigung dieses Kräfteverhältnisses erlangt die Sicherung der Machtfrage in der VRP eine immer aktuellere Bedeutung. Es muß eingeschätzt werden, daß die Durchführung der geplanten Aktion am 11. und 12.11.1980 (Einsatz der Miliz und der Streitkräfte gegen die konterrevolutionären Kräfte) wahrscheinlich nicht mehr möglich war, da deren Erfolg im Lande nicht garantiert werden konnte und eventuell internationale Komplikationen entstanden wären.

Zur Lösung der äußerst komplizierten ideologischen und wirtschaftlichen Probleme ist ein längerer Zeitabschnitt erforderlich.

Für die Partei besteht eine Chance darin, durch ein geschlossenes Auftreten, verstärkte ideologische Arbeit, Zusammenarbeit mit allen progressiven Kräften die Feindkräfte zu differenzieren, die Konterrevolutionäre herauszufordern und zu stellen bei gleichzeitiger Sicherung der vorhandenen und Zurückgewinnung verlorener Machtpositionen (Massenmedien).

Der Glaube an eine allgemeine politische Lösung ohne konkrete Schritte zur Erhaltung des politischen Einflusses, des Aufzeigens der Grenzen und des weiteren Verhinderns der Demontage der Macht ohne das geringste Risiko, kann nicht mehr nur als politische Blindheit bezeichnet werden.

Eine der Hauptursachen für die fehlende klare Orientierung und das geschlossene Handeln der Partei- und Staatsführung und damit aller progressiven Kräfte ist die Haltung des Politbüros der PVAP. Dort gibt es zwar einheitliche Auffassungen über begangene Fehler in den letzten Jahren, aber eine unterschiedliche Beurteilung der Ursachen und der Verantwortung (Partei oder Regierung) und gegenteilige Meinungen über Weg, Taktik und Strategie der Partei zur Überwindung der Schwierigkeiten, was in erheblichen Meinungsverschiedenheiten, langen und harten Auseinandersetzungen (z.B. über die Durchführung eines außerordentlichen Parteitages der PVAP erst nach dem Parteitag der KPdSU oder bereits in nächster Zeit) und auch in Kompromißentscheidungen zum Ausdruck kommt.

Auch zu dem DDR-Bild gibt es unterschiedliche Auffassungen (Anlage).

Das Mitglied des Politbüros, Genosse Armeegeneral Jaruzelski, betreibt eine sehr ausgewogene Politik, besitzt große Autorität und unterstützt im Prinzip den Genossen Kania.

Mit der Abberufung der Genossen Kowalczyk und Karkoszka aus dem PB kann in Kürze gerechnet werden.

Insgesamt muß eingeschätzt werden, daß die konterrevolutionären Kräfte versuchen werden, unter Ausnutzung der legalen Möglichkeiten sowie alter bekannter und neuer Wege Unruhe und Spannungen zu schüren, um die instabile Lage aufrechtzuerhalten und neue Positionen zu gewinnen.

Die Partei- und Staatsführung ist durch die fehlende Konzeption und die sich weiter verschlechternde Wirtschaftslage in ihrer Handlungsfreiheit eingeengt und in ihren Entscheidungen weiter gehemmt.

Um Zeit zu gewinnen, neigt sie zu weiteren Kompromissen und Zugeständnissen.

Beispiele der negativen Veränderung des DDR-Bildes in der VRP

1. Über die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker in Gera und besonders zu den darin angesprochenen Fragen der VRP gibt es bis in die Partei- und Staatsführung unterschiedliche Auffassungen.

Während der 1. Sekretär des ZK der PVAP, Genosse Kania, dafür Verständnis zeigt, bezeichnet Genosse Olszowski sie als "eine sehr unfreundliche Geste", die eine negative Meinung über Polen ausdrückt.

2. Auf einer Tagung des Zentralrates des ZBoWiD (Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie) am 03. und 04.11.1980 konnte ein Oberst Skalski seine Diskussion gegen die DDR richten, von der Polen kein Rezept brauche, die Geraer Rede des Genossen Honecker als Einmischung charakterisieren und aus einem Brief von Marx an Engels über das polnische Volk zitieren. Auf dieser Tagung waren vom Politbüro der PVAP Genosse Armeegeneral Jaruzelski und Genosse Barcikowski sowie ca. 20 weitere ZK-Mitglieder anwesend. Auch die Polnische Armee war durch mehrere Generale, unter ihnen der Chef der PHV, Div.-General Baryla, vertreten. Obwohl Skalski (ehemaliger polnischer Jagdflieger, der im 2. Weltkrieg in England gegen die Faschisten kämpfte) als 3. Diskussionsredner sprach, nahm niemand dazu Stellung. 360 anwesende Funktionäre nahmen die Rede ohne Widerspruch hin.

Erst im Schlußwort verurteilte der neugewählte Vorsitzende des Hauptrates des ZBoWiD, General Moczar, die Haltung Skalskis. Er stellte die DDR als treuen Bündispartner des Warschauer Vertrages und als ein Land mit der Aufgabe des Schutzes gegenüber dem Westen für alle sozialistischen Staaten dar.

3. Der Botschafter der DDR in der VRP erhielt Drohbriefe, in denen seine sofortige Ausreise und keine Rückkehr verlangt und führende Genossen unserer Partei verleumdet wurden.

O. U., den 03.12. 1980

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 920

6. Ausfertigung = 6 Bl.

Information
über
die Lage in der VR Polen

Nr. 19/80 vom 03.12.1980

- Meldungen der Militärattachés der NVA aus Warschau, Moskau und Prag.
- Zur Reaktion westeuropäischer NATO-Staaten und nichtpaktgebundener kapitalistischer Staaten Europas auf die Ereignisse in der VR Polen.
- Letzte Meldungen vom 03.12.1980.

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

1. Der Militärattaché der NVA in Warschau gibt zur 7.Tagung des ZK der PVAP folgende erste Wertung:

Die Rede des 1.Sekretärs des ZK der PVAP, Genossen Kania, brachte die Positionen der Parteiführung zur Lage im Lande und über Fragen der inneren Entwicklung der Partei zum Ausdruck. Eindeutig ist die Forderung nach erhöhter politisch-ideologischer Aktivität der Grundorganisationen. Im Gegensatz zum Bericht des Politbüros wird in der "Tribuna Ludu" vom 03.12.1980 durch Leserstimmen ein Rückgang der Offensivität der Parteimitglieder festgestellt.

Hauptschwäche der 7.Tagung des ZK ist die nur fragmentarische Konzeption zur Überwindung der Schwierigkeiten. Damit wurde der Beschluß der 6.Tagung des ZK der PVAP nicht voll erfüllt. Die ideologische Verwirrung in der Partei hält an.

Die vor der 7.Tagung herrschende Tendenz der Erwartung eines Rechtsruckes konnte verhindert werden. Vertreter revisionistischer und pluralistischer Linien (Rakowski) kamen nicht voll zum Zuge.

Die Umbesetzungen im Politbüro und im ZK dienten insgesamt der Stärkung der progressiven Kräfte. Eine Homogenität des Politbüros konnte trotzdem noch nicht erreicht werden. Die Gefahr einer Fraktionsbildung, auch von unterer Ebene her, ist nicht ausgeschlossen.

Der Ausschluß des Genossen Gierek aus dem ZK und des ehemaligen Ministerpräsidenten Jaroczewicz aus der Partei trugen zur Reinigung der Atmosphäre in der Partei bei.

Die Einberufung des IX.Parteitages der PVAP für März/ April 1981 ist positiv zu werten. Damit hat sich die Absicht des 1.Sekretärs des ZK der PVAP zu gründlicher Vorbereitung des Parteitages durchgesetzt.

Auf der 8.Tagung des ZK im Januar 1981 soll die Vorlage der Parteitagesthesen erfolgen.

Allgemeine Unzufriedenheit herrscht über die Rede des Ministerpräsidenten Pinkowski. Sie enthielt nicht die erwartete konzeptionelle Linie zur Überwindung der Schwierigkeiten auf ökonomischem Gebiet.

Auffallend war die Zurückhaltung gegenüber konterrevolutionären Kräften. Eine breite Kompromißbereitschaft zu "Solidarnosc" ist unübersehbar, die prinzipielle Auseinandersetzung mit der konterrevolutionären Organisation KOR wurde vermieden und das Wirken der extrem konterrevolutionären Organisation KPN nur durch Innenminister Milewski angesprochen.

Die ruhige Verhaltensweise der konterrevolutionären Kräfte vor und während der Tagung bedeutet keine Einordnung in die Linie der PVAP, sondern wird als Phase der Konsolidierung dieser Kräfte genutzt.

Die von konterrevolutionären Kräften am 17.12.1980 in GDANSK vorgesehene Veranstaltung mit ca. einer Million Menschen anlässlich des 10. Jahrestages der Gdansker Ereignisse von 1970 soll eine großangelegte Manifestation mit der Hauptforderung nach "freien" Sejm-Wahlen werden.

Erste Stimmen von Mitgliedern der PVAP drücken aus, daß die Tagung die Erwartungen nicht erfüllte und die innerparteiliche Krise noch nicht überwunden ist.

Auch der Militärattaché der NVA in Warschau schätzt die Meldung der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC (Fußnote auf Seite 2 der Anlage 1) als gezielte Provokation ein.

In der Polnischen Armee ist für derartige zahlenmäßige und massive Drohung keine Basis vorhanden.

2. Der Militärattaché der NVA in Moskau meldet:

Die Haltung der Bürger der VR Polen in der UdSSR (Offiziere, Diplomaten, Wissenschaftler) zur Lage und zu den Ereignissen in der VR Polen ist unterschiedlich.

Ihre Aussagen werden charakterisiert durch:

Unterschätzung der Gefährlichkeit der bestehenden Lage, starke nationalistische und opportunistische Einstellungen, Resignation bis zur vollen Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaften und antisowjetischen Hetze.

Zitiert wird der Ausspruch von Walesa: Wenn ein russischer Panzer die Grenze überschreitet, dann werden alle Kommunisten hängen und ihre Häuser brennen.

Von polnischen Bürgern wird eingeschätzt, daß sich die Lage in der VR Polen seit zwei Wochen verbessert habe. Die PVAP sammle ihre Kräfte und befände sich auf dem Vormarsch. Die VR Polen sei in der Lage, ihre Probleme selbst zu lösen. Die Polnische Armee stehe an der Seite des Volkes und werde nur Funktionen nach außen erfüllen.

Polnische Mitarbeiter des RGW forderten von DDR-, CSSR- und UVR-Vertretern, gemeinsam für Lohnerhöhungen aufzutreten.

Die Massenmedien der UdSSR üben Zurückhaltung bei der eigenen Einschätzung der Ereignisse in der VR Polen.

Gegenüber dem Militärattaché der NVA äußerten sowjetische Genossen folgende Meinungen:

In der VR Polen ist nicht die PVAP, sondern die Konterrevolution auf dem Vormarsch. Die Partei ist mit sich selbst beschäftigt und nicht mit der Führung der Volksmassen.

Die Konterrevolution wird auf schleichendem Wege durchgeführt, ohne es zu einer offenen Konfrontation kommen zu lassen.

Sie will den Nachweis erbringen, daß Partei und Regierung nicht in der Lage seien, das Land aus der jetzigen Situation herauszuführen. Um die VR Polen vor dem Chaos zu retten, sei eine neue Regierung notwendig.

Diese Lage wird nach Auffassung sowjetischer Genossen zur Konfrontation führen.

Wenn progressive Kräfte nicht bald die Oberhand gewinnen, ist Hilfe von außen unabwendbar.

Diplomatische Vertreter der NATO- und Drittstaaten stellen gegenwärtig keine Fragen an sozialistische Militärattachés zur Lage in der VR Polen. Noch vor 14 Tagen traten sie massiv gegen eine mögliche Hilfeleistung seitens der UdSSR, der DDR und der CSSR auf.

Der Militärattaché der NVA schätzt ein, daß die diplomatischen Vertreter der NATO-Staaten die Weisung erhielten, die offizielle Diskussion über die Lageentwicklung in der VR Polen zur Zeit einzustellen.

3. Der Militärattaché der NVA in Prag meldet, daß leitende Offiziere der tschechoslowakischen Volksarmee Fragen zu Meldungen westlicher Rundfunkstationen über die Einrichtung einer Sperrzone durch die DDR an der Grenze zur VR Polen und zur Urlaubssperre in der NVA stellen. Es werde jedoch mit Zurückhaltung darüber diskutiert.

Die Militärzeitschriften der CSSR veröffentlichen verstärkt gegen die Konterrevolution gerichtete Beiträge aus der polnischen Presse.

Der Reiseverkehr zwischen der VR Polen und der CSSR hat stark zugenommen, besonders Transitreisen nach Österreich (Nutzung paß- und visafreien Verkehr VR Polen - Österreich). Die Reisen werden zu Aufkäufen, Treffen mit Bürgern kapitalistischer Staaten, zum Austausch von konterrevolutionärem Material genutzt. Zur Zeit reisen wöchentlich ca. 40 000 Bürger der VR Polen in die CSSR ein.

Bei den 18 000 Bürgern der VR Polen, die in der CSSR arbeiten sind keine deutlichen konterrevolutionären Handlungen erkennbar.

Der Befehlshaber der Zentralgruppe der sowjetischen Streitkräfte in der CSSR, Generaloberst Jasow, sei abberufen worden. Für die Zentralgruppe sollen durch die Post die geplanten zusätzlichen Fernsprechleitungen geschaltet worden sein.

Zur Reaktion westeuropäischer NATO-Staaten und nichtpaktgebundener kapitalistischer Staaten Europas auf die Ereignisse in der VR Polen

Die politischen und militärischen Führungen der westeuropäischen NATO-Staaten sowie von nichtpaktgebundenen kapitalistischen Staaten Europas (Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland, Zypern) haben bisher zur Lageentwicklung in der VR Polen selbst offiziell eine gespielte Zurückhaltung geübt. Dagegen wird gegenüber der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages massive Druckausübung praktiziert, die ihren Höhepunkt in der von den Staats- und Regierungschefs der neun EG-Staaten abgegebenen Erklärung vom 02.12.1980 in Luxemburg findet.

Diese Erklärung dient zugleich

- der Solidarisierung dieser Gruppierung von westeuropäischen Staaten mit den konterrevolutionären Kräften in der VR Polen, gedeckt durch die Berufung auf das polnische Volk;
- dem Abblocken des Nachweises von der direkten Anleitung und Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte in der VR Polen durch die imperialistischen Staaten bzw. Institutionen;
- der Vorbereitung einer solchen öffentlichen Meinung zur Politik der UdSSR, die der inzwischen vorbereiteten imperialistischen Propagandawelle gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten für den Fall erforderlicher Handlungen zur Sicherung des Sozialismus in der VR Polen¹⁾ höchstmögliche Wirkungen sichern soll.

Die Massenmedien in den westeuropäischen NATO- und nichtpaktgebundenen kapitalistischen Ländern widmen den Ereignissen in der VR Polen eine umfangreiche Berichterstattung und Kommentierung, die unverhohlen und vordergründig zur Bekundung von Sympathie, zur Anleitung und Unterstützung für die konterrevolu-

1) Nach offiziellen Angaben ist der Hetzsender "Stimme Amerikas" darauf vorbereitet, rund um die Uhr Sendungen nach Polen ausstrahlen, um Einzelheiten über "eine mögliche Invasion und die Reaktion der Weltöffentlichkeit darauf" zu geben.

tionären Kräfte in der VR Polen sowie zur Verleumdung und Dif-
famierung der Haltung der sozialistischen Staaten, besonders
der Sowjetunion und der DDR, genutzt wird.

Besonders in Vorbereitung der 7. Tagung des ZK der PVAP wurden
Spekulationen und Meldungen über mutmaßliche Vorbereitungen
zu einem militärischen Eingreifen der UdSSR und anderer War-
schauer Vertragsstaaten in der VR Polen hochgespielt und
daraus eine "Bedrohung der Demokratie" in der VR Polen sowie
Gefahren für den Frieden und die Entspannung in Europa abge-
leitet.

Die britische Zeitung "Guardian" veröffentlichte am 01.12.1980
eine Kartenskizze und einen Beitrag über den möglichen Ablauf
eines eventuellen militärischen Eingreifens des Warschauer
Vertrages in der VR Polen. Dabei wurde hervorgehoben, daß die
Beteiligung der NVA der DDR an einer militärischen Aktion in
der VR Polen besondere Auswirkungen haben und zu einem Auf-
flammen nationalistischer Tendenzen in der VR Polen führen
würde. Von vornherein wird aktiver Widerstand durch reguläre
Einheiten der Polnischen Armee einkalkuliert.¹⁾

Die Gewerkschaftsführer aus westeuropäischen NATO-Staaten,
besonders Großbritanniens und Italiens, haben ihre Bereit-
schaft erklärt, neben der offenen moralischen Unterstützung
für die neuen Gewerkschaften und andere antisozialistische
Kräfte in der VR Polen auch finanzielle Hilfe zu gewähren.
Walesa wurde zu einem Auslandsbesuch nach Italien eingeladen,
der noch im Dezember erfolgen und einen Besuch im Vatikan ein-
schließen soll.

1) Die USA-Fernsehgesellschaft ABC verbreitete am 02.12.1980
eine Meldung, wonach 60 Generale und 200 Offiziere der Pol-
nischen Armee sich schriftlich mit der Warnung an die 7.
Tagung des ZK der PVAP gewandthätten, zu den Waffen zu grei-
fen, falls Truppen der NVA der DDR in Polen erscheinen wür-
den. Das würde als Kriegsfall betrachtet. Die Nachrichten-
agenturen DPA und UPI haben diese Meldung sofort aufgegrif-
fen und weiterverbreitet.

Frankreich zeigt in den Beziehungen zu den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, mit Ausnahme der VR Polen, gegenwärtig deutliche Zurückhaltung, womit offensichtlich die Absicht verfolgt wird, sich bei einer weiteren Verschärfung der Lage alle Manövriermöglichkeiten offenzuhalten.

Gegenüber der VR Polen werden demonstrativ positive Beziehungen herausgestellt. In französischen Massenmedien wird die Entwicklung in der VR Polen als Modellfall für andere sozialistische Staaten hervorgehoben.

Auch in den nichtpaktgebundenen kapitalistischen Staaten Europas ist im Zusammenhang mit den Ereignissen in der VR Polen eine krasse Zunahme der antisozialistischen und anti-sowjetischen Propaganda zu verzeichnen.

Regierungsoffizielle Stellungnahmen und Erklärungen wurden bisher nicht gegeben.

Die Berichterstattung in den Massenmedien wird von Erklärungen der Sympathie und Unterstützung für die neue Gewerkschaftsbewegung in der VR Polen und von Spekulationen über ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion beherrscht.

In schwedischen Massenmedien haben Vertreter der sogenannten polnischen Opposition eine breite internationale Unterstützung für die Gewerkschaft "Solidarność" gefordert.

In nächster Zeit sollen Mitglieder der Leitung von "Solidarność" zu einem Besuch nach Schweden eingeladen werden.

Die finnischen Massenmedien berichten etwas zurückhaltender über die Ereignisse in der VR Polen und konzentrieren sich vorrangig auf zu erwartende personelle Veränderungen im ZK durch die "Reinigung von jenen Mitgliedern, die die neue Linie nicht mitgehen wollen".

In den Streitkräften Finnlands, vor allem auf der mittleren Ebene, werde wenig zu diesen Fragen diskutiert.

Österreich und die Schweiz unterstützen in ihren Massenmedien offen die konterrevolutionären Aktionen in der VR Polen und charakterisieren sie als Ausdruck des "Volkswillens".

Die bisherige Haltung der zyprischen Regierung läßt darauf schließen, daß sie sich bei einer Zuspitzung der Lage neutral verhalten wird. Während die bürgerlichen Massenmedien Berichte und Kommentare aus NATO-Staaten mit ausgeprägt antisowjetischem Charakter kolportieren, bringt die Presse der zyprischen Fortschrittspartei (AKEL) vorrangig Artikel sozialistischer Presseorgane.

Die kommunistischen Parteien Großbritanniens und Italiens haben ihre Sympathie und Unterstützung für die neuen Gewerkschaften in der VR Polen bekundet und vor einer Einmischung und einem militärischen Eingreifen in der VR Polen gewarnt, wie es besonders in einem vertraulichen Brief der IKP an die Parteiführung der KPdSU, der SED und der KPTsch zum Ausdruck gebracht worden sein soll.

Appell des ZK der PVAP an das polnische Volk

Das ZK der PVAP richtete einen Appell an das polnische Volk, eine gemeinsame Front zur sozialistischen Erneuerung zu bilden.

In einem vom Warschauer Rundfunk verbreiteten Aufruf der Parteiführung wird betont, daß die Zukunft der Nation und des Landes auf dem Spiele stehe.

Der moralischen und wirtschaftlichen Zerstörung müsse Einhalt geboten werden.

Wörtlich heißt es u.a. in dieser Erklärung:

"Laßt uns Polens Lage in der Welt wieder in Ordnung bringen. Laßt uns erneut das Bündnis mit unseren sozialistischen Nachbarn, die Garantie unserer Grenzen und unsere unabhängige Existenz bekräftigen."

Zugleich wird vor weiteren Streiks gewarnt.

Tagung des Militärrates der Polnischen Armee

Nach Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP tagte am 03.12.1980 der Militärrat des Ministeriums für Nationale Verteidigung.

Er erörterte die Beschlüsse der 7.Tagung des ZK der PVAP.

Die militärische Führung brachte ihre tiefe Besorgnis über die gegenwärtige Lage in der VRP zum Ausdruck und vertrat die Ansicht, daß bei Fortbestehen der komplizierten innenpolitischen Situation höchst negative Auswirkungen auf die Landesverteidigung unausbleiblich wären.

Es wurden Richtlinien für die Arbeit in der Polnischen Armee verabschiedet.

737
Vertrauliche Verschlusssache
000
O. U., den 07.12.1980

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 921

6. Ausfertigung = 4 Bl.

Information

über

die Lage in der VR Polen

Nr. 20/80 vom 07.12.1980

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Der Militärattaché der NVA in Warschau schätzt ein:

1. Das 7. Plenum des ZK der PVAP wird in der Partei sehr differenziert bewertet. Die Skala reicht von "ergebnislos" bis "Besserung in Sicht". Der optimistische Ausblick des Plenums über die innere Stabilisierung der PVAP hat den Charakter von Schönfärberei. Der Zerfallsprozeß der Partei ist nicht aufgehalten. Nach wie vor gibt es Bestrebungen, sich vom ZK der PVAP in der jetzigen Zusammensetzung loszusagen und eigene Parteien zu gründen. Zentren dafür sind TORUN, BYDGOSZCZ und WARSCHAU. Eine Beratung des 1. Sekretärs des Warschauer Parteikomitees, Kociolek (seit dem 19.11.80 in dieser Funktion), mit Parteisekretären der Großbetriebe der Stadt wurde ohne Ergebnis abgebrochen, da von diesen das Plenum nicht akzeptiert und konkretere Maßnahmen gefordert werden. Vorgenommene Kaderveränderungen in der Parteiführung werden nicht anerkannt. Die vom Plenum vorgenommenen Ablösungen im Politbüro stärken die Position des Genossen Kania. Die Ausschlüsse werden begrüßt. Zugleich wird die Frage erhoben, was mit den bisherigen Mitgliedern des Politbüros, die die alte Parteilinie duldeten, wird? Das Mitglied des Politbüros der PVAP Barcikowski gab folgende persönliche Bewertung des 7. Plenum: Das Plenum hätte unter starkem Druck stattgefunden. Der angenommene Beschluß enthalte Kompromisse hinsichtlich des Zeitpunktes der Einberufung des IX. Parteitages, der Zusammensetzung der Parteitagskommission und zum Modus der Delegiertenwahl. Diese Kompromisse kennzeichneten die instabile Lage in der PVAP. Positiv sei einzuschätzen, daß das Plenum das Ziel der Rechtskräfte, sofort Änderungen am Statut vorzunehmen, verhindert hat. Bezüglich der Haltung des ZK zur Gewerkschaft "Solidarität" sei die Notwendigkeit bekräftigt worden, mit dieser zusammenzuarbeiten. Dabei sei jedoch eine Überschätzung des Differenzierungsprozesses in dieser Gewerkschaft vorhanden. Barcikowski selbst gab jedoch keine Einschätzung zur konterrevolutionären KOR ab.

Hinsichtlich der Haltung der Partei zur Kirche schätzt er ein, daß die Zusammenarbeit mit Kardinal Wyszynski stabil sei.

Der Staat, das Episkopat und der Papst seien für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Polen.

Die Wirtschaftslage betreffend verwies er auf die weiter ansteigenden Versorgungsschwierigkeiten.

Der Aufruf des ZK sei nicht geplant gewesen. Es würde Kritik an dessen pessimistischen Grundton geäußert.

Insgesamt ist einzuschätzen, daß es Fortschritte in den innerparteilichen Auseinandersetzungen gibt, jedoch sind ein Durchbruch und die Konsolidierung der Partei noch nicht absehbar. Es fehlt weiterhin die prinzipielle Auseinandersetzung über die innenpolitische Entwicklung. Das einheitliche Handeln der Parteiführung fehlt, die nachgeordneten Funktionäre und die Masse der Mitglieder werden nicht erreicht.

2. Die Militärerratstagung der Polnischen Armee am 03.12.1980 hatte die Auswertung der 7. Tagung des ZK der PVAP und die sich daraus für die Polnische Armee ergebenden Aufgaben zum Inhalt.

Im Mittelpunkt der Tagung standen:

- ein Bericht über die militärische Disziplin und Ordnung;
- eine Einschätzung des politisch - moralischen Zustandes der neu eingestellten Soldaten, unter denen sich Teilnehmer der Streiks und der Gewerkschaft "Solidarität" befinden;
- ein Bericht über den ersten "Tag des Soldatentreffens";
- ein Bericht über die neugegründete Gewerkschaft der Zivilangestellten der Polnischen Armee;
- eine Einschätzung der Vorbereitung und des Einsatzes der Polnischen Armee im Jahre 1970 in GDANSK;
- die Richtlinien für das Ausbildungsjahr 1980/81.

Es wurde u.a. eingeschätzt, daß der Einfluß der PVAP und der militärischen Führung in den Streitkräften gewährleistet und es zu keiner wesentlichen Verschlechterung der militärischen Disziplin und Ordnung gekommen ist.

Der erste "Tag des Soldatentreffens", an dem erfahrene Stabs-offiziere in den Truppenteilen politische Fragen zu diskutieren und anschließend eine Auswertung des Stimmungs- und Meinungsbildes vorzunehmen hatten, sei erfolgreich verlaufen. Gleiche Veranstaltungen sollen wiederholt werden.

Beschlossen worden ist, die politisch - ideologische Arbeit zu verstärken und dabei vor allem die Beschlüsse der PVAP zu erläutern, zur Stärkung der Kampfkraft der Grundorganisationen und zur Mobilisierung deren Mitglieder beizutragen sowie die Jugendarbeit wirksamer zu unterstützen. Die politisch - ideologische Arbeit soll alle Armeeangehörigen erfassen.

Im Interesse der Aufrechterhaltung einer hohen Gefechtsbereitschaft wurde beschlossen, die Effektivität der operativen und Gefechtsausbildung zu erhöhen, die Kontrolltätigkeit zu verstärken und die methodische Arbeit mit den jungen Offizieren und Unteroffizieren zu verbessern.

Zur Sicherstellung der Produktion in der Verteidigungsindustrie wurde festgelegt, alle leitenden Kader auf ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen und die Dienstverpflichtung aller Beschäftigten vorzubereiten.

Zur Durchsetzung eines strengen Sparsamkeitsregimes wurde beschlossen, die landwirtschaftliche Eigenproduktion zu erhöhen, noch sparsamer mit materiellen Mitteln umzugehen, die Pkw - Einsätze um 33 Prozent zu reduzieren und den Verbrauch von Übungsmunition, Imitationsmitteln usw. einzuschränken.

Die Durchführung von Parteiaktiven im Militärbezirk Slask am 05.12.1980 läßt darauf schließen, daß ernsthaft an der raschen Verwirklichung der vom Militärerrat gefaßten Beschlüsse gearbeitet wird.

Anlage

Geheime Verschlusssache

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

O. U., den 30.03 1981

Geheime Verschlusssache!Verwaltung Aufklärung

GVS-Nr.: A 484 922

6. Ausfertigung = 6 Bl.

Information

zur

gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 30.03.1981, 10.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen Information eines engbegrenzten Kreises leitender Kader bestimmt. Es darf nicht daraus zitiert oder sich in anderer Weise darauf berufen werden.

Geheime Verschlusssache!

A 484 922 6.Ausf.Bl. 2

Das 9. Plenum des Zentralkomitees der PVAP tagte unter Vorsitz des 1. Sekretärs, des Genossen Kania, vom 29.03. vormittags bis 30.03., 04.00 Uhr.

Auf der Tagesordnung standen "Die Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation".

Den Bericht des Politbüros erstattete der Genosse Barcikowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK.

Hauptinhalt des Berichts:

- Bewertung des 8. Plenums, des Regierungsprogramms von Armeegeneral Jaruzelski sowie der bisherigen Tätigkeit der Regierung als positiv. Das Regierungsprogramm habe die Unterstützung der Bevölkerung, der gesellschaftlichen Organisationen sowie der Branchen- und autonomen Gewerkschaften.
- Scharfe Verurteilung des Auftretens einzelner "Solidarnosc"-Funktionäre, der Zunahme antikommunistischer Publikationen sowie des Vordringens rechter Kräfte, die eine schleichende Konterrevolution wollen. Die Führung von "Solidarnosc" sei unfähig und unwillig diesem Prozeß zu begegnen.
- Verurteilung der Handlungen zur Erhöhung von Spannungen durch "Solidarnosc" noch vor dem Zwischenfall in BYDGOSZCZ.
- Ein Generalstreik sei die letzte Belastungsprobe für die Strukturen des Staates und die staatliche Existenz sowie offener Kampf gegen die Partei, Staatsmacht und den Sozialismus, ein Kampf um die Macht.
- Hinweis auf die negativen Folgen der bisherigen Streiks und Charakterisierung der schwierigen ökonomischen Lage (sinkende Produktion, Versorgungsschwierigkeiten, Landwirtschaft).
- Hinsichtlich der Informationspolitik wurde die Notwendigkeit sachlicher Informationen unterstrichen und Stellung gegen Demagogie und Unverantwortlichkeit im Journalismus bezogen.
- Zur Lage in der Partei wurden als wichtigste Aufgaben die Konsolidierung und Stärkung, der Übergang von Selbstbetrachtung zu wachsender Aktivität, die breite Zusammenarbeit mit konstruktiven Kräften und der wirksame politische

Geheime Verschlusssache!

A 484 922 6 .Ausf.Bl. 3

Kampf gegen die Gegner des Sozialismus genannt. Die Aktivität der Partei entspräche nicht den Erfordernissen der Situation.

Ablehnung pluralistischer Tendenzen und der Verwandlung der Partei in einen ideologischen Diskutierklub sowie opportunistischer Ansichten. Es wurde die Einhaltung der Leninischen Normen des Parteilebens gefordert.

- Ankündigung der Trennung von Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionen und der maximalen Begrenzung der Funktionsausübung über mehrere Wahlperioden für Funktionäre sowie des unmittelbaren Beginns der Parteiwahlen, da bereits 15 Prozent der Grundorganisationen gewählt haben. Im Mittelpunkt der Parteiwahlen sollen stehen:
 - die Beurteilung der bisherigen Parteiarbeit,
 - die Beachtung der Vorbildlichkeit der Parteimitglieder,
 - die Wahl ideologisch gefestigter Genossen und
 - die Durchführung persönlicher Gespräche, u.a. auch als Hilfe bei Säuberung der Partei.

In der Diskussion sprachen 30 Genossen, davon acht aus der Parteiführung.

Hauptinhalt:

- Massive Kritik an der Parteiführung wegen Inaktivität, Unbeweglichkeit, mangelnder Massenverbundenheit, mangelnder Unterstützung der ideologischen Arbeit in den Betrieben, Festhalten an alten Arbeitsmethoden, Nichtabrechnung der Erfüllung von Parteibeschlüssen.
- Forderungen nach erhöhter Aktivität der Partei zur Überwindung der gesellschaftlichen Krise, sofortige Durchführung der Berichtswahlkampagne und baldige Einberufung des 9. Parteitages (Mai/Juni), nach Verstärkung der ideologischen Arbeit und Bestrafung der Funktionäre, die für vergangene und jetzige Fehler verantwortlich sind.

Geheime Verschlusssache!

A 484 922 6. Ausf. Bl. 4

- Aufforderung zur Fortsetzung der sozialistischen Erneuerung Polens sowie zur Lösung der Probleme durch Verhandlungen.
- Einschätzung von "Solidarnosc" als Teil der Arbeiterklasse ohne Distanzierung von den antisozialistischen Elementen.

Zur Einschätzung der 9. Tagung des ZK der PVAP:

- Obwohl im Bericht die antisozialistischen Ansichten der rechten Kräfte in "Solidarnosc" scharf verurteilt wurden, liegt der Grundtenor in Richtung der Lösung des gegenwärtigen Konfliktes durch Kompromisse und des "Dialoges mit allen Kräften guten Willens".
- Lage Polens wurde isoliert von internationaler Situation behandelt. Es wurde weder bezug auf die Dokumente des XXVI. Parteitages der KPdSU noch auf die Dezemberberatung des Politisch-Beratenden Ausschusses noch auf die Haltung der sozialistischen Nachbarstaaten genommen.
- Trotz scharfer Angriffe gegen die Parteiführung wurde auf die Lösung aller Probleme mit ausschließlich politischen Mitteln orientiert.
- Die Forderungen nach baldiger Einberufung des Parteitages dienen unter den gegebenen Bedingungen nicht der Konsolidierung der PVAP auf marxistisch-leninistischer Grundlage.
- "Solidarnosc" wurde durch viele Mitglieder des ZK weitgehend akzeptiert und eine Zusammenarbeit angestrebt.
- Armeegeneral Jaruzelski ist gestärkt aus der Tagung hervorgegangen, an seine Person werden weiter große Erwartungen durch die Bevölkerung und die Mitglieder der PVAP zur Lösung der Krise geknüpft.
- Personelle Veränderungen erfolgten nicht, obwohl die Genossen Grabski, Olszowski und Ney ihre Funktionen zur Verfügung stellten. Das Plenum sprach ihnen das Vertrauen aus.

- Für die Diskussion war das Auftreten von drei Genossen der Polnischen Armee vorgesehen. Über den Inhalt ihrer Diskussionsreden liegen zur Zeit noch keine Angaben vor.

Nach Meinung des Chefs der Verwaltung Aufklärung des Generalstabes der Polnischen Armee, Brigadegeneral Poradko, werden die Verhandlungen zwischen der Regierung und der "Solidarnosc"-Führung am 30.03. fortgesetzt.

Er erwartet einen Kompromiß, in dessen Ergebnis der für den 31.03. vorbereitete Generalstreik abgesagt wird.

Die Sejm-Tagung wird von Brigadegeneral Poradko für den 31.03. erwartet. Im Zusammenhang mit dieser Tagung rechnet er mit der Durchführung der von der Armeeführung vorbereiteten Maßnahmen (Ausnahmезustand), obwohl die Entwicklung der letzten Tage den Handlungsraum der progressiven Kräfte eingeengt habe.

Die gegenwärtige Verhandlungstaktik der "Solidarnosc"-Führung und das Verhalten der Kirche sowie der imperialistischen Hauptländer lassen erkennen, daß die Konterrevolution bei weiterer Stärkung ihrer Position im Lande vor allem darum bemüht ist, die mögliche Ausrufung des Ausnahmезustandes und den Einsatz der staatlichen Machtmittel zu verhindern. Daher werden einerseits die Vorbereitungen für den Generalstreik weitergeführt¹⁾ und andererseits immer wieder Kompromißmöglichkeiten angedeutet, die darauf abzielen, die reformistischen Kräfte in der PVAP und in der Staatsführung zu stärken und einen Entschluß zum entschiedenen Vorgehen gegen die Konterrevolution zu verhindern bzw. seine Wirkung stark einzugrenzen.

1) Anlegen von Lebensmittelvorräten in den Betrieben, Beschaffung von Medikamenten, Organisation der Bewachung der Betriebe und Einrichtungen, Personenschutz für führende Funktionäre von "Solidarnosc", der zum Teil bewaffnet sein soll (Waffendiebstähle in der Polnischen Armee haben zugenommen).

Geheime Verschlusssache!

A 484 922 6 .Ausf.Bl. 6

Falls es zu dem Entschluß der Verkündung und Verwirklichung des Ausnahmezustandes kommt, wird er möglicherweise verbunden sein mit der Auflösung der bisherigen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen.

Ein solcher Entschluß wird mit großer Wahrscheinlichkeit mit vorwiegend nationaler Begründung ("Rettung der polnischen Nation" oder ähnlich) erfolgen.

Nach Übernahme der Staatsmacht durch die Armee, des konsequenten Vorgehens gegen die Konterrevolution und Sicherung der Lebensfähigkeit Polens (Produktion, Lebensmittelversorgung usw.) könnten in einer mehrmonatigen Periode der Verwirklichung der sozialistischen Staatsmacht durch die Armee, die notwendigen Voraussetzungen für die Neuschaffung der sozialistischen Staatsorgane, einschließlich gewählter Volksvertretungen, der Neubildung der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und damit für eine sozialistische Entwicklung Polens auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus geschaffen werden.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

O. U., den 31. 03. 1981

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 923

6. Ausfertigung = 4 Bl.

Information

zur

gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 31.03.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen Information eines engbegrenzten Kreises leitender Kader bestimmt. Es darf nicht daraus zitiert oder sich in anderer Weise darauf berufen werden.

Geheime Verschlusssache!

A 484 923 6 .Ausf.Bl. 2

Am 30.03.1981, 13.00 Uhr wurden die Verhandlungen zwischen der Regierungskommission unter Leitung von Genossen Rakowski und "Solidarnosc" mit Walesa wieder aufgenommen. Gegen 19.30 Uhr, nach sechsstündiger Zusammenkunft, gab die Führung von "Solidarnosc" die Aussetzung des Generalstreiks bekannt, über dessen endgültige Durchführung das Landeskomiteé von "Solidarnosc" am 31.03.1981 in GDANSK entscheiden werde.

Als Ergebnis der Verhandlungen wurde bekannt:

1. Die Verantwortlichen für den Einsatz der Sicherheitskräfte in BYDGOSZCZ sollen bestraft werden.
2. Das Gewerkschaftsgesetz soll durch den Sjem Anfang April beschleunigt durchgesetzt werden.
3. Eine Kommission von Vertretern der Regierung und "Solidarnosc" zur Verhinderung zukünftiger Konflikte soll bis 10.04.1981 eingesetzt werden.
4. Die Gründung einer Bauerngewerkschaft soll zugelassen werden, bei Ablehnung der Formierung einer unabhängigen Gewerkschaft der selbständigen Landwirte.
5. Alle Verfahren gegen oppositionelle Kräfte im Zeitraum 1976 bis 1980 sollen eingestellt werden.

Die "Solidarnosc"-Führung erklärte, daß im Falle eines Angriffs von Staatsorganen auf Mitglieder oder Einrichtungen der Gewerkschaft sofort der Generalstreik ausgerufen wird.

Im Verlauf des 30.03.1981 wurden die landesweiten Streikvorbereitungen für einen Generalstreik durch "Solidarnosc" abgeschlossen. Die Streikbereitschaft wird durch "Solidarnosc" weiter aufrecht erhalten. Unabhängig vom Beschluß von "Solidarnosc" zur Aussetzung des Generalstreiks will die "Solidarnosc"-Führung von KATOWICE mit einem Streik den Rücktritt des Genossen Zabinski, Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees KATOWICE, erzwingen.

An der Universität in WARSCHAU ist die Durchführung eines Okkupationsstreiks geplant.

Geheime Verschlusssache!

A 484 923 6. Ausf. Bl. 3

Die allgemeine Lage im Lande war durch eine zunehmende Beunruhigung großer Teile der Bevölkerung gekennzeichnet.

Im Interesse der Lösung der wirtschaftlichen Probleme führte der stellvertretende Ministerpräsident der VR Polen, Jagielski am 30.03.1981 in PARIS ein Gespräch mit dem französischen Außenminister, dem weitere mit dem Wirtschaftsminister und dem Staatspräsidenten folgen sollen. In der Zeit vom 02.04.1981 bis 04.04.1981 sind gleiche Maßnahmen mit der amerikanischen Regierung in WASHINGTON vorgesehen.

Im Verlaufe des 30.03.1981 waren intensive diplomatische Aktivitäten auf höchster Ebene bei den Hauptmächten der NATO zu verzeichnen. Es fanden u.a. Konsultationen über die Situation in der VR Polen sowie über abgestimmte Handlungen gegenüber der VR Polen und den sozialistischen Ländern zwischen BRD-Kanzler Schmidt und den Regierungschefs der USA und Frankreichs statt.

"Solidarnosc" hat im Ergebnis der Kompromißbereitschaft der Regierung die Weiterführung ihrer Konfrontationslinie bis zum Generalstreik "zunächst ausgesetzt" und den Griff nach der politischen Macht vertagt.

Der Handlungsspielraum der zum entschlossenen Vorgehen gegen die Konterrevolution in Polen bereiten Kräfte wurde sowohl im Ergebnis der 9. ZK-Tagung als auch durch die Kompromißlösung am 30.03.1981 weiter eingeengt. Unter Berücksichtigung der entstandenen Lage sind entschiedene Maßnahmen der Armeeführung in Übereinstimmung mit Teilen der Parteiführung und gemeinsam mit den Sicherheitsorganen gegen die Konterrevolution weniger wahrscheinlich.

Der Inhalt des ausgehandelten Kompromisses erhält der Konterrevolution den jederzeitigen Einsatz des Generalstreiks zur Eroberung der politischen Macht.

Die Vertagung des Generalstreiks wird bei der polnischen Bevölkerung zur Erleichterung führen. Diese wird mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch mit einem weiteren Vertrauensschwund zur Politik der Partei und Regierung, die mit dem Kompromiß faktisch eine fehlerhafte Politik eingestehen mußten, verbunden sein. Im Zusammenhang mit der weiterhin bestehenden Un-

Geheime Verschlusssache!

A 484 923 6.Ausf.Bl. 4

fähigkeit der PVAP als Ganzes einheitlich zu handeln, schwindet die Möglichkeit dem "Kurs der sozialistischen Erneuerung" einen eindeutig marxistisch-leninistischen Inhalt zu geben.

Es ist zu erwarten, daß die "Solidarnosc"-Führung mit einer breit angelegten wirksamen Propaganda den Ausgang der derzeitigen Auseinandersetzungen zur Festigung ihres Einflusses auf die Massen nutzt und sowohl im Landesmaßstab wie auch regional ihren Kräftezuwachs zur weiteren Erpressung der Staatsorgane und zum Druck nach rechts gebraucht.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

O.U., den 31.03.1981

Verwaltung Aufklärung

Information
zur
gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 31.03.1981

Beiliegend werden überreicht:

- Kompromißvereinbarung (Erklärung) zwischen der Regierung der VR Polen und der "Solidarnosc"-Führung im Ergebnis der Verhandlungen vom 30.03.1981 sowie kurze Erklärungen des Genossen Rakowski und von Walesa
- Reglement von "Solidarnosc" für den landesweiten oder regionalen Streik
- Anweisungen regionaler "Solidarnosc"-Zentralen für den Fall einer "Intervention von außen", eines Generalstreiks sowie eines Ausnahmezustandes.

Militärattaché

- Warschau -

Az.: 49 03 01

Warschau, den 31.03.1981

Tgb.-Nr.: 45/81

Betreff
Vereinbarung Solidarność und Regierung der VRP

Als Anlage übersende ich Ihnen eine gemeinsame Erklärung die zwischen der Delegation der Landeskoordinierungskommission der NSZZ-S unter Leitung von Lech Wałęsa und der Delegation der Kommission des Ministerrates für Gewerkschaftsangelegenheiten, die vom Stellvertreter des Ministerpräsidenten Rakowski geleitet wurde, angenommen wurde.

Diese Erklärung ist das Ergebnis mehrtägiger Gespräche und soll die Grundlage des Zusammenwirkens von Regierung und Solidarność in dieser Angelegenheit darstellen.

Die Vertreter des NSZZ-S beschlossen nach Beendigung der Gespräche und Annahme der Erklärung, den für 31.03. angekündigten Generalstreik auszusetzen.

Es wurde beschlossen, die Landeskoordinierungskommission einzuberufen, da nur diese die endgültige Entscheidung über die Absage des Generalstreiks treffen kann. Diese Sitzung findet am 31.03.81 in Gdańsk statt.

3 Anlagen

6 Blatt



Persike
Oberst

E r k l ä r u n g

Begleitet von der tiefen Sorge um das Schicksal des Vaterlandes unternehmen beide Seiten gemeinsame Schritte zur Überwindung der bedrohlichen gesellschafts-politischen Krise.

I. In der Angelegenheit der Ereignisse von Bydgoszcz

Nach dem Studium des Berichts der von Justizminister Erjerzy Bafia geleiteten Kommission und der Kenntnisnahme vom Verlauf der Sitzung des Wojewodschafts-Nationalrates in Bydgoszcz, der am 26. März dieses Jahres tagte, erkennt die Regierung an, daß die Schließung der Sitzung des Wojewodschafts-Nationalrates ohne Beachtung der verbindlichen Rechtsnormen erfolgte und der Einsatz der Ordnungskräfte zur Entfernung der "Solidarnosc"-Vertreter aus dem Gebäude des Wojewodschaftsamtes eine Maßnahme war, die den bisher angewandten und respektierten Grundsätzen zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte mit politischen Mitteln, vor allem auf dem Weg der Verhandlungen, widerspricht. Eine gewisse Rechtfertigung des übereilten Handelns der Behörden war die gespannte Atmosphäre, die in der Stadt durch die Okkupation des Gebäudes der Vereinigten Bauernpartei entstanden war, sowie die durch das Bydgoszser überbetriebliche Gründungskomitee am Vorabend der Sitzung durchgeführte Propaganda-Kampagne. In dieser Situation befürchteten die Behörden eine Verschärfung und Ausweitung des Umfangs des Konflikts.

Nach Kenntnisnahme des Standpunktes des Wojewodschafts-Nationalrates zur Haltung und Rolle der Stellvertretenden Wojewoden wird der Vorsitzende des Ministerrates eine Entscheidung treffen.

Die Regierung erwartet, daß der Wojewodschafts-Nationalrat in der ersten April-Hälfte zu dieser Angelegenheit Stellung nimmt. Zu der Forderung, die Ereignisse in Bydgoszcz im Fernsehen durch Vertreter der "Solidarność" umfassend darzustellen, verhält sich die Regierung positiv. Ausdruck dessen war bereits die Veröffentlichung des Berichts der Regierungskommission zusammen mit den Anmerkungen der Landeskoordinierungskommission von "Solidarność". Es wird gebilligt, in der Presse bis zum 5. April das Kommuniqué der Ratsmitglieder des Wojewodschafts-Nationalrates und der "Soli-

darność" vom 19. März dieses Jahres zu veröffentlichen. Die Regierung übernimmt voll die Feststellung der Regierungskommission, daß den Ordnungskräften, die das Gebäude und seine Umgebung übernahmen, die Verpflichtung oblag, die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der aus dem Gebäude geführten Personen zu garantieren.

In einer solchen Situation tragen die Ordnungskräfte die Verantwortung für die sich unter ihrer Aufsicht befindenden Personen. Die Regierung empfahl deshalb in Übereinstimmung mit den Forderungen des überbetrieblichen Gründungskomitees der Region Bydgoszcz, dienstliche Ermittlungen gegen die Personen zu führen, die gegen ihre Pflichten verstoßen haben, und sie vom Dienst zu befreien.

Die Regierung bringt ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß drei Gewerkschaftsfunktionäre geschlagen wurden.

Die Untersuchung zur Feststellung der Schuld der Täter und ihrer gerichtlichen Bestrafung dauert an. Nach Abschluß der Untersuchung werden sie entsprechend dem Recht verurteilt. Es wurde festgelegt, eine energische Untersuchung durch die Wojewodschafts-Staatsanwaltschaft in Bydgoszcz unter Aufsicht der Generalstaatsanwaltschaft durchzuführen, wobei die Teilnahme von Vertretern von NSZZ-S an der Vorbereitung und Durchführung des Gerichtsverfahrens zu gewährleisten ist.

Zu all diesen Maßnahmen werden die staatlichen Behörden durch das Recht verpflichtet. Die Regierung ist der Meinung, daß das Recht immer strikt eingehalten werden muß. Es ist besonders in Augenblicken gesellschaftlicher Anspannung wichtig, wodurch Handlungen aller Teilnehmer Emotionen und unkontrollierte Handlungen hervorgerufen werden können. Der Ministerrat fordert von allen Vertretern der Behörden die strikte Einhaltung des Rechts und die eingehende Kontrolle der Rechtmäßigkeit aller Handlungen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß gesellschaftliche und gewerkschaftliche Organisationen, darunter auch NSZZ-S, nicht die innere Ruhe im Lande durch irgendwelche dem Gesetz zuwiderlaufende Handlungen, wie zum Beispiel die Einnahme und Besetzung öffentlicher Gebäude, stören dürfen.

Die Regierung stellt fest, dazu zur Verringerung der gesellschaftlichen Spannungen alle Spezialeinheiten der Miliz und des Sicherheitsdienstes aus Bydgoszcz und Umgebung abgezogen wurden.

II. Zur Gewährleistung der Garantien für die Tätigkeit der Gewerkschaften im Geiste der gesellschaftlichen Vereinbarungen vom August 1980

Hinsichtlich der Forderungen II und V von NSZZ-S wurde festgestellt:

1. Die Arbeiten am Gesetz über die Gewerkschaften so zu beschleunigen, daß sein Entwurf bis Ende April d. J. dem Sejm vorgelegt werden kann;
2. daß beide Seiten bis zur Annahme des Gesetzes sich verpflichten, sich von den Bestimmungen des Gesetzes leiten zu lassen, die durch eine vom Staatsrat berufene Gruppe mit Vertretern von NSZZ-S erarbeitet wurden. Das betrifft vor allem die Grundsätze für die friedliche Beilegung von gesellschaftlichen Streitigkeiten als auch Fragen der Entlohnung während des Streiks.

III.

Beide Seiten unternehmen alles, damit in der Frage der Vereinigung der Einzelbauern keine Konfliktsituationen auftreten. Beide Seiten machen sich mit der Initiative des Abgeordneten Jan Szczepanski, Vorsitzender der außerordentlichen Sejm-Kommission zur Einhaltung der gesellschaftlichen Vereinbarungen, bekannt, der im Eilverfahren dieser Kommission die Frage der Vereinigung der Einzelbauern zur Erörterung vorlegen wird. Gestützt auf den Gesetzesentwurf über die Gewerkschaften sowie den Gesetzentwurf über die bäuerliche Selbstverwaltung, hat die Regierung bereits eine Reihe von Entscheidungen und Maßnahmen getroffen, die die Realisierung der Forderungen gewährleisten, die sich aus den Vereinbarungen mit den Einzelbauern ergeben (mit dem Hauptrat des Zentralvorstandes der Agrarzirkel sowie der Vereinbarungen in Rzeszow und Ustryki Dolne). In Übereinstimmung mit dem Hauptrat des Zentralvorstandes der Agrarzirkel entsendet die Regierung spätestens bis zum 05. April eine Gruppe mit dem Ziel, Verhandlungen mit den Einzelbauern zu führen, die an der Protestaktion im Gebäude des Wojewodschaftskomitees der Vereinigten Bauernpartei in Bydg. teilnehmen.

Die Regierung erklärt, daß bis zur Regelung der Angelegenheit die Rechtmäßigkeit der Handlungen der Personen, die an der Protestaktion in Bydgoszcz teilnahmen, sowie der Gründungsausschüsse der NSZZ der Einzelbauern nicht in Frage gestellt wird.

IV.

Hinsichtlich der Forderung III. von NSZZ-S entsprechend dem Grundsatz der "vollen Wahrung der Freiheit bei der Darlegung von Überzeugungen im öffentlichen und beruflichen Leben"

(Punkt 4 der Vereinbarung von Gdansk) wurde festgelegt:

1. Die Erklärung des Abgeordneten Jan Szczepanski zur Kenntnis zu nehmen, daß die o. g. Angelegenheit Gegenstand der Arbeit der Kommission auf der nächsten Sitzung ist;
2. Bis zum 10.4.81 eine Gruppe aus Vertretern der Regierung und von NSZZ-S für die Vorbereitung des Materials und der Vorschläge zur Erörterung durch die Sejm-Kommission zu bilden.

V.

Die Regierung schlägt vor, nach Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes Verhandlungen aufzunehmen, deren Ziel es ist, eine Vereinbarung zur Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen zu erreichen, damit alle Konflikte, die zukünftig auftreten können, gelöst werden können, ohne das gesamte Land in einen Spannungszustand, der katastrophale Folgen haben kann, zu versetzen.

Die Vertreter von NSZZ-S erklären, daß die schnelle Erfüllung aller Verpflichtungen durch die Regierung die unerläßlichen Bedingungen für den Zusammenschluß aller gesellschaftlichen Kräfte schafft, um das Land entsprechend dem 10-Punkte-Programm der Regierung Jaruzelski aus der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise zu führen. Im Falle der Abberufung des Generastreiks wird sich der Minister für Arbeit, Löhne und Sozialfragen an den Vorsitzenden des Ministerrates wenden, die im Ergebnis der Teilnahme am Warnstreik vom 27.3.81 nicht gearbeitete Arbeitszeit wie die Zeit berechtigter Abwesenheit von der Arbeit zu bezahlen.

Erklärung des Gen. Rakowski vor Journalisten

Rakowski führte unter anderem aus:

Konkretes Ergebnis dieser Begegnung ist das gemeinsam vereinbarte Dokument, in dem die Regierung zu den Ereignissen von Bydgoszcz Stellung nimmt.

Befragt, ob man die Unterzeichnung der Erklärung als Erfolg beider Seiten betrachten kann, antwortet Rakowski: "Ja, obwohl es erst die Zukunft zeigen wird." "Wenn es um die Regierungsseite geht, so haben wir kein anderes Ziel, als eine der den Realitäten entsprechende Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der Regierung herbeizuführen.

Unser Ziel ist die Schaffung von Bedingungen, die eine normale Arbeit in Polen sicherstellen, keine unnötigen gesellschaftlichen Spannungen schaffen und nicht den Zustand der Hysterie weiter anfachen, der bereits im Lande herrscht. Viele Menschen halten diesen Druck bereits nicht mehr aus. Die Erreichung von Vereinbarungen hängt nicht nur von uns, sondern auch von der anderen Seite ab. Ich denke, daß die Zukunft aussagen wird, ob alle Seiten diese Vereinbarungen einhalten werden, ob NSZZ-S eine Gewerkschaft bleibt."

W. erklärte nach den Verhandlungen auf einer Pressekonferenz bei "Interpress": "Morgen wird nicht gestreikt. Ich bin der Meinung, daß es eine große Vereinbarung war. Es gibt jedoch Sachen, die wir nicht lösten und denen gegenüber unsere Mitglieder einige Vorbehalte haben. Ich spreche nicht von Zufriedenheit. Die Forderungen sind zu 70 Prozent erfüllt."

W. erklärte weiter, daß schon die Tatsache allein, daß Gespräche aufgenommen wurden, ein Kompromiß war. Der Kompromiß wird jedoch mit Sicherheit nicht alle zufrieden stellen.

W. stellte fest, daß das Tätigkeitsprogramm des Verbandes vor allem das Statut ist, dem sich der Verband annähern muß. Er unterstrich ebenfalls die bedeutende Rolle der Kirche bei der Lösung des jüngsten Konfliktes. In dieser Angelegenheit engagierte sich Papst Johannes Paul II. und Kardinal Wyszynski persönlich. W. unterstrich, daß es in Zukunft strittige Fragen wirksamer zu lösen gilt. Die Seiten müßten lernen, sich rascher an den Tisch zu setzen und Probleme zu lösen. Auch der gegenwärtige Konflikt wäre bedeutend schneller zu beenden gewesen.

Warschau, den 30.03.81

Tgb.-Nr.: 126 /81

Betreff

Instruktionen von Solidarność

Als Anlage übersende ich Ihnen zwei Instruktionen von Solidarność:

1. Reglement für landesweiten oder regionalen Streik;
2. Anweisung MKZ Gdansk für den Fall einer "Intervention von außen".


Persike
Oberst

den schriftlichen Vollmachten;

Die diese Vollmachten besitzenden Personen melden sich im bezeichneten Betrieb und zeigen sie dem Streikkomitee vor.

- b) Im Falle der Zerschlagung des Ersatzstreikkomitees übernimmt seine Funktion ein aus den Streikkomitees der Großbetriebe in der Region ausgewähltes Komitee.
4. Diese Prinzipien finden mit entsprechenden Änderungen für die Betriebsstreikkomitees (ZKS) ihre Anwendung.

II. Streikbereitschaft:

1. Ausrufung der Streikbereitschaft verpflichtet die Betriebsgewerkschaftsorganisation:

- a) Unverzüglich die Betriebskommission in deren Sitz zu versammeln, sich in ein Streikkomitee umzuwandeln und das Ersatzstreikkomitee zu benennen.
- b) Von diesem Moment an sind die Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation verpflichtet, die Anweisungen des Streikkomitees auszuführen.

Reglement für landesweiten oder regionalen Streik

I. Leitung der Streikaktion:

- 1. Für die Dauer der durch die KKP oder den Regionalvorstand (MKZ) proklamierten Streikaktionen wandeln sich diese Organe in Streikkomitees der entsprechenden Ebene um (Landesstreikkomitee oder Regionalstreikkomitee).
- 2. Diese Komitees organisieren und leiten die Streikaktion.
- 3. Für den Fall, daß dem Streikkomitee die Leitung des regionalen Streiks unmöglich gemacht werden sollte (Unterbrechung der Verbindung zu Betrieben, Zerschlagung des regionalen Streikkomitees usw.) übernehmen diese Funktionen:
 - a) ein zuvor bezeichnetes Ersatzkomitee mit entsprechenden schriftlichen Vollmachten;
Die diese Vollmachten besitzenden Personen melden sich im bezeichneten Betrieb und zeigen sie dem Streikkomitee vor.
 - b) Im Falle der Zerschlagung des Ersatzstreikkomitees übernimmt seine Funktion ein aus den Streikkomitees der Großbetriebe in der Region ausgewähltes Komitee.
- 4. Diese Prinzipien finden mit entsprechenden Änderungen für die Betriebsstreikkomitees (ZKS) ihre Anwendung.

II. Streikbereitschaft:

- 1. Ausrufung der Streikbereitschaft verpflichtet die Betriebsgewerkschaftsorganisation:
 - a) Unverzüglich die Betriebskommission in deren Sitz zu versammeln, sich in ein Streikkomitee umzuwandeln und das Ersatzstreikkomitee zu benennen.
 - b) Von diesem Moment an sind die Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation verpflichtet, die Anweisungen des Streikkomitees auszuführen.

2. a) Das Streikkomitee nimmt über zugängliche technische Mittel und berechnigte Verbindungsmänner Kontakt zum RKS auf. In der Zeit der Streikbereitschaft und des eigentlichen Streiks muß dieser Kontakt regelmäßig aufrechterhalten werden. (Das RKS bestimmt die Art und Weise sowie den Ablauf dieser Kontakte.)
- b) Die ZKS sind verpflichtet, Verbindungen zu den benachbarten Streikkomitees aufrechtzuerhalten und bei Bedarf sich gegenseitig Hilfe zu erteilen.
3. Das ZKS hat die Pflicht:
- a) Nationalflaggen an sichtbaren Orten aufzuhängen und Armbinden anzulegen.
- b) Losungen anzubringen, die über die Ziele des Streiks informieren.
- c) Bereitschaftsdienste für RKS-Mitglieder und Ordnungsgruppen einzurichten (äußere, innere Brandschutz-, sanitäre-, Quartier-, Transportsicherung).
- d) Erarbeitung eines Kontrollsystems für die Ein- und Ausgänge in der Zeit des eigentlichen Streiks.
- e) Organisierung eines Informationsdienstes und Anhäufung entsprechender technischer Mittel für die Eigeninformation (Betriebsfunk, Telex, Funksprechverkehr, kleine Polygrafie, Farben, Papier usw.).
- f) Sammlung sanitär-hygienischer, pharmakologischer und Lebensmittel im Eilverfahren sowie einer entsprechenden Anzahl von Decken, Matratzen und Schlafsäcken usw.
- g) Erstellung eines Programms der Arbeiten während des eigentlichen Streiks.
- h) Spezielle Bemühung um die Sicherung der laufenden Informationen für die Verbandsmitglieder.

5. Das Streikkomitee sollte die Betriebsdirektion von der Ausrufung der Streikbereitschaft benachrichtigen und sich gleichfalls mit den anderen Gewerkschaftsorganisationen des Betriebes sowie den nichtorganisierten Werktätigen bezüglich ihrer eventuellen Teilnahme am Streik ins Einvernehmen setzen.
6. Während der Dauer der Streikbereitschaft kann das RKS einen Warnstreik in allen oder ausgewählten Betrieben für eine bestimmte Zeit anordnen. Umfang und Form dieses Streiks bestimmt jedesmal das RKS.
7. Gemäß dem Statut rechtfertigen gegen die Gewerkschaftsinstanzen angewandte Repressionen die Aufnahme eines eigentlichen Streiks ohne warnende Aktionen.

III. Eigentlicher Streik/Okkupationsstreik:

1. Mit Ausrufung des Okkupationsstreiks geht die Betriebsdirektion der Macht im Betrieb verlustig. Leitung und Verantwortung übernimmt das in ein ZKS umgewandelte KZ NSZZ Solidarność.
2. Während des Streiks verbleibt die Belegschaft auf dem Betriebsgelände bzw. in einem vom ZKS bezeichneten Teil davon.
3. Aus- und Zutritt zum Betrieb gehen mit Zustimmung des ZKS und unter Kontrolle der entsprechenden Ordnungsdienste vor sich.
4. Passierscheine zum Verlassen werden ausgegeben an:
 - a) Kranke, auf Basis ärztlicher Bescheinigung;
 - b) Personen, die Kinder zu betreuen haben;
 - c) in anderen durch das ZKS akzeptierten Fällen.
5. Die gebildeten Dienste gehen während der Bereitschaft an die Ausübung ihrer Aufgaben. Konkret:
 - a) Der Ordnungsdienst bewacht den Betrieb rund um die Uhr, speziell seine neuralgischen Punkte sowie Tore und Umzäunungen. Die Patrouillen müssen Hör- und Sichtkontakt haben. Teilnahme an der Patrouillentätigkeit ist Pflicht jedes Mitarbeiters.

- b) Notwendig ist die Aufrechterhaltung einer engen Verbindung mit dem RKS.
6. Es gilt absolutes Verbot für Besitz und Konsum von Alkohol.
 7. Sich dem ZKS nicht Unterordnenden können aus dem Betrieb entfernt werden (einschl. Direktor).

V. Spezielle Vorschriften:

1. Gemäß dem Statut steht die Entscheidung über Beendigung oder Unterbrechung von Bereitschaft und Streik ausschließlich dem entsprechenden KS zu.
2. Während der Streikaktionen sind die ZKS der Betriebe, welche alkoholische Getränke vertreiben oder verkaufen, verpflichtet, Vertrieb und Verkauf jeglicher alkoholischen Getränke einzustellen oder zu verhindern. Das RKS kommt bei den entsprechenden Instanzen um Verbot des Verkaufs von Alkohol ein.
3. Nicht erlaubt sind Arbeitsunterbrechungen für Gesundheitswesen, Veterinärwesen, Feuerwehr, technische Bereitschaft.
4. Infolge des Streiks dürfen die Lieferungen von Wasser, Gas, Elektro- und Wärmeenergie, Milch und Grundnahrungsmitteln nicht eingeschränkt werden.
5. Betriebe, deren Stillstand Zerstörung der Anlagen bzw. die Unmöglichkeit ihrer sofortigen Wiederinbetriebnahme nach dem Streik bewirken würde, gehen zum Leerlauf über (Aufrechterhaltung). Entscheidung hierüber trifft das RKS nach Absprache mit Fachleuten.
6. Die Beschäftigten der in den Punkten 3, 4 und 5 genannten Betriebe bringen ihre Teilnahme am Streik durch Aushängen von Nationalflaggen, Losungen und das Anlegen von Armbinden zum Ausdruck.
7. Die städtische Kommunikation sichert die An- und Abfahrt der Streikenden zu den Betrieben.

8. In begründeten Fällen kann das RKS die Entscheidung treffen, auf dem Gelände eines bestimmten Betriebes den sogenannten Italienischen Streik zu führen, der darin besteht, einen Teil des Betriebes stillzulegen und damit die Produktionsmöglichkeiten des gesamten oder des größeren Teils des Betriebes zu blockieren.
9. In begründeten Fällen kann das RKS in einigen Betrieben einen teilweisen oder ganztägigen "Wachstreik" anordnen, der darin besteht, einen Teil der Belegschaft in Reichweite des Betriebes zu halten.

Anweisung MJZ Gdańsk für Fall Intervention von außen:

- Sofortige Ausrufung Generalstreik;
- Allseitige Maßnahmen, die über Einmarsch "fremder Truppen" informieren, unter Ausnutzung aller zugänglicher Mittel (Fabriksirenen, Kirchenglocken, Hupen u.a.);
- Verdrehen von Wegweisern;
- Abnehmen von Straßen- und Hausschildern sowie Mieterverzeichnissen;
- Führen von Desinformationskampagnen gegen die "Eroberer";
- Verpflichtung "Solidarność-Leute" mit allen Mitteln Handlungen der "Okkupationskräfte" zu erschweren. Speziell ihr Vordringen ins Landesinnere;
- Lebensmittelproduzenten haben den "Okkupanten" die Lebensmittelaufnahme unmöglich zu machen.

Anweisung für den Fall eines Generalstreiks

Im Zusammenhang mit dem durch das Landesverständigungskomitee (KKP) für Dienstag, den 31.03.1981, angekündigten Generalstreik geben wir die wichtigsten Verhaltensgrundsätze:

- a) Der Streik hat den Charakter eines Okkupationsstreiks in allen Betrieben;
- b) Die Komitees haben sich Nachrichtennittel/-verbindungen (Telefon, Telex oder Melder) zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit den benachbarten Betrieben und den Gewerkschaftsorganen sicherzustellen;
- c) Betriebe/Unternehmen, die über Transportmittel verfügen, stellen diese Mittel mit Fahrpersonal den entsprechend einer Sonderinstruktion genannten Betrieben zur Verfügung.

Es wird an alle Fahrzeugbesitzer appelliert, sich für Dienste (im Interesse von Krankenhäusern, ärztlichen Beratungsstellen, des ärztlichen Notdienstes) beim Regionalverband (MKZ) einschreiben zu lassen).

- Mit der Verkündung des Okkupationszustandes verliert die Betriebsleitung die Macht über den Betrieb. Die Leitung und die Verantwortung übernimmt "Solidarność".
- Die Belegschaft verbleibt während des gesamten Streiks auf dem Betriebsgelände. Das Verlassen und das Betreten des Betriebsgeländes erfolgt nur mit Zustimmung des Betriebsstreikkomitees (ZKS) /Kranke mit ärztlicher Bescheinigung, Frauen, die Kinder zu betreuen haben, andere, durch das ZKS akzeptierte Fälle/.
- Zu gewährleisten ist die Sicherstellung von Lebensmitteln, heißen Getränken, Schlafmöglichkeiten.
- Der Ordnungsdienst bewacht den Betrieb rund um die Uhr, besonders Tore und Umschünungen. Die Patrouillen müssen Hör- und Sichtkontakt haben.
- Es besteht striktes Verbot für Besitz und Konsum von Alkohol.
- Personen, die sich den Anweisungen nicht fügen (einschließlich Direktor), sind aus dem Betrieb auszuweisen.
- Während des Streiks darf die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektroenergie, Wärme (Zentralheizung), Lebensmitteln nicht unterbrochen werden. Es müssen Verpflegungsstellen geöffnet sein.
- Betriebe und Anlagen, die bei Stillstand funktionsunfähig bzw. zerstört würden oder die nach dem Streik nicht sofort wieder in Betrieb genommen werden können, unterbrechen nicht die Arbeit, sondern gehen zum Leerlauf über. Die diesbezügliche Entscheidung fällt MKZ.

- Die örtlichen Verkehrsbetriebe gewährleisten die Heranführung der Streikenden an die Betriebe.
- MKZ kann Arbeitsempfehlungen erteilen, wenn MKZ dies aus humanitären oder gesellschaftlichen Gründen für notwendig erachtet. Es wird daran erinnert, daß die Betriebe entsprechend dem Statut mit dem Generalstreik beginnen, wenn eine Verhaftung der Gewerkschaftsführer erfolgen sollte (d. h. selbständiger Beginn des Streiks, ohne auf eine Weisung zu warten). Bei Anwendung von Gewalt gegenüber den Streikenden ist passiver Widerstand zu leisten (Gruppenbildung, Erschwerung der Versuche, außerhalb des Werksgeländes gebracht zu werden, usw.). Falls die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit gezwungen werden, ist unproduktiv zu arbeiten, ist die Produktion zu verlangsamen, sind alle Vorschriften bürokratisch bis ins Detail anzuwenden.

Anweisung Nr. 2 für den Fall des Ausnahmezustandes

Es besteht die Möglichkeit, daß die Behörden für den Fall eines Generalstreiks den Ausnahmezustand auslösen. Das wäre verbunden mit einer Militarisierung der Betriebe (Arbeiter erhalten Einberufungskarten für die Streitkräfte, der Vorgesetzte ist ein Kommandeur, die Verweigerung der Arbeit ist Verweigerung der Befehlsausführung). Man hatte sich bereits am 18.12.1980 darauf vorbereitet, diese Entscheidung jedoch nicht getroffen. Der Ausnahmezustand bedeutet wahrscheinlich gleichzeitig auch den Versuch, indesweit tausende Personen von "Solidarność" und aus der demokratischen Opposition zu verhaften. In unserem Raum wären wahrscheinlich hunderte von Personen gefährdet; deshalb müssen in den Gewerkschaftsorganisationen Gruppen geschaffen werden, die die Führung der Betriebsorganisationen als Streikkomitees übernehmen, falls die bisherigen Betriebskomitees verhaftet würden. Die Streikkomitees müßten in einem solchen Falle ein überbetriebliches Streikkomitee (MKS) schaffen. Auf die Auslösung des Ausnahmezustandes durch die Behörden ist mit einem Generalstreik zu antworten.

Anweisung Nr. 3 für den Fall einer ausländischen Intervention

Die angespannte Lage kann zu einer Intervention von außen führen. In diesen Falle gehen die Belegschaften wie in den Instruktionen Nr. 1 und 2 vor. Zusätzlich ist folgendes zu realisieren:

- a) Die Tatsache des Einmarsches ausländischer Truppen ist einem möglichst breiten Personenkreis bekannt zu geben. Dazu sind alle zugänglichen Informationsmittel sowie Glocken, Hupen, Sirenen usw. zu nutzen.
- b) Veränderung von Wegweisern, Entfernung der Straßennamen, der Hausnummern, der Mieterverzeichnisse in den Häusern, Erteilung von Falschinformationen an die "Eroberer"; Frauen und Kinder sollten zu Hause verbleiben.
- c) Es ist mit allen zugänglichen Mitteln die Tätigkeit der Okkupationskräfte, vor allem das Vorrücken in die Tiefe des Landes, zu erschweren.
- d) Die Produzenten von Lebensmitteln sollten den Okkupanten die Requirierung der Lebensmittel sowie von Getreide, Schlachtvieh und Futtermitteln unmöglich machen.

Es muß nicht unbedingt zu einer Intervention kommen, aber wir müssen darauf vorbereitet sein.

Katowice, den 25.03.81

MKS NSZZ "Solidarność"
Region Śląsk und Zagłębie

Die Anweisungen kamen vom Präsidium MKZ NSZZ "Solidarność" Gdańsk

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

O. U., den 01.04.1981

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 924

6. Ausfertigung = 4 Blatt

Verwaltung Aufklärung

Information
zur
gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 01.04.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten Krei-
ses leitender Kader bestimmt.

~~Dieses Material~~ ist nach Auswertung in
eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 924 6. Ausf. Blatt 2

Zur Lage in der VR Polen

Der Militärattaché der NVA in WARSCHAU meldet:

Am 31.03.1981, 17.00 Uhr, begann in GDANSK die Sitzung der zentralen Führung von "Solidarnosc" über die Bestätigung der Verhandlungsergebnisse zwischen der Regierung und der "Solidarnosc"-Delegation vom 30.03.1981 sowie über den damit im Zusammenhang stehenden Beschluß zur Durchführung eines Generalstreiks.

Während einige zwischenbetriebliche Arbeiterkomitees von "Solidarnosc", u.a. WROCLAW und LEGNICA, die erzielten Vereinbarungen unterstützen, wurden sie vom regionalen "Solidarnosc"-Komitee MAZOWSZE in einer Sondersitzung abgelehnt. Diese Ablehnung wurde damit begründet, daß die Verhandlungsdelegation unter Leitung Walesas nicht berechtigt gewesen war ohne vorherige Zustimmung der zentralen Führung von "Solidarnosc" derartige Vereinbarungen einzugehen. Des weiteren sei die Registrierung von "Solidarnosc-Land" nicht verbindlich formuliert und der Zugang zu den Massenmedien nicht garantiert worden.

In den späten Abendstunden des 31.03.1981 beschloß die "Solidarnosc"-Führung mit 25 Stimmen, bei 4 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen, den Generalstreik abzusetzen.

Die für den 31.03.1981 angekündigten Streikaktionen in der Wojewodschaft KATOWICE (Forderung nach Rücktritt des Genossen Zabinski, Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees KATOWICE) und an der Universität von WARSCHAU (Okkupationsstreik) wurden nicht durchgeführt.

Es besteht jedoch weiterhin Streikbereitschaft.

Es wird eingeschätzt, daß es Walesa auf der Sitzung in GDANSK gelang, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, den Generalstreik für den gegenwärtigen Zeitpunkt abzuwenden. Das schließt jedoch seine Androhung zu einem späteren Termin als ständiges Druckmittel auf die Regierung nicht aus.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 924 6. Ausf. Blatt 3

Trotzdem muß mit Streikaktionen auf regionaler Ebene gerechnet werden, die besonders von solchen Komitees organisiert werden, die die Vereinbarungen zwischen der Regierung und "Solidarnosc" als nicht bindend anerkennen.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 924 6. Ausf. Blatt 4

Angaben im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen

Äthiopien

Die äthiopische Partei- und Staatsführung verfolgt aufmerksam die Entwicklung in der VR Polen, ohne jedoch bisher dazu offiziell Stellung zu nehmen.

In der Führung Äthiopiens wird nicht ausgeschlossen, daß es unter dem Einfluß der Entwicklung in der VR Polen zu ähnlichen Aktionen in Äthiopien und anderen sozialistisch orientierten afrikanischen Staaten kommen könnte.

Auf wachsendes Unverständnis stößt die zögernde Haltung der PVAP-Führung zur Einleitung energischer Maßnahmen im Interesse der Lösung der bestehenden Probleme.

In der äthiopischen militärischen Führung wird die Meinung vertreten, daß bei einer möglichen vergleichbar komplizierten Entwicklung in Äthiopien schneller und entschiedener reagiert werden müßte.

Eine militärische Hilfe des UdSSR und anderer sozialistischer Staaten für die VR Polen würde von großen Teilen der äthiopischen Führung begrüßt werden und wird z.T. erwartet.

Von äthiopischer Seite wird eingeschätzt, daß die Stabilisierung der PVAP im Interesse der Festigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der VR Polen nur über einen längeren Zeitraum - vier bis sechs Jahre - möglich ist.

109

000137

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache

O. U., den 02. 04. 1981

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: ~~A 484 925~~ *g. S.*

14. Ausfertigung = 5 Blatt

A 484 925

U
144

Information
zur
gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 02.04.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen Information eines engbegrenzten Kreises leitender Kader bestimmt. Es ist nach Auswertung in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Vertrauliche Verschlussache!

Zl. A 484 925 14. Ausf. Blatt 2
A 484 925Zur Lage in der VR Polen

Am 01.04.1981 wurde in GDANSK, nach Verlegung des Tagungsortes aus der Lenin-Werft in den Sitz von "Solidarnosc", die gemeinsame Sitzung der "Solidarnosc"-Führung mit Vertretern der Regionalleitungen und Delegierten aus den Großbetrieben fortgesetzt. Die Sitzung dauerte bis in die Nachtstunden an. Auf der Sitzung wurde beschlossen, die Streikbereitschaft für ganz Polen, mit Ausnahme von BYDGOSZSZ, aufzuheben. Aus den bisher vorliegenden Angaben zur Sitzung wird sichtbar, daß "Solidarnosc" nicht von der Erfüllung der erhobenen politischen Forderungen abgeht. Die Entscheidung, die Generalstreikdrohung zunächst nicht mehr als Hauptdruckmittel gegenüber der Regierung zu gebrauchen¹⁾, soll vor allem von der zunehmenden Beunruhigung unter der Bevölkerung, der raschen Verschlechterung der Wirtschaftslage sowie den Appellen der Kirche bestimmt worden sein.

Nach wie vor hält "Solidarnosc" an folgenden Forderungen fest:

- Zulassung einer unabhängigen selbständigen Gewerkschaft der Einzelbauern;
- Freilassung aller politischen Gefangenen;
- Abschaffung der Zensur;
- uneingeschränkter Zugang zu den Massenmedien;
- rechtliche Absicherung von Streiks;
- endgültige Klärung der Vorfälle von BYDGOSZSZ.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, die innerhalb von sieben Tagen die Konzeptionen für die weiteren Verhandlungen mit der Regierung ausarbeiten sollen.

1) Westliche Nachrichtenagenturen verbreiten in diesem Zusammenhang Meldungen, wonach zumindest bis zu den Osterfeiertagen kein Generalstreik durchgeführt werden soll.

Vertrauliche Verschlusssache!

~~A 484 925~~ 14. Ausf. Blatt 3
A 484 925

Im Zusammenhang mit den von der Regierung der VR Polen bis zum 05.04.1981 zugesagten Verhandlungen mit den Bauern, die sich am Okkupationsstreik im Gebäude des Regionalsitzes der Bauernpartei in BYDGOSZSZ beteiligt haben, forderte der Vorsitzende des Gesamtpolnischen Streikkomitees der Einzelbauern, Roman Bartoszcze, die gesetzliche Festlegung der Rechte der Bauern zur Gewährleistung der Kontrolle und Anleitung der Agrarzirkel. Im Wojewodschaftsnationalrat von BYDGOSZSZ wurden bereits Fragen der Rechtslage und der Zulassung eines neuen Wojewodschaftsverbandes der Agrarzirkel erörtert. Die Forderung nach Bildung dieses neuen Verbandes könnte der Versuch sein, die bisherige Haltung der Regierung zur Zulassung einer unabhängigen selbständigen Gewerkschaft der Einzelbauern zu unterlaufen.

Insgesamt ist einzuschätzen, daß sich mit der Entscheidung der "Solidarnosc"-Führung, den Generalstreik zunächst abzusetzen, die Lage in der VR Polen nur oberflächlich entspannt hat. Angesichts der unveränderten politischen Forderungen von "Solidarnosc" sowie der anhaltenden Unzufriedenheit bei Teilen der zentralen Führung und der Regionalleitungen von "Solidarnosc" mit der Kompromißvereinbarung vom 30.03.1981 ist eine erneute Zuspitzung der Lage in Abhängigkeit von der Erreichung neuer Zugeständnisse seitens der polnischen Partei- und Staatsführung nicht auszuschließen.

Das Präsidium des Sejm hat für den 06.04.1981 eine Sejm-Tagung einberufen. Auf der Tagesordnung steht eine Information des Vorsitzenden des Ministerrates über die Lage im Lande.

Angaben zum 12. Parteitag der Demokratischen Partei der VR
Polen

Der 12. Parteitag der Demokratischen Partei¹⁾, an dem 500 Delegierte teilnahmen, fand vom 14. - 18.03.1981 in WARSCHAU statt. Die Vorbereitung und der Verlauf des Parteitages auch dieser Partei beweisen, daß gegenwärtig rechte, anarchistische und andere antisozialistische Kräfte die Möglichkeit haben, in der VR Polen bestehende politische Parteien und Organisationen zu nutzen, um eine weitere Deformierung der sozialistischen Ordnung zu erreichen.

Bereits in der Vorbereitung des Parteitages führten die rechten Kräfte innerhalb der Demokratischen Partei scharfe Angriffe gegen die bisherige Politik der Partei und waren bestrebt, ihre Vertreter in die Leitungen aller Ebenen zu wählen. Der Parteiführung war es nicht gelungen, in der Parteitagsvorbereitung die Fronten zu klären.

Während des Parteitages wurden die Auseinandersetzungen, die häufig von "Solidarnosc"-Positionen gekennzeichnet waren, fortgesetzt, was zu einer Verlängerung des Parteitages um drei Tage führte (geplanter Zeitraum 14.03. - 15.03.1981).

Verbal erkennt die Demokratische Partei weiterhin die führende Rolle der PVAP an, jedoch nur im Sinne einer ideologischen Führung und eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen den drei politischen Parteien. Gleichzeitig hob der Parteitag hervor, daß die Intelligenz entsprechend der polnischen Tradition eine größere Bedeutung bei der Gestaltung der Gesellschaft haben müsse.

Auch nach dem Parteitag halten die Auseinandersetzungen in der Demokratischen Partei an, da es den rechten Kräften bisher noch nicht gelungen ist, die Führung der Partei voll zu über-

1) Die Partei umfaßt 115 000 Mitglieder und setzt sich vorwiegend aus Angehörigen der Intelligenz (ca. 60 Prozent) sowie aus Handwerkern und Geschäftsleuten zusammen.

Vertrauliche Verschlussache!

~~ZA A 484 925-14~~ Ausf. Blatt 5
A 484 925

nehmen. Das zeigt sich u.a. auch in der Wahl von Professor Kowalczyk zum Vorsitzenden des ZK der Partei. Er ist eines der drei Mitglieder der alten Parteiführung, die wieder in das ZK gewählt wurden.

170

Vertrauliche Verschlusssache 0142

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

O. U., den 03.04.1981
Vertrauliche Verschlusssache!
VVS-Nr.: A 484 926
14. Ausfertigung = 11 Blatt

Verwaltung Aufklärung

Information
zur
gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 03.04.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen Information eines engbegrenzten Kreises leitender Kader bestimmt. Es ist nach Auswertung in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Der Ministerrat tagte am 01.04.1981 unter Vorsitz von Armeegeneral Jaruzelski. Auf der Tagesordnung stand die Lage in der VR Polen und sich daraus ergebende Aufgaben. Die Sitzung diente gleichzeitig der Vorbereitung der für den 06.04.1981 vorgesehenen **Sejntagung** zum gleichen Thema.

Der Ministerrat akzeptierte die Unterzeichnung der Vereinbarung mit "Solidarnosc", schätzte die erreichten Übereinkünfte als positiv ein und beschloß, bei weiteren Verhandlungen mit "Solidarność" die gemeinsame Verantwortlichkeit von Regierung und Gewerkschaft für die Lösung ökonomischer Probleme stärker hervorzuheben.

Die zentrale Leitung von "Solidarność" beendete ihre zweitägige Beratung in GDANSK in der Nacht zum 02.04.1981. Bei den Auseinandersetzungen über die Verhandlungsergebnisse vom 30.03.1981 und die von Walesa eingeschlagene Verhandlungstaktik zeichneten sich zwei unterschiedliche Richtungen zur Durchsetzung der konterrevolutionären Forderungen ab. Die gegen Walesa stehende Gruppe **verlangte** die unmittelbare Fortsetzung der Streikandrohung im Landesmaßstab. In diesem Zusammenhang wurde über innere Arbeitsprinzipien von "Solidarność" beraten. Zur Realisierung der von Walesa vertretenen Linie der Weiterführung der Verhandlungen mit der Regierung wurde der Vorsitzende der "Solidarność"-Leitung des Gebietes MAZOWSZE¹⁾, Bujak, mit der Festlegung eines Verhandlungstermins beauftragt. In der zentralen Leitung fanden einige personelle Veränderungen statt. A. Celinski, bisher Sekretär der zentralen Leitung, wurde von seiner Funktion enthunden. Dem Rücktritt des Pressesprechers der zentralen Leitung, K. Modzelewski, wurde entsprochen. Das Rücktrittsgesuch des stellvertretenden Vorsitzenden der zentralen Leitung A. Gwiazda wurde abgelehnt. Als Pressesprecher wurde J. Onyszkiewicz (Pressesprecher der Leitung von MAZOWSZE) provisorisch eingesetzt. Das Abstimmungsergebnis, das mit großer Mehrheit den Kurs Walesas bestätigte und die vorgenommenen personellen Veränderungen, drücken

1) Von dieser Region gingen wiederholt starke konterrevolutionäre Aktionen aus.

Vertrauliche Verschlusssache!A 484 926 ~~14~~.Ausf. Blatt 3

eine Stärkung der Position Walesas aus. Weitere organisatorische Festlegungen der "Solidarność"-Führung lassen eine weitere Konsolidierung dieser Organisation erwarten.

Die nächste Sitzung des Präsidiums der zentralen Führung von "Solidarność" wurde für Freitag, den 03.04.1981, nach GDANSK einberufen.

Die gemeinsame Kommission der Regierung und des katholischen Episkopats führte am 01.04.1981 in WARSCHAU erneut eine Beratung durch. In dem gemeinsamen Kommuniqué, erklärten beide Seiten, daß der Dialog der einzige richtige Weg zur Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme sei.

Vertrauliche Verschlussache!

A 484 926 14 .Ausf. Blatt 4

Angaben im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen

Die Aktivitäten auf internationaler Ebene zur Erörterung der Lage in Polen wurden weitergeführt. Die Außenminister der nord-europäischen Länder berieten darüber am 31.03.1981 in STOCKHOLM. Sie forderten Polen auf, seine Probleme selbst zu lösen. Der dänische Außenminister erklärte die Bereitschaft seiner Regierung zur Aufnahme polnischer Flüchtlinge. Entsprechende Vorbereitungen seien auf BORNHOLM getroffen.

Zur gegenwärtigen Haltung der katholischen Kirche

Auf die Ernennung von Genossen Jaruzelski zum Vorsitzenden des Ministerrates und die Versuche der radikalen Kräfte in der "Solidarność" zur erneuten Verschärfung der Spannungen im Lande reagierte das Episkopat mit verstärkten Appellen zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung. Dabei wird indirekt der Aufruf von Gen. Jaruzelski zu "90 ruhigen Tagen" unterstützt und vor der Gefahr einer militärischen Hilfeleistung der sozialistischen Bruderstaaten gewarnt.

Die öffentlichen Appelle gehen dabei einher mit einer intensiven operativen Tätigkeit des Episkopats zur Beseitigung von solchen Konfliktherden, die größere Streiks oder Streikandrohungen auslösen. Am offensichtlichsten war dabei die Vermittlerrolle des Klerus in BIELSKO-BIALA wo Vertreter des Episkopats offiziell die Vereinbarungen zwischen Regierung und "Solidarność" mit unterzeichneten. Auch bei den Untersuchungen in BYDGOSZCZ war der zuständige Bischof anwesend.

Die Auseinandersetzung mit KOR um den dominierenden Einfluß innerhalb der Führung von "Solidarność" wird mit den unterschiedlichsten Mitteln geführt. So wurden alle Gläubigen in der "Solidarność" dazu aufgerufen, nicht dem politischen Einfluß von KOR zu unterliegen.

Außerdem wurde von den führenden Kräften des Episkopats um Wyszyński Maßnahmen zur strengeren Disziplinierung des unteren Klerus getroffen. Dies wurde erforderlich, da sich - insbesondere in den von rechtsradikalen Bischöfen geleiteten Diözesen - die Versuche mehrten, auf regionaler Ebene die Linie Wyszyński zu unterlaufen und eine direkte Zusammenarbeit mit dem KOR sowie anderen abenteuerlich-rechtsradikalen, konterrevolutionären Gruppen zu entwickeln. Zu diesen Fragen verabschiedete die 178. Plenartagung des Episkopats am 11.03.1981 einen internen "Bischofsbrief an alle Geistlichen" (siehe Seite 10).

Ein weiteres Mittel in der Auseinandersetzung mit dem KOR ist die in jüngster Zeit verstärkt angewandte Entfachung antisemitischer Emotionen, die vorrangig auf die Diskreditierung führender KOR-Funktionäre wie Kuron und Michnik abzielt.

Zugleich wird dabei - auch unter Ausnutzung der gesellschaftlichen katholischen Organisationen - der Kontakt zu bestimmte Personen in Partei und Staat gesucht, die in der Auseinandersetzung mit KOR Fragen des "Kampfes gegen den Zionismus" in den Vordergrund rücken. Über eine Erweiterung der gemeinsamen Plattform des Zusammenwirkens von Staat und Kirche um neue, nationalistische Elemente sollen weitere Möglichkeiten zum Ausbau des gesamtgesellschaftlichen Einflusses der katholischen Kirche erschlossen werden.

Die Unterstützung des katholischen Klerus für die "Gewerkschaft der Privatbauern" hat sich, insbesondere nach dem "Poznaner Vereinigungskongreß" weiter verstärkt. Die zu dieser Frage vom Episkopat getroffenen Aussagen sind bedeutend weitgehender und kompromißloser als die öffentlichen Stellungnahmen der einzelnen gesellschaftlichen katholischen Organisationen, die zu großen Teilen den Ausbau der dörflichen Selbstverwaltung als Gegenstück zu "Solidarność-Land" unterstützen. Die für das polnische Episkopat ungewöhnlich kompromiß- und rückhaltlose Stellungnahme zu einer ausschließlich politischen Frage ergibt sich aus den großen Hoffnungen, die der polnische Klerus in die "Gewerkschaft der Einzelbauern" bezüglich der Erweiterung seines gesamtgesellschaftlichen Einflusses setzt. Er geht davon aus, daß sein dominierender Einfluß unter der Landbevölkerung die Gewähr dafür bietet, dieser Gewerkschaft klerikale Züge zu verleihen. Diese "Bauern-Gewerkschaft" soll ihm dann als wichtiges Machtinstrument sowohl gegenüber der Partei- und Staatsführung, als auch den vom KOR beherrschten Teilen der "Solidarność" dienen.

Auf energischen Widerstand der katholischen Kirche treffen schon die Ansätze für ein energischeres Vorgehen der Staatsorgane gegen einige der extremsten Vertreter offener konterrevolutionärer Gruppierungen. In dieser Frage treten auch die Differenzen zwischen der Kirchenführung und den Extremisten in KOR und KPN¹⁾ zugunsten einer gemeinsamen Warnung vor staatlichen Repressivmaßnahmen in den Hintergrund.

1) KPN - Konföderation Unabhängiges Polen

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 926. ~~14~~. Ausf. Blatt 7

Während der jüngsten Verhandlungen über die Beziehungen Staat - Kirche im Rahmen der gemeinsamen Kommission Regierung - Episkopat stellte die kirchliche Seite ihre Forderung nach Beseitigung des weltlichen Charakters des Staates in den Mittelpunkt der Diskussion (siehe Seite 11).

Ausgehend von der These, daß die polnische Gesellschaft von der Weltanschauung her pluralistisch mit eindeutiger katholischer Dominanz sei, erklärte die kirchliche Seite, daß die PVAP "das Recht habe, ihre Anschauungen zu verkünden, aber ihr das Recht abzuspochen sei, sich dabei des Staatsapparates und der Schule zu bedienen, denn sie sind Eigentum, sind Geld der gesamten Gesellschaft. Der Staat darf nicht Werkzeug der atheistischen Weltanschauung oder einer Weltanschauung allgemein sein, er muß weltanschaulich pluralistisch sein."

Die gleichen Forderungen werden in Bezug auf die Massenmedien und die Jugendorganisationen mit Massencharakter erhoben.

Konkret wurde gefordert, alle politisch-ideologischen Formulierungen aus dem Statut des "Pfadfinderverbandes" zu entfernen.

Entsprechend der bisherigen Verhandlungspraxis trafen diese kirchlichen Maximalforderungen auf keine grundsätzliche Zurückweisung der staatlichen Seite. Sie bleiben Verhandlungsgegenstand für die nächsten Gesprächsrunden.

Auszüge aus dem Kommuniqué der 178. Plenartagung des polnischen Episkopats vom 11./12.03.1981

1. "Die Situation ist kompliziert und empfindlich. Sie erfordert von allen Landsleuten ungeachtet ihrer religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugung ein friedliches, besonnenes Handeln, um die Errungenschaften zu festigen, die in unserem Land seit dem August vergangenen Jahres geschaffen wurden.
Alle müssen das höchste Wohl unseres Vaterlandes im Auge haben, die Freiheit und die Souveränität...
Der edle Drang zur moralischen, beruflichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erneuerung, der alle gesellschaftlichen Gruppen umfaßt, erweckt die Hoffnung auf eine erfolgreiche und beständige Überwindung der bestehenden Krisen durch die Polen selbst mit eigenen Kräften."
2. "Die Gewerkschaften erfüllen jene allgemeinen Erwartungen, wenn sie ihre Tätigkeit - basierend auf den gesunden Grundlagen der gesellschaftlichen Wissenschaft - auf die gesellschaftlich-beruflichen Aufgaben konzentrieren. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Verteidigung der Rechte der Werktätigen sowie die Gewährleistung der ihnen zustehenden kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Werktätigen selbst müssen wachsam sein, damit keiner ihre berechtigten Anstrengungen zur Erneuerung des Lebens in unserem Land für enge Privat- oder Gruppeninteressen, welche den Interessen des Volkes fremd sind, ausnutzt."
3. "Die Bauern haben wie die Werktätigen in anderen Bereichen der Volkswirtschaft das Recht sich in Gewerkschaften zu vereinigen, die ihren Interessen dienen und gleichzeitig zur richtigen Entwicklung der Wirtschaft des gesamten Landes beitragen werden. Eine große Hoffnung verbindet sich mit den entstehenden unabhängigen, sich selbst verwaltenden Gewerkschaften der Einzelbauern. Das Recht auf solche Gewerkschaften ist in der katholischen Gesellschaftslehre verankert. Die Kirche wird die Anstrengungen des polnischen

Bauern in seinem patriotischen und gesellschaftlichen Dienst am Volke unterstützen."

4. "Unser Land kann weder ein Land der Unordnung, noch ein Land politischer Gefangener sein. Polen kann nicht seinen historisch verdienten guten Namen als ein Land der Toleranz religiöser und politischer Überzeugungen verlieren. Wir müssen uns alle bemühen um die Rechtsstaatlichkeit in allen Bereichen..."

Vertrauliche Verschlussache!

A 484 926 14. Ausf. Platt 10

Auszüge aus dem "Bischofsbrief an alle Geistlichen" (verabschiedet auf der 178. Plenartagung des Episkopats)

"Um die Ordnung in der priesterlichen Arbeit zu erhalten, ist es wichtig, dem Episkopat Polens das Recht vorzubehalten, Deklarationen zu verabschieden und Forderungen öffentlicher Natur zu stellen. ... Deshalb erwartet das Episkopat, daß die Geistlichkeit mit Vertrauen dem Haupttrat des Episkopats und der Konferenz des Episkopats Polens das Recht auf öffentliche Deklarationen überläßt. Das ermöglicht es, die Einhaltung einer einheitlichen Linie des Auftretens zu gewährleisten ...

Weil in diesen heißen Zeiten viele Initiativen der Erneuerung entstehen, von denen einigen nur eine kurze Lebensdauer beschieden ist, dürfen die Priester und Seelenhirten ... ihre Priesterarbeit nicht mit politischen Auftritten verbinden. Die Kirche Polens hat sich in ihrer Geschichte nie in die Abhängigkeit von entstehenden politischen oder pseudopolitischen Gruppierungen begeben und sich nie in deren Dienst gestellt. Deshalb dürfen die Priester, die berufen sind, dem ganzen Volke Gottes zu dienen, keine Angehörigkeit zu irgend einer - sei es auch die edelste - Initiative der politischen Erneuerung erklären ...

Die Priester werden keine Deklarationen politischen oder öffentlichen Charakters unterzeichnen sowie Proteste dieser Art erheben. Dafür werden sie ihre Bischöfe informieren, wenn sie Verletzungen der moralischen und Bürgerrechte ihrer Gläubigen bemerken."

Schwerpunkte des Forderungskataloges der katholischen Kirche an den Staat

Das Postulat nach weltanschaulichem Pluralismus des Staates wurde mit folgendem Forderungskatalog verbunden:

- Beseitigung weltanschaulicher Kriterien in der Kaderpolitik, einschließlich der Besetzung leitender und erzieherischer Funktionen;
- Zugang religiöser Konzeptionen zu staatlichen Einrichtungen der Kultur, Wissenschaft und der Massenmedien;
- grundlegende Veränderungen der Behandlung des Baus sakraler Objekte in der Stadt und auf dem Lande, insbesondere bei der Projektierung und Errichtung von Neubaugebieten;
- Revision der gegenwärtigen Unterrichts- und Erziehungsprogramme in der Volksbildung sowie der Statuten der Kinder- und Jugendorganisationen;
- Gewährleistung einer ungehinderten Katechisierung der Jugend durch Beseitigung von Pflichtveranstaltungen sowie Jugendprogrammen in Rundfunk und Fernsehen während der Zeit von Gottesdiensten. Gewährleistung, daß Jugendlichen in ausreichendem Maße Räumlichkeiten und religiöse Schriften zur Verfügung gestellt werden können sowie Erlaubnis zur Herausgabe einer religiösen Zeitschrift sowie der Ausstrahlung religiöser Radio- und Fernsehprogramme für Kinder und Jugendliche.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

O. U., den 04. 04. 1981
Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 927

14. Ausfertigung = 10 Bl.

Information

zur

gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 04.04.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen Information eines engbegrenzten Kreises leitender Kader bestimmt. Es darf nicht daraus zitiert oder sich in anderer Weise darauf berufen werden.

Geheime Verschlusssache!

A 484 927 14 Ausf. Bl. 2

Nach Durchführung der 9. Tagung des ZK der PVAP (29. bis 30.03. 1981), dem Abschluß der Kompromißvereinbarung zwischen der Regierung und "Solidarnosc" (30.03.1981), der Tagung des Ministerrates der VR Polen (01.04.1981) sowie der Durchführung der Sitzung der "Solidarnosc"-Führung (01. bis 02.04.1981) wird auf der Grundlage von Angaben des Militärattachés der NVA in WARSCHAU folgende Einschätzung zur Lage in der VR Polen gegeben:

Die Situation in der Führung der PVAP ist durch verschärfte Auseinandersetzungen zu Grundproblemen der Entwicklung der Partei und zur Lösung der innenpolitischen Fragen gekennzeichnet. Dabei verstärken sich Tendenzen zu Fraktionsbildungen im Politbüro und im Zentralkomitee in Abhängigkeit von den jeweiligen konkreten Fragen. Die Handlungsfähigkeit der Parteiführung ist durch fehlendes Vertrauen bei der Masse der Mitglieder der PVAP und bei der Bevölkerung weiterhin stark eingeschränkt.

Der Einfluß der auf marxistisch-leninistischen Positionen stehenden und auf Entscheidungen drängenden Kräfte (Genosse Grabski, Genosse Olszowski, Genosse Zabinski u.a.) ist durch die massierten Forderungen von "Solidarnosc" zu ihrer Beseitigung aus der Parteiführung, durch scharfe Angriffe seitens anderer ZK-Mitglieder sowie durch auch nach dem 9. Plenum gegen sie gerichtete Kritiken zahlreicher Parteiorganisationen weiter zurückgegangen. Dennoch arbeiten sie weiter in Richtung der Festigung der Einheit und Reinheit der Partei, ihrer ideologischen Stählung und für den entschlossenen Kampf gegen die Konterrevolution.

Bei diesen Auseinandersetzungen wird den Genossen Kania und Armeegeneral Jaruzelski eine mehr vermittelnde Rolle zugesprochen, während das Mitglied des Politbüros Fiszbach eine ausgesprochen revisionistische Linie vertritt und dabei u.a. von Bratkowski (Vorsitzender des Journalistenverbandes) und von Werblan (Mitglied des ZK) unterstützt wird.

Dem Genossen Armeegeneral Jaruzelski werden, obwohl das verkündete Regierungsprogramm bisher nicht erfüllt wurde, weiterhin große Erwartungen von der Bevölkerung, den Parteimitgliedern und den bewaffneten Kräften entgegengebracht.

Geheime Verschlusssache!

A 484 927 14. Ausf. Bl. 3

Abgesehen von seiner persönlichen Position, die bezüglich der Lösung der innenpolitischen Krise seit Jahren prinzipiell auf der Linie der Verhandlungen liegt, wird sein Handeln als Ministerpräsident durch die Diskrepanzen in der Parteiführung eingeengt. Es gibt Angaben, wonach ein Diskussionsbeitrag vom Genossen Jaruzelski auf dem 9. Plenum durch die Haltung der revisionistischen Kräfte nicht zustande kam. Ebenso wurden Meetings in Großbetrieben und eine Fernsehansprache Armeegeneral Jaruzelskis abgesetzt.

In Vorbereitung des Parteitages soll noch bis zum 10. April ein Plenum des ZK über Kaderfragen stattfinden.

Die Lage in den Parteiorganisationen der PVAP ist gegenwärtig gekennzeichnet durch große Unterschiede in den politischen Positionen der Wojewodschafts-Parteiorganisationen und der Grundorganisationen. Auch innerhalb der Parteiorganisationen sind einmütige Auffassungen selten.

In ca. 15 Wojewodschaften sind Tendenzen der Stabilisierung der Partei im Sinne des 9. Plenums erkennbar. In ca. 20 Wojewodschaften, darunter in allen wichtigen Industriezentren, sind die Grundorganisationen nicht arbeitsfähig. In diesen Gebieten ist "Solidarnosc" die bestimmende Kraft.

Die ideologische Verwirrung und Konzeptionslosigkeit der Parteiführung lähmt die Wiederherstellung der Kampfkraft der Grundorganisationen und die Mobilisierung der Parteimitglieder zum Kampf gegen die Konterrevolution und die Lösung der dringenden wirtschaftlichen Aufgaben.

Die Lage in der Polnischen Armee wird nach wie vor durch die noch nicht vor eine Bewährungsprobe gestellte Bereitschaft des Offizierskorps, die Beschlüsse und Befehle der Partei- und Staatsführung auszuführen, bestimmt.

Die überwiegende Mehrheit der Generale und Offiziere vertritt diese Positionen aus ideologischer Überzeugung, ein geringerer Teil mehr aus Gründen der militärischen Disziplin. Im jüngeren Offiziersbestand überwiegt die Bereitschaft zur Erfüllung der Befehle auf der Basis der militärischen Disziplin.

Geheime Verschlusssache!

A 484 927 14. Ausf. Bl. 4

Leitende Generale und Offiziere sind mit der bisherigen Entwicklung unzufrieden und von der zögernden Haltung der Parteiführung und der Regierung mehr und mehr enttäuscht. Sie drängen zu entschiedeneren Maßnahmen.

Bei Teilen des Offizierskorps ist jedoch zu beobachten, daß die Stimmung innerhalb kurzer Zeit zwischen übertriebenem Optimismus und Resignation schwankt.

Von der Mehrheit der Offiziere werden weitere innenpolitische Konflikte und Spannungen erwartet.

In der Polnischen Armee werden weitere ideologische und organisatorische Vorbereitungen für den Fall einer ernststen Konfrontation getroffen. Nach den vorliegenden Angaben tragen sie jedoch gegenwärtig mehr den Charakter von Sicherungsaufgaben zur Herstellung der Ruhe und Ordnung und weniger den Charakter der offensiven Zerschlagung der Konterrevolution.

Ein Einsatz der Polnischen Armee zur Lösung der inneren Probleme wird auch deshalb komplizierter, weil z.Z., mit Ausnahme von Spezialeinheiten (z.B. Luftstreitkräfte und Raketruppen), in den Einheiten und Truppenteilen bis zu 40 Prozent der Wehrpflichtigen Mitglieder von "Solidarnosc" sind. Es ist zu erwarten, daß nach den Einberufungen im April 1981 dieser Anteil weiter steigt. Dabei wird darauf geachtet, hohe Konzentrierungen von "Solidarnosc"-Angehörigen zu vermeiden.

Zur Auswertung des 9. Plenums werden nach einer Sitzung des Militärrates des MfNV erweiterte Sitzungen der Parteikomitees und Militärräte der Teilstreitkräfte und Militärbezirke stattfinden. Sie sollen auf die weitere Erhöhung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft orientieren und in Verbindung mit "Sojus 81" zur Vertiefung der Waffenbrüderschaft genutzt werden.

Schwerpunkte der Partearbeit in der Armee sollen sein:

- Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Partei,
- entschiedenerer Entlarvung der Gegner der sozialistischen Ordnung,

Geheime Verschlusssache!

A 484 927 74. Ausf. Bl. 5

- hohe Wachsamkeit aller Parteimitglieder in Uniform und klassenmäßige Einschätzung der Menschen nach ihren Taten,
- feste Integration der Wehrpflichtigen in die militärischen Kollektive und Vertiefung ihrer ideologischen Erziehung.

In der Miliz, auf die "Solidarnosc" gegenwärtig einen Hauptangriff führt (Anlage), treten Diskussionen, Verunsicherungen und Enttäuschungen wegen der Kompromißvereinbarung der Regierung mit "Solidarnosc" bezüglich der Ereignisse von BYDGOSZCZ auf.

In diesem Zusammenhang wird von Absichten der Regierung gesprochen, die bisher im M&I zusammengefaßten Bereiche - Miliz und Sicherheit - zu trennen.

Als Minister für Miliz soll Divisionsgeneral Oliwa, z.Z. Chef des Militärbezirkes WARSCHAU (vormals Chef Verwaltung Aufklärung des Generalstabes der Polnischen Armee) und als Minister für Sicherheit, Divisionsgeneral Kiszczak, z.Z. Chef der Abwehr der Polnischen Armee (bis dahin Chef der Verwaltung Aufklärung des Generalstabes der Polnischen Armee), vorgesehen sein.

Damit sollen u.a. die Führungs- und Arbeitsprinzipien der Polnischen Armee auf diese Bereiche übertragen werden.

Die Lage in der "Solidarnosc"-Führung ist weiterhin charakterisiert durch die Absicht, die Konterrevolution bis zur Beseitigung der sozialistischen Macht zu führen. Dabei findet gegenwärtig innerhalb der Führungskräfte eine weitere Differenzierung statt.

Die Masse der Führung gruppiert sich um Walesa und vertritt die Linie der schleichenden Konterrevolution. Ihre Konzeption wird ausgedrückt durch die Losung: "... nicht den Kampf gegen die Macht, sondern um die Macht führen ...". Dabei wird angestrebt, die Forderungen unter möglichst genauer Kalkulierung des Risikos und der Beachtung der jeweils vorhandenen innen- und außenpolitischen Situation schrittweise durchzusetzen. Diese Kräfte machen etwa zwei Drittel der "Solidarnosc"-Führung aus.

Geheime Verschlusssache!

A 484 927 14. Ausf. Bl. 6

Ca. ein Drittel der "Solidarnosc"-Führung sind Vertreter der radikalen Konterrevolution, die extreme und anarchistische Auffassungen haben und entsprechend zu handeln beabsichtigen.

Die Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppen widerspiegeln sich gegenwärtig auch im Kampf um den Führungsanspruch zwischen den Regionalleitungen GDANSK (Walesa-Anhänger) und MASOWZE (Bujak) sowie in der Rivalität zwischen den KOR-Beratern Kuron (für GDANSK) und Michnik (für MASOWZE).

Unter Ausnutzung der vorhandenen Differenzen in der Partei- und Staatsführung und der fehlenden Massenbasis der FVAP konzentrieren sie gegenwärtig ihre Anstrengungen darauf, den Partei- und Staatsapparat noch mehr von der Bevölkerung zu isolieren und die Handlungsfähigkeit der Miliz und Sicherheitsorgane, und in nächster Zeit wahrscheinlich auch der Polnischen Armee, weiter einzuschränken.

Die nächsten Handlungen von "Solidarnosc" sind nach Erreichen der Kompromißvereinbarung mit der Regierung vom 30.03.1981 darauf gerichtet, die Regierung durch das Stellen weiterer politischer Forderungen möglichst schnell zu neuen Zugeständnissen zu zwingen.

Gegenwärtig nehmen unter der Masse der Mitglieder von "Solidarnosc" (ca. 90 Prozent sind Arbeiter) Ermüdung und Unlust zu, an weiteren Streikaktionen teilzunehmen.

Dennoch gibt es eine hohe Bereitschaft der Mitglieder, den Anweisungen der "Solidarnosc"-Führung zu folgen. Ausdruck dafür war die hohe Beteiligung am Warnstreik vom 27.03.1981.

In Vorbereitung auf neue konterrevolutionäre Aktionen werden die Maßnahmen zum weiteren organisatorischen Ausbau von "Solidarnosc" und zur Festigung seiner Gliederungen fortgesetzt.

Die polnische katholische Kirche setzt ihre Taktik der schrittweisen Erosion der sozialistischen Macht in der VR Polen unter Vermeidung offener Gewaltkämpfe fort.

Da sich "Solidarnosc" zu einer Massenbewegung entwickelt hat und viele Gläubige Mitglieder dieser Organisation sind, kam

Geheime Verschlussache!

A 484 927 1/4. Ausf. Bl. 7

es zu einer mittelbaren Einbeziehung der niederen Geistlichkeit in die politischen, konterrevolutionären Kämpfe von "Solidarnosc". Dem Klerus drohte die Konfrontation Kirche - Staat und die Einschränkung seines Einflusses. Deshalb übernahm der Klerus auch die Rolle eines Vermittlers zwischen Staat und "Solidarnosc". Die Kirche ist bestrebt, diese Rolle fortzusetzen mit dem Ziel, ihre Autorität und ihr Ansehen zu erhöhen und ihren Einfluß auf "Solidarnosc" als Massenbewegung auszubauen. Besondere Bedeutung wird dabei der Schaffung einer "Solidarnosc-Land" beigemessen, weil die Kirche dadurch den entscheidenden Einfluß auf eine politische Organisation der Landbevölkerung ausüben könnte.

Zur Zeit lehnt die Kirche die Zusammenarbeit mit KOR und anderen extremen Kräften innerhalb von "Solidarnosc" ab. Dabei spielen religiöse Dogmen und auch antisemitische Auffassungen (führende Vertreter von KOR sind Juden) eine Rolle.

Angaben im Zusammenhang mit der Lage in der VR PolenUngarische Volksrepublik (UVR)

Auf dem ZK-Plenum der USAP vom 26.03.1981 wurde im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen eingeschätzt, daß in der UVR die antikommunistische Propaganda zugenommen hat und sich in jüngster Zeit die Aktivitäten jener Kräfte verstärkten, die versuchen, die Praktiken von "Solidarnosc" auf die UVR übertragen zu wollen.

Unter der studentischen Jugend und Teilen der Intelligenz nahm der Einfluß oppositioneller Kräfte zu, denen es bisher jedoch nicht gelang, eine einheitliche politische Plattform zu schaffen. Der Versuch, am 15.03.1981 - dem Jahrestag der ungarischen Revolution von 1848 - eine "Unabhängige ungarische Studentenorganisation" zu bilden, ist gescheitert. Die Einreise einer Delegation von 80 polnischen Studenten zu dieser geplanten Gründungsversammlung wurde verhindert.

Als besondere Gefahr schätzt die USAP den zunehmenden Einfluß der westlichen Ideologie an den höheren Bildungseinrichtungen ein. Deshalb wird die politisch-ideologische Arbeit in den Parteiorganisationen der Universitäten und Hochschulen sowie unter der studentischen Jugend verstärkt. Gleichzeitig erhöht die Partei- und Staatsführung der UVR ihre Anstrengungen, um dem Wirken konterrevolutionärer Kräfte aktiv entgegenzutreten.

Geheime Verschlusssache!A 484 927 ~~74~~.Ausf. Bl. 9Anlage

Appell der "Solidarnosc"-Leitung von KATOWICE an die Angehörigen der Miliz

Landsleute! Milizionäre!

Polen durchlebt die in seiner Geschichte tiefste gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Krise. Im August 1980 hat die Öffentlichkeit ein weiteres Mal gegen das sich in unserem Lande ausbreitende Übel protestiert und sich in unabhängigen, selbstverwaltenden Gewerkschaften organisiert, mit deren Hilfe sie den staatlichen Machtapparat kontrollieren wollen.

Unter gesellschaftlicher Kontrolle entwickelt sich eine allgemeine Bewegung zur gesellschaftlichen und nationalen Erneuerung. Dennoch gibt es im Machtapparat weiterhin konservative, antisozialistische Elemente, die auf jede mögliche Weise versuchen, es nicht zu einer Demokratisierung kommen zu lassen. Diese volksfeindlichen Kräfte terrorisieren die Gesellschaft und bedienen sich dabei des Apparates der öffentlichen Ordnung, der Milizangehörigen. Dabei lassen sie nicht nur Rechtsbrechungen zu, sondern auch banditenhafte Überfälle auf Gewerkschaftsfunktionäre, wie das in BYDGOSZCZ der Fall war.

In den Organen der Bürgermiliz arbeiten viele ehrliche Polen, die ihre Arbeit als gesellschaftlichen Dienst zum Wohle der öffentlichen Ordnung betrachten. Eure Zuverlässigkeit bei der Dienstleistung wird, gegen Euren Berufsethos, für ein politisches Spiel unter Anwendung von Gewalt ausgenutzt. Gesellschaftspolitik, die von der Position der Stärke geführt wird, widerspricht der Ethik und führt in die nationale Katastrophe.

Landsleute - Milizionäre, überlegt, wem ihr dient und wem ihr dienen wollt!

1. Seid kein leicht zu handhabendes Werkzeug der Gewalt in den Händen politischer Abenteurer, lehrt die Achtung vor Eurer Uniform und Eurer persönlichen Würde.

Geheime Verschlusssache!

A 484 927 IV. Ausf. Bl. 10

Anlage

2. Nehmt keinen Alkohol, Narkotika und andere Rauschmittel zu Euch, die Euch zur bedingungslosen Erfüllung jeglicher Befehle gefügig machen sollen.
3. Fordert von den Vorgesetzten die Erläuterung der Ziele und des Sinnes der Befehle und verweigert solche, die Euch der Gesellschaft entgegenstellen.
4. Enthüllt der Gesellschaft die wirklichen Täter der Wirtschaftsverbrechen und Verbrechen gegen das Volk (Juni 1956, Dezember 1970, Juni 1976).
5. Wenn Euer moralischer Protest gegen das Übel geringgeschätzt wird, wenn man Euch zu Handlungen gegen das Volk zwingt - tretet aus der Miliz aus oder vereinigt Euch in eigenen unabhängigen, selbständigen Gewerkschaften und kämpft für die Gesetzlichkeit in unserem Lande.
6. Helft der Gesellschaft bei der moralischen Erneuerung des Volkes, indem ihr eine wirkliche "Bürgerwehr" schafft, die für und nicht gegen die Gesellschaft dient.

Mögen die Polen nie wieder gegeneinandertreten, zum Schaden Polens.

Katowice, den 23.03.1981

0

cdV

000163

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

O.U., den 30.04.1981

Verwaltung Aufklärung

Zur persönlichen Information!

Information

zur

Lage in der VR Polen

(nach Angaben des Militärattachés der NVA
in WARSCHAU)

Stand: 30.04.1981, 04.00 Uhr

1. Angaben zum 10. Plenum des ZK der PVAP

Das Plenum begann am 29.04.1981, 09.00 Uhr.

Die Tagesordnung des 10. Plenums "Programmgrundsätze für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und Festigung der führenden Rolle der PVAP beim sozialistischen Aufbau und zur Stabilisierung der sozial-ökonomischen Situation, Änderungen und Ergänzungen zum Statut" war um den Punkt "Organisation und personelle Fragen" erweitert worden.

Das Plenum wurde nicht direkt im Fernsehen und Rundfunk übertragen.

Zum Inhalt des Referats des 1. Sekretärs des ZK der PVAP, Genossen Kania

Genosse Kania schlug vor, den Parteitag der PVAP für den Zeitraum vom 14. bis 18.07.1981 einzuberufen.

Er ging weder auf die "horizontale Parteiverständigung" noch auf ideologische Aufgaben der Partei ein. Genosse Kania bezeichnete zwar die Wirtschaftslage als katastrophal, zeigte aber erneut keine konkreten Schritte zur Überwindung der Krise, sondern rief nur allgemein zur Unterstützung der Regierung unter Armeegeneral Jaruzelski auf.

Er betonte, daß die Partei um mehr Einfluß in den Massenmedien kämpfen müsse.

Im internationalen Teil seiner Rede ging Genosse Kania breiter als bisher auf die Verantwortung Polens im internationalen Klassenkampf ein und dankte den sozialistischen Bruderländern, besonders der Sowjetunion, für ihre internationalistische Solidarität.

Er führte zwar Einmischungsversuche imperialistischer Staaten an, wurde jedoch nicht konkret.

Konterrevolutionäre Kräfte wurden vom Genossen Kania weder genannt, noch wurden konkrete Aufgaben zum Kampf gegen sie gestellt. Er drückte seinen Glauben aus, daß sie keinen massenhaften Einfluß in "Solidarnosc" gewinnen würden, da "Solidarnosc" eine echte Arbeiterorganisation sei.

Damit wurde die konterrevolutionäre Gefahr wiederum unterschätzt.

Genosse Kania betonte, daß zwar ein scharfer Klassenkampf in der VRP geführt werde, aber ohne Waffen. Deshalb verfolge die Partei weiterhin die Linie, die Konflikte mit politischen Mitteln zu lösen.

Mit dem Referat wurde versucht, sowohl den Forderungen rechter Kräfte in der Parteiführung und Parteibasis als auch der Bruderparteien Rechnung zu tragen.

Bei der Erarbeitung des Referates ging starker Druck von rechten Kräften aus. So sollten, wenn bestimmte Punkte nicht in ihrem Sinne behandelt werden, zum Beispiel der Parteitagstermin, eine Flut von Protesten an das ZK gerichtet werden.

Zum Inhalt der bisherigen Diskussion

Bei den bisher 30 Diskussionsrednern (51 Wortmeldungen liegen dem Plenum vor) überwogen die revisionistischen Kräfte. Sie übten scharfe Kritik an der Führung wegen mangelnder Verbindung zur Masse, es fehle das Vertrauen zur Parteiführung.

Gefordert wurde die Erweiterung des Politbüros und Zentralkomitees durch Vertreter der Parteiorganisationen aus den Großbetrieben sowie die Abberufung der Wojewodschaftssekretäre aus dem ZK, die diese Funktion nicht mehr ausüben.

Der Kampf gegen die "horizontale Parteiverständigung" wurde durch Teile der Parteiführung verurteilt, u.a. von den Genossen Rakowski, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, und Labeski, Parteisekretär der Lenin-Werft in GDANSK.

Genosse Werblan, Vizemarschall des Sejm, richtete Angriffe gegen jene Kräfte in der Parteiführung, die den Marxismus-Leninismus orthodox betrachten und so die Erneuerung erschweren würden.

Gegen die bestehenden Gefahren für die PVAP trat bisher nur der Genosse Olszowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär

des ZK, auf. Er wandte sich gegen die Umwandlung von "Solidarosc" in eine politische Organisation und forderte eine verstärkte Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern.

Der Diskussionsbeitrag vom 1. Stellvertreter des Chefs der PHV der PA und Vorsitzenden der PKK, Divisionsgeneral Koczara, war sehr zurückhaltend. Er betonte die Rolle der Ideologie für die Kraft der Partei, die PA gehe nicht vom Kurs der sozialistischen Erneuerung ab. Durch die Vervollkommnung der ideologisch-erzieherischen Arbeit in der Armee werde die Politik der Regierung unterstützt.

Weitere Angaben

Am 27.04.1981 hatte Genosse Kania alle Mitglieder des Politbüros und die 1. Sekretäre der Wojewodschaften über das Treffen mit dem Genossen Suslow informiert und innere Parteiprobleme erläutert. In Auseinandersetzung über den weiteren Weg forderten ca. ein Drittel der Wojewodschaftssekretäre ein konstruktives und aktives Handeln der Parteiführung und drohten mit der Niederlegung ihrer Funktion, wenn ihre Forderungen nicht realisiert werden.

Während des Plenums des ZK erschienen Vertreter der "horizontalen Parteiverständigung" aus BYDGOSZCZ, TORUN und GDANSK, um an der Tagung teilzunehmen, sie wurden jedoch auf Beschluß des Politbüros abgewiesen.

In Vorbereitung auf das 10. Plenum fanden in vielen Grundorganisationen der Partei Versammlungen statt, die vorwiegend durch revisionistische Forderungen geprägt waren. Progressive Forderungen sollen in Parteiorganisationen aus WARSCHAU und KATOWICE erhoben worden sein.

Am 25.04.1981 tagte in GDANSK das Vorbereitungs Komitee "horizontale Parteiverständigung" TORUN - GDANSK und erhob an das ZK Forderungen zu ihrer breiteren Anerkennung, nach Änderung des Status der Partei und nach öffentlicher Übertragung der ZK-Tagung.

2. Meinungen westlicher Militärattachés zur Lageentwicklung in der VR Polen

In den letzten Wochen vertraten die Militärattachés westlicher Staaten eine fast einheitliche Meinung über die derzeitige Lage und Entwicklungstendenzen in der VR Polen. Durch sie wurde in den verschiedensten Gesprächen zu unterschiedlichen Anlässen folgendes geäußert:

- Die VR Polen ist und bleibt Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die westlichen Staaten hätten, real gesehen, keine Mittel, um - ganz gleich was geschähe - das zu verändern. Auch militärische Aktionen wären ausgeschlossen. Im Moment bestände auch kein Interesse z.B. zur Aufnahme Polens in die EG bzw. für ein großes Hilfsprogramm, da die Ergebnisse und Entwicklungen nicht kalkulierbar seien. Einheitlich vertraten sie die Meinung, daß die Polen endlich selbst arbeiten müßten.
- Die VR Polen sei wirtschaftlich völlig ruiniert und am Rande. Die Regierung sei derzeit nicht in der Lage, wirkungsvolle Maßnahmen durchzuführen und einen realen Ausweg zu finden. Das würde dadurch verstärkt, daß Polen politisch sehr zerstritten sei. Beide Faktoren bedingen, daß sich Polen nicht mehr selbst aus der Krise erholen könne und die "Russen" eingreifen müßten. Es bestände nur noch die Frage, wann sie dieses Risiko eingehen, ein Einmarsch sei aber unvermeidbar.
- In einem sozialistischen Staat sei die Partei die tragende Kraft und das Rückgrat der Gesellschaft. Die PVAP befände sich im Zerfallsprozeß. Sie habe gegenwärtig kaum eine Chance, sich als kommunistische Partei zu halten. Im **günstigsten** Falle würde der Parteitag eine sozialdemokratische Reformpartei hervorbringen, die sich stabilisierend auf die Gesellschaft auswirken könne. Im **ungünstigsten** Falle zersplittere die Partei und das bürge unberechenbare Momente in sich.

- In Falle eines Einmarsches der "Russen" würden die Westmächte zur unmittelbaren Hilfe für Polen keine militärischen Aktionen unternehmen können. Es würde aber das bekannte von der NATO vorbereitete Stufenprogramm in Kraft treten. Mit dem Einmarsch anderer Armeen sozialistischer Staaten wird nicht oder kaum gerechnet. Hauptgründe wären eigene Probleme und für die DDR die Westgrenze.

Die Situation in Polen nach dem Einmarsch wäre katastrophal und ein großer Gefahrenherd für Europa und den Weltfrieden, denn:

- in Polen würden die gesamte Wirtschaft und der Verkehr durch einen Generalstreik für lange Zeit ruhen;
 - bewaffnete Aktionen gegen die "Russen" würden mit großer Wahrscheinlichkeit stattfinden. Dabei wäre es kaum möglich, die Polnische Armee zu isolieren. An der Seite der "Russen" würde kaum jemand kämpfen;
 - die Sowjetunion müßte sofort 35 Millionen Polen ernähren, denn Staatsreserven seien in der VR Polen kaum noch vorhanden und Lieferungen aus anderen Ländern würden unterbrochen werden;
 - nach dem Völkerrecht könnten die westlichen Staaten die Rückzahlung ihrer Kredite dann von der SU fordern;
 - die Kriegsgefahr würde in der ganzen Welt sprunghaft steigen, denn die Reaktion bestimmter Regierungen und Länder wäre unkalkulierbar.
- Armeegeneral Jaruzelski wird als ein kluger und weitsichtiger Mann bezeichnet, der die Zeichen der Zeit verstanden hätte. Es wird jedoch eingeschätzt, daß er mit der jetzigen Regierung die Krise nicht überwinden könne, daß er zu früh geopfert wurde, daß er zwischen mehreren Steinen (Kräften) zermahlen würde und daß er auch danach als Militär leider keine Rolle mehr spielen könnte.
 - Die Kirche wurde als stabilisierendes und mögliches rettendes Element Polens bezeichnet. Ihre Verbindungen zum Ausland

und damit die mögliche Unterstützung der Bewegung der Erneuerung seien sehr groß und wirkungsvoll.

Zu den genannten Problemen vertraten alle befragten Militärattachés der westlichen Staaten annähernd die gleiche Meinung, so daß es unerheblich ist, sie zu differenzieren.

Unterschiedliche Meinungen traten zu Fragen des weiteren taktischen Vorgehens der "vorwärtsdrängenden" (konterrevolutionären) Kräfte auf.

Während der Militärattaché der USA und in zunehmendem Maße auch der Großbritanniens sich für eine "schnelle Entscheidung" (Generalstreik zur Klärung der Grundfragen und der möglichen bewaffneten Konfrontation der Kräfte in Polen) aussprechen, vertreten alle anderen westlichen Militärattachés die Meinung, daß durch Ruhe und Besonnenheit den Polen die Chance gegeben werden müßte, die Fragen in Polen selbst zu klären. Dabei dürfte sich niemand von außen in die inneren Angelegenheiten einmischen, wirtschaftliche Unterstützung sei aber notwendig.

Die Militärattachés Frankreichs, Indiens, Jugoslawiens und Chinas hielten sich in ihren Meinungsäußerungen sehr zurück.

Betriebskomitee PVAP

Gdańsker Leninwerft

Beschluß Nr.: 4/81 des Plenums des BK der PVAP der
Leninwerft vom 30.03.1981

Das Plenum des BK der PVAP schätzte die Ergebnisse des 9. Plenums des ZK als den Erwartungen, Anträgen und Beschlüssen der Werftparteiorganisation nicht entsprechend ein. Die Beschlüsse des 9. Plenums über die Aufgaben der Partei in der aktuellen gesellschaftlich-politischen Lage im Lande und über das Vertrauensvotum für das Politbüro und das politische Sekretariat der PVAP spiegeln gleichfalls nicht die im Verlaufe der Diskussion auf diesem Plenum gestellten Anträge, und speziell die Stimmen der Vertreter der Betriebe, welche sich deutlich vom Inhalt des Beschlusses abheben, wieder.

Das Plenum des BK ist der Ansicht, daß auf die endgültige Form des Beschlusses die Stimmen einiger, hohe Funktionen in den Parteiinstanzen ausübender Genossen einen zu großen Einfluß hatten. Das betrifft vornehmlich die Gen. Olszowski und Grabski. Die PO der Leninwerft ist der Ansicht, daß die Tätigkeit dieser Genossen die Einheit unserer Partei beeinträchtigt und ihre Kraft schwächt, unabhängig davon, ob diese Tätigkeit aus der Trennung von der breiten Masse der Parteimitglieder resultiert oder aber im Namen persönlicher partikulärer Interessen geführt wird, trägt sie alle Anzeichen einer Fraktionstätigkeit in sich.

Im Empfinden der Parteimitglieder sonderte sich eine Gruppe im Politbüro ab, deren Konservatismus und absolute Unlust zu irgendwelchen Änderungen zur Zerschlagung der Partei führt.

Die PO der Werft ist der Ansicht, daß man sofort all jene Genossen, welche nach dem August das Vertrauensmandat verloren haben, in ihren Rechten als Mitglied zentraler Parteiinstanzen aussetzen soll.

Die Werftorganisation ist der Ansicht, daß die Tätigkeit des Politbüros dem ZK-Plenum untergeordnet werden sollte, und nicht umgekehrt, wie das bis jetzt der Fall war.

Das Plenum des BK der PVAP hält eine erneute Einberufung des ZK-Plenums in der ersten Aprilhälfte für erforderlich, um Änderungen in der Zusammensetzung der zentralen Parteiinstanzen vorzunehmen.

Die Parteiorganisation der Werft fordert die Einberufung des Parteitages vor Ende Juni. Nach zuvor geführten Wahlen in der ganzen Partei den Kongreß als außerordentlichen sowohl nach Inhalt als auch nach Zeit traktierend.

Der Parteitag sollte durch die zentrale Parteitagskommission vorbereitet werden, aus der es gilt, alle Mitglieder des zentralen Parteiapparates herauszunehmen, und an ihre Stelle Vertreter der Wojewodschaftsparteitagskommissionen und der größten Betriebe des Landes zu setzen. Es gilt, in das derzeitige Wahlreglement für Instanzen und Delegierte folgende Prinzipien einzufügen:

- aktives und passives Wahlrecht besitzen nur die Parteimitglieder, welche das Delegiertenmandat ihrer eigenen Grundorganisation haben;
- das Mandat behält seine Gültigkeit während der ganzen Kadenz, was zu einer völligen Demokratisierung des Parteilebens beiträgt und vor dem Eingehen inkompetenter Personen in die Parteiinstanzen schützt.

Das Plenum beschließt, für den 7. April eine Versammlung der gesamten Werftorganisation einzuberufen, um einen Standpunkt zu den für das gegenwärtige politische Leben des Landes entscheidendsten Fragen auszuarbeiten.

Auf diese Versammlungen gilt es, Vertreter der Parteiorganisationen der größten Betriebe, Institutionen und schöpferischen Verbände der Wojewodschaft Gdańsk, Vertreter der WKP sowie Mitglieder des PB und des Sekretariats des ZK, nach Möglichkeit unter Teilnahme der Genossen Kania und Olszowski, einzuladen. Die Parteiorganisation der Werft wendet sich an alle ihre Mitglieder mit dem Appell um Beibehaltung der politischen Einheit und um Unterstützung des ZK-Plenums bei dessen Anstrengungen für die Erneuerung des politischen Lebens in Polen.

Die PO der Werft drückt ihr Unterstützung für die Anstrengungen der Genossen Kania und Jaruzelski aus, welche die Beschleunigung des Erneuerungsprozesses unserer Partei anstreben. Wir sind gleichfalls der Ansicht, daß alle extremistischen Handlungen speziell vonseiten einiger Gruppen, die sich hinter der Solidarność verstecken, schädlich sind und lediglich rückwärts gewandten Kräften in unserem Land dienen.

Das Plenum des BK der PVAP appelliert an alle Parteimitglieder, Gewerkschaftsmitglieder, alle Bürger der VRP, um aktive Verurteilung einer Politik der Konfrontation, da diese unvermeidbar zur nationalen Katastrophe führt.

~~Vertrauliche Verschlusssache!~~~~A 484 928 . Ausf. Blatt~~Anlage 2 **Offen erklärt**f.d.R. *[Signature]*

Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
Zentralkomitee
Organisationsabteilung

Information Nr.: IV/70/31

Parteiintern!

Warschau, den 17. April 1981

Vorparteitagsforum der Parteiverständigung in Torun

Am 15. dieses Monats fand in Torun ein Vorparteitagsforum der Parteiverständigung statt, an dem Vertreter von 13 horizontalen Parteistrukturen aus Bydgoszcz, Białystok, Gdańsk, Katowice, Łódź, Olsztyn, Papiernice, Poznań, Świdnica, Szczecin, Włocławek, Wrocław und Torun teilnahmen. Organisator des Forums war die Konsultations- und Verständigungskommission in Torun unter Mitwirkung des Szczeciner Parteidiskussionsforums. Die Beratungen leiteten Zbigniew Kówka, Sekretär des Betriebskomitees von "Chemitex-Elana", und Zbigniew Zbroja, Mitglied des Plenums der Hochschulleitung des Polytechnikums Szczecin. An den Beratungen nahmen teil: der 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees der PVAP in Torun, Zygmunt Najdowski, das Mitglied des Zentralkomitees der PVAP, Andrzej Werblan und der stellvertretende Leiter der Organisationsabteilung beim ZK der PVAP, Ryszard Łukasiewicz. Am Forum nahmen auch Vertreter von 40 Betrieben aus Torun (ca. 300 Personen) teil. Auf Einladung der Organisatoren waren Vertreter des überbetrieblichen Gründungskomitees "Solidarność" aus Torun im Saal anwesend.

Die Beratungen wurden vom Sekretär des Hochschulkomitees der PVAP an der Universität "Mikolaj Kopernik" in Torun eröffnet. Lech Witkowski, der es als Ziel des Forums u.a. ansah, Garantien dafür zu finden, den politischen Entstellungen im Machtssystem Einhalt zu gebieten, die den gesellschaftlichen Erschütterungen und wirtschaftlichen Krisen zugrunde liegen, sowie auch die Parteimitglieder von unten her zu mobilisieren und neue Initiativen für eine offensive Teilnahme am Erneuerungsprozeß zu suchen.

~~Vertrauliche Verschlussache!~~~~A 404 928 . Ausf. Blatt~~Anlage 2

Offen erklärt

f. d. R. E

Der erste Teil des Forums, in dem 14 Personen das Wort ergriffen, war der Darlegung der horizontalen Strukturen in den einzelnen Kreisen gewidmet. Man charakterisierte die Entstehungsgeschichte dieser Strukturen, die Reichweite ihrer Einflußnahme, die Richtungen und Formen der Tätigkeit, die angenommenen Dokumente sowie die Vorhaben für die Zukunft. Im zweiten Teil der Beratungen fand eine Diskussion statt, an der 22 Personen teilnahmen.

Während der Beratungen des Forums wurden viele Meinungen, Vorschläge und Postulate geäußert. Es wurde festgestellt, daß eine Bewegung der "Wiedergeburt der Partei, einer gründlichen Reform und keine Erneuerung" notwendig ist und daß die Parteileitung nichts tut, wenn es nicht die Parteimitglieder "von unten her" erzwingen. Es wurde auch gesagt, daß es in der Partei keine unantastbaren Personen und keine "Heiligen" geben darf, daß die Parteispitze nicht das Monopol für die Initiative haben darf und daß aus dem Zentralkomitee die Personen ausgeschlossen werden müssen, die den Erneuerungsprozeß hemmen.

Man kritisierte den Parteiapparat und stellte fest, daß ein "allgemeines Mißtrauen" gegenüber dem Parteiapparat aller Ebenen besteht und daß er eine "entfremdete Machtelite" ist. Man behauptete, daß man eine Kommission zur Verifizierung des Parteiapparates einsetzen muß und daß ein offener Brief an den Parteiapparat notwendig ist, der seinen Rücktritt fordert.

Es wurden die Parteinstanzen kritisiert, indem ihnen u.a. mangelnde Aktivitäten sowie Bürokratismus vorgeworfen wurden.

In den Äußerungen der Diskussionsteilnehmer über die politische Atmosphäre in der Partei fielen folgende Feststellungen:

- "Die Partei muß ihr eigenes und nicht nur das Leben des Politbüros und des Zentralkomitees leben";
- "Es darf keine Tabu-Themen in den Parteidiskussionen geben";
- "Die Partei befaßt sich ungenügend mit den kleinen Parteiorganisationen";
- "Die Einheit der Partei wird man nicht mit organisatorischen Sanktionen erreichen";

f.a.P. &

- "Es ist ein Appell an die Mitglieder notwendig, nicht aus der Partei auszutreten";
- "Im Statut sind die Begriffe 'Fraktionstätigkeit' und 'Oppositionstätigkeit' in der Partei zu definieren";
- "Die Leitung schreckt mit antisozialistischen Kräften, man muß sie zusammen mit der Angabe von Namen nennen; diese Kräfte sind außerhalb und in der Partei" und
- "diejenigen, die unsere Wirtschaft ruiniert haben, das sind antisozialistische Kräfte."

In den Äußerungen über die Wahl der Organe schlug man vor, daß 10 - 15 % der alten Zusammensetzung in den neuwählenden Zentralorganen der Partei verbleiben müßten, um die Kontinuität der Organe zu wahren. Es wurde die Meinung geäußert, daß "der neue Kurs ohne die alten Steuerleute verwirklicht werden muß" und daß der Parteitag die Konsequenzen gegenüber den Mitgliedern des Politbüros ziehen sollte, denen es "um ein modernes Targowica geht" ¹⁾, und die "das Land in ein Kampuchea umgestalten wollen". In der gegenwärtigen Kampagne muß die "Wahlwalze" die Konservativen vernichten.

Die Teilnehmer am Forum äußerten die Meinung, daß man davon abgehen müsse, die horizontalen Strukturen der Fraktionsmacherei zu beschuldigen und daß die Harmonie von vertikalen und horizontalen Verbindungen die Zukunft der Partei bildet. Es wurde gefordert, auf dem 10. Plenum des ZK eine Delegation von Teilnehmern des Toruner Forums als Beobachter zuzulassen.

In den Äußerungen mit Abrechnungscharakter war die Forderung enthalten, eine außerordentlich Kommission unter Beteiligung von Arbeitern einzusetzen, um mit den Mitgliedern der ehemaligen Parteiführung, die für die Fehler und Deformationen verantwortlich sind, "abzurechnen und sie zu verurteilen".

Z. Iwanow trat mit der Konzeption auf, die Maßnahmen im Rahmen des Forums im Maßstab des gesamten Landes zu koordinieren und auf diese Weise Druck auf das 10. Plenum des ZK auszuüben. Er

1) Gemeint ist ein Bezug auf die Konföderation von Targowica, die sich gegen die fortschrittliche Verfassung vom 4. Mai richtete und zaristische Truppen ins Land rief. -

schlug vor, Parteidiensthabende und die Parteibereitschaft in allen Betrieben während des 10. Plenums einzuführen, aber auch, das ZK-Gebäude während des Plenums mit Posten zu versehen. Er forderte auch, die Parteibereitschaft während des IX. Parteitages der PVAP zu verkünden.

Der Vizemarschall des Sejm, Genosse Andrzej Werblan, ergriff in der Diskussion das Wort und stellte u.a. fest, daß gegenwärtig eine komplexe Reform der Demokratie notwendig ist, daß es bis dahin trotz der eingeführten Veränderungen noch weit ist und daß es keinen Zusammenhalt im System der Demokratie gibt. Der Redner erkannte an, daß die Zukunft der Partei in der Harmonie der vertikalen und horizontalen Strukturen liegt.

In der Diskussion stellte der stellvertretende Leiter der Organisationsabteilung des ZK der PVAP, Genosse Ryszard Łukasiewicz, unter Berufung auf die in den Programmatischen Grundsätzen zum IX. Parteitag enthaltene Einschätzung der Konsultations- und Verständigungskommission fest, daß die Initiative der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen den Grundorganisationen der Partei und den Betrieben, Hochschulen und Institutionen dem Erfahrungsaustausch dient und die Tätigkeit der Partei bereichert. Gleichzeitig hob er hervor, daß diese Tätigkeit nicht dazu führen darf, daß die Strukturen und die Geschlossenheit der Partei in Frage gestellt werden.

Er informierte anschließend, daß viele der in der Diskussion geäußerten Vorschläge und Anträge bezüglich der Demokratisierung der Beziehungen in der Partei bereits in das Projekt des neuen Statuts aufgenommen wurden. Er stellte fest, daß ein großer Teil der Hinweise und Vorschläge sowie Anträge, die in der Diskussion verkündet wurden, einen kontroversen Charakter haben, daß man sich mit vielen nicht einverstanden erklären kann.

Ähnlich sollte auch nicht in einer jeden Angelegenheit eine Bittschrift- und Resolutions-Bewegung entfaltet werden, weil, wie die Erfahrungen zeigen, selbst bei den besten Absichten diese Resolutionen zum Gegenstand von Manipulationen außerhalb der Partei entgegen den Absichten ihrer Initiatoren und Autoren werden können.

Der Standpunkt der Teilnehmer des Forums wurde in einem Dokument formuliert, das unter Abstimmung am Ende der Beratungen angenommen wurde. In diesem Standpunkt werden die horizontalen Strukturen als "eine von unten kommende spontane politische Bewegung der Massen der PVAP-Mitglieder, definiert, die dem Ziel dienen soll, Krisen vorzubeugen und "die Partei von unten her zu vereinen". Es wird gefordert, die horizontalen Strukturen im Statut der Partei zu berücksichtigen. Es werden Vorwürfe formuliert, daß die Parteitagskommission nicht repräsentativ ist und nicht die Anträge und Vorschläge der Parteiorganisationen und -instanzen berücksichtigt.

Es wurde die Forderung nach Teilnahme von 14 Vertretern des Forums als Beobachter am 10. Plenum des ZK bestätigt. Es wurden Veränderungen in der Zusammensetzung des ZK gefordert, darunter den "Ausschluß der ehemaligen 1. Sekretäre und anderer, die das Mandat verloren haben". In dem beschlossenen Standpunkt sind auch Postulate enthalten, in der Wahlordnung die Notwendigkeit zu akzeptieren, daß die Delegierten zum IX. Parteitag - beginnend bei den Grundorganisationen - kandidieren, daß die "Parteibereitschaft" während des 10. Plenums des ZK verkündet und sein Verlauf übertragen wird.

Es wurde beschlossen, fünf Problemgruppen der horizontalen Bewegung zu folgenden Fragen zu berufen:

- zur Koordinierung der Vorbereitungen auf das nächste Forum, das am 5. Mai unter Teilnahme von ca. 5.000 Personen in Gdańsk stattfinden soll;
- zur Abrechnung mit den für die Herbeiführung der Krise Verantwortlichen;
- zur Verifizierung der Wahlordnung;
- zur Redaktion von offenen Briefen und Appellen sowie zur Arbeitsweise der Massenmedien.

Einige der Teilnehmer des Forums verhielten sich mit Abneigung, ja sogar mit Aggressivität zu der Tatsache, daß es mit Wissen des ZK und des KW in Torun und unter Teilnahme von Vertretern der Parteiinstanzen organisiert wurde.

In einigen Stimmeldungen wurde versucht, zu verstehen zu geben, daß dies ein "Versuch" ist, die horizontale Bewegung über die Instanzen und den Apparat "zu beherrschen" und dann mit ihr "zu manipulieren".

Z. Iwanow appellierte wütend, daß die Teilnehmer nicht auf die Rede von R. Lukasiwicz hereinfließen sollen, wobei er in beleidigender Weise sagte, daß die Veränderung der Front durch das ZK den Willen darstellt, "sich an die von den Parteimassen durchgeführte Erneuerung anzuhängen". Auch W. Lamentowicz, der sich als "wandernder Ideologe der horizontalen Strukturen" bezeichnete, warnte vor "dem Risiko falscher Bündnisse".

Die Anwesenheit von Vertretern des ZK und des Wojewodschaftskomitees und ihre aktive Teilnahme wurde von der entschiedenen Mehrheit der Forumsteilnehmer wohlwollend aufgenommen.

Das Forum von Torun hatte eine große journalistische Bedienung. Im Beratungssaal waren 62 in- und ausländische Journalisten anwesend.

Während der Beratungspausen wurden einige Pressekonferenzen für die polnischen und ausländischen Journalisten organisiert.

Offener Brief an das 10. Plenum des ZK der PVAP und alle Mitglieder der Partei in Warschau

Der Brief ist unterzeichnet von den Teilnehmern eines Treffens in URSUS-Warschau am 23.04.1981. An diesem Tage hatten sich in URSUS 600 Parteimitglieder aus Warschauer Betrieben versammelt. Im Ergebnis der Diskussion kamen die Versammelten zu folgenden Feststellungen:

"Die Versammelten sind der Meinung, daß das 10. Plenum auf eindeutige Weise den Übergang der Partei von Deklarationen zu Taten und zur faktischen Führung des Prozesses der Erneuerung beginnen muß.

Wir fordern, daß das 10. Plenum des ZK folgende Maßnahmen durchführt:

1. Durchführung einer tiefgreifenden Analyse der gesellschaftspolitischen Situation in der Partei und im Land, klare eindeutige Einschätzungen.
2. Festlegung des genauen Datums des Beginns des IX. Außerordentlichen Parteitages der PVAP bei unbedingter Einhaltung des auf dem 9. Plenum angenommenen Termins (d.h. bis 20.7.81).
3. Sofortige Zugänglichmachung des Projekts der Programmgrundsätze des IX. Parteitages für alle Parteimitglieder und schnelle Verbreitung in den Grundorganisationen der Variantenvorschläge zu programmatisch-organisatorischen Fragen, die in Parteikreisen ausgearbeitet wurden."

Weitere Forderungen betreffen die Wahlordnung, die Tätigkeit der Zentralen und der Wojewodschaftsparteikontrollkommission, die Verstärkung des Politbüros durch Genossen aus Arbeiterkreisen, die Verpflichtung aller Mitglieder der Parteiführung zu engstem Kontakt mit ihren Grundorganisationen, die Teilnahme mit Beobachtercharakter von Genossen, die horizontale Strukturen repräsentieren, die Veröffentlichung aller Materialien des 10. Plenums.

Vertrauliche VerschlusssacheVertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 484 928

8. Ausfertigung = 2 Blatt

Information

zur

Lageentwicklung in der VR Polen

(07.08.1981)

Nationale Volksarmee
Hauptstab/Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 928 8.Ausf. Blatt 2

Vor der Sitzung des Militärrates (02.08.81) hat der Generalstab der Polnischen Armee durch operative Gruppen eine Überprüfung der Gefechtsbereitschaft in ausgewählten Truppenteilen aller Teilstreitkräfte und Militärbezirke durchgeführt. Sie erstreckte sich von der Überprüfung der Gefechtsdokumentation bis zur Alarmierung und Herstellung der Marschbereitschaft in den Objekten. Die Ergebnisse der Überprüfung wurden auf der Militärratssitzung gemeldet und die Gefechtsbereitschaft der Truppenteile mit gut eingeschätzt. Die Soldaten hätten eine hohe Einsatzbereitschaft gezeigt und die festgestellten Mängel an der Technik seien unerheblich gewesen.

Insgesamt sei es gelungen, durch harte Ausbildung und häufige Truppenübungsplatzaufenthalte die Soldaten von negativen Einflüssen abzuschirmen. Es sei ein guter politisch-moralischer Zustand festzustellen.

Auf der Militärratssitzung vom 02.08.81 soll dem Genossen Armeegeneral Jaruzelski u.a. dringend empfohlen worden sein,

- die Rundfunk- und Fernsehstationen unter militärische Kontrolle zu nehmen und, wenn notwendig, zu besetzen;
- wichtige Gebäude der Partei- und Staatsführung durch die Polnische Armee bewachen zu lassen und
- in die staatlichen Wojewodschaftsleitungen Offiziere als Stellvertreter einzusetzen.

Armeegeneral Jaruzelski habe die sofortige Durchführung dieser Maßnahmen mit der Begründung, sie seien verfrüht und könnten immer noch durchgeführt werden, abgelehnt. Er habe aber angewiesen, solche Maßnahmen stabsmäßig vorzubereiten.

Auf der Sitzung des Politbüros der PVAP am 01.08.81 soll die Verlegung der 1. Panzerdivision (Standort: ELBLAG) in einen Konzentrierungsraum in der Nähe von WARSCHAU beraten worden sein.

Die Sitzung des Militärrates vom 02.08.81 beschloß diese Verlegung. Gegenwärtig sind die stabsmäßigen Vorbereitungen dazu abgeschlossen.

Vertrauliche Verschlussache!

VVS-Nr.: A 484 929

2. Ausfertigung = 5 Blatt

Einschätzung

der Lage und Situation in der VR Polen
durch den Militärattaché der NVA in
WARSCHAU

(15.09.1981)

Die gesamtgesellschaftliche Situation in Polen hat einen Stand erreicht, der ^(uu)ausweichlich zu einer Entscheidung und Wende drängt.

Das Versagen der PVAP in den Auseinandersetzungen mit den konterrevolutionären Elementen und das praktische Aufgeben der führenden Rolle der Partei hat seinen Ursprung in der mangelhaften ideologischen Festigkeit aber auch in der unverantwortlichen, den Prinzipien des Marxismus-Leninismus widersprechenden Handlungsweise der Parteiführung.

Die mit dem Außerordentlichen IX. Parteitag der PVAP verbundenen Aktivitäten und geschürten Hoffnungen wurden von der Parteiführung bewußt oder unbewußt nicht genutzt und schlugen, besonders nach dem 3. Plenum, bei der Masse der Mitglieder in Passivität und Enttäuschung um.

Die PVAP ist unter der jetzigen Führung eine innerlich zerstrittene, handlungsunfähige, sich immer mehr vom Marxismus-Leninismus lösende Partei, die dem Klassenfeind kampflös Position für Position überläßt.

In Erkenntnis der sich aus dieser Lage ergebenden ernstesten Gefahren für den Sozialismus in Polen, arbeiten progressive Kräfte zur Zeit konspirativ an einer Veränderung innerhalb der Partei.

Vertrauliche Verschlussache!

A 484 929 2. Ausf. Blatt 2

Gestützt auf klassenbewußte Kräfte innerhalb des PB und ZK, auf 1. Sekretäre der Wojewodschaften und Parteiforen u.a. wird zur Zeit mit vielen Delegierten des Parteitages gesprochen (sie haben noch ihr Mandat). Ziel ist, nach massiertem Vorgehen im PB und ZK gegen die revisionistische und verräterische Linie einen neuen Parteitag einzuberufen, personelle Veränderungen in der Parteiführung (Ablösung Kania, Barcikowski u.a.) durchzusetzen und der Partei wieder ein marxistisch-leninistisches Profil zu geben.

Die Konzeptionslosigkeit der Partei findet ihren Niederschlag auch in der Regierung, deren Tätigkeit durch mangelnde Konstruktivität und Nachtrabpolitik gekennzeichnet ist. Das Vertrauen der Masse der Bevölkerung nach der Übernahme der Regierung durch Armeegeneral Jaruzelski hielt nicht lange an und schlug in Enttäuschung um.

Die Planlosigkeit im Bereich der Produktion und die Machtlosigkeit in der Administration führte in Polen zur rapiden Verschlechterung der Wirtschaftslage, Beschleunigung der inflationären Entwicklung, zum Steigen der Gesetzesverletzungen und rapiden Absinken des Lebensstandards. Dieser Trend konnte bisher nicht gestoppt werden, hält weiter an und drängt zu einer radikalen Lösung.

Die große Kompromißbereitschaft der Regierung findet ihren Niederschlag in der Wirtschaftsreform und Selbstverwaltung der Betriebe, die in der Endkonsequenz die sozialistische Planwirtschaft beseitigen.

Der Ministerpräsident, Armeegeneral Jaruzelski, spielt dabei eine nicht klare Rolle. Er hält sich aus Auseinandersetzungen heraus, nutzt nicht alle Möglichkeiten zur Verwirklichung der Staatsmacht, soll aber auf einer Sitzung des Militärrates seine Bereitschaft erklärt haben, wenn die Zeit dafür reif ist, entschieden zu handeln.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 929 2.Ausf. Blatt 3

Die wenigen von ihm zu Ministern berufenen Generale zeigen Aktivität und Initiative.

So wurden in den letzten Wochen durch Forderungen des Divisionsgenerals Hupalowski die Erfassungs- und Mobilisierungspläne in den Wojewodschaften überarbeitet und dem neuesten Stand angepaßt. Divisionsgeneral Kiszczak läßt zur Zeit die Listen der antisozialistischen und konterrevolutionären Führer überprüfen und ihre Überwachung sowie die Aufenthaltsermittlung verstärken.

Divisionsgeneral Piotrowski lehnte das Ergebnis des "Solidarnosc"-Referendums zur Absetzung eines Direktors als ungültig und gesetzwidrig ab.

Diese Beispiele lassen erkennen, daß auch in der Regierung progressive Kräfte vorhanden sind, die auf Weisung oder eigene Initiative Maßnahmen einleiten und sich auf unvermeidliche Auseinandersetzungen vorbereiten.

Die Polnische Armee (PA) hat sich besonders nach dem Außerordentlichen Parteitag in ihrer politischen Argumentation voll auf die zentristische Linie der Erneuerung festgelegt. Damit wird die PA ideologisch nicht für innere Auseinandersetzungen vorbereitet und die Feindarbeit unterstützt.

Das Verhalten der Partei- und Staatsführung und die Haltung Armeegeneral Jaruzelskis stieß mehrfach auf Unverständnis bei Generalen und Offizieren und führte auch im Militärtrat zu Auseinandersetzungen. Die mehrmalige Herstellung von Elementen der Gefechtsbereitschaft in kritischen Situationen und deren Aufhebung durch Kompromisse der Regierung führte zu verbreiteter Resignation bei Generalen und Offizieren.

Der wachsende Anteil der Mitglieder von "Solidarnosc" unter den Soldaten (auch die bisherige "Abschirmung" der Spezialeinheiten muß im Oktober aufgegeben werden) ruft bei einigen Offizieren ernsthafte Besorgnis hinsichtlich der Erfüllung von Aufgaben innerhalb der Gesellschaft hervor. Dennoch zeigte

der Personalbestand bestimmter Truppenteile und Einheiten im Zusammenhang mit der angestrebten Verhinderung des Sternmarsches eine gute Einsatzbereitschaft.

In den letzten Tagen wurde in der PA, mit der Begründung der Vorbereitung von Übungen, durch Kontrollgruppen die Einsatzbereitschaft der Gefechtstechnik kontrolliert und die Sicherheitsvorschriften der Lager, besonders Munitionslager, überprüft, und ihre Einhaltung streng durchgesetzt. In den Stäben sollen kleine operative Gruppen mit der Lösung besonderer Aufgaben betraut worden sein.

Die "Solidarnosc" hat sich auf dem 1. Landeskongreß als ausführendes Organ der konterrevolutionären Führung bestätigt und offen ihre Zielstellung, die Übernahme der Macht, proklamiert. Die sofort nach dem Kongreß begonnenen verschiedenen Aktivitäten zeugen von einer sowohl planmäßigen, als auch sporadischen Verwirklichung der bisherigen Beschlüsse und von der zielstrebigem Vorbereitung der Fortführung des Kongresses.

Die fast ungehinderte Entfaltung und Profilierung der Feindkräfte in Polen, die besonders im 1. Landeskongreß von "Solidarnosc" zum Ausdruck kam, zeigt deutlich das Unvermögen und die Unfähigkeit der derzeitigen Partei- und Staatsführung, dem gefährlichen Abwärtstrend der gesellschaftlichen Entwicklung entgegenzuwirken und Einhalt zu gebieten.

Gleichzeitig führt dieser Prozeß bei progressiven Kräften zu klaren Erkenntnissen, die sie zu Handlungen veranlassen.

Aus Informationen, Äußerungen und Bemerkungen von Partnern über die derzeitige Situation geht hervor:

- daß nur noch wenig Spielraum und Zeit vorhanden ist und die nächsten Tage und Wochen eine Wendung bringen müssen;
- daß die Probleme mit eigenen Kräften gelöst werden müssen, um andere Länder nicht zu belasten;

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 929 2. Ausf. Blatt 5

- daß progressive Kräfte innerhalb der Partei arbeiten, um eine neue konstruktive Politik einzuleiten;
- daß nur im Fall, daß eigene Kräfte nicht ausreichen, man um internationale Hilfe bitten muß, da diese Aktion nur einmal geführt und siegreich beendet werden muß.

Als mögliche Maßnahmen und Schritte werden angesehen:

- Verhaftung der konterrevolutionären Führer, bei weiterer Anerkennung von "Solidarnosc";
- Einführung von Elementen des Ausnahmezustandes und der Kriegswirtschaft;
- Rückführung der Partei auf marxistisch-leninistische Grundlage durch neuen Parteitag;
- Aufruf zu Ruhe, Ordnung und Mitarbeit (Einschaltung Kirche);
- bei größeren Unruhen, Ausrufung des Ausnahmezustandes;
- nach Einschätzung der Entwicklung des Kräfteverhältnisses Bitte um internationale Hilfe.

Als möglicher Zeitpunkt wird genannt:

- die Zeit vor der zweiten Etappe der Landeskonzferenz von "Solidarnosc", um diese zu verhindern. Besonders als Antwortreaktion auf den Pressestreik "6 Tage ohne Presse", Streik in Rundfunk und Fernsehen, Sternmarsch zur Befreiung politischer Gefangener, Blockade von Sejm-Beschlüssen;
- Einführung und Durchsetzung von Elementen der Kriegswirtschaft zur Verhinderung des endgültigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs oder Durchsetzung strengster Sparmaßnahmen für die Winterperiode (Oktober).

"Solidarnosc" wird aller Voraussicht nach zur Sicherung der Fortsetzung seines Kongresses eine ausgewogene Taktik an den Tag legen, um keinen Grund zum Eingreifen zu geben.

Vertrauliche Verschlusssache

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG
Verwaltung Aufklärung

Vertrauliche Verschlusssache!
VVS-Nr.: A 484 930
3. Ausfertigung = 2 Blatt

Information
zur Lage in der VR Polen

(16.09.1981)

Auf der Militärtratstagung der Polnischen Armee am 14.09.1981 haben sich fast alle Teilnehmer für baldmöglichste entschiedene Maßnahmen zur Sicherung der Machtfrage und des Schutzes des Sozialismus ausgesprochen. Die Forderungen gingen bis zur Auslösung des Ausnahmezustandes.

Armeegeneral Jaruzelski soll letzterem nicht zugestimmt haben.

Auf der Tagung wurden aber folgende Maßnahmen zur Vorbereitung des Ausnahmezustandes festgelegt:

- Überarbeitung der Einsatzdokumente und der Mob.-Planungen;
- Erhöhung der Sicherung von Waffen und Munition, einschließlich der entsprechenden Lager;
- Durchführung von Dienstversammlungen mit den Kommandeuren zur Erläuterung der Lage und Festlegung von Maßnahmen;
- Einberufung von Reservisten.

In den letzten Tagen wurden zur Realisierung dieser Festlegungen in den Bereichen des Ministeriums, in den Teilstreitkräften und den Wojewodschaftskommandanturen sowie Militärbezirken Beratungen durchgeführt und Kontrollen der Einsatzbereitschaft der Technik und Präzisierungen von Sicherheitsfragen vorgenommen. In den Wojewodschaftskommandanturen wurden Kontrollen der Einsatz- und Mob.-Pläne eingeleitet, mit deren Überarbeitung begonnen sowie die Einberufung von Reservisten für den 20.09.1981 vorbereitet. Unter diesen Reservisten befinden sich neben progressiven Kadern auch aktive Mitglieder von "Solidarnosc". Das System der Einberufungen und ihr Umfang sind zur Zeit nicht erkennbar.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 484 930 3.Ausf. Blatt 2

Auf der Militärerratstagung soll zu Fragen der Bewaffnung der konterrevolutionären Elemente eingeschätzt worden sein, daß diese nur mit alten Waffen aus dem 2. Weltkrieg, mit Jagdwaffen und mit gestohlenen Waffen der Polnischen Armee und Miliz ausgerüstet sind. Ein Abwurf von modernen Waffen durch Organe der NATO- bzw. anderen westlichen Staaten wurde ausgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Haltung Armeegeneral Jaruzelskis auf der Militärerratstagung und seinen prinzipiellen Auffassungen wird von verschiedenen Seiten geäußert, daß man zur Zeit zwar auf ihn nicht verzichten könne (Autoritätsfrage), aber entschiedene Maßnahmen nur ohne seinen direkten Befehl erfolgen könnten. Es wird bereits für einen Erfolg gehalten, wenn er sich nicht dagegen ausspricht. Das Auftreten des Chefs der PHV der Polnischen Armee, Divisionsgeneral Baryla (Vertreter der Linie Jaruzelskis), in letzter Zeit wird als unsicher charakterisiert, ebenso seine Argumentation.

Nach dem Treffen des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee und Seekriegsflotte, Armeegeneral Jepischew, mit dem Chef der PHV der Polnischen Armee am 03.09.1981 finden täglich telefonische Konsultationen zwischen beiden statt.

Die Sowjetarmee liefert zur Zeit an die Polnische Armee 7 000 Tonnen Papier zur Gewährleistung des Drucks der Partei- und Armee- presse im Falle eines Streikes.

744

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG
Verwaltung Aufklärung

Geheime Verschlusssache
GVS-Nr.: A 484 931
3. Ausfertigung = 6 Bl.

Information
zur Lage in der VR Polen

(17.09.1981)

Auf der Tagung des Politbüros der PVAP am 15.09.1981 berichtete der Innenminister, Divisionsgeneral Kiszcak, über die Lage. Anwesend waren außerdem der Generalstaatsanwalt, der Chef des Generalstabes der Polnischen Armee sowie die Chefs Aufklärung und Abwehr des Ministeriums des Innern und der Polnischen Armee. General Kiszcak legte ein Programm vor und erläuterte die darin enthaltenen vorbereiteten Maßnahmen.

Dazu gehören u.a.:

- Nichtzulassung der zweiten Etappe des "Solidarnosc"-Kongresses (geplant vom 26.09. bis 03.10.1981),
- Verhaftung aller extremistischen Kräfte,
- Schließung der Grenzen.

Diese vorbereiteten Maßnahmen sollen durch die Organe des MdI gemeinsam mit der Polnischen Armee durchgeführt werden, wobei die Polnische Armee Sicherungsfunktionen übernehmen soll.

Das Politbüro nahm den Bericht und die Vorschläge zur Kenntnis, dankte für die bisherige Arbeit, traf aber keine Entscheidung.

Das Politbüro gab eine Erklärung mit den bisher schärfsten Formulierungen gegen "Solidarnosc" ab.

Hauptinhalt dieser Erklärung ist:

- die Partei hält an der Linie der Verständigung und Zusammenarbeit mit "Solidarnosc" fest;
- das Politbüro verurteilt die politischen Aktionen von "Solidarnosc" und macht sie für die Eskalation der Lage verantwortlich;

Geheime Verschlusssache

A 484 931 3. Ausf. Bl. 2

- der "Solidarnosc"-Kongreß zeigt den Kurs der Konfrontation mit der Staatsmacht und der Partei, dieser Kurs ist konterrevolutionär;
- Aufruf an alle Arbeiter zur Unterstützung der Linie der Partei;
- Aufforderung an alle Mitglieder der Partei, "... die angesichts des neuen Kurses von 'Solidarnosc' keine Möglichkeit sehen, ihre Parteipflicht mit ihren Aktivitäten in den Reihen von 'Solidarnosc' in Übereinstimmung zu bringen, die Reihen von 'Solidarnosc' zu verlassen".

Die Funktionäre von "Solidarnosc" wissen, daß etwas vorbereitet wird. Sie wechseln ständig ihren Aufenthaltsort und schlafen nicht in ihren Wohnungen. In bestimmten Betrieben werden Maßnahmen vorbereitet, die den Schutz der "Solidarnosc"-Funktionäre gewährleisten sollen.

O. U., den 12. 11. 1981

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 932

4. Ausfertigung = 5 Bl.

Information
zur Lage in der VR Polen

Am 09.11.1981 fand eine Tagung des Militärrates der Polnischen Armee unter Leitung des Chefs des Generalstabes, Waffengeneral Siwicki, statt (von 09.00 bis 21.00 Uhr). Die Tagesordnung umfaßte die Auswertung des Ausbildungsjahres 1980/81, die Einschätzung der Erfüllung des Planes der politischen und Gefechtsausbildung, die Einschätzung des erreichten politisch-moralischen Zustandes und die Aufgabenstellung für das Ausbildungsjahr 1981/82.

Ab 21.00 Uhr war Armeegeneral Jaruzelski anwesend und gab bis 23.00 Uhr eine politische Lageeinschätzung.

Dabei äußerte er folgende Hauptgedanken:

- Die gesellschaftspolitische Lage in der VR Polen ist äußerst kompliziert und schwierig.
- Das Dreiertreffen war Bestandteil zur Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Außerordentlichen Parteitag und des 4. Plenums des Zentralkomitees der PVAP.
- Das Stimmungs- und Meinungsbild des polnischen Volkes widerspiegelt gegenwärtig folgende Lage:
ca. 50 Prozent der Bevölkerung ist für "Solidarnosc" und ca. 50 Prozent für die Linie der Verständigung von Partei und Regierung. Deshalb besteht die Notwendigkeit, noch mehr Bürger für die Politik von Partei und Regierung zu gewinnen und die Autorität der PVAP weiter zu stärken. Gleichzeitig würde sich dadurch der Prozeß der Differenzierung in "Solidarnosc" vertiefen und fortsetzen, was im geeigneten Moment die Möglichkeit bieten würde, gegen den extremen Flügel von "Solidarnosc"

Geheime Verschlusssache!

A 484 932 4.Ausf.Bl. 2

konsequent vorzugehen.

- Zur weiteren Stärkung der Autorität der PVAP ist die Unterstützung durch die Polnische Armee unumgänglich. Deshalb werden zur Zeit ca. 1 000 Partei-Politarbeiter aus der Politakademie, der Politischen Hauptverwaltung und aus Stäben der Teilstreitkräfte und der Militärbezirke für Agitationseinsätze in Großbetrieben ab 20.11.1981 vorbereitet. Der Einsatz der Armeeinghörigen zur politischen Agitation in den Betrieben erfolgt offiziell als Kontrolle des Erfüllungsstandes der Mob.-Bereitschaft, Zivilverteidigung und der jeweiligen Verteidigungsaufgaben.
- Die Konfrontation mit der Konterrevolution ist unumgänglich. "... obwohl uns allen die Hand juckt um zuzuschlagen..." sind Ruhe, Besonnenheit und Kaltblütigkeit notwendig, um den richtigen Moment abzuwarten.
- Der sozialistische Charakter der VR Polen ist unantastbar und die Polnische Armee muß jederzeit bereit sein.
- Sollte "Solidarnosc" Streikaktionen und die Linie der Konfrontation fortsetzen, wird das November-Plenum der PVAP die Situation analysieren und erforderliche Maßnahmen einleiten. Der Staatsrat wird bei Notwendigkeit Ende November/Anfang Dezember 1981 den Sejm um Erteilung von Sondervollmachten für die Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung ersuchen.
- Das polnische Volk muß wahrheitsgemäßer und eindringlicher über die Politik der PVAP einerseits und die konterrevolutionären Absichten von "Solidarnosc" andererseits informiert werden.
Die PVAP und die Regierung werden ihre Propagandaaktionen verstärken.
Das 4. Plenum des ZK der PVAP war progressiv und richtungweisend, und eine besonders positive Rolle spielte das Warschauer Stadtkomitee.
Diese Erscheinungen wirken im progressiven Sinne radikalisiert auf die PVAP.

Geheime Verschlusssache!

A 484 932 4. Ausf. Bl. 3

- Die katholische Kirche ist gegenwärtig in Polen nicht aus dem politischen Kräfteverhältnis auszuklammern. Das Zusammenspiel von Kirche und "Solidarnosc" ist dem Wesen nach reaktionär. Jedoch muß man den Einfluß der Kirche auf "Solidarnosc" zur Zügelung der extremistischen Kräfte nutzen, um eine Konfrontation zu vermeiden. Dieser Fakt mußte der Kirche klargemacht werden, da anderenfalls der Klerus die schwere Mitverantwortung auf sich laden würde.
- Die territorialen operativen Gruppen werden im Zeitraum vom 20. bis 25.11.1981 abgezogen, da sie ihre Aufgaben bezüglich der Hilfe und Anleitung der örtlichen Machtorgane und der Sondierung der territorialen Aktivitäten von "Solidarnosc" erfüllt haben und ein weiterer Verbleib die PVAP kompromittieren würde. Die erzielten Ergebnisse gestatten eine konkrete Aufgabenstellung an die örtlichen Staatsorgane und entsprechende Nachkontrollen auf möglicherweise höherer Ebene (Wojewodschaft) nach ca. zwei Monaten.

Meinungen zum Einsatz der Territorialen Operativgruppen
der Polnischen Armee (TOG)

1. In einem Gespräch mit dem Kommandanten der Miliz der Wojewodschaft Poznan äußerte dieser, daß man den Einsatz der TOGs als Vorstufe für eine Militärdiktatur einschätzen muß. Sie gehören organisatorisch zur Armee, unterstehen z.Z. aber dem Wojewoden. In der jetzigen Phase unterstützen sie die örtliche Staatsmacht bei der Kontrolle und Durchführung ihrer Aufgaben, besonders bei der Versorgung der Bevölkerung. Sie machen sich aber damit gleichzeitig mit der konkreten Gegebenheit bekannt und sammeln Erfahrungen, um bei Notwendigkeit die alleinige Macht zu übernehmen. Es seien in der Mehrzahl ausgesuchte, erfahrene, pflichtbewußte Reserveoffiziere, an deren Treue zur Partei nicht zu zweifeln sei. Der Milizkommandant vertritt die Auffassung, daß ein Zusammenstoß wahrscheinlich nicht mehr zu vermeiden sei. "Solidarnosc" bereite sich ebenfalls intensiv darauf vor. Besonderen Eifer entwickeln nach seiner Kenntnis die konterrevolutionären Kräfte im niederschlesischen Raum Legnica und Wrocław. Dort seien bereits Waffen beschlagnahmt worden. Auch stelle "Solidarnosc" Listen und Nomenklaturen von Funktionären der Partei, des Staates und des Sicherheitsdienstes auf, die im militärischen Konflikt liquidiert werden sollen. Sie kalkulieren das Überraschungsmoment ein. Der 1. Sekretär der Partei in Poznan besorgt nach seiner Ansicht die Sache von "Solidarnosc" und es gäbe mit ihm keine Zusammenarbeit.
2. Der Kommandant der Miliz in Wałbrzych schätzt die Beschlüsse des 4. und 5. Plenums des ZK sowie der Sejm-Tagung als letzten Versuch ein, mit Hilfe einer breiten gesellschaftlichen Plattform die Menschen wachzurütteln. "Solidarnosc" soll zunächst auf rein gewerkschaftliche Positionen zurückgedrängt werden. Wenn das auch nicht helfe, dann müsse der Sozialismus mit allen Mitteln verteidigt werden. Der Einsatz

der TOGs sei die Vorbereitung auf den möglichen Konfliktfall.

3. Ein Parteifunktionär aus der Wojewodschaftsleitung Wrocław

"Solidarnosc" beginnt, die Bedeutung der TOGs zu begreifen. In einer Erklärung ihres Vorstandes vom 26.10.1981 wird gegen den Einsatz dieser Gruppen protestiert und ihre Nichtanerkennung durch "Solidarnosc" postuliert.

Bei der Bevölkerung ist allgemein keine negative Einstellung zu den TOGs zu beobachten. Insbesondere ältere Bürger setzen weiterhin große Hoffnungen auf eine "harte Hand" Jaruzelskis. Jüngere sind skeptisch, da er bisher versagt habe. Auf breite Ablehnung stößt Gen. Jaruzelski an den Universitäten und Hochschulen. Am Polytechnikum wurde geäußert, "mit Jaruzelskis Militär kommt der rote Terror".

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

Geheime Verschlusssache

O. U., den 12.12.1981

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 933

13. Ausfertigung = 4 Bl.

AL 15 : i. V. f. 12.12.81

AL 14 : i. V. f. 14.12.81

Information

zur

gegenwärtigen Lage in der VR Polen

Stand: 12.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen Information eines engbegrenzten Kreises leitender Kader bestimmt. Es darf nicht daraus zitiert oder sich in anderer Weise darauf berufen werden.

Geheime Verschlusssache!

A 484 933 73.Ausf.Bl. 2

Die Lage in der VR Polen hat sich nach dem 6. Plenum des ZK der PVAP so verschärft und die Spannungen haben ein derartiges Niveau erreicht, daß mit der offenen Konfrontation zwischen der sozialistischen Staatsmacht und der Konterrevolution gerechnet werden muß.

Die klassenbewußten Kräfte der PVAP drängen die Parteiführung zum entschiedenen, alle Konsequenzen in Rechnung stellenden Vorgehen gegen die Konterrevolution. Sollte die Führung dieser Forderung nicht entsprechen, hätte das innerparteiliche Konsequenzen (u.a. Durchführung des 7. Plenums, Ablösung des Ersten Sekretärs, Ausschluß der "Viererbande Barcikowski, Kubiak, Labecki und Ciechowicz", Neugründung einer marxistisch-leninistischen Partei)¹⁾.

Auf der Politbürositzung vom 05.12.1981 hob der Minister des Innern, Genosse Kiszczak, hervor, daß bei einer Auslösung des Generalstreiks durch "Solidarnosc" sofort der Ausnahmezustand erklärt, der "Unabhängige Studentenbund" delegalisiert und die Sicherheitstrupps der "Solidarnosc" zerschlagen werden müssen. Die Polnische Armee und Miliz hätten jetzt noch die Kraft, eine Konfrontation zu gewinnen. In kurzer Zeit sei das nicht mehr möglich.

Auch führende Vertreter der Polnischen Armee unterstrichen wiederholt die Bereitschaft der polnischen Streitkräfte, den Sozialismus in der VR Polen zu verteidigen. Die Konfrontation dürfe nicht länger hinausgeschoben werden, da die Zeit für die Konterrevolution arbeitet und sich die Auswirkungen der Krise auf das militärische Leben in der Polnischen Armee vergrößert. Mitglieder des Politbüros wiesen auf der Sitzung daraufhin, daß noch im Dezember 1981 die Möglichkeit besteht, die Ordnung im

1) Bereits am 15.12.1981 soll ein Landestreffen der marxistisch-leninistischen Klubs stattfinden, auf dem sich diese zu einer einheitlichen Organisation im Rahmen der Parteistrukturen der PVAP konstituieren wollen. Vorsitzender wird wahrscheinlich Genosse Grabski.

Geheime Verschlusssache!

A 484 933 13. Ausf. Bl. 3

Lande wiederherzustellen und eine Konfrontation zu gewinnen. Im Januar/Februar 1982 wäre das nicht mehr möglich, weil "Solidarnosc" unter Ausnutzung der Losungen "Freie Wahlen" und "Kampf gegen Preiserhöhungen" erneut die Massen gewinnen und den letzten Schritt zur Machtergreifung tun wird. Wenn die Führung die Konfrontation nicht so vorbereite, daß noch im Dezember 1981 die Initiative ergriffen wird, dann sei offensichtlich, daß die Führung die Niederlage des Sozialismus in Polen will. Noch vor einem Generalstreik von "Solidarnosc" müsse der Gegner durch Verhaftung aller Spitzenkräfte geschwächt werden. Dazu seien alle Vorbereitungen getroffen, es bedürfe nur der Entscheidung der Führung.

Genosse Jaruzelski erklärte zum Abschluß der Politbürositzung am 05.12.1981:

"Die Vorbereitungen unserer Aktionen gegen die Konterrevolution beginnen wir noch heute. Die Krise tritt in eine neue Phase. Die Partei ist schwach und die Konterrevolution greift offen an. Aber noch ist Zeit, alles zu retten. Wir setzen die Armee gegen solche ein, die die Partei aus den Betrieben vertreiben wollen. Unsere Politik der Verständigungsfront werden wir fortsetzen. Die Kirche geht von der Front ab und schließt sich "Solidarnosc" an. Trotzdem muß man die Kirche neutralisieren, wir können keinen Krieg gegen die Kirche führen. In allen zentralen Organen und den Wojewodschaftskomitees ist ab sofort Tag und Nacht der Dienst bewaffneter Einsatzgruppen zu organisieren. Noch heute Nacht (05.12.1981) beginnt die konkrete Ausarbeitung von Maßnahmen durch die Genossen Jaruzelski, Kiszczak, Siwicki, Milewski sowie einiger Spezialisten."

Im Ergebnis dieser Politbürositzung hat damit Genosse Jaruzelski mit der genannten Gruppe die Vollmacht erhalten, nach eigenen Entschlüssen alles zu realisieren, ohne nochmalige Information des Politbüros über die einzelnen Schritte.

Geheime Verschlusssache!

A 484 933 15.Ausf.Bl. 4

Damit wird der Notwendigkeit Rechnung getragen, den Kampf gegen die Konterrevolution unter Umgehung des Sejm zu führen.

Anzeichen dafür sind

- die generelle Bereitschaft des Genossen Jaruzelski, die Aktion zu führen;
- die Vorbereitung der Waffenausgabe an Partei- und Staatsfunktionäre sowie Offiziere der Polnischen Armee;
- der Aufbau von Einsatzgruppen der Kombattantenorganisation;
- groß angelegte Polizeiaktionen gegen kriminelle und asoziale Elemente;
- psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf die Auseinandersetzung mit der Konterrevolution durch gezielte Aktionen zur Entlarvung der Extremisten in Presse, Funk, Fernsehen und Flugblattaktionen.

Zeitpunkt, Umfang und Ausmaß der Aktion gegen die Konterrevolution sind noch nicht bekannt.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

O. U., den 14.12.1981

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 934

22. Ausfertigung = 12 Bl.

Information

zur

Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 14.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten
Kreises leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder
sich in anderer Weise darauf berufen
werden.

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 12.Ausf.Bl. 2

Die seit der Übernahme der Staatsgewalt durch den Militärerrat der Nationalen Rettung¹⁾ und mit der Auslösung des Ausnahmezustandes (entsprechend Artikel 33, Absatz 2 der polnischen Verfassung) ausgelösten Aktionen²⁾ zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung und Sicherheit verliefen bisher planmäßig, ruhig, ohne größere Zwischenfälle und erfolgreich. Der bisherige Ablauf der Handlungen, die für die Konterrevolution überraschend kamen, läßt auf ihre gute Organisation und gedeckte Vorbereitung schließen. Die eingesetzten Kräfte der Miliz, der Polnischen Armee, der Sondereinheiten und sonstigen Kräfte zeigten eine hohe Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit. Auf allen Stufen der staatlichen Administration sind Kriegskommissare als Verantwortliche eingesetzt worden. In WARSCHAU³⁾ haben die Polnische Armee und die anderen Sicherheitskräfte alle Brücken, Straßen- und andere Verkehrskreuzungen sowie wichtigen Objekte unter Kontrolle. Der innere Stadtkern WARSCHAU's mit dem Regierungsgebäude ist abgeriegelt. Die Hauptaktion zur Verhaftung der in GDANSK versammelten "Solidarnosc"-Führungskräfte wurde in der Nacht zum 13.12.1981 mit Erfolg abgeschlossen. Alle wurden verhaftet und in vorbereitete Internierungslager gebracht. Nur der Konterrevolutionär Bujak konnte flüchten. Walesa soll vor die Alternative gestellt worden sein, entweder ins Gefängnis zu gehen oder mit der Regierung Kontakte aufzunehmen. Er habe sich für letzteres entschlossen. Die Internierung von Teilen der ehemaligen PVAP-Führung (Gierek u.a.) muß als taktischer Schritt eingeschätzt werden. Von den insgesamt geplanten 4 318 Verhaftungen wurden, wie vom Militärattaché der NVA in WARSCHAU gemeldet,

-
- 1) Die Zusammensetzung des Militärrates der Nationalen Rettung ist in der Anlage 1 enthalten.
 - 2) Offiziell in der Rede von Armeegeneral Jaruzelski am 13.12.1981, 06.00 Uhr, verkündet. Erste Maßnahmen zur Besetzung wichtiger Objekte, zur Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen, zur Verhaftung von Konterrevolutionären u.a. wurden bereits in der Nacht zum 13.12.1981 realisiert.
 - 3) Aus anderen Städten liegen noch keine Angaben vor.

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 1./Ausf.Bl. 3

mit Stand vom 13.12.1981, 10.30 Uhr, 3 874 realisiert. Alle Regionalverwaltungen von "Solidarnosc" wurden durch die bewaffneten Organe besetzt. Behinderungen der Aktionen gab es in einzelnen Städten durch Menschenansammlungen. Sie wurden durch den Einsatz von Tränengas aufgelöst.

Im ganzen Land herrscht Reiseverbot. Es wurde eine nächtliche Ausgangssperre von 22.00 bis 06.00 Uhr verordnet. Der gesamte Luftraum Polens ist für ausländische Flugzeuge gesperrt. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß die polnische Luftverkehrsgesellschaft LOT den Flugverkehr eingestellt hat.

Der Militärerrat hat die Tätigkeit der Gewerkschaften ausgesetzt. Es gibt ab 13.12.1981, 12.00 Uhr, nur noch ein zentrales Rundfunk- und Fernsehprogramm. Alle lokalen Sender wurden geschlossen, ihr Personal beurlaubt. Außer den zentralen und örtlichen Parteizeitungen der PVAP sowie der Armeezeitung sind keine anderen Presseorgane zugelassen. Im Verlaufe des 13.12.1981 wurden folgende Anordnungen zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes erlassen (Anlage 2):

- über die Einführung des Ausnahmezustandes;
- über die Pflicht zur Verteidigung der VR Polen während der Zeit des Ausnahmezustandes;
- über die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit durch bevollmächtigte Organe;
- über die Aufrechterhaltung der Ordnung;
- über die Einstellung des Kraftstoffverkaufs im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand ab sofort.

Weitere Dekrete sollen durch die einzelnen Ministerien erlassen werden.

Seit dem 13.12.1981, 12.00 Uhr, berät das Politbüro der PVAP in WARSCHAU über die Lage. Gleichfalls tagte der Ministerrat.

Im Verlaufe des 14.12.1981 ist, nach Überwindung der Schockpause, mit großer Wahrscheinlichkeit mit Gegenaktivitäten der Konterrevolution zu rechnen, die zu einer Verschärfung der Lage, insbesondere im regionalen Maßstab, führen können. Eine

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 1/2.Ausf.Bl. 4

kritische Lage könnte bei Schichtbeginn am Morgen des 14.12.1981 eintreten, wenn "Solidarnosc" die damit verbundenen Massenbewegungen zu Provokationen ausnutzt. In WARSCHAU tauchten bereits am 13.12.1981 Flugblätter auf, die zum Generalstreik am 14.12.1981 aufrufen. In KRAKOW hat die Nachtschicht der Leninhütte den Betrieb nicht verlassen, und der Personennahverkehr hat die Arbeit nicht aufgenommen. Auch die Werft in SZCZECIN und das Traktorenwerk URSUS in WARSCHAU hat zum Streik aufgerufen.

Die NATO-Streitkräfte der Kommandobereiche Zentraleuropa und Ostseeausgänge befinden sich nach wie vor im Zustand der ständigen Gefechtsbereitschaft.

Im Dienstregime der Diensthabenden Kräfte, in der Aufklärungstätigkeit und in der Überprüfung der Alarmierungsbereitschaft der Stäbe und Truppen des Gegners sind z.Z. keine Veränderungen festzustellen.

Einzelmaßnahmen, zum Beispiel der dänischen Seestreitkräfte, lassen auf eine beginnende Verstärkung der Aufklärungstätigkeit der NATO-Streitkräfte, zunächst der Seeaufklärung, schließen.

Angaben über die Handlungen imperialistischer Staaten im Zusammenhang mit der Lageentwicklung in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 291/81 vom 14.12.1981 enthalten.

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 12.Ausf.Bl. 5

Anlage 1Personelle Zusammensetzung des "Militärrates der Nationalen Rettung"Vorsitzender:

Armeegeneral
Wojciech Jaruzelski

1. Sekretär des ZK der PVAP, Minister
für Nationale Verteidigung, Minister-
präsident

Mitglieder:

Waffengeneral
Florian Siwicki

Chef des Generalstabes der Polnischen
Armee und Vizeminister für Nationale
Verteidigung

Waffengeneral
Tadeusz Tuczapski

Hauptinspekteur für Territoriale Ver-
teidigung und Vizeminister für Natio-
nale Verteidigung

Waffengeneral
Eugeniusz Molczyk

Hauptinspekteur für Ausbildung und
Vizeminister für Nationale Verteidigung

Admiral
Ludwik Janczyszyn

Kommandeur der Polnischen Seekriegs-
flotte

Divisionsgeneral
Czeslaw Kiszczak

Innenminister

Divisionsgeneral
Tadeusz Hupalowski

Minister für Verwaltung, örtliche Wirt-
schaft und Umweltschutz

Divisionsgeneral
Czeslaw Piotrowski

Minister für Bergbau und Energie

Divisionsgeneral
Jozef Baryla

Chef der PHV der Polnischen Armee und
Vizeminister für Nationale Verteidigung

Divisionsgeneral
Wlodzimierz Oliwa

Kommandeur des Militärbezirkes WARSCHAU

Divisionsgeneral
Henryk Rapedewicz

Kommandeur des Militärbezirkes SLAKS

Divisionsgeneral
Jozef Uzycki

Kommandeur des Militärbezirkes POMORZE

Divisionsgeneral
Tadeusz Krepski

Kommandeur der Luftstreitkräfte

Divisionsgeneral
Longin Lozowicki

Kommandeur der Luftverteidigung

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 72.Ausf.Bl. 6

noch Anlage 1

Divisionsgeneral
Michal Janiszewski

Chef des Kabinetts des Ministers für
Nationale Verteidigung

Divisionsgeneral
Jerzy Jarosz

Stellvertreter des Chefs der PHV der
Polnischen Armee

Oberst
Tadeusz Makarewicz

Pressesprecher (?)

Oberst
Kazimierz Garbacik

Oberst der Reserve
Roman Les

Oberstleutnant
Jerzy Wlosinski

Oberstleutnant
Miroslaw Hermanszewski

Kosmonaut

Geheime Verschlussache!

A 484 934 72. Ausf. Bl. 7

Anlage 2Anordnung des Vorsitzenden des Staatsrates über die Einführung des Ausnahmezustandes

1. Verbot jeglicher Versammlungen, Demonstrationen und jeglicher öffentlicher Veranstaltungen (Sport, Kultur, Tanz) ohne vorheriger Zustimmung durch die entsprechenden Behörden; Ausnahme: Gottesdienst und dergleichen in Kirchen, Kapellen usw. zu rein religiösen Zwecken.
2. Verbot der Veröffentlichung von Publikationen jeglicher Art und der Nutzung polygraphischer Einrichtungen ohne vorherige Zustimmung der entsprechenden Behörden;
3. Verbot jeglicher Streikaktionen;
4. Pflicht der Mitführung der Personaldokumente in der Öffentlichkeit (Schüler ab 13 Jahre: Schullegitimation);
5. Erlaubniseinholung für den ständigen Aufenthalt im Grenzgebiet bei den territorial-administrativen Organen, für zeitweiligen Aufenthalt bei der Miliz;
6. Verbot der Touristik, des Segelns und Ruderns in den Territorialgewässern bzw. im Bereich der Küste.

Anordnung des Vorsitzenden des Staatsrates über die Pflicht zur Verteidigung der VR Polen während der Zeit des Ausnahmezustandes

1. Möglichkeit der sofortigen Einberufung von Wehrpflichtigen und von Reservisten zum aktiven Dienst auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung;
2. Unterstellung bestimmter administrativer und wirtschaftlicher Einheiten mit besonderer Bedeutung für die Sicherheit und Verteidigung des Landes unter militärischem Befehl (Auferlegung besonderer Pflichten gegenüber den Beschäftigten dieser Einheiten);
3. für die Zivilverteidigung vorgesehenen Personen können zum aktiven Dienst in der Zivilverteidigung eingesetzt werden;
4. Personen können zu Leistungen im Interesse der Verteidigung verpflichtet werden.

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 12.Ausf.Bl. 8

noch Anlage 2Anordnung des Vorsitzenden des Staatsrates über die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit durch bevollmächtigte Organe

1. Einschränkung der Bewegungsfreiheit nach Zeit und Raum (Einführung der Polizeistunde); Verbot des Verlassens oder Betretens bestimmter Wojewodschaften, Städte und Gemeinden;
2. genehmigungspflichtiger Wechsel des Aufenthaltsortes (bei Abwesenheit über 48 Stunden); sofortige Anmeldung am neuen Aufenthaltsort;
3. Aufhebung der Tätigkeit von Organisationen, Gewerkschaften usw., die die staatlichen Interessen gefährden, außer der Kirche und der Glaubensverbände;
4. Zensur der Postsendungen, Telekommunikationen und Telefongespräche;
5. Abgabe von Sende-/Sende-Empfangsvorrichtungen in Lager;
6. Abgabe von Waffen, Sportwaffen, Munition und Sprengstoffen bei den angegebenen Stellen;
7. Foto-, Film- und Fernsehaufzeichnungsverbot für bestimmte Objekte und Gebiete;
8. Verbot für bestimmte Uniformen und Abzeichen;
9. Einschränkung bzw. Einstellung bestimmter Nachrichten- und Postleistungen (Postverkehr, Telekommunikation);
10. Einstellung bzw. Einschränkung des Personentransports (Straßen, Eisenbahn, Flugzeug) und des Fahrzeugverkehrs auf öffentlichen Straßen;
11. Einstellung bzw. Einschränkung des Personengrenzverkehrs und des Warenverkehrs an Grenzübergangsstellen.

Bei Verletzung der Anordnung erfolgen verschärfte Strafen im Eilverfahren.

Für die Zeit des Ausnahmezustandes können Personen über 17 Jahre, die im Verdacht der potentiellen Rechtsverletzung stehen, auf der Grundlage der Entscheidung des Wojewodschafts-Kommandanten der Volksmiliz interniert werden.

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 12. Ausf. Bl. 9

noch Anlage 2

Personen im Militärdienst, in paramilitärischen Einheiten und in der Zivilverteidigung unterliegen der Militärgerichtsbarkeit (entspricht den Vorschriften für aktiven Dienst in der Kriegszeit).

Es besteht das Recht des Einsatzes von Streitkräften gegen Personengruppen oder Einzelpersonen, die einen Angriff auf die Gesundheit oder das Volksvermögen vorhaben oder Gebäude von Staatsorganen, Organisationen usw. besetzen wollen.

Die Streitkräfte haben das Recht des Einsatzes von Zwangsmitteln zur Herstellung der öffentlichen Ordnung.

Auf der Grundlage der obigen Anordnungen hat der Minister des Innern einzelne Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung genauer bestimmt. Sie beinhalten im wesentlichen:

1. Ausgehverbot von 22.00 bis 06.00 Uhr;
2. Erlaubnispflicht für ständigen und zeitweiligen Wechsel des Aufenthaltsortes bei über 48 Stunden; Pflicht der sofortigen Anmeldung innerhalb von 12 Stunden;
3. das Verbot des Aufenthaltes an öffentlichen Orten nach Beginn der Polizeistunde betrifft nicht den Rettungsdienst und die kommunalen Mitarbeiter bei der Ausübung der Dienstpflichten;
4. Werktätige müssen eine vom Betrieb ausgestellte Arbeitszeitbescheinigung besitzen;
5. die zeitweilige Aufhebung bzw. Einschränkung einiger Verfassungsrechte, u.a.
 - der Freiheit und der persönlichen Unantastbarkeit;
 - die Unverletzlichkeit der Wohnungen;
6. nötige Leistungen seitens der Bürger:
 - Personen- und Sachleistungen:
 - vom 16. bis zum 60. Lebensjahr die Möglichkeit der unentgeltlichen Dienstleistungen bis zu 7 Tagen im Interesse von Einheiten, die im Interesse der Verteidigung handeln;

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 12. Ausf. Bl. 10

noch Anlage 2

- diese Leistungen können verbunden sein mit dem Einsatz leichter Geräte sowie Transportmittel;
- die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen haben die Pflicht, Immobilien oder mobile Sachen für Verteidigungsaufgaben zugänglich zu machen;
- diese Pflicht kann auch physischen oder Rechtspersonen auferlegt werden.

Berechtigt für die Anordnung von Leistungen sind die Präsidenten der Städte, Leiter von Städten, Stadtteilen und Gemeinden;

7. Abgabe (Beginn ab 06.00, 13.12.1981) aller Waffen, Signalwaffen, Munition und Sprengstoffe im nächsten Polizeirevier innerhalb von 24 Stunden;
8. die Waffenabgabe betrifft auch Waffenträger in Institutionen, Schulen, organisierten Einheiten, gesellschaftlichen Organisationen, die über Waffen verfügen; bei Zuwiderhandlungen erfolgt Zwangseintreibung und verschärfte Strafe;
9. Verbot des Tragens kalter Waffen, Luftgewehre, Gaspistolen sowie anderer Geräte und Mittel, die die öffentliche Ordnung gefährden können.

Bei Notfällen: Hilferuf/-ersuchen an die Miliz und Militärpatrouillen.

Anordnung zur Einstellung des Personengrenzverkehrs

Betrifft alle Grenzübergänge der VR Polen. Der Grenzübertritt ist nur für folgenden Personenkreis gestattet:

- polnische Bürger und Ausländer mit ständigem Wohnsitz in Polen, die nach Polen zurückkehren;
- polnische Bürger und Ausländer mit ständigem Wohnsitz im Ausland, die Polen verlassen;
- Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen, Konsulaten und akkreditierten Institutionen;

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 72. Ausf. Bl. 11

noch Anlage 2

- ausländische Bürger mit Visum für Aufenthalt in Polen oder Transit durch Polen;
- Personen im internationalen Transportwesen bei der Dienstausübung;
- Personen, die in vergesellschafteten Betrieben in den Nachbarstaaten arbeiten;
- Rettungsmannschaften bei Aufgaben jenseits der Grenze;
- polnische Reisende (Dienstreisen, Notfälle), die eine besondere Genehmigung der zuständigen Stellen besitzen.

Anordnung zur Einstellung des Kraftstoffverkaufs im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand ab sofort

Betrifft alle privaten Fahrzeugbesitzer! Tankstellen bedienen keine privaten Fahrzeughalter bis auf Widerruf!

Über die Durchsetzung einzelner Maßnahmen obengenannter Anordnungen wird vom Militärattaché der NVA in WARSCHAU gemeldet:

Die bewaffneten Kräfte gehen gegen jeden Versuch von Menschenansammlungen konsequent vor. Im Verlaufe des 13.12.1981 wurden mehrmals größere Personengruppen vor der "Solidarnosc"-Regionalverwaltung Mazowce mit Wasserwerfern und Tränengas aufgelöst.

Zur Unterstützung der Wojewodschaftsorgane werden gemischte Gruppen eingesetzt, die aus Angehörigen der Polnischen Armee, aus Partei- und Staatsfunktionären bestehen. Zusätzlich zu den bereits handelnden 160 operativen Gruppen der Polnischen Armee wurden weitere 360 zur Kontrolle der Verwirklichung der Anordnungen in Großbetrieben eingesetzt.

Geheime Verschlusssache!

A 484 934 12.Ausf.Bl. 12

noch Anlage 2

Der militärischen Unterstellung unterliegen die Eisenbahn, der zentrale Kraftverkehr, die Post, Rundfunk und Fernsehen, die Treibstoffversorgung, die Energiebetriebe, die Häfen, die Berufsfeuerwehr und Betriebe spezieller Produktion.

Die zentralen Wohnsiedlungen der Polnischen Armee werden militärisch gesichert und eigenständig mit Licht, Wasser u.a. versorgt.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

Geheime Verschlusssache

O. U., den 15.12.1981

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 935

14. Ausfertigung = 5 Bl.

Al 19 Gn 15.12.81

Information

zur

Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 15.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten
Kreises leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder
sich in anderer Weise darauf berufen
werden.

Die vom Militärerrat verfügten Maßnahmen zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes wurden bisher in wesentlichen planmäßig realisiert und fanden bei großen Teilen der Bevölkerung Unterstützung.

Wie erwartet, versuchen Kräfte der Konterrevolution, diesen Maßnahmen Widerstand entgegenzusetzen und die Bevölkerung aufzuwiegeln.

Ein von fünf nicht internierten Mitgliedern des bisherigen Landesausschusses von "Solidarnosc" unter Leitung von Mirosław Krupinski verfaßter Aufruf zum Generalstreik fand jedoch nicht den erhofften Widerhall¹⁾. Die Masse der Werktätigen nahm am Montag früh die Arbeit auf.

In einzelnen volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben finden seit dem 14.12.1981 Streiks bzw. Okkupationsstreiks²⁾ statt. Im Verlaufe des Tages wurden aus verschiedenen Betrieben die Streikenden durch die Sicherheits- und Milizkräfte gewaltsam entfernt, ohne daß es dabei zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam. Die Polnische Armee wurde bisher in diese Aktionen nicht einbezogen. Sie erfüllte Kontrollaufgaben. Schwerpunktgebiete waren die Räume WARSCHAU und KATOWICE sowie die Hafenstädte.

In sechs von elf Steinkohleschächten wurden die Streikaktionen aufgelöst, ebenso im Metallurgischen Kombinat in KATOWICE, in der Metallfabrik SWICTNIK im Raum LUBLIN und in der Warski-Werft in SZCZECIN. In letzterer wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Leninwerft in GDANSK wird weiter bestreikt. 80 Prozent der Belegschaft haben das Werftgelände besetzt. Weiter streiken 3 000 Beschäftigte des Marchlewski-Textilwerkes in LODZ, 50 Prozent der Belegschaft der URSUS-Werke und 20 Prozent der Belegschaft des Metallurgischen Werkes Huta in WARSCHAU.

- 1) Der als "Kommuniké Nr. 1" deklarierte Aufruf fordert die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Freilassung der internierten "Solidarnosc"-Führer als Bedingung für die Aufhebung des Generalstreiks.
- 2) Mit Verbleiben der Arbeiter in den Betrieben - landesweit wurden mindestens 60 Okkupationsstreiks fortgesetzt bzw. neu begonnen.

Geheime Verschlusssache!

A 484 935 74.Ausf.Bl. 3

In vielen Betrieben gibt es aktiven Widerstand gegen die Maßnahmen zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes.

Der Militärerrat hat die Streikenden in einem Ultimatum aufgefordert, bis 15.12.1981, 12.00 Uhr, alle Streikaktionen zu beenden. Es ist der Versuch zu erkennen, bis zu diesem Zeitpunkt die Streitkräfte weiterhin nicht einzusetzen.

Die polnische Fluggesellschaft LOT wird auch am 15.12.1981 ihre Linienflüge noch nicht wieder aufnehmen. Die Flugplätze sowie auch die Telefonverbindungen werden voraussichtlich bis zum Wochenende gesperrt bleiben.

Die Bauern haben alle Streiks eingestellt, jedoch blockieren sie die Ablieferung ihrer Erzeugnisse.

In einer Beratung des Sekretariats der Vereinigten Bauernpartei wurden die Maßnahmen des Militärerrats voll unterstützt und die Bauern aufgerufen, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Bei der Führung der katholischen Kirche Polens fanden die Maßnahmen des Militärerrats keine Zustimmung, jedoch wurden sie als "neue Realität" anerkannt. Die Kirche ruft im Interesse der Vermeidung von "Blutvergießen" zu Ruhe und Ordnung auf.

Zugenommen haben die Versuche der NATO-Staaten und anderer imperialistischer Länder zur Steuerung weiterer Aktionen der polnischen Konterrevolution von außen und organisierte Sympathiekundgebungen in mehreren westeuropäischen Großstädten.

Es ist zu erwarten, daß sich die angespannte Lage - auch in Abhängigkeit vom Ausgang des Ultimatus zum Streikabbruch - weiter zuspitzt, die den Einsatz der Streitkräfte erforderlich machen und regionale bewaffnete Zusammenstöße einschließen kann.

Bei den NATO-Streitkräften sind nach wie vor keine wesentlichen Abweichungen vom Zustand ständiger Gefechtsbereitschaft erkennbar.

Geheime Verschlusssache!

A 484 935 7. Ausf. Bl. 4

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß die NATO-Führungsorgane über einen höheren Bereitschaftsgrad verfügen.

Im Gegensatz zu vorangegangenen Zeitabschnitten, in denen die NATO-Streitkräfte im Zusammenhang mit der Lagezuspitzung in der VR Polen demonstrative Maßnahmen, wie intensive Luft- und Seeaufklärung, durchführten, kann gegenwärtig ein solches Niveau nicht festgestellt werden.

Angaben über die Handlungen imperialistischer Staaten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Lage in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 292/81 vom 15.12.1981 enthalten.

Aus Staaten des Warschauer Vertrages wurden zur Lageentwicklung in der VR Polen folgende Reaktionen bekannt:

UVR

Die in der UVR weilenden polnischen Touristen wurden von ihrer Botschaft und durch ungarische Massenmedien zur unverzüglichen Rückkehr in ihre Heimat aufgefordert. Männlichen Personen wird mitgeteilt, wann sie sich bei ihren zuständigen Wehrkreiskommandos zu melden haben.

Die Abreise der ersten 700 Polen mit der planmäßig verkehrenden Eisenbahn verlief reibungslos. Der Abreisebahnhof wird durch Armee-/Milizstreifen und Kampfgruppenangehörige gesichert. In der Ungarischen Volksarmee wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft eingeleitet.

Die ungarische Partei- und Staatsführung bezog bisher keine offizielle Stellung zu den Maßnahmen des polnischen Militärrats.

CSSR

Am 13.12.1981 wurden in den Partei- und Staatsorganen Einsatzstäbe zur Einschätzung der Lageentwicklung in der VR Polen gebildet.

Geheime Verschlusssache!

A 484 935 14. Ausf. Bl. 5

Die Polizei- und Sicherheitskräfte wurden verstärkt und mit Maschinenpistolen ausgerüstet.

SRR

Staatsfunktionäre und Offiziere brachten zum Ausdruck, daß die Entscheidung der polnischen Führung über die Methode und die Wahl der Mittel gegen die Konterrevolution in der Richtung der rumänischen Vorstellungen liegen.

MINISTERIUM
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

Geheime Verschlussache

O.U., den 16.12.1981

Geheime Verschlussache!

GVS-Nr.: A 484 936

74. Ausfertigung = 7 Bl. 8

AL 15 : v. / 16.12.81

AL 19 : / 16.12.81

AL 17 : / 16.12.81

Information

zur

Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 16.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten
Kreises leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder sich
in anderer Weise darauf berufen werden.

Geheime Verschlusssache!

A 404 936 74 .Ausf., Bl. 2

Der Militärerrat hat die Lage im Land fest unter Kontrolle und setzt die Maßnahmen des Ausnahmezustandes entschlossen durch.

Auf der Sitzung des Militärrates am 14.12.1981 wurde von Armeegeneral Jaruzelski die Notwendigkeit unterstrichen, das Tempo der Durchführung der Maßnahmen beizubehalten, um den Erfolg nicht zu gefährden.

Den Massenmedien wurde die Aufgabe gestellt, die Konterrevolution offensiver zu entlarven.

Armeegeneral Jaruzelski forderte, die Aktionen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und entsprechend der gegebenen Weisungen durchzuführen. Die Anwendung von Schusswaffen dürfe nur auf seinen ausdrücklichen Befehl erfolgen.

Armeegeneral Jaruzelski kündigte die Säuberung der PVAP von allen rechten Kräften an.

Der Chef des Generalstabes der Polnischen Armee, Waffengeneral Siwicki, schätzte ein, daß die Streitkräfte einen hohen politisch-moralischen Zustand bewiesen haben, gut auf die Aktionen vorbereitet waren und die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen.

Der Innenminister, Divisionsgeneral Kiszczak, hob ebenfalls die gute, gedeckte Vorbereitung des Ausnahmezustandes und die dabei erwiesene Unterstützung seitens der Armee hervor. Es ist bisher gelungen, 73 Prozent der vorgesehenen Verhaftungen durchzuführen.

Die Gesamtlage in der VR Polen am 15.12.1981 war im wesentlichen ruhig. Die Mehrheit der Bevölkerung bringt Verständnis für die Maßnahmen des Militärrates und die Lage auf. In der Masse der Betriebe und Einrichtungen wurde gearbeitet.

Es gibt keine Angaben darüber, daß sich die am 14.12.1981 in verschiedenen Großbetrieben und Einrichtungen begonnenen Streikaktionen ausgeweitet haben; sie hielten jedoch in Warschau und anderen Landesteilen weiter an.

Geheime Verschlusssache!

A 484 936 74. Ausf., Bl. 3

Durch das entschlossene Vorgehen der Miliz- und Sicherheitskräfte, die verstärkt von Einheiten der Polnischen Armee unterstützt wurden, konnten weitere besetzte Betriebe von streikenden "Solidarnosc"-Anhängern gesäubert werden. Darunter befinden sich solche Zentren der Konterrevolution wie die Leninwerft und die Warskiwerft in GDANSK, die Stahlwerke WARSCHAU, KRAKOW und KATOWICE. (Taktik des Vorgehens - siehe Anlage)

Weitere Aktionen fanden schwerpunktmäßig in SZCZECIN, GDYNIA, SWIDNIK und OLSZTYN statt.

Am 15.12.1981 wurde unter Gewaltanwendung eine reaktionäre Kundgebung an der Akademie der Wissenschaften in WARSCHAU aufgelöst.

Auch nach Ablauf des Ultimatums zur Beendigung aller Streikaktionen (15.12.81, 12.00 Uhr) setzten Belegschaften einiger Großbetriebe die Streiks fort (u.a. Fahrzeugwerk Warschau und Betriebe im südpolnischen Industriegebiet). Die von Militärrat vorgesehene Unterbindung der Energie- und Wasserversorgung für diese Betriebe wurde nicht durchgeführt.

In der Nacht vom 15. zum 16.12.1981 und in den folgenden Tagen ist die Brechung des Widerstandes dieser Betriebe vorgesehen.

"Solidarnosc" leistete in der Mehrheit bisher nur passiven Widerstand. Das Eindringen der Sicherheitskräfte in die Werft "Pariser Kommune" in GDYNIA wurde durch die Streikenden zunächst verhindert. Für den nachfolgenden Einsatz wurde das Zusammenwirken mit Kräften der Polnischen Armee geplant.

In einzelnen Fällen wird auf die bewaffneten Kräfte Druck ausgeübt, um sie vom Eindringen in die Betriebe abzuhalten. So wurden in SWIDNIK Frauen und Kinder auf besetzten Betriebsgelände untergebracht. Vereinzelt gab es Drohungen, die Schächte unter Wasser zu setzen bzw. gegen die Sicherheitskräfte ätzende Mittel anzuwenden.

Die verbliebenen "Solidarnosc"-Führungskräfte (in der Regel handelt es sich um Funktionäre aus der 2. Reihe), sind in der Mehrheit illegal tätig und verstärken ihre Anstrengungen zur Sammlung der Kräfte gegen die Maßnahmen des Militärrates. Sie sind durch das entschlossene Vorgehen der Militärorgane verunsichert und zweifeln an dem Zustandekommen landesweiter "Solidarnosc"-Aktionen, die insbesondere für den 17.12.1981 ("Jahrestag" der Ereignisse an der Ostseeküste von 1970) vorbereitet werden.

Ihre Zweifel werden auch dadurch verstärkt, daß ihnen gegenwärtig keine eindeutigen Angaben über die Haltung Walesas vorliegen.

Der Militärerrat ist über den Minister für Gewerkschaften, S. Ciosek, bemüht, den unter Aufsicht stehenden Walesa zu einer öffentlichen loyalen Stellungnahme zur Situation im Lande zu bewegen.

Walesa soll bei diesen Gesprächen geäußert haben:

- bei seinem Auftreten in RALOM stand er unter Mordandrohung durch Mitglieder der "Konföderation Unabhängiges Polen";
- er wisse, daß er nicht mehr Vorsitzender von "Solidarnosc" bleiben kann;
- die Ausrufung des Ausnahmezustandes sei positiv, da es keinen anderen Ausweg gäbe;
- er bat, im Fernsehen auftreten zu können.

Parallel zu den Maßnahmen gegen die Konterrevolution werden Anstrengungen unternommen, um die Gesamtlage weiter zu stabilisieren.

Der Militärerrat löste Direktoren von Großbetrieben ab, weil sie den Anforderungen des Ausnahmezustandes nicht gewachsen sind. Sie wurden zum Teil durch Offiziere ersetzt.

Geheime Verschlusssache!

n 404 936 74. Ausf., Bl. 5

In vier Wojewodschaften (LUBLIN, KATOWICE, KOSZALIN und RADOM) wurden als Wojewoden Generale und Offiziere eingesetzt.

Der Lehrbetrieb an den zivilen Hochschulrichtungen ist bis zum 05.01.1982 eingestellt. Die Studenten wurden beurlaubt, wissenschaftliche Mitarbeiter und technisches Personal verblieben in den Einrichtungen. Offiziere der Polnischen Armee, die an diesen Einrichtungen studieren, haben Vollmachten für die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung.

Die Parteiaktive der PVAP verstärken auf Eigeninitiative ihre Tätigkeit, Ältere Parteimitglieder bieten sich zur Arbeit in den Grundorganisationen an.

Auf Ebene der mittleren Parteikader wird verstärkt die Meinung vertreten, daß der Zeitpunkt für die Mobilisierung der Grundorganisationen und für eine zielgerichtete ideologische Arbeit herangereift ist, da der Ausnahmezustand diese Aufgaben nicht ersetzen kann.

Von der Parteiführung wurden jedoch noch keine Aufgaben, Weisungen und Instruktionen erteilt.

Der geplante Landeskongress der marxistisch-leninistischen Seminare wurde vom Politbüro nicht gestattet, da sich die Lage in der Partei geändert habe.

Die Mitglieder der Seminare wurden aufgefordert, innerhalb ihrer Parteiorganisationen zu arbeiten.

Ab 20.12.1981 kann mit dem Erscheinen weiterer, auf marxistisch-leninistischen Positionen stehender Zeitungen gerechnet werden (z.B. "Gegenwart", die in den vergangenen Monaten sehr prinzipiell die Konterrevolution entlarvte).

In der Polnischen Armee werden positive Ergebnisse des bisherigen Einsatzes ausgewertet und für die politisch-ideologische Erziehung genutzt. In der Armeepresse werden ebenfalls Aufrufe und Zustimmungserklärungen der Armeegehörigen veröffentlicht und gute Beispiele popularisiert.

Geheime Verschlusssache!

A 484 936 74. Ausf., Bl. 6

Nach vorliegenden Angaben sollen der internationale Flugverkehr und die Nachrichtenverbindungen voraussichtlich noch bis 20.12.1981 unterbrochen bleiben.

Von Seiten der polnischen Sicherheitsorgane wird eingeschätzt, daß Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen der NATO-Hauptländer besonders im Raum WARSCHAU ihre Aktivitäten verstärkt haben.

Bei der Besetzung der "Solidarnosc"-Zentrale Mazowsze (Großraum WARSCHAU) wurde u.a. auch Beweismaterial für die Verbindungen mit dem kapitalistischen Ausland beschlagnahmt.

Zum Zeitpunkt der Besetzung wurden z.B. Diplomaten der BRD, Japans, Norwegens und Schwedens in der Zentrale angetroffen.

Es wird erwartet, daß bis zum Jahreswechsel der Widerstand der Konterrevolution im wesentlichen gebrochen werden kann.

Angaben über die Handlungen imperialistischer Staaten im Zusammenhang mit der Lageentwicklung in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 293/81 vom 16.12.1981 enthalten.

Geheime Verschlusssache!

A 484 936 74. Ausf., Bl. 7

AnlageTaktik des Vorgehens gegen Streikaktionen

Die Belegschaften der Betriebe werden zur Beendigung des Streiks aufgefordert. Bei Nichtnachkommen der Aufforderung erfolgt die Abriegelung der Zufahrtswege zum Betrieb durch Einheiten der Armee. Gleichzeitig dringen Kräfte der Bereitschaftspolizei zum Teil gewaltsam und unter Einsatz von schwerer Technik in die entsprechenden Objekte ein, nehmen das Streikkomitee fest (in Abhängigkeit von der Größe des Betriebes 10 bis 100 Personen) und fordern die Belegschaft zum Verlassen des Betriebes auf. Belegschaftsangehörige, die den Betrieb nicht freiwillig verlassen, werden gewaltsam entfernt. Der Arbeitsbeginn am folgenden Tag erfolgt unter Ausschluß der reaktionären Elemente, die entlassen werden. Gleiches Vorgehen wird auch bei staatlichen Institutionen, wie z.B. Staatliches Plankomitee, Projektierungsbüros u.a. angewandt.

746

Vertrauliche Verschlusssache

00019

O. U., den 23. 9. 1981

Vertrauliche Verschlusssache!

VVS-Nr.: A 483 868

2. Ausfertigung = 1 Blatt

000224

Chef der Verwaltung Aufklärung

Stellvertreter des Ministers
und Chef des Hauptstabes

Gestatten Sie, Ihnen nachfolgend eine vertrauliche Information des Militärattachés der NVA in Warschau mit der Bitte um Kenntnisnahme vorzulegen.

Bei der Übergabe eines Schreibens der Partei- und Staatsführung der Ungarischen Volksrepublik durch den ungarischen Botschafter an den Ersten Sekretär der PVAP, Genossen Kania, soll es zu einem "prinzipiellen Gespräch ohne diplomatische Floskeln" gekommen sein. Genosse Kania sei sehr erregt gewesen und habe u.a. gesagt: Die Situation in Ungarn und der VR Polen sind nicht vergleichbar. Wenn unbedingt Blut fließen soll, das könnt ihr haben, das ist der leichteste Weg, denn ihr müßt es mättun und damit auch verantworten. Wir aber wollen den schwierigeren Weg und suchen politische und stabile Lösungen.

Karin
i.A. Karin
Generalmajor 27.9.81

Geheime Verschlusssache

O. U., den 25.09, 1981

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 483 870

2. Ausfertigung = 2 Bl.

Chef der Verwaltung Aufklärung

Stellvertreter des Ministers
und Chef des Hauptstabes

Gestatten Sie, Ihnen eine interne Information des Militär-attachés der NVA in Warschau vorzulegen, deren weiterer Präzisierung dem Militärattaché befohlen wurde.

Ein Kreis wichtiger Generale der Polnischen Armee hat Armeegeneral Jaruzelski ein Ultimatum folgenden Inhalts gestellt: Er soll bis zum 05.11.1981 entschiedene Maßnahmen gegen die Konterrevolution zur Sicherung der Grundlagen des Sozialismus einleiten oder sie werden eine Art Militärputsch zur Rettung des sozialistischen Staates durchführen.

Der Termin ergibt sich aus der Tatsache, daß mit Einstellung und Eingliederung der Neueinstellungen die Gefechtsbereitschaft der Polnischen Armee weiter sinkt und die Aktionsfähigkeit einschränkt.

Die Generale würden zu dieser Handlung sowohl durch die politische Lage in der VR Polen gezwungen, aber auch dadurch ermutigt, daß es Anzeichen dafür gibt, daß sich Armeegeneral Jaruzelski etwas von Kania - Barcikowski gelöst habe. Dazu hätten auch seine Kontakte mit der sowjetischen Armeeführung beigetragen.

In der PVAP sei eine starke progressive Bewegung gegen Genossen Kania entstanden.

Sie richtet sich gegen das bedingungslose Festhalten an der Linie der Verständigung ohne gleichzeitige entschiedene

Maßnahmen gegen die Konterrevolution und gegen die zum Teil brutale Unterdrückung von Meinungen anders Denkender in der Parteiführung und unter den Parteifunktionären.

Konkreter Ausdruck dieser Bewegung soll eine konspitativ durchgeführte Unterschriftensammlung unter den Delegierten des IX. Außerordentlichen Parteitages sein, die die sofortige Durchführung des IV. Plenums des ZK und von da aus die Einberufung des X. Parteitages fordert.

Von den 1 956 Parteitagsdelegierten sollen über 1 000 diese Forderung unterschrieben haben.

Auf dem Parteitag soll eine neue Strategie und Taktik der PVAP nach dem I. Landeskongreß der Solidarnosc festgelegt und zur gegenwärtigen Parteiführung Stellung genommen werden. Als mögliche Alternativen zu Kania wird die Wahl Grabskis oder Ölszowskis als Erster Sekretär der PVAP genannt.

Genosse Kania habe bisher alle Initiativen in dieser Richtung verhindert. Er befinde sich zeitweilig in depressiven Stimmungen.


Gregori

Generalleutnant

AL 17 (A. 17. 11. 81)

Information

zur

Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 17.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten
Kreises leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder sich
in anderer Weise darauf berufen werden.

Der Militärerrat setzt die Maßnahmen des Ausnahmezustandes entschlossen durch und hat die Lage im Lande weiterhin unter Kontrolle. Durch den Einsatz von Ordnungskräften wurde die Anzahl der Unruheherde in den Wojewodschaften und Betrieben ohne Schußwaffengebrauch systematisch verringert. Zur Zeit gibt es noch in neun Wojewodschaften mit insgesamt 51 Betrieben Streikaktionen. Schwerpunkte sind GDANSK, SZCZECIN und KATOWICE. Gleichzeitig ist aber eine Zunahme der Unterstützung der Maßnahmen der Regierung durch die Werktätigen zu verzeichnen.

Die Versorgungslage hat sich insgesamt noch nicht stabilisiert. Verstärkte Käufe der Bevölkerung und ungenügende Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte durch die Bauern spitzen die Situation in der Sicherstellung mit Lebensmitteln weiter zu.

In WARSCHAU wurde am 16.12.1981 die Säuberungsaktion in den Kraftfahrzeugwerken erfolgreich abgeschlossen und die Streikführer verhaftet. Die Armee kontrolliert, zum Teil gemeinsam mit der Miliz, wichtige Führungszentren der Partei und Regierung, bewacht Brücken, führt Demonstrationsmärsche mit kleinen SPW-Kolonnen durch und verstärkte die Abriegelung von für "Gedenkkundgebungen" (Dezemberereignisse 1970) vorgesehene Orte.

Die Lage in den Landesteilen stellt sich differenziert dar. In den meisten Wojewodschaften läuft das gesellschaftliche Leben im wesentlichen wieder in geordneten Bahnen. Der Arbeitsrythmus ist aber noch nicht in allen Betrieben wieder vollständig hergestellt.

Die Lage in GDANSK wird momentan nicht beherrscht, da allein dort 17 Betriebe streiken und Großaktionen seitens der Konterrevolution in der Lenin-Werft und am Denkmal für den 17.12. vorbereitet werden. Das Werftgelände wurde erneut durch aufgeputschte Massen besetzt: es wird gegenwärtig durch diese Kräfte zur "Verteidigung" ausgebaut.

Auch in der Gryfia- und in der Warski-Werft in SZCZECIN begannen trotz bereits durchgeführter Säuberungsaktionen wiederum

Okkupationsstreiks. In der Warski-Werft wurde ein Landesstreikkomitee gebildet.

In den Kohleschächten von KATOWICE konnten die Streikaktionen noch nicht unterbunden werden. Beim Einsatz in einer Kohlengrube bei JASTRZEBIE gab es auf Grund des Widerstandes einer aufgeputschten Gruppe auf beiden Seiten mehrere Verletzte.

"Solidarnosc" war bisher nicht in der Lage, koordinierte landesweite konterrevolutionäre Aktionen zu organisieren. Eine der Hauptursachen dafür ist, daß die Zerschlagung des Nachrichtennetzes, das auf Telex- und Telefonverbindung basierte, rechtzeitig erfolgte.

Die Gesamtzahl der Verhafteten hat sich auf über 5 000 Personen erhöht.

Unter den Internierten befinden sich 32 frühere Partei- und Staatsfunktionäre. Gegen 18 von ihnen wurden bzw. werden Untersuchungsverfahren eingeleitet. Zu diesem Personenkreis gehören u.a. Gierek, Jaroszewicz, Babiuch, Grudzien und vier Wojewoden (Anlage 1).

Die Konterrevolution entwickelt Aktivitäten zur Sammlung von Kräften und Mitteln, um erneut entscheidenden Einfluß zu erlangen, was in Flugblattaktionen, in der Organisation von Okkupationsstreiks und versuchten Meetings und Straßendemonstrationen zum Ausdruck kommt. In den Flugblättern wird zum Generalstreik am 19.12.1981 aufgerufen (der 19.12.1981 ist der erste Sonnabend, der wieder zum Arbeitstag erklärt wurde).

Auch die im Ausland befindlichen "Solidarnosc"-Mitglieder beginnen sich zu formieren. Nach offiziellen Angaben soll am 18.12.1981 in ZÜRICH/Schweiz ein Treffen von in westlichen Staaten sich aufhaltenden "Solidarnosc"-Leuten stattfinden. Dazu habe eine aus 13 Mitgliedern bestehende Delegation, die sich seit zwei Wochen in der Schweiz aufhält, einen Aufruf an die in Schweden, Frankreich und Großbritannien weilenden "Solidarnosc"-Mitglieder gerichtet.

Die Maßnahmen des Ausnahmezustandes werden zur Zeit durch weitere Einzelanordnungen präzisiert (Anlage 2) und ausschließlich durch die bewaffneten Organe durchgesetzt.

Seitens der militärischen Führung Polens wird eingeschätzt, daß die Lage in den Streitkräften sich günstig entwickelt sowie die Aufgaben planmäßig und mit hoher Aktivität und Disziplin erfüllt werden. Bisher gab es keine Befehlsverweigerungen und Desertionen. Soldaten des Grundwehrdienstes bringen ihre Bereitschaft zur Durchsetzung der festgelegten Maßnahmen zum Ausdruck. Soldaten, für die die Dienstzeit verlängert wurde, betrachten die Einführung des Ausnahmezustandes als Weg zur schnellen Normalisierung der Lage in Polen.

Soldaten der Reserve melden sich als Freiwillige in ihren Truppenteilen und erklärten ihre Bereitschaft zum Eintritt in die Armee.

Gegenwärtig ist zu verzeichnen, daß progressive Kräfte in Ministerien, staatlichen Institutionen und Produktionsbetrieben nicht in genügendem Maße in die Realisierung der verschiedenen Aufgaben einbezogen werden.

Nach Ansicht von Parteifunktionären wird gegenwärtig die Parteiarbeit vernachlässigt. Die Parteigrundorganisationen erhalten durch die Parteiführung keine Impulse für die Wiederherstellung ihrer Kampfkraft. Die Orientierung über den Ausschluß aus der Partei für die nach dem 13.12.1981 noch an Streiks teilnehmenden Parteimitglieder sowie die Säuberung der Parteiaktive wird von der Parteiführung vorrangig auf organisatorische Fragen reduziert.

Erste Anzeichen der aktiven Unterstützung der bewaffneten Kräfte durch Werktätige zeigen sich u.a. darin, daß z.B. im Stahlwerk Huta in WARSCHAU Arbeiter bei der Verhaftung von sich versteckenden "Solidarnosc"-Funktionären halfen, Betriebsbelegschaften Streikversuche von "Solidarnosc"-Leuten selbst vereitelten und Patrouillen der neugegründeten Kombattantenformationen sich an Ordnungsaktionen beteiligten.

Um die bisher erreichten Erfolge bei der Realisierung des Ausnahmezustandes und der Zurückdrängung des Einflusses der Konterrevolution weiter auszubauen, werden von Mitgliedern des Militärrates entschiedener und kompromißlose Handlungen vom Vorsitzenden des Militärrates, Armeegeneral Jaruzelski, dringend verlangt.

Diese Maßnahmen schließen die wesentliche Erhöhung der Aktionsfähigkeit der administrativen Organe, die breite Entfaltung der politisch-ideologischen Arbeit, eine schnelle Wiederherstellung der Kampfkraft der Parteigrundorganisationen der PVAP und die Mobilisierung der werktätigen Massen ein.

Im Gesamtrahmen der NATO-Streitkräfte wurde die ständige Gefechtsbereitschaft aufrechterhalten.

Die von Teilen der obersten nationalen und NATO-Führungorgane eingenommene höhere Führungsbereitschaft zum verzugslosen Austausch von Aufklärungsergebnissen und zur intensiven Lagebeurteilung im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen wurde aufrechterhalten.

Im Dienstregime der Dienstabenden Kräfte, in der Überprüfung der Alarmierungsbereitschaft der Stabe und Truppen wurden keine Veränderungen festgestellt.

Die Aufklärung wurde mit normaler Intensität geführt. In der Seeaufklärung zeichneten sich Schwerpunkte in der Oderbucht und im Seegebiet der Insel Bornholm ab.

Angaben über die Handlungen imperialistischer Staaten im Zusammenhang mit der Lageentwicklung in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 294/81 vom 17.12.1981 enthalten.

Internierte frühere Partei- und Staatsfunktionäre

| <u>Name:</u> | <u>ehemalige Funktionen:</u> |
|----------------------|---|
| Edward Babiuch | Ministerpräsident |
| Edward Gierek | 1. Sekretär des ZK der PVAP |
| Zdzislaw Grudzien | Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees KATOWICE |
| Piotr Jaroszewicz | Ministerpräsident |
| Stanislaw Juraszek | Wojewode in ZAMOSC |
| Franciszek Kaim | stellvertretender Ministerpräsident |
| Wieslaw Kican | Minister für Bergbau und Energie |
| Bernard Kokowski | Bürgermeister von KOSZALIN |
| Antoni Krysiak | Wojewode von CZESTOCHOWA |
| Edmund Leman | Wojewode von BYDGOSZCZ |
| Wlodzimierz Lejczak | Minister für Bergbau und Energie |
| Jozef Labudek | Wojewode von BIELSKO-BIALA |
| Jerzy Lukaszewicz | Sekretär und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP |
| Jozef Majchrzak | 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees BYDGOSZCZ |
| Zbigniew Morkowiec | Wojewode von CZESTOCHOWA |
| Zbigniew Negratowski | Wojewode von WROCLAW |
| Jan Piskorski | Bürgermeister von ZAMOSC |
| Przemyslaw Piskorski | Wojewode von WROCLAW |
| Jan Przytarski | Wojewode von TORUN |
| Tadeusz Pyka | stellvertretender Ministerpräsident |

| | |
|----------------------|---|
| Jan Stepien | Wojewode von SLUPSK |
| Jan Szopek | stellvertretender Minister für Maschinenbau |
| Jan Szydłak | stellvertretender Ministerpräsi- dent |
| Wladyslaw Slegoda | Bürgermeister von POZNAN |
| Andrzej Sliwinski | Wojewode in PILA |
| Wlodzimier Steraz | Vizewojewode in SLUPSK |
| Mirosław Wierzbicki | Wojewode in CZESTOCHOWA |
| Marek Wolyniak | stellvertretender Bürgermeister von PLOCK |
| Tadeusz Wrzaszczyk | Stellvertretender des Vorsitzen- den des Ministerrates |
| Andrzej Zajdel | stellvertretender Brürgermeister von PLOCK |
| Jerzy Zasada | 1. Sekretär des Wojewodschafts- komitees in POZNAN und |
| Zdzislaw Zandarowski | Sekretär des ZK der PVAP |

Wesentlicher Inhalt der Anordnung des MdI für die Reisetätigkeit

Für akkreditierte Diplomaten:

- Aufenthalt nur in WARSCHAU,
- Untersagung von Veranstaltungen,
- Ausreise von Bürgern fremder Staaten mit öffentlichen Verkehrsmitteln gestattet (individuelle Verkehrsmittel nur mit Genehmigung),
- Einreisen von Bürgern fremder Staaten sind eingestellt, Einreisevisa vor 13.12.1981 sind ungültig.

Für polnische Staatsbürger:

- Alle Pässe vor dem 13.12.1981 sind ungültig,
- Dienstreisen müssen durch den zuständigen Minister beim MdI beantragt werden,
- nach erfolgter Genehmigung erhält der Paß Stempel und Unterschrift vom Leiter des Paßbüros des MdI,
- erforderliches Visa wird durch MdI bei zuständiger Botschaft beantragt,
- Polen mit ständigem Wohnsitz im Ausland ist die Ein- und Ausreise gestattet.

Für Bürger anderer Staaten:

- Die Botschaften der VR Polen in anderen Staaten sind nicht berechtigt, Einreisevisa zu erteilen. Die Entscheidung fällt nach einem Antrag das MdI der VR Polen.
- Kein Visa wird erteilt für Privat- und touristische Reisen und für nicht akkreditierte Korrespondenten nichtsozialistischer Staaten.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG
Verwaltung Aufklärung

O. U., den 18.12.1981
Geheime Verschlusssache!
GVS-Nr.: A 484 938
14. Ausfertigung = 7 Bl.

12 12 l. 18.12.81
H 19 - Gm. 18.12.81

Information
zur
Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 18.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten
Kreises leitender Kader bestimmt.
Es darf nicht daraus zitiert oder sich
in anderer Weise darauf berufen werden.

Die vom Militärerrat angeordneten Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit im Lande werden von den Sicherheitskräften und der Polnischen Armee weiterhin mit hohem Verantwortungsbewußtsein, entschlossen und diszipliniert mit dem Ziel fortgeführt, den Widerstand der Konterrevolution zu brechen und die Lage schrittweise zu normalisieren.

Dabei wurden Anfangserfolge erreicht, aber schwere Tage stehen noch bevor. Obwohl in 40 von 49 Wojewodschaften (= 82 Prozent) nicht gestreikt wird und in WARSCHAU die Großbetriebe und der Verkehr im Schichtbetrieb arbeiten sowie die Versorgung relativ geordnet ist, kann noch nicht von einer Normalisierung gesprochen werden.

Der Militärerrat beschloß, die Verantwortung seiner Mitglieder auf bestimmte Territorien des Landes aufzuteilen. Zum Sekretär des Militärrates wurde Divisionsgeneral Zielinski (Chef Verwaltung Kader im MFNV) ernannt. Am 16.12.1981 fand eine Sitzung des Jugendrates der Armee statt. Sie hatte die Einschätzung der Lage und die Mobilisierung der Mitglieder des Jugendverbandes in der Armee zum Ziel.

Bei der Polnischen Armee bleiben die Maßnahmen "volle Gefechtsbereitschaft im Objekt" aufrechterhalten. Die Truppenteile erfüllen Spezialaufgaben (Ordnungseinsätze, Schutz wichtiger Objekte, Kontrolle des Fahrzeugverkehrs, Streifendienst, Demonstrationsfahrten) oder Elemente des Ausbildungsplanes auf Standortübungsplätzen.

Die Handlungen der Polnischen Armee werden von großen Teilen der Bevölkerung mit Verständnis aufgenommen. Viele Menschen demonstrieren Sympathie (Versorgung mit Getränken usw.) und leisten direkte Hilfe. Reservisten und ehemalige Berufssoldaten melden sich freiwillig zum Dienst, Kombattanten nehmen am Streifendienst teil.

Die operativen Gruppen der Polnischen Armee setzen ihre Tätigkeit im Zusammenwirken mit Ordnungskräften fort.

Bei der Durchführung der Maßnahmen des Ausnahmezustandes wird die PVAP nicht in den Vordergrund gestellt, aber sie unterstützt diese voll.

Einige Partei- und Staatsfunktionäre verstehen die entstandene Lage nicht, handeln zögernd und unentschlossen bzw. unterstützen zum Teil sogar Streiks. Aus diesen Gründen beschloß der Militärrat, alle Kader der staatlichen Verwaltungen zu überprüfen und dabei die Vorschläge der operativen Gruppen der Polnischen Armee zu berücksichtigen. Allein am 17.12.1981 wurden 13 Direktoren und eine Reihe mittlere Beamte und Gemeindevorsteher abgelöst. In Kürze sollen auch Parteifunktionäre, die ihre Aufgaben nicht erfüllen, ausgewechselt werden. In der Tätigkeit der PVAP, die vom Politbüro aus mit Direktiven bis zur Grundorganisation geführt werden soll, steht die Reinigung der Partei als Schwerpunkt.

Große Teile der Arbeiter befürchten, daß die jetzige Situation zu einer Lage wie vor dem August 1980 führt. Deshalb wird in der Argumentation der Tenor auf Ruhe und Ordnung, auf die Verhinderung eines Bürgerkrieges und auf die Absicht der Weiterführung der Reformen und der Umgestaltung gelegt, ohne die Partei hervorzuheben.

Aktivitäten der Kirche toleriert die PVAP. Positive Aspekte der kirchlichen Tätigkeit sollen ausgenutzt, negative zeitweilig negiert werden. "Solidarnosc" soll als Gewerkschaftsorganisation erhalten werden, aber eine neue Führung bekommen. Deshalb wird die Internierung der extremistischen "Solidarnosc"-Führer, werden Schnellverfahren und Urteile bei Provokationen bzw. Loyalitätserklärungen von "Solidarnosc"-Führern bekanntgegeben. Die Internierung erfolgt hauptsächlich in freigemachten Militärobjekten. Walesa soll in der Nähe von WARSCHAU, im Gebiet Wilamo, untergebracht sein.

Es ist eine Zunahme des Widerstandes der Konterrevolution und seiner Härte, insbesondere im Küstenbereich und im südpolnischen Industrieviertel, festzustellen, der von den "Solidarnosc"-Führern der zweiten und dritten Reihe regional organi-

siert wird. Widerstandszentren sind GDANSK, KATOWICE, KRAKOW, LUBLIN, WROCLAW, GORZOW¹⁾ und SZCZECIN²⁾, das sich als neues Widerstandszentrum herausgebildet hat. In LUBLIN haben sich 10 Betriebe in einem Landesstreikkomitee zusammengeschlossen. Ein weiterer Schwerpunkt hat sich in GDYNIA herausgebildet, das vollständig von Armee und Miliz abgeriegelt ist. Die Lage in diesem Gebiet ist sehr kritisch. Zum Schutz des Lebens von Milizangehörigen wurde am 16.12.1981 erstmals die Anwendung von Schußwaffen in der Grube "Wujek" (Katowicer Revier)³⁾ erforderlich, wobei es 7 Tote und 39 Verletzte (die Miliz hatte 41 Verletzte) gab. Dieser Vorfall wurde von der Konterrevolution provoziert. Die Werften in GDANSK und die Huta Katowice wechselten mehrmals die Besetzer. Besonders in den Gruben gibt es harten Widerstand, da es dort viele Mitglieder der "Konföderation Unabhängiges Polen" gibt.

Die katholische Kirchenführung verstärkt ihre Aktivitäten gegen den Militärrat und dessen Vorgehen gegen die Konterrevolution. Es besteht die Tendenz des Übergangs von "Solidarnosc" in den Untergrund.

Die von der Konterrevolution für den 17.12.1981 als "Tag des Protestes" angekündigte Machtdemonstration ist nicht zustandekommen. Menschenansammlungen, z.B. in GDANSK, wurden mit Wasserwerfern, Tränengas und mit dem Verschießen von Platzpatronen zerstreut (324 Verletzte).

Die Lage außerhalb der Widerstandszentren ist durch Ruhe und gewöhnlichen Lebensrhythmus gekennzeichnet. "Solidarnosc"-Losungen werden entfernt. In den Medien werden verstärkt progressive Stellungnahmen und Loyalitätserklärungen von "Solidarnosc"-Funktionären popularisiert.

-
- 1) In GORZOW wurde u.a. eine Flugblattaktion durchgeführt, die die Miliz und die Polnische Armee zum Übertritt auf die Seite der Konterrevolution aufrufen.
 - 2) Auf der Warski-Werft mußte die Ordnungsaktion eingestellt werden, weil sich Familienangehörige in der Werft befinden und mit dem Anzünden von Benzin- und Gasbehältern gedroht wurde.
 - 3) Die Aktion soll durch Kräfte der 6. ILD unterstützt worden sein. In diesem Revier streiken in 7 Gruben noch 15 000 Mann.

Aus den sozialistischen Ländern wird über die Lage in der VR Polen gemeldet:

Der Botschafter der VR China in der Sozialistischen Republik Rumänien soll aus Peking die Weisung erhalten haben, die rumänische Führung darüber zu informieren, daß China alle Maßnahmen der polnischen Regierung vollinhaltlich unterstützt und Polen materielle Hilfe im Rahmen seiner Möglichkeiten leisten wird. Ferner habe er den Auftrag, allen westlichen Einmischungsversuchen und antisozialistischen Verleumdungen der polnischen Führung entgegenzutreten.

In dieser Weisung werde die UdSSR und der Warschauer Vertrag nicht erwähnt.

In der CSSR erfolgen nach dem Schließen der Grenze zur VR Polen durch die Grenzsicherungskräfte, die nur unwesentlich verstärkt wurden, täglich ca. 10 Festnahmen. Versuche des gruppenweisen Grenzdurchbruchs, auch mit Waffengewalt, werden an der Grenze VR Polen - CSSR, CSSR - BRD bzw. Österreich erwartet.

Mit dem Ziel, die illegale Unterbringung polnischer Bürger, die ins kapitalistische Ausland flüchten wollen, zu verhindern, sind die Sicherheitskräfte der CSSR zur verstärkten Kontrolle der Wohnungen und Unterkünfte von im Lande lebenden polnischen Arbeitern und Studenten übergegangen.

In der CSSR akkreditierte österreichische Diplomaten werteten die Handlungen des polnischen Militärrates als richtige, notwendige Maßnahmen. Kein Land könne sich einen jahrelangen Streik leisten.

In der Ungarischen Volksrepublik wurden etwa 30 000 sich im Lande aufhaltende polnische Bürger von den Maßnahmen des polnischen Militärrates überrascht. Die polnischen Touristen wurden aufgefordert, die Ungarische Volksrepublik bis zum 16.12.1981 zu verlassen. Ihnen wurde die Mitnahme von 5 kg Lebensmitteln pro Person gestattet.

In der VR Bulgarien werden die Maßnahmen des polnischen Militärrates von allen Bevölkerungsschichten sowie von der Bulgarischen Volksarmee begrüßt und verstanden. Viele Reservisten haben ihre Bereitschaft zur aktiven Dienstaufnahme bekundet. Kampfkollektive und einzelne Angehörige der Bulgarischen Volksarmee haben ihre internationalistische Hilfe für Polen angeboten.

Gegenwärtig ist weder eine Einberufung von Reservisten noch die Entsendung von Angehörigen der Bulgarischen Volksarmee in die VR Polen vorgesehen. Partei-, Staats- und Armeeführung Bulgariens ergreifen Maßnahmen zur materiellen Hilfeleistung. Lebensmittellieferungen (Fleisch, Butter, Milchprodukte) sind bereits angelaufen. Die Lieferung von Textilien wird vorbereitet.

Persönliche Äußerungen von Vertretern des Außenministeriums und der Volksarmee der KVDR charakterisieren die Entwicklung in der VR Polen als interne Angelegenheit eines souveränen Staates. Die KVDR wünsche eine Stabilisierung der Lage in Polen auf marxistischer Grundlage. Ein gesellschaftliches Chaos könne nicht der sozialistischen Entwicklung dienen, sondern nur der Konterrevolution. Der Einsatz der Miliz, der Armee und eine entsprechende Gesetzgebung seien die Voraussetzung zur Sicherung des normalen Lebens. Das Eingreifen der staatlichen Machtorgane hätte bereits früher erfolgen müssen.

Bei den NATO-Streitkräften wurde insgesamt der Zustand der ständigen Gefechtsbereitschaft aufrechterhalten.

Teile der obersten NATO- und nationalen Führungsorgane befinden sich zum verzugslosen Austausch von Aufklärungsergebnissen und zur intensiven Lagebeurteilung im Zusammenhang mit der Lageentwicklung in der VR Polen weiter in erhöhter Führungsbereitschaft.

Im Interesse der Nachrichtensicherstellung der obersten Führungsverbindungen der USA-Streitkräfte in Europa entfalteten am 16.12.1981 die verantwortlichen Nachrichtenkräfte zusätzliche Netze und führten kurzzeitig Abstimmungen durch. Eine Maßnahme ähnlichen Charakters fand bei den BRD-Streitkräften im Rahmen einer geplanten Übung (Führungsfernmeldekommmando vom 15. bis 18.12.1981) statt.

Im Dienstregime der Diensthabenden Kräfte wurden keine Veränderungen festgestellt.

Der Gegner intensivierte seine Aufklärungstätigkeit im Ostseegebiet und setzte dabei zur Luftaufklärung 5 Flugzeuge sowie zur Seeaufklärung 5 Schiffseinheiten, davon 1 Aufklärungsschiff, ein.

Nach Äußerungen des Inspektors der Bundesmarine, Vizeadmiral Bethege, werden die verstärkten Aufklärungshandlungen der NATO-Seestreitkräfte im Ostseeraum über die Festtagsperiode andauern. Gleichzeitig wurden für diese Periode Veränderungen im Dienstregime angeordnet.

Mit analogen Maßnahmen ist auch bei anderen NATO-Kontingenten zu rechnen, die dem Charakter der erhöhten Bereitschaft entsprechen.

Angaben über die Handlungen imperialistischer Staaten im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 295/81 vom 18.12.1981 enthalten.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

O. U., den 19.12.1981
Geheime Verschlusssache!
GVS-Nr.: A 484 939
17. Ausfertigung = 4 Bl.

Verwaltung Aufklärung

19.12.81

Information
zur
Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 19.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten Kreises
leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder sich
in anderer Weise darauf berufen werden.

Zur Durchsetzung der Weisungen des Militärrates in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere zur Brechung des örtlich weiter andauernden Widerstandes in konterrevolutionären Zentren setzen die bewaffneten Kräfte der VR Polen ihre entschlossenen Aktionen fort. Mit Entschiedenheit wird zur Festsetzung der noch nicht internierten "Solidarnosc"-Führer vorgegangen, die versuchen, sich in die Illegalität zurückzuziehen, um von dort aus ihre Machtambitionen über den Weg der weiteren Störung des gesellschaftlichen Lebens, vor allem im ökonomischen Bereich, über einen längeren Zeitraum zu verwirklichen.

Während in WARSCHAU die Lage weitgehend stabilisiert werden konnte, ist die Situation in den wichtigsten Hafenstädten und im südlichen Industriegebiet weiterhin kompliziert und angespannt¹⁾. Die Konterrevolution konzentriert sich gegenwärtig zunehmend auf:

- die Organisierung des passiven Widerstandes in den Betrieben, in denen Aktionen der Ordnungskräfte gegen Streikende durchgeführt wurden;
- Verstärkung des Widerstandes in den bestreikten Betrieben und der Vorbereitung der Zerstörung wichtiger Einrichtungen, einschließlich durch Sprengungen und Brandstiftungen;
- den Einsatz von verhetzten Frauen und Kindern als Schild gegen das Vorgehen der bewaffneten Kräfte;
- die Organisierung von Massenzusammenrottungen unter breiterer Einbeziehung aufgeputschter Jugendlicher;
- die Durchführung von Provokationen und Attentaten;
- Verleumdung der Polnischen Armee, der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie die Aufforderung zur Desertion;

1) Am 18.12.1981 wurde u.a. in fünf Bergwerken in Südpolen und in neun Warschauer Betrieben nicht gearbeitet. Ab 19.12.1981 wird in zwei Bergwerken und in vier Betrieben in WROCLAW die Arbeit wieder aufgenommen.

- die Verbreitung von Desinformationen über die Handlungen der bewaffneten Kräfte¹⁾.

Angewachsen sind auch die Versuche, die Kirche und ihre Einrichtungen stärker als bisher in die Organisierung und Durchführung konterrevolutionärer Maßnahmen einzubeziehen.

Mit dem Aufruf von "Solidarnosc" zum Generalstreik am heutigen Sonnabend, der durch den Militärrat zum Arbeitstag erklärt wurde, könnte es in den Unruhegebieten zu einer weiteren Zuspitzung der Lage kommen.

Außerdem ist für den 20.12.1981 ein landesweiter Gottesdienst mit anschließenden Demonstrationen für die Freilassung der internierten "Solidarnosc"-Führer vorgesehen.

"Solidarnosc"-Schlägertrupps planen, die für diesen Tag geplanten Aktionen als eine "Abrechnung mit den Kommunisten" auszunutzen.

Der Militärrat reagierte schnell und offensiv auf dieses veränderte Vorgehen von "Solidarnosc". Durch geschickte Einbeziehung der Massenmedien wird das erfolgreiche Vorgehen gegen die Konterrevolution dargelegt.

Dabei werden:

- die weitere Ablösung von kompromittierten Staats- und Wirtschaftsfunktionären;
- Loyalitätserklärungen von "Solidarnosc"-Funktionären;
- namentliche Bekanntgabe von Festgenommenen;
- namentliche Bekanntgabe der eröffneten Strafverfahren;
- Danksagung von Bürgern, Direktoren usw. an die Miliz und an die **Polnische** Armee;

1) Eine Flugblattaktion in LUBLIN hatte u.a. zum Inhalt:
 "... ihr seid mit uns, wir sind mit euch. Drei Einheiten der Polnischen Armee sind schon zu "Solidarnosc" übergelaufen."

- Aufrufe von Organisationen und Betriebskollektiven zur Unterstützung der Maßnahmen des Militärrates und für gute Arbeit sowie
- die Entlarvung der Absichten der Konterrevolution in den Mittelpunkt gestellt.

Am 18.12.1981 wurden Offiziershörer der Generalstabsakademie in Dienststellungen entsprechend der Mob.-Planung eingesetzt und zu ihren Einheiten befohlen.

Die NATO-Streitkräfte Zentraleuropa und Ostseeausgänge halten insgesamt die ständige Gefechtsbereitschaft aufrecht. Die für Teile der obersten nationalen und NATO-Führungsorgane sowie den Stab des NATO-Kommandos Zentraleuropa (BRUNSSUM) zur Gewinnung und zum Austausch von Aufklärungsergebnissen sowie zur intensiveren Lagebeurteilung erhöhte Führungsbereitschaft besteht unverändert fort.

Die zur Sicherstellung der obersten Führungsfunkverbindungen der USA-Streitkräfte Europa entfalteten zusätzlichen Nachrichtennetze sind nach wie vor arbeitsbereit.

Am 18.12.1981 wurde eine Intensivierung aller Arten der Aufklärung festgestellt.

Die Organe der funkelektronischen Aufklärung der BRD-, USA- und der anderen NATO-Streitkräfte verstärkten ihre Funk- und funktechnische Aufklärung gegen die VR Polen. Die mit normaler Intensität geführte Luft- und Seeaufklärung des Gegners konzentrierte sich auf das Ostseegebiet, insbesondere auf die polnische Ostseeküste.

Angaben über die Handlungen imperialistischer Staaten im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 296/81 vom 19.12.1981 enthalten.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

O. U., den 20.12.1981
Geheime Verschlusssache!

Verwaltung Aufklärung

GVS-Nr.: A 484 940
1/4. Ausfertigung = 5 Bl.

h. a.

Information
zur
Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 20.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten Kreises
leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder sich
in anderer Weise darauf berufen werden.

Der Militärerrat hat weitere Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit im Lande durchgesetzt und eingeleitet. Der von der Konterrevolution für den 19.12.1981 angestrebte landesweite Streik wurde nicht durchgeführt. In den meisten Betrieben, so auch in den Großbetrieben von WARSCHAU, wurde normal gearbeitet. Einzelstreiks konzentrierten sich auf wenige Betriebe in KATOWICE, GDANSK und LUBLIN.

Die Gesamtlage in der VR Polen hat einen solchen Stand erreicht, daß sich Möglichkeiten für den Übergang zu einer allmählichen Normalisierung eröffnen.

Der Militärerrat hat die Ausgangssperre (22.00 bis 06.00 Uhr) differenziert neu festgelegt. Sie wurde für die meisten Wojewodschaften auf 23.00 bis 05.00 Uhr reduziert. Für GDANSK wurde die Sperrzeit auf 20.00 bis 06.00 Uhr erweitert.

Durch die Handlungen der Ordnungskräfte konnte am 19.12.1981 die Arbeit in mehreren Betrieben aufgenommen werden, u.a. in WROCLAW.

In GDANSK und in Teilen des südlichen Industriegebietes ist die Lage weiterhin angespannt. Im Interesse der weiteren Stabilisierung wird seit dem 18.12.1981 eine Teilmobilisierung in den Standorten, wo sich noch Unruheherde befinden, durchgeführt. Ziel dieser Maßnahme ist die Aufstellung von Wach- und Sicherstellungseinheiten, um die Truppenstärke in diesen Gebieten zu erhöhen und gleichzeitig eine Umdislozierung anderer Truppenteile zu vermeiden. Sie soll durch operative Gruppen (insgesamt 3 Generale, 150 Offiziere) aus zentralen Einrichtungen der Armee (Militärakademien) geleitet werden.

Personen, die sich bisher aktiv an Streikaktionen beteiligten, sollen in spezielle Einheiten einberufen werden, um sie als potentielle Unruhestifter zu isolieren, der Militärgerichtsbarkeit zu unterstellen und in militärischen Kollektiven zu erziehen.

Im Ergebnis eines Gesprächs des Ministers für Kirchenfragen, Kuberski, am 16.12.1981 mit dem Primas von Polen, Glemp, wurde bewirkt, daß am 20.12.1981 bei den Gottesdiensten nicht das aggressive Episkopat-Kommunique (auf einer Episkopat-Sitzung am 15.12.1981 ohne Teilnahme Glemps erarbeitet) gepredigt wird. Dafür soll ein von Glemp verfaßter Hirtenbrief mit loyalerem Inhalt verlesen werden. Außerdem stimmte Glemp zu, daß die Kirchen in den Nachtstunden während der festgelegten Sperrzeit geschlossen werden, da ihm nachgewiesen werden konnte, daß diese bisher verstärkt als Schlupfwinkel und Treffpunkt konterrevolutionärer Elemente dienten.

In den staatlichen wirtschaftsleitenden Organen werden Struktur- und Kaderveränderungen begonnen mit dem Ziel der Erhöhung ihrer Wirksamkeit und der Zentralisierung, wobei Grundtendenzen der früher beabsichtigten Wirtschaftsreform erhalten bleiben. Dazu sollen weitere Festlegungen durch den Militärerrat getroffen werden.

Progressive Kräfte von Massenorganisationen, deren Verbandsarbeit entsprechend dem Ausnahmezustand noch ruht, unterstützen zunehmend die Maßnahmen des Militärrates.¹⁾

Auf seiner Sitzung am 18.12.1981 hat der Militärerrat erklärt, daß die Dauer des Ausnahmezustandes in erster Linie von der wirtschaftlichen Konsolidierung des Landes abhängt.

Die Konterrevolution konzentriert ihre Hauptanstrengungen auf die Organisierung des **passiven** Widerstandes und die Arbeit im Untergrund. Die antisowjetische Hetze wird mit allen Mitteln versucht auszuweiten. Vor allem Gerüchte über den Einsatz **sowjetischer** Soldaten in polnischen Uniformen in Unruheherden werden in

1) Hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre der Branchen- und autonomen Gewerkschaften nehmen die Arbeit in staatlichen Funktionen auf und unterstützen **aktiv die Maßnahmen des Militärrates.**

Der Verband der **Kommunistischen Jugend** aktiviert ebenfalls seine Tätigkeit. U.a. beteiligen sich Verbandsmitglieder in **WAR-SCHAU** an gemeinsamen **Patrouillen** der Ordnungskräfte.

Umlauf gesetzt. Auch die terroristische Wühltätigkeit (u.a. Morddrohungen gegen Kommunisten) wird in einzelnen "Solidarnosc"-Stützpunkten, besonders in den Wojewodschaften Warschau, Gdansk, Krosino und Nowy Sacz, intensiviert.

Eine Reihe von Wissenschaftlern, vor allem der an Universitäten Beschäftigten, und Mitglieder des Journalistenverbandes stellen sich gegen die Maßnahmen des Ausnahmezustandes und schalten sich teilweise aktiv in die konspirative konterrevolutionäre Tätigkeit ein.

Nach offiziellen Angaben wollen sich die im westlichen Ausland befindlichen "Solidarnosc"-Mitglieder Anfang kommender Woche in GENÈVE zu einer Auslandsorganisation zusammenschließen und in STOCKHOLM eine Zentrale einrichten.

Die diplomatischen Vertretungen westlicher Staaten in der VR Polen entfalten verstärkte Aktivitäten zur Informationsbeschaffung. Die USA-Botschaft in WARSCHAU hat sich dabei als Koordinierungszentrum herausgebildet. Dazu finden in der USA-Botschaft täglich Treffen von Botschaftern und Militärattachés der NATO-Staaten statt.

Das USA-Konsulat in KRAKOW unterhält eine illegale Funkbeziehung mit einer Gegenstelle in der Hütte Nowa Huta in KATOWICE, die sie u.a. zur Sammlung von Angaben nutzt.

Die westlichen Staaten verstärken ihren Protest gegen die im Rahmen des Ausnahmezustandes ausgesprochenen Beschränkungen für ihre Diplomaten in der VR Polen.

Im Auftrage des Papstes wurden am 19.12.1981 zwei Vertreter des Vatikans in die VR Polen entsandt, die sich ein Bild über die Lage im Lande verschaffen und Gespräche mit Vertretern der **katholischen** Kirche führen sollen.

Die NATO-Streitkräfte Zentraleuropa und Ostseeausgänge halten insgesamt die ständige Gefechtsbereitschaft aufrecht. Die für Teile der obersten nationalen und NATO-Führungsorgane sowie den Stab des NATO-Kommandos Zentraleuropa (BRUNSSUM) zur Gewinnung und zum Austausch von Aufklärungsergebnissen sowie zur intensiven Lagebeurteilung erhöhte Führungsbereitschaft besteht unverändert fort.

Bisher wurden keine Einschränkungen in der Gewährung von Ausgang und Urlaub (wahrscheinlich bis auf ausgewählte Teile der Stäbe, sicherstellenden Truppen und Aufklärungsorgane) bei den NATO-Streitkräften in der BRD festgestellt.

Im Dienstregime der Diensthabenden Kräfte wurden keine Veränderungen aufgeklärt.

Die zur Sicherstellung der obersten Führungsfunkverbindungen der USA-Streitkräfte in Europa entfalteteten zusätzlichen Nachrichtennetze sind nach wie vor arbeitsbereit.

Den Schwerpunkt der Aufklärungstätigkeit bildet die Lageentwicklung in der VR Polen. Die BRD-, USA- und anderen NATO-Streitkräfte setzen ihre verstärkte Funk- und funktechnische Aufklärung fort. Die mit normaler Intensität geführte Seeaufklärung des Gegners konzentrierte sich weiterhin auf das Ostseegebiet, insbesondere auf die polnische Ostseeküste. Wie bisher an Wochenenden, wurde auch am 19.12.1981 keine Luftaufklärung geführt.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Verwaltung Aufklärung

O. U., den 21.12.1981

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: A 484 941

1x. Ausfertigung = 4 Bl.

h. 21.12.81

Fr: 27.12.

Information
zur
Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 21.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen Information eines engbegrenzten Kreises leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder sich in anderer Weise darauf berufen werden.

In den meisten Teilen der VR Polen herrschte Ruhe und Ordnung. Die Lage im Lande wird zunehmend stabiler. Die für den 20.12.1981 landesweit im Anschluß an den Gottesdienst geplanten Demonstrationen für die Freilassung der internierten "Solidarosc"-Führer haben nicht stattgefunden.

Die Maßnahmen des Militärrates werden weiterhin konsequent durchgeführt und erhalten mehr und mehr die Zustimmung breiterer Kreise der Bevölkerung. Es gibt zunehmende Aktivitäten zur Wiederbelebung der Parteiarbeit und zur Arbeitsaufnahme von Sejm-Ausschüssen. Für den 22.12.1981 sollen einige wichtige Sejm-Ausschüsse zu einer gemeinsamen Beratung zusammenkommen, um Gesetzentwürfe über den Außenhandel, die Preisbildung, die Besteuerung staatlicher Betriebe und das Bankrecht zu beraten. Der Militärrat setzte die Aufstellung von Sicherungskräften fort und verstärkte die Truppen in den Wojewodschaften KATOWICE, GDANSK und LUBLIN.

Um die Einschleusung von Waffen, Propagandamaterialien und Nachrichten zu verhindern, wurden die Kontrollen für Konvois mit Hilfssendungen aus kapitalistischen Staaten und für die von dort kommenden Transittransporte in die Sowjetunion verschärft. Zur weiteren Stabilisierung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hat die polnische Führung bei Nichteinhaltung der von den Bauern geforderten Ablieferungen Zwangsmaßnahmen angekündigt. Nach der Verkürzung der nächtlichen Ausgangssperre in den meisten Wojewodschaften wurde für den 24./25.12. die Ausgangssperre von 24.00 bis 05.00 Uhr festgelegt.

Zur weiteren Eindämmung und völligen Aufhebung der Besetzung von Betrieben, Gruben und Werften wurden in GDANSK, SOPOT und GDYNIA die Angehörigen der Werften bis zum 27.12.1981 beurlaubt. Andere Versuche führten zu heftigen Reaktionen, bei denen es in einer mit 1 300 Mann besetzten Grube von KATOWICE zur Sprengung von einem der Eingänge und zur Verminung¹⁾ des anderen kam.

1) Der Sprengmeister hat sich inzwischen gestellt und der Miliz den Plan der angebrachten Sprengsätze übergeben.

Besonders im Industriegebiet von KATOWICE und in den Hafenstädten setzten die konterrevolutionären Kräfte ihren offenen Widerstand fort. Dieser ist in der Regel örtlich begrenzt und wird durch zunehmende Versuche charakterisiert, sich den entstandenen, teilweise sehr unterschiedlichen Bedingungen anzupassen.

Die Lage in den 3 mit insgesamt 2 000 Mann besetzten Gruben und in einzelnen besetzten Werken spitzt sich zu. In der Huta KATOWICE verbarrikadierten die 5 000 Besetzer die Zugänge und bereiten Sabotageakte vor.

In einigen Städten, darunter SZCZECIN, sollen an besonders aktive "Solidarnosc"-Mitglieder Instruktionen für die Fortsetzung des Widerstandes in "geheimen Zivilbrigaden" verteilt worden sein, die zu Terror- und Diversionsakten und überraschend geführten Streiks aufrufen. Insgesamt herrschen jedoch die Versuche der konterrevolutionären Kräfte zur Organisation des "massiven passiven Widerstandes" vor. In KRAKOW versuchten Angehörige des "Liberalen Unabhängigen Studentenbundes" die Stimmung in den Betrieben zu erkunden, um durch den Einsatz von "Agitatoren" gezielt propagandistisch einwirken zu können. Der Präsident und große Teile der Mitglieder der Polnischen Akademie der Wissenschaften hätten die Maßnahmen des Militärrates abgelehnt und in Übereinstimmung mit "Solidarnosc" zum passiven Widerstand aufgerufen.

Die Versuche der imperialistischen Staaten zur Diskreditierung der Maßnahmen des Militärrates halten unvermindert an. Der Papst hat sich mit seiner öffentlichen Stellungnahme zu den Ereignissen in der VR Polen auf die Seite der Konterrevolution gestellt, aber - gleich Primas Glemp in dessen Hirtenbrief¹⁾ - sich gegen jeglichen offenen Widerstand ausgespro-

1) Glemp erklärte in seinem Hirtenbrief u. a., daß nur Ruhe das Land und die Kirche retten könne. Zugleich gab er die Ohnmacht der Kirche gegen die als Leid und Böses umschriebenen Maßnahmen des Militärrates zu.

chen. Sein nach Polen entsandter Vertreter, Erzbischof Poggi, ist am 20.12.1981 zur Unterstützung des Primas von Polen, Glemp, und zur Lagesondierung in WARSCHAU eingetroffen. Er beabsichtigt dabei, auch mit Vertretern des Militärrates zusammenzutreffen.

Die NATO-Streitkräfte Zentraleuropa und Ostseeausgänge halten ihre ständige Gefechtsbereitschaft im bisherigen Regime aufrecht. Die bei Teilen der obersten nationalen und NATO-Führungsorgane festgestellte erhöhte Führungsbereitschaft wurde wahrscheinlich auf die Lage- und Informationszentren reduziert. Im Stab des NATO-Kommandos Zentraleuropa (BRUNSSUM) wurden keine Maßnahmen erhöhter Führungstätigkeit mehr erkannt. Dagegen gibt es keine Anzeichen dafür, daß die zur Sicherstellung der obersten Führungsverbindungen der USA-Streitkräfte in Europa entfalteteten zusätzlichen Nachrichtennetze abgebaut worden sind.

Mit dem Beginn des Festtagsurlaubs bei den USA- und britischen Streitkräften zeichnet sich für die Feiertagsperiode ab, daß ab Wochenbeginn die ständige Gefechtsbereitschaft der NATO-Streitkräfte - wahrscheinlich mit Ausnahme von Stabsteilen, die sich mit der Lagebeurteilung befassen, Einheiten der funkelektronischen Aufklärung und speziellen Aufklärungsorganen - wie in jedem Jahr zunehmend im verringerten Bestand aufrechterhalten wird.

Weitere Angaben über die Handlungen der NATO-Streitkräfte im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 298/81 vom 21.12.1981 enthalten.

Al 17 A. 22.12.81

Information
zur
Lageentwicklung in der VR Polen

Stand: 22.12.1981, 04.00 Uhr

Dieses Material ist zur persönlichen
Information eines engbegrenzten Kreises
leitender Kader bestimmt.

Es darf nicht daraus zitiert oder sich
in anderer Weise darauf berufen werden.

In der Mehrheit der Wojewodschaften und in den Großstädten der VR Polen, einschließlich der Hauptstadt WARSCHAU, hat sich die Lage weiter stabilisiert und es herrscht weitgehend Ruhe.

Der Kurs des Militärrates zur politischen und ökonomischen Stabilisierung des Landes wird durch immer breitere Schichten der Bevölkerung, darunter auch in zunehmendem Maße durch die Bauern, unterstützt.

In der PVAP wurde ein Säuberungsprozeß eingeleitet, der jedoch schwierig anläuft. Teilweise ist es dabei zu subjektiven, willkürlichen Entscheidungen gekommen, die bei Teilen der Parteimitglieder Verunsicherung hervorriefen. Die Parteikontrollkommission beim Zentralkomitee der PVAP ist bestrebt, das Prinzip "gleiches Maß für alle" durchzusetzen.

Die Konsolidierungsmaßnahmen der PVAP werden verstärkt von der Parteibasis unterstützt.

Das findet vor allem seinen Ausdruck in:

- der Unterstützung der Militärbeauftragten durch die arbeitsfähigen Parteileitungen und -organisationen,
- dem wachsenden Gefühl der Verantwortung und Disziplin bei den Parteimitgliedern,
- der Einrichtung von Informationspunkten in Betrieben und Stadtteilen,
- der zunehmenden freiwilligen Teilnahme, insbesondere älterer, erfahrener Mitglieder am Kampf gegen Spekulanten, an Arbeiterpatrouillen u.a. Maßnahmen,
- der Aktivierung der Arbeit einiger Grundorganisationen im Interesse der Sicherung der Produktion und
- der Forderung nach offensiver ideologischer Auseinandersetzung mit den Feinden Volkspolens.

Der am 20.12.1981 erlassene Aufruf des Militärrates an die Bauern, ihren Ablieferungspflichten gegenüber dem Staat nachzukommen, zielt darauf ab, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch freiwillige Abgabe zu verbessern, da sie ungeachtet der umfangreichen Appelle ihren Verpflichtungen bisher nicht nachkamen.

Vorbereitend wurden Maßnahmen zur Einführung der Pflichtablieferung in Verbindung mit der Erhöhung der Aufkaufpreise und mit materiellen Vergünstigungen getroffen, deren Inkraftsetzung nach Erreichung einer gewissen Stabilisierung der Industrieproduktion erwogen wird.

Die Polnische Armee ist weiterhin die Hauptkraft bei der Durchsetzung der Maßnahmen des Militärrates. Sie wirkt eng mit der Miliz u.a. Ordnungskräften zusammen und wird zunehmend durch Mitglieder der PVAP sowie durch gesellschaftliche und staatliche Organe unterstützt.

In Realisierung der Aufstellung von Reservetruppenteilen und -einheiten werden in den Standorten WARSCHAU, WROCLAW, SZCZECIN, KATOWICE und GDANSK je ein motorisiertes Schützenregiment, Nachrichten-, Sanitäts- und Transportbataillon formiert.

Der Einsatz und die Leistungen der Polnischen Armee werden von großen Teilen der Bevölkerung akzeptiert sowie in zunehmendem Maße anerkannt und unterstützt.

In Einzelfällen ist es jedoch auch zu feindseligem Verhalten von verhetzten Bürgern gegenüber den diensttuenden Armeeangehörigen gekommen.

Aus diplomatischen Kreisen, die gewöhnlich gut informiert sind, wurde nach noch zu bestätigenden Angaben bekannt, daß in der Polnischen Armee in Vorbereitung der Verhängung des Ausnahmezustandes 200 Offiziere verhaftet worden seien, weil sie zu diesem Vorhaben eine ablehnende Haltung bezogen¹⁾.

1) Unmittelbar vor Verhängung des Ausnahmezustandes sollen in zentralen Einrichtungen der Streitkräfte Offiziersversammlungen durchgeführt worden sein, auf denen Andeutungen zur Ausrufung des Ausnahmezustandes gemacht wurden.

Darunter sollen sich 10 bis 15 Offiziere der operativen Abteilung des Generalstabes befunden haben, die alle unter dem Einfluß von Oberst Kuklinski - der im November 1981 desertierte - standen.

Außerdem soll die Streikaktion im Rüstungsbetrieb SWIDNIK (Hubschrauberwerk) unter Leitung des Betriebsdirektors gestanden haben. Er wurde in der Zwischenzeit abgelöst und soll mit Verhängung der Todesstrafe abgeurteilt werden.

Im Ergebnis der vom Militärerrat unternommenen Anstrengungen konnten die Streiks und Unruhen in den Zentren der Konterrevolution im südpolnischen Industriegebiet und im Ostseeküstenraum weiter eingeschränkt werden. Nach letzten Angaben soll nur noch in drei Gruben des südpolnischen Bergbaureviers gestreikt werden.

Es ist jedoch festzustellen, daß mit wachsendem Einfluß der Militärführung die Aktionen der militanten Gruppen der Konterrevolution gegen die Machtorgane an Härte und Brutalität zunehmen. In diesem Zusammenhang sollen weitere Sprengungen von wichtigen Produktionsanlagen, darunter im Stahlwerk KATOWICE, vorbereitet worden sein.

Der Primas von Polen, Glemp, hat für die bevorstehenden Feiertage einen weiteren Hirtenbrief vorbereitet, in dem er trotz der Ablehnung der Maßnahmen des Militärrates zur Mäßigung aufrufen will.

Die kapitalistischen Staaten setzen ihre Versuche fort, über ihre in der VR Polen weilenden Bürger¹⁾ Aufklärungsangaben über die Lage im Lande zu erhalten bzw. nach Möglichkeit die konterrevolutionären Kräfte zu unterstützen.

1) Mit Stand vom 19.12.1981 hielten sich 16 300 Bürger kapitalistischer Staaten in der VR Polen auf, darunter 4630 Privatpersonen und Touristen, 4 590 Angehörige diplomatischer Vertretungen, 381 Wissenschaftler, 150 Handelsvertreter, 5260 Studenten und 85 Journalisten.

Aus den Staaten des Warschauer Vertrages wurde zur Lage in der VR Polen gemeldet:

In der Volksarmee der CSSR werden die Maßnahmen des polnischen Militärrates begrüßt.

Im Rahmen der Hilfeleistungen der CSSR sollen in den nächsten Tagen Güter (Lebensmittel, Medikamente und Bekleidung) im Wert von 35 bis 36 Mill. Rubel an die VR Polen geliefert werden.

Die im Zusammenhang mit der Auslösung des Ausnahmezustandes in der VR Polen eingeleiteten Maßnahmen zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der ungarischen Streitkräfte wurden wieder aufgehoben. Die erhöhte Führungsbereitschaft sowie der verstärkte Streifen- und Wachdienst in den bewaffneten Kräften werden aufrechterhalten.

Ungarn hat der VR Polen einen zinslosen, unbefristeten Kredit in Höhe von 40 Mill. Rubel zur Verfügung gestellt, der für Lieferungen von Lebensmitteln, insbesondere Fleisch und Medikamenten verwendet wird.

Die NATO-Streitkräfte Zentraleuropa und Ostseeausgänge halten insgesamt die ständige Gefechtsbereitschaft aufrecht.

Bei den Lagezentren der obersten nationalen und NATO-Führungsorgane wird die erhöhte Führungsbereitschaft aufrecht erhalten.

Der Abbau der zur Sicherstellung der obersten Führungsfunkverbindungen der USA-Streitkräfte Europa entfalteteten zusätzlichen Nachrichtennetze wurde bisher nicht festgestellt.

Bei den NATO-Streitkräften Zentraleuropa und Ostseeausgänge - wahrscheinlich mit Ausnahme von Stabteilen, die sich mit der Lagebeurteilung befassen, Einheiten der funkelektronischen Aufklärung und speziellen Aufklärungsorganen - werden die Vorbereitungen zur Gewährung von Festtagsurlaub fortgesetzt.

Die NATO-Streitkräfte setzen die verstärkte Funk- und funktechnische Aufklärung fort. Im Ostseeraum wurde die See- und Luftaufklärung mit erhöhter Intensität geführt.

Im Regime der Diensthabenden Kräfte wurden keine Veränderungen festgestellt.

Weitere Angaben über die Handlungen der NATO-Streitkräfte im Zusammenhang mit der Lage in der VR Polen sind in der Aufklärungsmeldung Nr. 299/81 vom 22.12.1981 enthalten.

16. Dez. 1981

16. Dez. 1981

An alle Grundorganisationen der PVAP
(Text auf der Sitzung des Politbüros
am 10.11.1981 bestätigt)

I. Das Politbüro schlägt allen Grundorganisationen vor, in den nächsten Tagen geschlossene Parteiversammlungen zur Erläuterung der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation des Landes abzuhalten. Das Politbüro möchte, eine Einschätzung dieser Situation darstellend, die Meinung der Parteimitglieder hören und eine Akzeptierung für die Politik erzielen, die einen für die gesamte Gesellschaft sichtbaren Fortschritt bei der Realisierung des auf dem Außerordentlichen IX. Parteitag der PVAP angenommenen Programms ermöglichen würde. Die Versammlungen sollten also nicht nur einen informativen, sondern auch konsultativen Charakter haben. Die von den Parteimitgliedern auf der Versammlung der Grundorganisationen der Partei geäußerten Meinungen sollten von den Exekutiven an die höheren Instanzen übermittelt werden.

Das Politbüro ist der Auffassung, daß die in der gesamten Partei stattfindenden Konsultationen der Einschätzung und der vom Zentralkomitee formulierten Aufgaben, die vom Politbüro und vom Sekretariat des ZK in die Praxis umgesetzt werden, die Demokratie in der Partei, das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung und die Aktionseinheit stärken wird. Wir befinden uns im Feuer des politischen Kampfes, der ein eindeutiges und für die gesamte Umgebung sichtbares Engagement eines jeden Parteimitgliedes auf der Seite des Programms des Außerordentlichen IX. Parteitages der PVAP und der auf den nachfolgenden Plenartagungen des Zentralkomitees angenommenen Beschlüsse erfordert.

Die politische Situation im Land ist weiterhin sehr schwer und kompliziert. Der Gegner setzt seine Angriffe auf die Partei fort. Die Feinde des Sozialismus, die Demagogen jeglicher Art

kritisieren, was in der Vergangenheit schlecht war, was die Partei entschieden verurteilt und abgelehnt hat, bzw. auch nur auf eine Kritik "an der Spitze". Man kann schwerlich eine solche Verhaltensweise als eine Verhaltensweise anerkennen, die mit den statutengemäßen Verpflichtungen übereinstimmt, welche ein jeder auf sich nimmt, der in die PVAP eintritt. Die führende Rolle der PVAP kann nur dann gesetzmäßig realisiert werden, wenn alle Mitglieder der Partei die Rechte und Pflichten gleichermaßen behandeln werden. Nur auf diesem Wege ist die Partei in der Lage, ihre führende Rolle wirksam zu realisieren.

Erforderlich ist auch eine entschiedene Bekämpfung der Fraktions- und Spaltungsmaßnahmen, die von sektiererischen und konservativen Positionen ausgehen. Beispiel für diese Schritte sind verschmähende Flugblätter, die die Linie der Verständigung und der sozialistischen Erneuerung angreifen und die einzelnen Mitglieder des Zentralkomitees diffamieren.

Das Politbüro möchte den Standpunkt aller Grundorganisationen der Partei in diesen für die gesamte Partei äußerst wichtigen Fragen kennenlernen.

II. Die wirtschaftliche Situation des Landes

Die wirtschaftliche Situation des Landes verschlechtert sich ständig. Dieser Prozeß findet statt, obwohl die Regierung in den letzten Monaten mehrfach die realen Richtungen und die Methoden zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise dargelegt hat und alles unternimmt, um das Antikrisenprogramm zu realisieren. Es gibt jedoch viele Menschen im Land, sogar in den Reihen der Partei, die ausschließlich die Regierung für das Anhalten und für die Vertiefung der Wirtschaftskrise beschuldigen. Es werden sogar Meinungen verkündet, daß die Machtorgane bewußt die schlechte wirtschaftliche Situation aufrechterhalten, weil sie "das Volk auf die Knie werfen" wollen. Das ist ein extremes Beispiel für ein unüberlegtes Auftreten und sogar für eine feindliche Tätigkeit. Diese Meinungen werden der Bevölkerung zu einem großen Teil von den extremen Kräften der Soli-

darność aufgezwungen. Die Bevölkerung, die schon über ein Jahr lang in einer erhöhten Temperatur von Stimmungen und Emotionen lebt, die beträchtliche Versorgungsschwierigkeiten zu spüren hat, wird in die Irre geführt und durch phantastischste Gerüchte und sogar gewöhnlich Lügen desorientiert.

Das Zentralkomitee und das Politbüro schätzen systematisch und eingehend die Arbeit der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung ein, sie sehen ihre schwere Situation, würdigen die Anstrengungen, aber zeigen auch kritisch und prinzipiell auf ihre Schwächen, verweisen auf die Erscheinungen des Bürokratismus, der Hilflosigkeit, der Unwirtschaftlichkeit, der Gefühlosigkeit usw. Die Regierung, die Volksmacht führen den Kampf gegen diese Erscheinungen, sie ziehen die Schlußfolgerungen daraus, nehmen zahlreiche personelle Veränderungen vor. Und als ein Instrument zur Überwindung und Ausschaltung solcher schlechter Erscheinungen hat der Vorsitzende des Ministerrates die militärischen Territorialen Operationsgruppen geschaffen.

Die Hauptursachen für die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation sind jedoch nicht die erwähnten Schwächen, die in der Arbeit der verschiedenen Glieder der Machtorgane auftreten. Sie liegt vor allem in der Aufrechterhaltung der angespannten gesellschaftspolitischen Situation, in der Tatsache, daß aus der Wirtschaft eine Ebene des Kampfes gegen die Machtorgane gemacht wird. Dieser Kampf trägt alle Eigenschaften organisierter, sorgsam geplanter Aktionen.

Die in diesem Kampf am häufigsten angewandte Waffe ist der Streik. Trotz des Beschlusses des Sejm, der zu einer unverzüglichen Einstellung der Streiks aufruft, gibt es in Polen fast keinen Tag, an dem es keinen Streik gibt. Ihre Organisatoren kennen mit Gewißheit die wirtschaftlichen Folgen des Streiks, sie wissen, daß sie die ohnehin schon schwache Wirtschaft vernichten. Sie wissen aber auch, daß sich infolge der Streiks die Menge der Waren verringert, die auf den Markt geliefert werden, was in der Endkonsequenz die Lebenssituation verschlechtert und die Unzufriedenheit der Bevölkerung erhöht.

Es muß deutlich festgestellt werden: all jene, die gegenwärtig nach der Streikwaffe greifen, betreiben, unabhängig von ihren Bestrebungen und Absichten, eine Tätigkeit, die dem Volk Schaden zufügt.

Der Erste Sekretär des ZK der PVAP hat auf der Sejmtagung u.a. festgestellt:

"Unser Land befindet sich an einem kritischen Punkt. Die Degradierung der Wirtschaft schreitet fort. Die Strukturen des Staates sind von innen zersprengt. Die über Jahre aufgebauten gesellschaftlichen Beziehungen, die Bande zwischen Stadt und Land geraten ins Wanken. Willkür, Rechtsbruch und der Streikwahnsinn werden zu einem Lebensstil. Die ständigen Spannungen, die nie endenden Forderungen, das Anheizen des Hasses gegenüber den Machtorganen, dem Sozialismus, den natürlichen Bündnissen - all das zerstört nicht nur das materielle, sondern auch psychische und moralische Gewebe des Volkes. Immer häufiger ist in polnischen Familien Not, das Gefühl der Kraftlosigkeit und die Furcht davor zu Gast, was der morgige Tag bringen wird".

Die Organisierung der Streikbereitschaft und der Streiks durch die verschiedenen Glieder der Solidarność ist ein Vorgehen, das die Destabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Situation des Landes vertieft. Diesem Ziel dienen auch verschiedenartige Aktionen und politische Kampagnen, deren Ziel es ist, nicht nur die Machtorgane zu schwächen, sondern die ständige Unruhe aufrechtzuerhalten. Von den etwa 40 000 etatmäßigen Beschäftigten der Solidarność (der etatmäßige Gewerkschaftsapparat, der zum Zentralrat der Gewerkschaften gehörte, betrug 13 000 Personen) befinden sich auch solche, die bewußt nach dem Prinzip vorgehen "je schlechter, desto besser". Für wen besser? Für das Volk? Mit ganzer Gewißheit nicht. Die Partei muß, im Interesse des gesamten Volkes, alle vernünftigen Menschen mobilisierend, sich diesen für Polen verhängnisvollen Praktiken widersetzen.

Am 29. Oktober 1981 hat die Regierung dem Sejm den Entwurf des Gesetzes "über außerordentliche Mittel des Vorgehens im Interesse des Schutzes der Bürger und des Staates" zugeschickt.

Der Entwurf sieht u.a. die Möglichkeit vor, daß vom Staatsrat auf Antrag des Ministerrates das Verbot eingeführt wird, Streiks zu organisieren und an ihnen teilzunehmen. Das vorgesehene Gesetz bedeutet nicht, in Polen den Ausnahmezustand auszulösen. Seine Bestimmungen zielen darauf ab, die konterrevolutionären Elemente zu zügeln und der Anarchie und Aufwiegelei ein Ende zu bereiten.

Unter Berücksichtigung des Sejm-Beschlusses hat der Vorsitzende des Ministerrates festgestellt, daß er erst dann, wenn dieser Beschluß nicht respektiert wird, darum bitten wird, dem Entwurf des Regierungsgesetzes Gesetzeskraft zu verleihen.

Das Politbüro möchte, indem er der gesamten Partei eine Einschätzung über die Streiks und andere Erscheinungen einer antisozialistischen Tätigkeit unterbreitet, die Meinung der Grundorganisationen der Partei über die Streiks kennenlernen, möchte von der gesamten Partei Ratschläge und Hinweise zu den nächsten Schritten erzielen, auf die man sich in der nächsten Zeit festlegen muß, um dem Streikwahnsinn und den Streikaktionen ein Ende zu setzen, die darauf abzielen, die Volksmacht zu schwächen. Sollte sich schon jetzt an den Sejm gewandt werden mit dem Vorschlag, den erwähnten Gesetzesentwurf zu beschließen?

III. Das politische Vorgehen

Die Hauptdirektive des Vorgehens für alle Parteiinstanzen und für die gesamte Partei bleibt der Beschluß des 4. Plenums des Zentralkomitees. Der Beschluß stellte u.a. fest:

1. Unmittelbar nach dem Außerordentlichen IX. Parteitag der PVAP haben die Gegner des Sozialismus die brutalen Angriffe auf die Partei verstärkt und eine destruktive Aktion eingeleitet, die darauf abzielt, die Realisierung des Programms der Partei unmöglich zu machen.
2. Das Zentralkomitee verurteilt die Schlägertruppmethoden der Druckausübung und der Hetze gegenüber den Werktätigen wegen ihrer Überzeugungen, wobei es gleichzeitig das Politbüro des ZK, alle Parteiinstanzen, aber auch die zuständigen Staatsorgane verpflichtet, all jenen durch zugängliche

rechtliche Mittel einen wirksamen Schutz zu erweisen, denen gegenüber brutale Angriffe der Sozialismusgegner organisiert werden.

3. In dieser Situation der bestehenden Gefahr für das Dasein des Volkes und die Sicherheit des Staates erachtet es das Zentralkomitee für unerlässlich, daß von den obersten Organen der VRP im Falle einer höheren Notwendigkeit nach den verfassungsmäßigen Befugnissen gegriffen wird, um die wichtigsten Lebensinteressen des Volkes und des Staates zu verteidigen.
4. Das Zentralkomitee hat von der Führung der Solidarność gefordert, die Verfassung der VRP und die geltende Rechtsordnung zu achten, sich von den Aktionen der Sozialismusfeinde zu isolieren, sofort die Streikaktionen einzustellen, ein konstruktives Herangehen an das Regierungsprogramm zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise zu zeigen und an seiner Realisierung mit teilzunehmen, in der praktischen Tätigkeit die Bündnisse mit den sozialistischen Ländern anzuerkennen und sich der antisowjetischen Kampagne entgegenzusetzen sowie die Erfordernisse der Sicherheit zu respektieren.
5. Das Zentralkomitee unterbreitete die Idee von der Verständigung aller patriotischen Kräfte, die auf dem Boden der fundamentalen Prinzipien der Gesellschaftsordnung der VRP, der internationalen Bündnisse unseres Landes und der friedlichen Lösung aller Probleme des Staates und der Gesellschaft stehen. Die Klassengrundlage dieser Verständigung ist das Arbeiter- und Bauernbündnis. Die Front der nationalen Verständigung und der Zusammenarbeit sollte breit geöffnet sein für alle, die nicht gegen den Sozialismus sind, die aktiv für die Rettung des Vaterlandes wirksam werden wollen.

Im Zeitraum der seit dem 4. Plenum des ZK vergangen ist, realisieren das Politbüro und das Sekretariat des ZK die Bestimmungen dieses Beschlusses. Den Organen, die die Ordnung und Sicherheit bewachen, wurde die Aufgabe gestellt, einen energischen Kampf

gegen die Personen und Organisationen zu führen, die das in Polen bestehende Recht verletzen. Gegenwärtig führt die Staatsanwaltschaft etwa 200 Ermittlungen gegen Personen, die das Recht verletzt haben. Über 20 Fälle wurden den Gerichten zugeleitet. Die abenteuerlichen Elemente in der Solidarność, die Streiks organisieren, um zu beweisen, daß sie zu jedem Zeitpunkt von den Machtorganen Zugeständnisse erzwingen können, stoßen auf Widerstand. Sowohl die Regierung als auch die ihr unterstehenden Organe werden auch in Zukunft entschlossen gegen alle Versuche der Rechtsverletzung sowie gegen Erscheinungen der Willkür und der Aufwiegelei vorgehen. Die Extremisten aus der Solidarność und die Konterrevolutionäre vom Zeichen der Konföderation des Unabhängigen Polen (KPN) und anderer antisozialistischer Gruppierungen können nicht mit Nachsicht rechnen. Die Staatsorgane werden alle vom Recht erlaubten Mittel nutzen, um die über Polen schwebende Gefahr abzuwenden. Die Parteiorganisationen sollten diese Maßnahmen unterstützen und ihren Gemeinschaften die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen erläutern.

Eine entschlossene Politik gegenüber den konterrevolutionären und extremistischen Elementen führend, werden das Politbüro und die Regierung mit verstärkter Energie die Politik fortsetzen, ein breites Bündnis gegenüber allen politischen und gesellschaftlichen Kräften zu öffnen, darunter auch gegenüber Strömungen in der Solidarność, die bereit sind, eine patriotische Vereinbarung in den für das polnische Volk wichtigsten Fragen abzuschließen. In der so verstandenen gesellschaftlichen Vereinbarung kann ein jeder seinen Platz finden, der auf dem Boden der Anerkennung der in der Verfassung der VRP enthaltenen Prinzipien steht. Außerhalb der Verständigungsfront befinden sich lediglich diejenigen, die dem Sozialismus den Kampf ansagen.

Ausgehend von diesen Grundsätzen und gestützt auf den Beschluß des Außerordentlichen IX. Parteitages der PVAP, ist die Parteiführung daran gegangen, eine neue Konzeption der Nationalen Einheitsfront auszuarbeiten. Die ersten Dokumente (Entwürfe) bezüglich der Schaffung einer neuen gesamtnationalen Bewegung, die

gestützt ist auf die Idee der Verständigung, wurden den Bündnisparteien, allen Gewerkschaftszentralen, den Jugendorganisationen und anderen Organisationen zugeschickt. Während der letzten Sejmtagung hat Gen. W. Jaruzelski vorgeschlagen, einen Rat der Nationalen Verständigung zu bilden, der so schnell als möglich dazu übergehen sollte, das Programm der Front, seine Rolle und Strukturen sowie die Prinzipien der Tätigkeit im politisch-gesellschaftlichen Leben zu erörtern und abzustimmen. Dieser Vorschlag stieß auf eine positive Aufnahme in der Gesellschaft. In vielen politisch aktiven Kreisen besteht ein großes Interesse an der Zusammensetzung des Rates, seinen Zielen usw. Die Idee, einen Rat der Nationalen Verständigung zu schaffen, wurde auch während des Treffens des Ersten Sekretärs mit dem Primas Polens und dem Vorsitzenden der NSZZ Solidarność erörtert.

Gegenwärtig ist es noch zu früh für eine detaillierte Darlegung der Konzeption des Rates der Nationalen Verständigung, weil sich die Arbeiten an dieser Konzeption erst im Anfangsstadium befinden. Man kann aber bereits Orientierungsziele formulieren. Die von der PVAP vorgeschlagene Verständigungsfront ist weder ein taktischer Schritt noch ein von den Machtorganen unternommener Versuch, sich die von der Partei unabhängigen Tendenzen, die in der Gesellschaft auftreten, unterzuordnen. Das ist kein taktisches Spiel, dessen Ziel ist es, nicht zu den alten Zeiten von vor dem August 80 zurückzukehren. Die von der Partei vorgeschlagene Front der nationalen Verständigung ist ein Versuch, Polen zu retten und dem Chaos ein Ende zu bereiten. Der Rat der Nationalen Verständigung soll Repräsentanten aller patriotischen Tendenzen, alle politischen Richtungen und Orientierungen konzentrieren, die auf dem Boden der Verfassung stehen, um ihre Anstrengungen zugunsten der Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Krise zu vereinen.

Die Bildung eines Rates der Nationalen Verständigung betrachtet das Politbüro als einen ersten Schritt in Richtung Schaffung der Front der nationalen Verständigung. Es ist vorgesehen, daß dem Rat (die Anzahl seiner Mitglieder ist Gegenstand von Festlegungen)

angehören werden: Vertreter der PVAP, der Vereinigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei, katholischer Kreise, Intellektuelle, Vertreter der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen und anderer Organisationen. Hauptaufgabe des Rates der Nationalen Verständigung sollte es sein, einerseits eine neue Formel der Front der nationalen Verständigung vorzubereiten (eine Programmdeklaration und die organisatorischen Prinzipien), andererseits jedoch die Rolle einer vorübergehenden Repräsentierung der Verständigungsfront zu spielen. Die Ausarbeitung der programmatischen Prinzipien, die alle wichtigen Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens umfaßt, bedarf Zeit.

Unsere Partei deklarierte, ausgehend von der schöpferischen Interpretation des Marxismus-Leninismus, in den Beschlüssen des IX. Parteitages, daß sie es für notwendig erachtet, die Methoden zur Realisierung ihrer führenden Rolle im Staat zu modifizieren und sprach sich für das Prinzip der Partnerschaft aus. In der Konzeption der partnerschaftlichen Beziehungen zur Vereinigten Bauernpartei, der Demokratischen Partei, den gesellschaftlichen Organisationen und den Gewerkschaften ist weder Platz für ein Kommandieren noch für Maßnahmen, die auf Gebote und Verbote gestützt sind.

Unseren Standpunkt in der Frage der Politik des Staates, der vom Zentralkomitee aufgestellt wurde, werden wir mit unseren Verbündeten und Partnern im Rahmen der nationalen Front, im Sejm und in der Regierung diskutieren. In Anlehnung an diesen Dialog werden wir auch unsere Ansichten und Einschätzungen so modifizieren, um das in der Politik des Staates zu realisieren, was gemeinsam befürwortet wird. Das ist das Wesen der Front der nationalen Verständigung. Die Schaffung einer solchen Front wird viele organisatorisch-politische Anstrengungen erfordern. Nicht nur auf zentraler Ebene.

Das Politbüro, das der Partei die Hauptprinzipien der nationalen Verständigung unterbreitet hat, erwartet von den Parteiorganisationen, daß sie zu diesen Prinzipien Stellung beziehen. Alle realistischen Hinweise und Vorschläge werden erörtert.

Politbüro des ZK der PVAP